



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 41. Sitzung - endgültige Fassung* -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 20. April 2021, 14.00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

Einzigster Punkt der Tagesordnung	Seite
<u>Öffentliche Zeugenvernehmung</u>	
Dorothee Bär (Beweisbeschluss Z-54)	9
Peter Altmaier (Beweisbeschluss Z-13)	32
Dr. Levin Holle (Beweisbeschluss-124)	101

*Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses*

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Hauer, Matthias Michelbach Dr. h. c. (Univ Kyiv), Hans	Müller, Sepp
SPD	Kiziltepe, Cansel Zimmermann Dr., Jens	
AfD	Gottschalk, Kay	König, Jörn
FDP	Toncar Dr., Florian	Schäffler, Frank
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bayaz Dr., Danyal	Paus, Lisa



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fraktionsmitarbeiter*

CDU/CSU	Gerster, Cornelius Günther, Kevin Becker, Johannes Brandt, Wolfgang
SPD	Hawxwell, Anne Weber, Saskia Reese, Noah Schneider, Yannik Sondhauf, Nora Schauhoff, Lenard Sacharow, Alexander
AfD	Buchholtz, Immanuel Dabelstein, Lorenz
FDP	Raabe, Lars Iza Schilling, Philipp
DIE LINKE.	Olschewski, Niklas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kern, Florian



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung*

BMF	RD Fritz RDn Barczyk ORR Rosenberger ORR Matros
BMWi	MR Schiemann
BKAmt	RD Mai
BMJV	Zorn

Teilnehmer Bundesrat*

Land

Bayern	RRn Sikler
Hessen	RD Simon

* anwesend laut Unterschriftenliste



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 17.10 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere 41. Sitzung, die zugleich unsere 25. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Außerdem heiße ich die anwesenden Vertreter der Bundesregierung sowie des Bundesrates wie immer an dieser Stelle recht herzlich willkommen. Ebenso begrüße ich herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer in den Streamingsälen. Bitte beachten Sie, dass die nachfolgenden Hinweise auch für Sie gelten.

So sind eigene Ton- oder Bildaufnahmen von der Sitzung nicht gestattet. Zuwiderhandlungen können nicht nur zu einem Sitzungsausschluss, sondern auch zu einem Hausverbot und zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Dorothee Bär
(Beweisbeschluss Z-54)

Peter Altmaier
(Beweisbeschluss Z-13)

Dr. Levin Holle
(Beweisbeschluss Z-124)

Wir werden die Zeugen auch in dieser Reihenfolge vernehmen.

Vernehmung der Zeugin Dorothee Bär

Unsere erste Zeugin, Frau Dorothee Bär, hat bereits Platz genommen. Frau Staatsministerin, ich heiße Sie recht herzlich willkommen.

Frau Bär, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als

Zeugin und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Da, wie bei allen Zeugen, mein großes Dankeschön, weil, ich glaube, das hat uns bei den vielen Zeugen einen Sitzungstag jetzt eingespart; dafür also noch mal danke.

Ich kann mich daher auf einige technische Hinweise beschränken:

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis von Ihnen. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad dieser Sitzung zu entscheiden. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen, Frau Staatsministerin?

Zeugin Dorothee Bär: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. - Dann möchte ich Sie noch bitten, immer darauf zu achten, dass das Mikrofon auch eingeschaltet ist, bevor Sie das Wort ergreifen - ich denke, Sie kennen sich in den heiligen Hallen hier aus -, indem Sie entsprechend den Button mit dem Zeigefinger vor Ihnen betätigen.

Frau Bär, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf, Wohn- oder Dienstort mitteilen.

Zeugin Dorothee Bär: Ja. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Dorothee Bär. Ich bin 43 Jahre alt, bin wohnhaft in [REDACTED] und mit Zweitwohnsitz in



Nur zur dienstlichen Verwendung

■■■■■, bin seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit März 2018 Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin sowie die Beauftragte der Bundesregierung für die Digitalisierung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Frau Bär, Sie könnten, wenn Sie es wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

Zeugin Dorothee Bär: Ja, vielen Dank. Ich würde gerne ein Eingangsstatement abgeben. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme an, dass ich wegen meiner Betriebsbesichtigung bei Wirecard am 19. November 2018 hier eingeladen wurde, und ich würde gerne die Chronologie der Ereignisse, wie sie auch aus den Unterlagen, die ich eingereicht habe - - und wie ich sie auch noch aus meinem Gedächtnis rekapituliere, hier darlegen.

Wie ich aus der Durchsicht der eingereichten Unterlagen entnehmen konnte, gab es offensichtlich am 24. September 2018 ein Telefongespräch zwischen meiner damaligen Büroleiterin im Bundeskanzleramt - - sowie ein Telefongespräch mit ihr mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Bayern, Dr. Günther Beckstein. Und in diesem Gespräch hat offensichtlich Herr Dr. Beckstein einen Besuch von mir bei Wirecard angeregt.

Nach meiner Erinnerung kam die Anfrage und fand dann auch der Termin statt, als Wirecards Aufstieg in den DAX in aller Munde war. Das habe ich, auch in Vorbereitung auf diesen Termin, auch noch mal für mich anhand der damaligen Presse nachvollzogen. Anfang September 2018 hat ja die Deutsche Börse veröffentlicht, dass Wirecard zu Ende September in den DAX aufsteigen werde. Und es war auch der Presse zu entnehmen, dass durch den Aufstieg Wirecards in den DAX die Commerzbank dann den DAX verlassen müsse. Das hat damals für sehr viel Aufmerksamkeit gesorgt.

Ich kann mich jetzt zwar nicht an das konkrete Gespräch von mir mit meiner Büroleiterin zu der Anfrage von Wirecard erinnern, aber üblich ist schon, dass die Büroleitung auch Terminanfragen

mit mir bespricht, wo es natürlich darum geht, ob ich zusage oder absage. Und dass ich den Gesprächswunsch eines gerade in den DAX aufgestiegenen digitalen Unternehmens zugesagt habe, scheint mir auch aus heutiger Sicht noch sehr naheliegend.

Wie man dann auch den Akten entnehmen kann, hat dann mein Büro Wirecard zwei Terminalalternativen angeboten: einmal zwei Monate später nach diesem Telefonat, einmal drei Monate später. Ganz konkret wurde angeboten von meinem Büro: entweder der 19. November oder der 17. Dezember. Das lag daran, dass es Termine waren, wo ich ohnehin schon geplant hatte, in München zu sein, weil ich Termine auch in München üblicherweise immer so lege, dass ich sie auch mit anderen Terminen noch verbinden kann. Weil auch wenn ich Ihnen eingangs gesagt habe, dass ich aus Bayern komme, ist für mich München fast genauso weit weg wie Berlin - das sind auch knapp 300 Kilometer von meinem Heimatort -; deswegen versuche ich da immer, Termine zusammenzufassen. Und wie sich auch aus der vorgelegten Korrespondenz ergibt, wurde dann der Termin für den 19. November um 16.30 Uhr bestätigt.

Ich habe mir dann auch den Terminbogen in Vorbereitung auf dieses Gespräch noch mal angesehen, weil sich nach meiner Erinnerung es so darstellt, dass es bis kurz vor dem Termin oder eigentlich bis zum Termin hieß, dass der CEO von Wirecard, Markus Braun, nicht zugegen sein würde. Deswegen hat es mich gewundert, auch in Vorbereitung auf die Sitzung, dass er in dem Terminplanungsbogen vom 16. November noch aufgeführt ist, weil ich mich schon noch erinnern kann, dass ich überrascht war, als ich vor Ort war, dass er dann doch zugegen war - allerdings nicht die ganze Zeit, sondern dann erst, weiß ich nicht mehr genau, in der Mitte oder gegen Ende meines Termins. Es kann allerdings auch sein, dass es unmittelbar vor dem Termin noch hin- und herging; ganz genau weiß ich es nicht mehr. Nur dass ich wirklich noch erinnere, dass es damals überraschend war.

Bei dem Termin am 19. November waren dann nach meiner Erinnerung definitiv Herr Braun -



Nur zur dienstlichen Verwendung

aber, wie gesagt, nicht die ganze Zeit - und wohl auch Herr Beckstein anwesend. Wie gesagt, Herr Braun nicht die ganze Zeit; er kam später dazu. Und normalerweise werde ich bei solchen Terminen auch üblicherweise durch eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter begleitet. Da ist auch aus den Unterlagen zu entnehmen, dass mich meine damalige persönliche Referentin begleitet hat.

Wenn ich die Unterlagen lese, lese ich auch, dass Herr Ley, Herr Kindler und Herr Leogrande dabei gewesen sein sollen. Daran kann ich mich, ehrlich gesagt, nicht erinnern. Das kann aber gut daran liegen, dass sie da entweder keine Rolle gespielt haben und/oder der Termin einfach schon sehr lange her ist. Ich weiß noch, dass es eine kurze Begrüßung gab, dass uns ein Raum gezeigt wurde, bevor wir dann in einem Konferenzraum Platz genommen haben und ein Gespräch geführt haben. Herr Braun kam dann nach meiner Erinnerung dort dazu. Wer jetzt vorher mich begrüßt oder in Empfang genommen hat, wer bei einem ganz kurzen Rundgang - aber das war wirklich nur sehr, sehr kurz - dabei war, weiß ich auch nicht mehr.

Mir ist von dem Termin allerdings im Gedächtnis geblieben nicht die Besichtigung vor Ort, sondern tatsächlich einige Aussagen von Herrn Braun, weil Markus Braun dieses Gespräch sehr bestimmt und sehr selbstbewusst geführt hat, weil er vom Auftreten her ganz anders aufgetreten ist, als man es normalerweise von Betriebsbesichtigungen kennt: sehr bestimmt, sehr selbstbewusst. Er hat beispielsweise proaktiv, ohne dass ich ihn danach gefragt habe, gesagt, er möchte definitiv keine finanzielle Förderung oder keine Unterstützung von staatlicher Seite und er will auch überhaupt keine Gesetze zum Schutz deutscher oder europäischer Unternehmen, so wie es ja, seiner Meinung nach, von manchen deutschen Unternehmen oder Start-ups gefordert würde, und für ihn sei Wirecard der beste Beweis, dass man auch als Unternehmen von Deutschland aus in der Liga der ganz Großen wie Google beispielsweise mitspielen könne, und er wolle sich sogar ausdrücklich mit diesem Wettbewerb messen. Und ich meine auch zu erinnern, dass er sagte: „Ich möchte keine Lex Wirecard“; er ist mit den

Bedingungen, wie sie in Deutschland vorherrschen, sehr zufrieden, und Wirecard zeige seiner Meinung nach auch, wie deutsche Unternehmen auch auf dem Level erfolgreich sein können. Das ist mir sehr eindrücklich in Erinnerung geblieben. Deswegen kann ich mich auch an weitere Inhalte nicht wirklich erinnern, weil er tatsächlich ab dem Zeitpunkt, wo er da war, das alles dominiert hat.

Es steht in dem Terminbogen auch, dass es eine Produktvorstellung gegeben haben soll. Das deckt sich nicht mit meiner Erinnerung. Danach haben wir eben den Besuch - - Wir haben den Besuch in einer Räumlichkeit - - dann in einem relativ kleinen Konferenzraum ein Gespräch geführt. In dem Terminbogen steht, dass der Termin für 90 Minuten angesetzt war. Das kommt mir sehr lang vor; normalerweise vergebe ich meine Termine im Stundentakt. Deswegen: Das kann ich nicht beschwören - normalerweise 60; da stehen 90 Minuten -, kann ich nicht sagen.

Nach meiner Erinnerung hat dann Herr Braun ganz am Schluss, als es schon nach draußen ging und Wirecard noch ein Abschlussfoto wollte, mir so beim Rausgehen im Vorbeigehen gesagt, dass er noch nie die Bundeskanzlerin getroffen habe und er sie gerne mal kennenlernen wollen würde. Und dass der CEO eines gerade in den DAX aufgestiegenen digitalen Unternehmens einen solchen Wunsch äußert, kam mir ehrlicherweise auch nicht ungewöhnlich vor, weil letztlich - das weiß ich jetzt nicht erst seit drei Jahren, sondern das hätte ich auch schon nach drei Tagen meiner Amtszeit sagen können - will jeder die Bundeskanzlerin kennenlernen und will jeder mal ins Kanzleramt. Und deswegen: Dass ich das Anliegen für einen Termin eines DAX-Unternehmens weitergebe, war auch für mich oder ist auch noch aus heutiger Sicht nachvollziehbar.

Wann ich die Bundeskanzlerin dann auf den Gesprächswunsch angesprochen habe, kann ich mit Sicherheit nicht mehr sagen. Ich nehme aber an, dass es gewissermaßen zwischen Tür und Angel passiert sein muss bei einer persönlichen Begegnung, entweder am Rande der Fraktion am nächsten Tag oder beim Kabinettsfrühstück oder beim Kabinett, weil der Termin bei Wirecard ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

am 19. November war - das war ein Montag -, und am Donnerstag, dem 22. November, hat sich dann mein Büro an das Büro der Bundeskanzlerin gewandt. Das muss also Dienstag oder Mittwoch, in der Regel wahrscheinlich Mittwoch, gewesen sein. Aber das weiß ich nicht mehr genau, die genaue Gesprächssituation. Ich kann an der Stelle eben nur aufgrund der Akten vermuten, dass es innerhalb dieser zwei Tage gewesen sein muss. Und das Signal, das ich wahrscheinlich von ihr bekommen habe, war, dass es in Ordnung ist, dass der Gesprächswunsch weitergegeben werden kann - aber mehr auch nicht. Und das ist jetzt auch nur eine Vermutung, weil die Bundeskanzlerin nie irgendwie sofort irgendwas zusagt, sondern maximal sagt sie: Ja, einfach mal weiter-schicken.

Auch aus den Unterlagen zu sehen ist, dass meine persönliche Referentin sich dann daraufhin an die stellvertretende Büroleiterin der Bundeskanzlerin gewandt hat, und wie ich dann den Akten entnehme, hat das Büro der Bundeskanzlerin dann um die direkte Anfrage durch das Büro von Markus Braun gebeten. Und wie man auch in den Akten sieht, hat meine damalige persönliche Referentin dann an die Ansprechpartner bei Wirecard das Ganze weitergegeben. Dann war der Vorgang kanalisiert, abgegeben, und wir bzw. ich war auch nicht weiter involviert. Also, es entspricht für mich auch dem Üblichen, dass mit Abgabe eines Vorgangs der dann für mich abgeschlossen ist. Ich mache dann, wenn ich so etwas weitergegeben habe, auch gedanklich einen Haken dahinter. Einzige Ausnahme ist, wenn dann der Petent keine Antwort bekommen hat und sich dann diejenigen, die sich an mich gewandt haben, noch mal melden, wenn sie nachhaken, weil dann zum Beispiel auch nichts noch mal auf die Anfrage zu hören gewesen war. Das war aber, soweit ich weiß, in diesem Fall nicht der Fall.

Das ist für mich der ganze Vorgang, und das ist für mich auch alles, was sich für mich persönlich im Umgang, in Bezug auf Wirecard darstellt. Und damit ist mein Eingangsstatement abgeschlossen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Frau Bär. - Ja, dann würde ich, mittlerweile schon traditionell hier im Ausschuss, mit den Fragen beginnen, auch ein paar allgemeine Fragen schon stellen, damit ich die für die Kollegen abräumen kann, und dann zu den speziellen kommen.

Sie hatten das ja eben schon alles sehr gut geschildert. Wie haben Sie sich ansonsten auf die heutige Sitzung vorbereitet? Also, war das jetzt alles so aus dem Gedächtnis, oder haben Sie noch mal Akten eingesehen, oder sind Sie von anderen Personen aus dem Umfeld des Kanzleramtes oder Ähnliches angesprochen worden? Wie war das? Wie darf ich das verstehen?

Zeugin Dorothee Bär: Mich hat niemand angesprochen; ich habe auch niemandem gesagt, dass ich heute hier bin. Ich habe noch mal alles, was ich eingereicht habe, mir angeschaut, die E-Mails noch mal angeschaut, auch noch mal meinen Terminkalender angeschaut, habe noch mal die Presse auch gelesen, um das noch mal nachzuvollziehen, ob das sich ungefähr mit meiner Erinnerung deckt, habe da natürlich noch mal drüber nachgedacht. Aber mehr als das, was ich Ihnen jetzt berichtet habe, ist mir ehrlicherweise auch nicht eingefallen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Eine Frage, die wir hier allen Zeugen stellen: Hatten Sie im Untersuchungszeitraum vom 01.01.2014 bis 8. Oktober 2020 Wirecard-Aktien oder Instrumente, Derivate, Optionsscheine lautend auf Wirecard AG?

Zeugin Dorothee Bär: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. - Wann sind Sie persönlich jetzt erstmalig auf den Wirecard-Konzern aufmerksam geworden? War das eben, wie Sie es geschildert haben, mit der Aufnahme in den DAX im Jahr 2018 oder schon im Vorfeld? Weil es gab ja schon durchaus politisch vorher oder auch wirtschaftlich, wie man es auch immer betrachten will - manchmal ist es ja auch ein und dieselbe Seite oder zwei Seiten einer Medaille - - Sind Sie vorher schon mal auf die Wirecard AG oder die Wirecard Bank aufmerksam geworden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dorothee Bär: Also, „aufmerksam geworden“: Ich würde es anders formulieren. Ich würde sagen, dass ich, bevor sie auch schon in den DAX aufgestiegen sind, wusste, dass es dieses Unternehmen gibt. Aber das war auch rein der Presselektüre geschuldet. Dass es so etwas in Deutschland gibt: Ja, das wusste ich schon vorher.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also war nie irgendwann vorher auch schon mal ein Thema in einem anderen Zusammenhang? Wir haben ja den Zatarra-Bericht gehabt, wir haben entsprechend „Financial Times“-Berichte gehabt. Also war da in dem Zusammenhang nie Thema mal bei Ihnen oder im Kanzleramt? Oder Digitalstaatsministerin: Das legt ja auch nahe, dass man da vielleicht gerade auf einen damals Scheinriesen wie Wirecard - das zeigt sich im Nachhinein ja dann - irgendwie aufmerksam wird.

Zeugin Dorothee Bär: Also, das Einzige, was ich noch glaube zu erinnern, ist, dass ich im Vorfeld, bevor ich mich auch entschieden habe, das Unternehmen zu besuchen, im Hinterkopf noch hatte, dass das Erste, was man so mal gehört hat vom Unternehmen, war, dass es sich auch mit Erwachsenenunterhaltung und Glücksspiel beschäftigt, und ich mir damals überlegt habe, ob das ein Unternehmen ist, was für mich seriös genug ist, das Ganze dann auch zu besuchen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Ich würde da noch mal anknüpfen wollen. Wie darf ich mir das vorstellen? Sie hatten gesagt: Das ist nie bei Frau Bundeskanzlerin so, dass sie sofort das sagt. - Sondern? Wie darf ich mir das vorstellen, wenn sie sagt: „Schicken Sie es mal vorbei“? Wird das dann noch mal im Workflow im Bundeskanzleramt einer mehrstufigen Prüfung unterzogen? Wir hatten ja auch Herrn Papageorgiou hier, wir hatten ja auch weitere Vertreter des Kanzleramtes hier, Herrn Röllner entsprechend. Wie kann ich mir das vorstellen? Final entscheidet dieses Team im Zusammenspiel, oder ist es am Ende des Tages die Frau Bundeskanzlerin, die das entscheidet?

Zeugin Dorothee Bär: Das weiß ich, ehrlich gesagt, nicht. Ich kann nur sagen, wie es sich bei

mir darstellt. Also, wenn ich eine Anfrage bekomme für mich persönlich, dann entscheide ich entweder gleich, ich mache es oder ich mache es nicht, oder in Fällen, wo ich nicht weiß, ob ich es machen will oder wenn ich auch noch ein Votum abwarten möchte, dann gibt man es mal in die Abteilung rein. Aber wie jetzt das Büro der Bundeskanzlerin das macht? Ich kann nur sagen: Wenn man ihr etwas gibt oder wenn ich ihr etwas gebe, weiß ich nur aus der Erfahrung raus, dass sie wahrscheinlich nie sagen würde: „Ich mache das jetzt“, weil sie natürlich alles, was sie macht, meines Erachtens - ohne dass ich es weiß; das ist eine reine Spekulation - noch mal auch von den Abteilungen prüfen lässt, weil sie sich natürlich bestimmt da noch mal ganz anders absichert als Kanzlerin, als ich das jetzt tue als Staatsministerin.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Das heißt also, selbst wenn Sie eine Empfehlung abgeben wollen: „Frau Bundeskanzlerin, Sie müssten sich mit Herrn Y oder Frau Z treffen“, ist das noch lange kein Grund für die Kanzlerin, dann auch entsprechend zu sagen: „Frau Bär, das machen wir“, sondern sie würde dann eben so reagieren, wie Sie es beschrieben haben.

Zeugin Dorothee Bär: Ich würde mir nie anmaßen, ihr eine Empfehlung zu geben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Gut. Dann gehe ich auf das ein. Also, ich kann das tatsächlich dann auch konkretisieren. Ihr Büro hatte - da war Ihre Erinnerung sehr, sehr gut - gemäß MAT A BKAm-8.02, Blatt 21 am 22. November 2018 an das Büro der Bundeskanzlerin dann eben entsprechend geschrieben und um einen Termin zwischen der Bundeskanzlerin und Markus Braun gebeten, um so einen Termin zu verabreden. Ich zitiere wörtlich:

Staatsministerin Bär hatte Frau Bundeskanzlerin diese Woche vorgeschlagen, den Vorstandvorsitzenden der Wirecard AG, Herrn Dr. Braun, zeitnah zu einem bilateralen Treffen ins Bundeskanzleramt einzuladen. Frau Bundes-



Nur zur dienstlichen Verwendung

kanzlerin hatte sich zu einem bilateralen Treffen mit Herrn Dr. Braun bereit erklärt.

Zitat Ende. - Können Sie sich da noch erinnern an diesen Inhalt und diese Antwort? Oder ist das auf anderer Ebene dann besprochen worden?

Zeugin Dorothee Bär: Das ist jetzt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, die E-Mail, die meine damalige persönliche Referentin an das Büro der Bundeskanzlerin geschrieben hat?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da müsste ich jetzt selbst mal schauen. Ich habe aber die Anlage; kann ich Ihnen selbstverständlich geben. Das ist beigelegt und markiert als Anlage 7. Das ist von Maria Wienker. Und dann steht dort eben:

Sehr geehrte Frau Rülke,
Staatsministerin Bär hatte Frau
Bundeskanzlerin diese Woche ...

Und so weiter. - Möchten Sie es sonst noch mal sehen?

Zeugin Dorothee Bär: Ich weiß dann, was es ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Zeugin Dorothee Bär: Das habe ich mir angeschaut, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das klingt ja jetzt so, dass Frau Bundeskanzlerin gesagt hat: Ja, dann wollen wir den Herrn Braun mal ins Kanzleramt einladen. - Oder ist das falsch von mir interpretiert?

Zeugin Dorothee Bär: Also, ich tue mich wahn-sinnig schwer, meiner Mitarbeiterin in den Rücken zu fallen, aber ich glaube, es ist etwas zu positiv formuliert. Weil es ist genau so, wie es dann auch abläuft: dass ich zurückkomme ins Büro, sollte eben dieses bilaterale Gespräch stattgefunden haben, und ich rufe dann meiner Mitarbeiterin zu: „Ich habe es gemacht. Bitte mal weiterleiten“, weil das auch die Mitarbeiterin war, die bei dem Gespräch bei Wirecard vor Ort dabei war. Und dann ist es vielleicht etwas - im

Eifer des Gefechtes - euphorisch formuliert worden. Aber sicherlich hat sie mir keine Zusage gegeben, weil das auch völlig dem widersprechen würde, was sie normalerweise macht, sondern es war eher dann so, dass ich gesagt habe: „Einfach mal sagen: Ist es okay, dass wir eine Anfrage hinschicken?“ Das wird so gewesen sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Inwieweit bestand denn da ein kausaler Zusammenhang mit Ihrer Besichtigung sozusagen der Wirecard-Räumlichkeiten in Aschheim? Also, stand das, diese Mail, diese euphorische Mail - so nenne ich sie dann mal -, in einem kausalen Zusammenhang mit Ihrem Besuch in Aschheim?

Zeugin Dorothee Bär: Na ja, ich habe ja gerade gesagt, dass er mich angesprochen hat, dass er die Bundeskanzlerin noch nie kennengelernt hat und dass er sich wünschen würde, dass ich aufgrund unseres Termins und des Kennenlernens - das war ja auch für mich das Kennenlernen nicht nur mit dem Unternehmen, sondern mit Herrn Braun -, wo er mich gebeten hatte, den Kontakt zur Bundeskanzlerin herzustellen - - was mich auch gewundert hat, weil eigentlich hätte ich erwartet, dass ein CEO eines DAX-Unternehmens auch keinen Vermittler oder keine Vermittlerin braucht, sondern in der Regel würde man denken, er könnte ja auch direkt an die Bundeskanzlerin schreiben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Ja, ich frage auch deshalb: Es kann ja auch immer mal - - Auch das habe ich gelernt: Dinge, die man nicht fragt, die werden ja auch nicht beantwortet; das ist ja auch in Ordnung so. Und dann kann so im Dunkel der Geschichte ja auch liegen, dass vielleicht zwischenzeitlich Herrn Braun noch ein Gedanke kam wie: „Mensch, wir wollen in China expandieren“, oder es kann ja auch sein, dass man jetzt gehört hat: Es ist ein Gipfel vorzubereiten. - Wir haben ja den Kollegen Schmidt gehört, der dann sehr aktiv in Vorbereitung von deutsch-chinesischen Wirtschaftsgipfeln war; Herr De Masi hat da ja auch noch was angekündigt. Da kann das ja mal sein, dass die Ministerien miteinander reden und man sagt: Mensch, ich war jetzt gerade bei dem Braun. Ich rufe den noch mal an. Will der? Ich schreibe noch mal die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kanzlerin an. - Kann ja auch so was sein. Es muss ja nicht kausal - - Deswegen frage ich explizit: War kausal eben, dass Sie unmittelbar davor, kann man ja sagen, in Aschheim waren? Oder gab es in der Zwischenzeit vielleicht einen anderen Grund - es kann ja auch zu der euphorischen Mail sein, kann ja auch ein anderer Grund entsprechend hier ursächlich sein -, der dann zu einem beschleunigten Verfahren eines Besuches bei der Kanzlerin beiträgt? Denn es ist ja dann viel passiert in den neun Monaten bis zur Kanzlerreise im September 2019.

Zeugin Dorothee Bär: Ich war am Montag bei der Betriebsbesichtigung - also, das war ja bis zum Abend, das Ganze ist in München -, ich musste dann auch irgendwie wieder nach Franken gekommen sein und dann irgendwie wieder nach Berlin. Das heißt: Ich habe dazu keine Nachrichten verschickt, was ich grundsätzlich nicht mache, sondern so, wie es normalerweise gewesen sein muss, wenn ich mich richtig erinnere, muss ich sie am Dienstag oder Mittwoch angesprochen haben. Jetzt habe ich noch nicht mal nachgeschaut - das hätte ich noch tun sollen; das fällt mir gerade ein -, ob in der Woche Sitzungswoche war oder nicht. Das kann ich gar nicht sagen. Sollte eine Sitzungswoche gewesen sein, was man sicherlich rekapitulieren kann, hätte es theoretisch am Rande der Fraktion sein können. Glaube ich aber nicht, weil ich sitze als einfaches Mitglied der Landesgruppe sehr weit hinten im Fraktionssitzungssaal; da gehe ich normal nicht vor an den Präsidiumstisch. Also muss es wahrscheinlich vorher im Kabinett gewesen sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Zeugin Dorothee Bär: Und wenn es der Mittwoch gewesen ist und wir am Donnerstag die E-Mail geschrieben haben, war das der Ausfluss dessen, dass er mich am Montag drum gebeten hatte. Und wie man sieht, hat mein Büro sehr schnell gearbeitet.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Haben Sie denn Kenntnis, wie es weiterging? Also, wir wissen ja heute: Es kam nicht zu dem Termin. Können Sie da noch mal aus Ihrer Erinnerung be-

schreiben: Gab es da noch eine Art von wechselseitiger Korrespondenz und eine Absage oder ein Verschieben? Gab es Substitute sozusagen, und hat man gesagt: „Na, okay, dann treffen wir uns mit Herrn ... oder Frau Sowieso entsprechend“? Oder wie ging dieses Gesuch - nennen wir es mal so - von Herrn Braun, mit der Kanzlerin sich zu treffen, weiter? Und hat er vielleicht noch mal in den Räumlichkeiten, bevor Sie dann Aschheim verlassen haben, noch einen konkreten Wunsch damit verbunden, außer dieses relativ unverbindliche, lose „Ich würde gerne mal ins Kanzleramt“? Da wollten ja schon viele hin.

Zeugin Dorothee Bär: Also, ich hatte danach, nach dieser E-Mail und nach der Bitte, nichts mehr damit zu tun. Und, wie gesagt, wenn ich Bitten weitergebe, dann hake ich da auch nicht nach, weil, wie auch im Eingangsstatement schon erwähnt, für mich ist dann auch gedanklich ein Haken dahinter, weil ich ja auch meine permanente gedankliche To-do-Liste am Abarbeiten bin. Und wenn da nicht der Petent sich noch mal explizit meldet, weil etwas nicht geklappt hat, ist es für mich auch erledigt.

Und auf Ihre zweite Frage: Das war tatsächlich so, dass ich das Gefühl hatte, dass es eher so eine Bucket-List-Geschichte ist, so: „Ich habe noch nie die Kanzlerin kennengelernt“ und: „Wäre doch mal angemessen.“ Aber das war null Inhalt, weil er mir ja auch vorher ganz breit erklärt hat, dass er null Komma null auf die Politik angewiesen ist, sondern weil er es auch schafft, mit der - - wenn ich es so rekapitulieren würde, sagen würde, dass er quasi schon gesagt hat, dass die Gesetzeslage es den Unternehmen schwer macht in Deutschland, aber das ist für ihn egal, weil er schafft es eben, den Beweis anzutreten, dass es auch trotzdem möglich ist, einen Weltmarktführer aus Deutschland raus zu entwickeln.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Na, in China brauchte er sie ja dann doch. Das haben ich und viele ja dann auch auf der Reise gelernt: Ohne Zutun der Regierung wird es in China schwer, Zukäufe zu tätigen.

Aber mich würde jetzt noch mal interessieren - wir haben viele Schilderungen jetzt auch gehabt



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu Aschheim, jetzt waren Sie da -: Was war denn Ihr persönlicher Eindruck? Haben die Geschäftsräumlichkeiten, die Aktivität, die Ausstattung - - Ich denke, Sie waren ja auch schon in vielen Unternehmen. Es wird ja jetzt nicht das erste Unternehmen sein in Ihrer Tätigkeit, das Sie wahrscheinlich besucht haben oder wo Sie im Vorfeld eruiert haben: Könnte man da die Kanzlerin bitten, mal einen Besuch zu vereinbaren? - Was haben Sie da wahrgenommen? Machte das jetzt, unter ganz kritischer Würdigung der Umstände, den Eindruck: „Mensch, jetzt komme ich in die Geschäftsräumlichkeiten eines DAX-Unternehmens“?

Ich frage das deshalb, weil wir die - war es nun die persönliche Assistentin oder Sekretärin? - Vorstandssekretärin von Dr. Braun hier hatten, und wir konnten auch viel lachen in der Nacht noch; das waren schon so einige amüsante Schilderungen. Aber sie hat dann auch gesagt: Da kamen dann ein paar Rechnungen an, und das war es. Und ansonsten gab es keine Post, Anrufe auch nicht. Man saß da eher so ein bisschen gelangweilt. - Das hätte doch auffallen müssen - das ist ihr angeblich auch aufgefallen -, dass das irgendwie so mit DAX und der Geschäftigkeit eines DAX-Unternehmens wenig zu tun hat. Was waren denn Ihre Eindrücke während der Besichtigung dort? Und was haben Sie überhaupt besichtigt? Waren Sie eben auch im Rahmen dieser Besichtigung in den Räumlichkeiten und Geschäftsräumlichkeiten des Dr. Markus Braun?

Zeugin Dorothee Bär: Also, da müsste ich jetzt nachdenken. Aber es ist auf jeden Fall nichts Ungewöhnliches aufgefallen im Sinne von - - also weder im positiven noch im negativen Sinn. Es war sicherlich keine Geschäftsräumlichkeit, wie man sie von anderen Digitalunternehmen außerhalb Deutschlands kennt, dass es da eben viel Chichi außenrum gibt; das nicht. Das waren ganz normale, nüchterne Geschäftsräumlichkeiten, aber jetzt auch nicht so, dass es dem Ganzen nicht angemessen gewesen wäre, also weder übertrieben in die eine Richtung noch zu viel Understatement. Es waren ganz normale Konzernräumlichkeiten.

Und besichtigt habe ich ja, wie gesagt, gar nicht viel. Wir sind da reingekommen, das weiß ich noch. Es gab, wie gesagt, keine große Produktvorstellung. Es gab einen Blick mal in einen Raum, wo gearbeitet wurde - ein Großraumbüro, wenn ich mich recht erinnere; aber das weiß ich auch nicht mehr so genau, sondern nur, dass ich das Gefühl hatte, es war ein größerer Raum mit einigen Menschen drin. Und dann wurde ich aber relativ schnell in diesen kleinen Besprechungsraum gebeten, weil das Gespräch im Mittelpunkt stehen sollte, was jetzt auch nicht unüblich ist, dass bei Unternehmen, die man besichtigt, dann diejenigen, die einen einladen - - auch noch mal kurzerhand die Agenda umgeworfen wird, sondern ehrlicherweise entscheiden die ja, was sie einem sagen wollen und nicht sagen wollen. Und bei digitalen Geschäftsmodellen ist es ja in der Tat so: Wenn nichts Haptisches da ist, wenn kein Produkt gefertigt wird, wenn man nicht in einer Industriestraße ist, ist das, was theoretisch zu sehen ist, ja auch nicht so wahnsinnig groß. Und deswegen stand das Gespräch im Mittelpunkt. Und dadurch, dass das Gespräch im Mittelpunkt stand, und dann, wie erwähnt, ich überrascht war, weil ich das Gefühl hatte, es war kurzfristig so, dass eben Herr Braun nicht da sein sollte/wollte - - dass er dann doch da war, dass er eben das Dominierendste an dem ganzen Termin war.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Haben Sie mal gefragt, weil es war ja offensichtlich doch vielen bekannt, dass er im Bereich - - oder die Wirecard AG im Bereich Erwachsenenunterhaltung - - Sie haben das ja eben angedeutet. Das heißt, Sie scheinen sich da ja Gedanken - - und ein bisschen Recherche betrieben zu haben. War das mal Gegenstand dieses Gespräches? Oder war es dann so diese, was man immer landläufig bei Herrn Braun sagt, Personalityshow, die er als der große Mann auf der Metaebene dann abgezogen hat?

Zeugin Dorothee Bär: Ich habe da auch noch mal drüber nachgedacht und glaube mich erinnern zu können, dass ich ihn da auch direkt drauf angesprochen habe, dass ich mir auch überlegt hätte, zu kommen, aufgrund der Verbindungen zu Erwachsenenunterhaltung und Glücksspiel. Und er hat es dann aber auch ganz proaktiv - - Aber, wie gesagt, auch nur aus meiner Erinnerung meine



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich, dass er das proaktiv auch aufräumen wollte, dass ihm auch schon in Österreich immer so quasi was Halbseidenes vorgeworfen wurde und dass er jetzt aber lauter seriöse Kunden hat und dass er sich aber seiner Vergangenheit bewusst ist, dass er sich seiner Vergangenheit gegenüber auch nicht schämt, sondern dass das auch Teil seiner Geschäftsgeschichte ist und dass er jetzt ja auch den Beweis angetreten hat, dass er ins seriöse Fach gewechselt hat. So meine ich es zu erinnern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Na ja, und für alles andere gab es dann TPA. Gut.

Zeugin Dorothee Bär: Ich habe jetzt Ihren letzten Satz akustisch nicht verstanden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich sagte: Für alles andere, nach unseren Erkenntnissen, gab es dann TPA. - Dann schaue ich mal zu den Kollegen der CDU/CSU. - Matthias Hauer, bitte schön.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Frau Staatsministerin, herzlich willkommen im Untersuchungsausschuss. Vielen Dank auch für das breite Eingangsstatement, was ja zu meinem Bedauern schon die Hälfte meiner Fragen in etwa erledigt hat. Aber ein paar habe ich dann doch noch.

Und zwar würde mich zunächst interessieren, wie oft Sie als Staatsministerin denn Unternehmen persönlich besichtigen. Wie oft kommt das vor?

Zeugin Dorothee Bär: Also, jetzt durch Corona natürlich gar nicht mehr. Aber vor Corona hat es schon regelmäßig stattgefunden, wobei es sich auch sehr stark, gerade im ersten Jahr, noch mal eher auf Start-ups usw. fokussiert hat. Aber ansonsten konnte ich nie alle Anfragen befriedigen, weil gerade bei einem Amt, was im März 2018 erst komplett neu geschaffen wurde, was es vorher in der Bundesrepublik Deutschland noch nie gab, war natürlich erst mal ein sehr großer Fokus, eine sehr große Aufmerksamkeit da. Und deswegen konnte ich nie alle Anfragen auch abdecken. Aber ich glaube, das geht jedem Politiker so.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, und sicherlich überlegt jeder Politiker in Zukunft noch intensiver, ob er Unternehmen besucht, wenn er dann vielleicht vor einem Untersuchungsausschuss wegen eines Besuchs landet. Aber Sie haben sich ja für den Besuch entschieden. Vor welchem Hintergrund war das? War das ausschlaggebende Kriterium: „Das ist jetzt ein DAX-Unternehmen, da kommt eine Anfrage, und deshalb geht man da auch hin“? Oder war es eher dieser Bezug zu Technologie? Oder was war für Sie maßgeblich?

Zeugin Dorothee Bär: Ich glaube, das ist eine Melange aus beidem. Also, ich denke, dass dann das Unternehmen, gerade zu der Zeit, als die Anfrage kam, in aller Munde war und dass es hieß - so war ja auch die Berichterstattung -: „Schmeißt die Commerzbank aus dem DAX!“; das erinnere ich noch so als Überschrift. Und damals wurde ja sehr stark auch in der Presse dieses Bild aufgemacht zwischen Old Economy und New Economy: „Alte Geschäftsmodelle überleben nicht mehr, und die neuen sind jetzt da“, dass das natürlich noch mal eine gewisse Aufmerksamkeit mit sich gebracht hat.

Aber sicherlich hat auch eine Rolle gespielt - ich weiß nicht, ob ich es damals schon gelesen habe; zumindest habe ich es jetzt noch mal in einem Artikel gelesen -, dass auch angeblich damals von Wirecard eine der Aussagen war, dass sie auch das verbindende Element sein wollen zwischen Online- und Offlinehandel. Und das fand ich auch spannend im Jahr 2018. Das kann man natürlich jetzt, im Jahr 2021, noch mal deutlicher sagen, wenn man unsere Innenstädte sich anschaut. Aber damals hat das ja auch schon eine Rolle gespielt: Verödung der Innenstädte, online, offline. Und da war jemand, der von sich behauptet, er kann auch dazu beitragen, dass das Ganze mehr am Verschmelzen ist. Ob das damals die Motivation war, weiß ich nicht. Ich kann nur noch sagen: sicherlich die aktuelle Presseberichterstattung und dann weil es halt natürlich auch ein Digitalunternehmen war. Also, ich würde jetzt nicht schwören, dass ich es vielleicht auch besucht hätte, wenn sie nicht in den DAX - - Das kann ich nicht sagen, das weiß ich nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist noch irgendwas erinnerlich, was da genau zum Thema Digitalunternehmen gesagt wurde, was die genau machen? Also, das ist ein intensiver Punkt für uns im Untersuchungsausschuss, weil teilweise wir den Eindruck haben: Selbst Banken und Wirtschaftsprüfer haben nicht so richtig verstanden, was da genau gemacht wurde und womit Geld verdient wurde. Ist da Ihnen noch irgendwas erinnerlich?

Zeugin Dorothee Bär: Es ist ja immer so mit dieser trügerischen Erinnerung. Ich habe halt jetzt auch noch mal Presseberichte gelesen. Also, ich glaube, wenn, hat er es damals auch nur so erklärt, wie es dann auch nachzulesen war, im Sinne von: dass sie so zwischengeschaltet sind, also dass sie zum einen B2B machen, dass sie zum anderen aber auch noch mal zwischengeschaltet sind und quasi wie so ein Versicherer agieren, Miniprovisionen bekommen - damals waren ja auch sehr viele große Player, ob das Fluglinien waren, ob das Teile der GAFAs waren, auch Geschäftskunden -, dass er das quasi so auch formuliert hat, wenn ich es richtig erinnere, so nach dem Motto: Viel bleibt bei einzelnen Transaktionen nicht übrig, aber Kleinvieh macht auch Mist; die Masse macht es einfach an der Stelle.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten ja gerade schon gesagt, Sie hatten schon vorher von dem Unternehmen mal gehört; es war ja auch in aller Munde tatsächlich, war ja irgendwo auch so das Wunderkind oder der Superaufsteiger. Aber Kontakt vorher ist Ihnen jetzt nicht erinnerlich, vor diesem Kontaktabbruch, ich sage mal, mit Ihrer Büroleiterin, vorher Kontakt zu Wirecard?

Zeugin Dorothee Bär: Kann ich mich überhaupt nicht dran erinnern. Sondern es war eher so, als die Anfrage kam, dass ich gedacht habe: Ach, spannend, dass die sich bei mir melden. - So war es, glaube ich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Jetzt hatten wir in den Terminunterlagen ja auch gesehen: Der Herr Kindler und der Herr Dr. Beckstein - da wurde ja auch gerade im Eingangsstatement deutlich, dass der Dr. Beckstein quasi den Kontakt hergestellt

hat -, das sind ja jetzt Namen, die nicht gerade mit dem Thema Digitalisierung so ganz intensiv verbunden sind. Hat das irgendwie Sie verwundert, dass dann die Anfrage über den Dr. Beckstein kam?

Zeugin Dorothee Bär: Ich habe ihn jetzt tatsächlich auch nicht mit Digitalisierung verbunden, sondern eher als ehemaliger bayerischer Ministerpräsident, dass er sich für ein bayerisches Unternehmen einsetzt. Also, das war jetzt weniger digital motiviert, würde ich mal sagen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wenn jetzt Wirecard direkt angefragt hätte, wäre das wahrscheinlich genauso behandelt worden, die Anfrage, oder?

Zeugin Dorothee Bär: Wäre genauso gewesen. Also, mich wundert es manchmal, dass man tatsächlich auch meint als Unternehmen, dass man immer irgendwelche Zwischenhändler oder Zwischenlobbyisten braucht, dass man nicht selber direkt anfragt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das wundert uns bei Wirecard hier besonders, weil wir ja ganz viele Berater da auch hier kennengelernt haben. - Es gab ja 2018 auch schon eine ganze Reihe von Berichterstattungen negativer Art über Wirecard, in der „Financial Times“ bereits seit 2015 nach und nach. Es gab aber auch sehr viele positive Analystenberichte und auch sehr viele positive Berichte über Wirecard. War das in irgendeiner Weise Gegenstand dieses Besuchs? Haben Sie darüber gesprochen, oder wurde das auch proaktiv angesprochen, so nach dem Motto: „Da gibt es so ein paar Journalisten, die schreiben uns runter“? Ist das irgendwie Thema gewesen?

Zeugin Dorothee Bär: Kann ich mich nicht erinnern, also weder ob ich das angesprochen habe noch dass ich damit proaktiv konfrontiert wurde, sondern das war damals tatsächlich zu dem Zeitpunkt, als die Anfrage kam - - war das wirklich zeitgleich oder ein paar Wochen nach der Verkündung der Deutschen Börse. Da war ja tatsächlich genau das Stichwort, was Sie gerade genannt haben, dieser Wunderkind-Begriff, der war da so in aller Munde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gab es zu dem Termin eine schriftliche Vorbereitung?

Zeugin Dorothee Bär: Es gab keine schriftliche Vorbereitung. Ich habe auch keine angefordert, weil, wie gesagt, es ein Erstgespräch war. Und bei einem Kennenlerngespräch habe ich keine schriftliche Vorbereitung. Da bereite ich mich selber drauf vor - zum einen -, und zum anderen hat ja auch die Wirecard AG keine inhaltlichen Fragen mit dem Besuch verbunden. Also, ich nehme mal an, wenn ich im Vorfeld schon gebeten worden wäre von der Wirecard AG, zu bestimmten finanzpolitischen Fragestellungen Stellung zu nehmen, hätte ich mir sicherlich was kommen lassen, weil ich da in den ganzen Verästelungen der Finanzpolitik sicherlich ansonsten nicht zu 100 Prozent sprechfähig gewesen wäre.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. - Wir haben ja als zweites Thema, jetzt neben dieser Besichtigung, oder so als Folgethema dann diese Weiterleitung dieses Gesprächswunschs von Dr. Braun. Und, ja, so der Eindruck bei mir, der deckt sich auch mit dem, was wir vorher schon im Untersuchungsausschuss vernommen haben. Weil wir hatten auch schon einige Koordinatoren für Nachrichtendienste da, die uns dann auch gesagt haben, dass Wirecard - - dass die eher sich gewundert haben, warum Wirecard so wenig Kontakte hat in die Regierung oder gerade zum Kanzleramt kaum Kontakte. Und insofern deckt sich das auch mit dem, was zum Beispiel Herr Fritsche oder Herr Schmidbauer gesagt haben. Und dann kam es ja am Ende nicht zu diesem Gespräch mit der Bundeskanzlerin. Also, es gab ja eine Absage von Herrn Professor Dr. Röller aus dem Kanzleramt. Ist Herr Professor Röller vor dieser Absage dieses erbetenen Gesprächs mit der Kanzlerin noch mal auf Sie zugekommen?

Zeugin Dorothee Bär: Nein. Und ich wusste ja auch gar nicht, dass er involviert ist in den Vorgang.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Gut. Ich habe keine weiteren Fragen mehr. Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann geht das Fragerecht weiter an die Kollegen der FDP. Dr. Florian Toncar, bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Frau Staatsministerin, vielen Dank schon mal für das Eingangsstatement und die Ausführungen. Ich habe nur noch einige Folgefragen.

Sie hatten angesprochen, dass der Vorgang rund um den Termin dann abgehakt war mit Weitergabe etc. an das Büro der Bundeskanzlerin. Gab es ansonsten bis 2020, sagen wir mal, bis zur Insolvenz, wo wir uns alle mehr mit dem Unternehmen beschäftigt haben, noch mal Berührungspunkte, oder war das absolut der einzige Vorgang, den Sie mit Wirecard erlebt haben dienstlich?

Zeugin Dorothee Bär: Also, nicht nur dienstlich, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Auch sonst.

Zeugin Dorothee Bär: - sondern für mich war das komplett der einzige Vorgang, den ich je mit denen erlebt habe, ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Alles klar. - Ist Ihnen Wirecard mal aufgefallen? Sie besuchen ja auch Konferenzen, Fachtagungen etc. für den Digitalbereich. Waren die da mal irgendwo präsent, oder hat man die da mal gesehen mit einem Stand oder auf einem Panel oder so was?

Zeugin Dorothee Bär: Also, ich kann es nicht ausschließen - ich bin auf vielen Konferenzen weltweit unterwegs -, ob die zufällig auf der gleichen waren. Wenn, dann ist es mir nicht aufgefallen, nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wann haben Sie denn erstmals Kenntnis von Betrugsvorwürfen gegen Wirecard erfahren?

Zeugin Dorothee Bär: Ich glaube, dass die Berichterstattung so richtig, ich glaube, im letzten Jahr oder so Fahrt aufgenommen hat; aber auch nur aus der Presse.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Weil, ich sage mal, die Historie von Wirecard mit der Erwachsenenunterhaltung, die Sie da gerade erwähnt haben, zeigt für mich ja schon auch eine ordentliche, fundierte Kenntnis, die vielleicht gar nicht jeder gehabt hätte, der da auftaucht. Also insofern - - Okay.

Kennen Sie die Ehefrau von Lars-Hendrik Röller?

Zeugin Dorothee Bär: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein? Die spielt hier auch eine Rolle, insofern: Das ist keine Fangfrage.

Zeugin Dorothee Bär: Aber um noch mal das klarzu- - Lars-Hendrik Röller ist der Röller aus dem Kanzleramt, oder?

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans
Michelbach (CDU/GSU):
Ja!)

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, selbstverständlich. Abteilungsleiter.

Zeugin Dorothee Bär: Okay. Ich weiß nicht, wie er mit Vornamen heißt; deswegen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich hoffe, ich habe jetzt den Vornamen richtig genannt. - Frau Bosch nickt. Gut. - Also, Sie hatten mit Herrn Röller nicht nur rund um den abgesagten Termin, sondern auch sonst keinen Kontakt zum Thema Wirecard.

Zeugin Dorothee Bär: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Auch das Thema „China-Engagement von Wirecard“ hat Sie dann dienstlich nicht weiter beschäftigt.

Zeugin Dorothee Bär: Auch nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr zu Guttenberg oder Herr Fritsche: Hatten Sie mit denen mal Kontakt zu Wirecard?

Zeugin Dorothee Bär: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Hat der Markus Braun erwähnt in seinem Gespräch mit Ihnen, dass er zu Sebastian Kurz immer wieder mal Kontakt hatte oder auch ein persönlicher Gesprächsfaden bestand?

Zeugin Dorothee Bär: Also, kann ich mich nicht dran erinnern. Ich glaube, dass wirklich das Wort „Österreich“ nur in dem Zusammenhang kam eben noch mal, dass er sich da in Österreich schon immer rechtfertigen musste wegen Erwachsenenunterhaltung und Glücksspiel. Aber Namen, Namedropping: Kann ich mich nicht erinnern, nee.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nee, nee. Okay. Weil Herr Fritsche zum Beispiel gesagt hatte, dass für ihn irgendwie das nicht so bleiben konnte, dass der Braun den Sebastian Kurz immer wieder getroffen hat, aber die Bundeskanzlerin - - oder im Bundeskanzleramt kein Gesprächskontakt da war.

Der Herr Beckstein, hat der sich hinterher noch mal gemeldet? Follow-up, so was?

Zeugin Dorothee Bär: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Es gab überhaupt kein Follow-up, nicht nur nicht in Bezug auf das Gespräch mit der Bundeskanzlerin, sondern auch sonst inhaltlich keine weiteren Themen damit?

Zeugin Dorothee Bär: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und mit dem Herr Kindler, hatten Sie mit dem sonst schon mal irgendwie zu tun?

Zeugin Dorothee Bär: Ja, hatte ich tatsächlich. Als ich im Bundestag angefangen habe, 2002, noch in der Opposition, war mein allererster Ausschuss der Innenausschuss, und da war ich ordentliches Mitglied. Und er war - ich weiß nicht, ob er es damals auch schon war - auf jeden Fall während meiner Zeit im Innenausschuss dann Polizeipräsident in Bayern. Da gibt es natürlich immer mal die eine oder andere Veranstaltung, auf der man sich trifft. Also, ich würde



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal sagen: Ich wusste, wer er ist; er wusste, wer ich bin. Aber das war es auch.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Also, Herr Kindler war sonst nicht auf Sie zugekommen mit irgendwelchen Kontaktwünschen oder anderen Dingen, die er für Wirecard oder andere Kunden arrangieren wollte.

Zeugin Dorothee Bär: Gar nicht. Ich habe tatsächlich jetzt erst in den Unterlagen, als ich die noch mal durchgearbeitet habe bzw. die E-Mails, die aus meinem Büro rausgegangen sind, gesehen, dass in der einen E-Mail offensichtlich der Günther Beckstein ihn irgendwo cc genommen hat. Das heißt, das war also dann anscheinend auf Betreiben von Günther Beckstein - - wurde er irgendwie mit reingenommen. Aber das hätte ich jetzt auch nicht mehr gewusst, wenn ich es nicht gelesen hätte.

Dr. Florian Toncar (FDP): Es gab gelegentlich und auch in verschiedenen Ressorts der Bundesregierung Befassung mit Wirecard. Deswegen noch mal meine Frage: Hat im Kabinett oder am Rande des Kabinetts oder im Gespräch mit Kabinettskollegen bis zur Insolvenz - nicht danach, aber bis dahin - das Thema Wirecard mal eine Rolle gespielt?

Zeugin Dorothee Bär: Also, nicht dass ich wüsste. Es ist jetzt aber auch nicht so, dass so am Rande des Kabinetts Gespräche groß stattfinden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, oder -

Zeugin Dorothee Bär: Nee, aber - - Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): - insgesamt im zwischenmenschlichen Kontakt mit Kabinettskollegen, -

Zeugin Dorothee Bär: Nein, könnte ich mich nicht erinnern.

Dr. Florian Toncar (FDP): - einschließlich der Staatssekretärebene. Wir haben da auch ein paar Kolleginnen und Kollegen gefunden, die mal befasst waren. Also, so weit, würde ich die Frage

mal verstehen, hat das, wie ich Ihrer Antwort jetzt entnehme, keine tiefere Rolle gespielt.

Zeugin Dorothee Bär: Also, war nicht als Small-talk Thema. Kann ich mich zumindest nicht dran erinnern, dass das jetzt so präsent gewesen wäre, dass man sich da mit irgendjemand anderem drüber unterhalten hätte. Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Und dann Dr. Jens Zimmermann für die SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Staatsministerin, wie gut kennen Sie Herrn Waldemar Kindler?

Zeugin Dorothee Bär: So, wie ich es eben dem Kollegen Toncar auch gesagt habe: Ich habe den im Rahmen meiner einfachen Mitgliedschaft als Oppositionsabgeordnete im Innenausschuss als Polizeipräsident mal kennengelernt und habe ihn bestimmt mal bei ein, zwei, drei - ich kann es nicht quantifizieren - Veranstaltungen getroffen, solange ich im Innenausschuss war. Und es gab keine bilateralen Treffen meiner Meinung nach und auch keine Telefonate, sondern das war aufgrund meiner fachlichen Zuständigkeit in meiner ersten Legislaturperiode.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Und der ist auch nicht in anderem Kontext mit irgendwelchen Anliegen auf Sie zugekommen.

Zeugin Dorothee Bär: Nein, der ist ehrlicherweise, wenn ich mir die Unterlagen anschau, in dem Kontext auch nicht auf mich zugekommen, sondern da wurde er eben in cc gesetzt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wir stellen hier manchmal komische Fragen, weil der Herr Kindler hat sich auch darum gekümmert, dass irgendein Bodyguard einen Waffenschein bekommt. Also, der hat alles Mögliche gemacht; deswegen.

Um noch mal - - Sie haben das vorhin so schnell verneint: die Frau von Herrn Röller. Das war



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch ein bisschen hier eine Befragung der dritten Art mit jemandem aus dem Kanzleramt, weil sozusagen sich am Ende herausstellte, dass die Ehefrau von Herrn Röllner einen Geschäftskontakt für Wirecard in China eingeleitet hatte. Und Herr Röllner sagte hier: „Nee, nee, meine Frau ist nur Hausfrau“, was wohl stimmt, aber sie hat nebenbei noch ein Unternehmen gegründet. Also, deswegen stellen wir hier so komische Fragen, um das auch noch mal klarzumachen. Aber Röllner, Abteilungsleiter „Wirtschaft“ Kanzleramt: Keine Erinnerung, dass da irgendwie - -

Zeugin Dorothee Bär: Ich hätte noch nicht mal sagen können, ob er verheiratet ist oder nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, deswegen kann es ja sogar sein, dass Sie seine Frau getroffen haben, aber es gar nicht mitgekriegt haben. Aber es ist ja sozusagen - -

Zeugin Dorothee Bär: Spekulation.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, genau.

Zeugin Dorothee Bär: Einspruch.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann, da waren Sie eben auch sehr schnell: bei Herrn zu Guttenberg. Da werden wir uns am Freitag mit der Bundeskanzlerin drüber unterhalten. Der scheint ja immer mal wieder - das ist ja auch vollkommen in Ordnung - quasi die alten Kolleginnen und Kollegen besucht zu haben, und so auch die Kanzlerin selbst. Aber Sie sagen jetzt - - War der mal bei Ihnen? Also, ich meine, Spitzberg Partners könnte ja durchaus auch im Digitalbereich aktiv sein. Das heißt, ich könnte mir vorstellen, dass der, als er bei der Kanzlerin raus ist, bei Ihnen noch mal geklopft hat und Dinge besprechen wollte.

Zeugin Dorothee Bär: Ich habe deswegen auch so schnell Nein gesagt, weil ich tatsächlich, als ich das gelesen hatte in der Zeitung, mich gewundert habe, dass er sich nicht bei mir gemeldet hatte.

(Heiterkeit)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Aber sozusagen auch nicht bei irgendeiner anderen Gelegenheit. - Wie oft haben Sie ungefähr Herrn zu Guttenberg in den letzten fünf Jahren getroffen?

Zeugin Dorothee Bär: Da müsste ich tatsächlich raten. Also, ich kann es wirklich nicht sagen, wie oft. Ich glaube, er hat irgendwann einmal im letzten Bundestagswahlkampf irgendwo in Bayern noch einen Wahlkampfauftritt gehabt, wo er gesprochen hat - wenn es bei der letzten Bundestagswahl war; es könnte auch schon bei der vorletzten gewesen sein. In meinem Wahlkreis war es nicht. Aber ansonsten kann ich es Ihnen wirklich nicht sagen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Aber das ist ja - - Also nicht zehnmal sozusagen.

Zeugin Dorothee Bär: Also, wie gesagt, ich kann mich an einen Auftritt im Wahlkampf erinnern, aber ich weiß noch nicht mal, in welchem Wahljahr.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, danke schön. - Was mich noch so ein bisschen gewundert hat - das haben Sie ja auch selber angesprochen -: Als es um die Vereinbarung des Termins ging für die Frau Bundeskanzlerin, hat die Fachebene - - Da gibt es einen Vermerk, und da steht ganz klar drin: negative Berichterstattung in der „Süddeutschen Zeitung“ über Wirecard; raten ab mit Verweis auf vollen Terminkalender. - Und Sie hatten ja gesagt, Sie hatten auch irgendwie was gehört über das Unternehmen. Stand das auch mal zur Debatte, den Termin nicht wahrzunehmen mit Wirecard?

Zeugin Dorothee Bär: Also, den Vermerk, den Sie gerade erwähnt haben, den kenne ich nicht. Und was die zweite Frage betrifft, ob es im Raum stand: Da war, wie gesagt, nur mein Hintergrundgefühl wegen der Fragestellung eben „Glücksspiel und Erwachsenenunterhaltung“, ob ich wirklich zu einem Unternehmen gehen möchte, gerade auch als Frau, sage ich ganz offen, das sich eben mit Erwachsenenunterhaltung beschäftigt, ob mir das seriös genug ist - aber jetzt nicht wegen Unregelmäßigkeiten, sondern aufgrund der Branche.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Können Sie sich erklären, warum sozusagen Wirecard dann über Herrn Fritsche noch mal an Herrn Rölller herangetreten ist, um einen Termin auszumachen? Weil das Angebot war ja nach Ihrer Initiative - - stand ja auch im Raum.

Zeugin Dorothee Bär: Ich weiß das gar nicht, dass das so war.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, war so. Okay. - Gut. Dann: Haben Sie - - Ich würde jetzt noch mal sozusagen - - Noch mal eine Frage: Hatten Sie mal mit Kai Diekmann Kontakt zum Thema Wirecard?

Zeugin Dorothee Bär: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Haben Sie mal was davon gehört, dass es in Bayern eine Flüchtlingskarte geben soll, also so eine Art Prepaidkarte für Geflüchtete?

Zeugin Dorothee Bär: Also, ehrlich gesagt, nicht, nee. Höre ich jetzt das erste Mal.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Dementsprechend haben Sie auch nicht gehört, dass Wirecard die der Staatsregierung verkaufen wollte.

Zeugin Dorothee Bär: Ich weiß gar nicht, was da drauf sein soll. Telefonguthaben, oder was?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nee, dass man sozusagen damit bezahlen kann. Also, dass kein Bargeld oder so ausgezahlt werden muss, sondern dass man so eine Karte hat.

Zeugin Dorothee Bär: Weiß ich nicht, nee.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wir wissen aus den Wirecard-E-Mails, dass Wirecard auch in das Geschäft mit FFP2-Masken aus China einsteigen wollte. Haben Sie da irgendwo mal was mitbekommen?

Zeugin Dorothee Bär: Auch nicht, nee. Tut mir leid. Aber das sind ja spannende Fragen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, wir finden auch, dass es spannende Fragen sind. Aber wir versuchen ja hier zu untersuchen. - Kennen Sie Frau Bäumler-Hösl?

Zeugin Dorothee Bär: Nein. Ist die auch im Kanzleramt?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nee, aber die ist bei der Staatsanwaltschaft München. Ich bin mir nicht sicher, ob man sie kennen will, aber sie ist eigentlich relativ bekannt offenbar. - Okay. Dann zu den Personen meine vorletzte Frage: Herr Gauweiler, der war ja auch lange im Bundestag. Haben Sie zu ihm noch Kontakt?

Zeugin Dorothee Bär: Jetzt in Bezug auf Wirecard oder grundsätzlich?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ich hätte jetzt erst mal grundsätzlich angefangen und wäre dann ins Spezielle übergegangen.

Zeugin Dorothee Bär: Also beides: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das heißt, Sie kennen auch Herrn Enderle nicht. Das ist ein sehr geachteter und bekannter Rechtsanwalt in München.

Zeugin Dorothee Bär: Kenne ich auch nicht, nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, okay. - Gut. Dann hören wir mit dem Spiel auf. Ich bin jetzt eigentlich ein bisschen enttäuscht. Ich hätte erwartet, Sie würden da mehr Leute kennen.

Zeugin Dorothee Bär: Ich ehrlicherweise auch.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber manchmal ist man ja auch froh, dass man die richtigen Leute kennt und nicht die falschen.

Dann, was mich noch mal interessieren würde - Sie haben das ja selbst geschildert -: Wirecard war eine Zeit lang positiv im Gespräch - DAX-Unternehmen, Technologieunternehmen -, dann gab es die Insolvenz; 2020, Mitte des Jahres, plötzlich die Insolvenz eines DAX-30-Konzerns,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wo auch gewisse Hoffnungen im Digitalbereich drinlagen. Deswegen meine Frage: Ist das von Ihrer Seite her - - Oder: Haben Sie das irgendwo angestoßen, sage ich mal, das auch aufzuarbeiten? Oder ist da möglicherweise auch rund um die Insolvenz mal darüber gesprochen worden: „Verlieren wir da jetzt vielleicht was in Deutschland?“?

Zeugin Dorothee Bär: Nein, ich habe da nichts angestoßen. Aber natürlich ist der erste Gedanke, wenn man so was hört und vor allem wenn man dann auch vor Ort war und von jemandem erklärt bekommen hat, dass wir gute Bedingungen in unserem Land haben, um Weltmarktführer aufzubauen, dass das natürlich dann unschön war. Und dann habe ich natürlich auch sehr viel in den sozialen Netzwerken, gerade von vielen Start-up-Unternehmern oder von Menschen, die in der Start-up-Szene unterwegs sind, auch die Nachrichten gelesen, die gesagt haben: Damit hat halt das Unternehmen - ich mag das Wort nicht, aus persönlichen Gründen - - aber dass man sagt, einen Bärenendienst erwiesen. Und das ist natürlich etwas, was dann schon sehr schade war in dem Zusammenhang.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Aber das heißt, Sie hatten da jetzt nicht irgendwie vielleicht auch mit dem BMF Kontakt im Sinne von: „Ist da irgendeine Technologie am Start, die vielleicht Wirecard hatte, die es auch sozusagen dann zu verwerten gilt oder vielleicht auch zu sichern gilt?“ Weil wir wissen, es gab auch die Überlegung: „Kann man jetzt irgendwie im Supermarkt nicht mehr mit der Karte bezahlen durch die Insolvenz?“ oder so was in der Richtung. Aber da gab es keine Gespräche.

Zeugin Dorothee Bär: Es gab keinen Kontakt zum BMF, nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, okay. - Herzlichen Dank.

Zeugin Dorothee Bär: Könnte ich vielleicht, Herr Vorsitzender, noch Sprudelwasser bekommen?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Noch mal.

Zeugin Dorothee Bär: Sprudelwasser hätte ich gerne noch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, aber selbstverständlich. Wir haben auch eine Cola am Start. Also, was Sie möchten: sprudelnd, medium - wir haben hier alles, nur nicht links- oder rechtsgedreht. Kriegen Sie. - Gut. Dann macht Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke weiter.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Alles haben wir nicht: Schnaps haben wir nicht da. - Frau Staatsministerin, ich habe noch mal in das Protokoll der Vernehmung von Herrn Kindler geguckt. Und der formuliert hier in seiner Aussage:

Und dann - soweit nach meiner Erinnerung, ist dann eigentlich überraschend -

- so sagt er das -

hat die Ministerin gesagt, sie ist in München,

- damit meint er Sie -

sie möchte das Unternehmen anschauen und kommt nach Aschheim.

Haben Sie eine Vermutung, warum er das überraschend fand?

Zeugin Dorothee Bär: Also das, was Sie jetzt zitieren, finde ich ehrlicherweise sehr überraschend. Weil es war von Anfang an, wie man es ja auch aus den E-Mails entnehmen kann, als Vor-Ort-Termin geplant und als nichts anderes. Und der Termin wurde ja im September terminiert, und unser Angebot war ja November oder Dezember. Da standen ja auch schon Termine fest, und daraufhin wurde der noch zusätzlich mit reingenommen. Also, für mich war da nichts überraschend, sondern genau so war es geplant.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Das kann auch zurückzuführen sein auf seine Kommunikation mit Herrn Beckstein. Er war dabei bei dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Termin, aber Sie können sich nicht erinnern an seine Anwesenheit? Also, so sagt er das.

Zeugin Dorothee Bär: Ich kann mich an ihn nicht erinnern, nein. Ich könnte mich tatsächlich auch nicht an Herrn Beckstein erinnern, wenn ich es jetzt nicht noch mal gelesen hätte, sondern der Einzige, mit dem ich wirklich mit hundertprozentiger Sicherheit sagen kann, dass ich mit ihm gesprochen habe, war Herr Braun selber.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Hier gibt es ein Dokument, MAT A BKAm-8.02, Blatt 5, da schreibt Ihre Büroleiterin an eine Frau Tondera. Da geht es um die Terminabstimmung, und sie schreibt:

Weitere Infos für Wirecard warten wir von Herrn Beckstein ab.

Sie haben also keine Kenntnis von irgendwelchen Informationen, die Herr Beckstein zu Wirecard noch einmal geliefert hat.

Zeugin Dorothee Bär: Nein, sagt mir nichts.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie hatten zu dem Zeitpunkt auch keine Kenntnis von staatsanwalt-schaftlichen Ermittlungen, die es einmal im Zusammenhang mit den Paradise Papers gab gegen Wirecard.

Zeugin Dorothee Bär: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Gehört das zur gewöhnlichen Vorbereitung eines Termins? Weil Sie sind ja für Digitales zuständig. Und Zahlungsabwicklung Onlineglücksspiel ist ja eigentlich illegal in Deutschland außerhalb Schleswig-Holsteins.

Zeugin Dorothee Bär: Also, wie gesagt: Ich hatte mir nur im Vorfeld die Berichterstattung angeschaut. Dann hieß es ja im September, als der Termin zustande kam, dass es ein deutsches Wunderkind ist, dass es eben die ehrwürdige Commerzbank aus dem DAX verdrängen würde. Und deswegen habe ich an der Stelle entschieden, mir das Unternehmen anzuschauen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Aber Ihnen war bewusst, dass Zahlungsabwicklung für Onlineglücksspiel in Deutschland illegal ist außerhalb Schleswig-Holsteins.

Zeugin Dorothee Bär: Das war damals gar nicht der Gegenstand, weder des Besuchs noch der Berichterstattung, zumindest der, die ich gelesen habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Das heißt, Sie hatten keine Kenntnis von Zahlungsabwicklung für Onlineglücksspiel bei Wirecard.

Zeugin Dorothee Bär: Also, ich hatte ihn damals so verstanden in dem Gespräch, dass das ein altes, ursprüngliches Geschäftsmodell gewesen sei und dass er sich auch weiterentwickelt hätte und dass er ausschließlich im legalen Bereich unterwegs ist. So habe ich ihn zumindest verstanden.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber er hat auch nicht thematisiert, dass Wirecard, ich sage mal, eine Art zentraler Broker werden möchte im Rahmen des neuen Staatsvertrags zum Onlineglücksspiel?

Zeugin Dorothee Bär: Um den Glücksspielstaatsvertrag ging es überhaupt nicht in dem Gespräch, soweit ich mich erinnern kann. Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Hat er thematisiert, dass es Sponsoring gibt für den Wirtschaftsrat der Union von seinem Unternehmen?

Zeugin Dorothee Bär: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein.

Zeugin Dorothee Bär: Wie gesagt, es war die ganze Zeit eher so, dass er mir darlegen wollte, dass er so großartig ist, obwohl es die Politik gibt. Und es war zu keiner einzigen Sekunde so, dass er in irgendeiner Weise einem das Gefühl vermittelt hat, einen für irgendwas brauchen zu müssen, sondern ganz im Gegenteil so, dass eigentlich eher so diejenigen, die es nicht schaffen - - Auf die hat er meines Erachtens, auch aus der Erinnerung raus, eher etwas verächtlich geblickt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, der Mann hat Selbstbewusstsein. Das ist auch nach einigen Nächten in der Justizvollzugsanstalt immer noch so. - Haben Sie sich jemals mit aktuellen oder ehemaligen Mitgliedern der Bayerischen Landesregierung noch mal über Wirecard ausgetauscht, so nach dem Motto: „Was ist denn da los? Was ist da passiert?“, mit Herrn Stoiber zum Beispiel oder anderen?

Zeugin Dorothee Bär: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Kennen Sie einen Michael Dzeba, D - Z - E - B - A geschrieben, ein Stadtverordneter aus München?

Zeugin Dorothee Bär: Noch nie gehört.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Gut. Dann würde ich gerne noch einmal wissen: Sie haben ja dargestellt, dass Ihre Mitarbeiterin vielleicht zu euphorisch war, was die Anbahnung des Termins angeht. Also, sie schreibt ja an zwei Stellen. Sie schreibt einmal:

Das Büro der Bundeskanzlerin bitet nun um die direkte Kontaktaufnahme durch das Büro von Herrn Dr. Braun zwecks Anberaumung eines Termins.

Also, der war offenbar ins Auge gefasst. Und dann schreibt sie:

Frau Bundeskanzlerin hatte sich zu einem bilateralen Treffen mit Herrn Dr. Braun bereit erklärt.

Also, das wäre beides sozusagen ein Missverständnis gewesen. Es gab noch keine klare Absicht beim Kanzleramt, dass der Termin stattfindet und durchgeführt wird.

Zeugin Dorothee Bär: Also, das Erste, was Sie vorgelesen haben, finde ich, kann man auch anders verstehen. „Zwecks Terminfindung“ kann ja auch negativ beschieden werden. Aber das Erste war tatsächlich wahrscheinlich der Tatsache geschuldet - aber, wie gesagt, ich bin im Bereich der Spekulation -, dass ich zugerufen habe: „Ja, wir können das hochschicken“, und dann heißt

es aber nur: Die Einladung kann weitergegeben werden. - Aber ich würde ja nie im Namen der Bundeskanzlerin irgendwo zusagen, geschweige denn auch Ihrem Büro sagen, was sie angeblich gesagt hätte. Das würde ich einfach nicht machen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Und das heißt, die Bundeskanzlerin ist auch nicht im Zuge der Berichterstattung noch einmal auf Sie zugekommen persönlich?

Zeugin Dorothee Bär: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann habe ich erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann geht es weiter mit Lisa Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, hallo auch von meiner Seite! - Ich wollte noch einmal zu dem Termin selber zurückkommen. Sie haben erwähnt, dass Sie sich eigentlich an gar keinen anderen mehr großartig erinnern können, sondern nur an Herrn Braun. Aber hat denn wirklich nur Herr Braun gesprochen in diesem Gespräch? Können Sie sich vielleicht doch noch an irgendwas anderes erinnern? Und vor allen Dingen würde mich ja interessieren: Was haben Sie ihm denn erzählt? Also, Sie haben ja schon gesagt, er wollte nichts von der Politik; das ist bei Ihnen so angekommen. Aber trotzdem ist ja die Frage: Was haben Sie ihm denn eigentlich erzählt?

Zeugin Dorothee Bär: Also, für mich ist so ein Kennenlernen erst mal ein reiner Zuhörtermin. Ich habe ja vorhin schon gesagt, dass ich meine mich erinnern zu können, dass ich ihn nach seinen früheren Geschäftstätigkeiten gefragt hätte, die er ja dann auch proaktiv ausgeräumt habe. Aber ansonsten war das tatsächlich mehr oder weniger eine One-Man-Show, weil ich mich auch erinnere, dass ich beim Rausgehen wahrscheinlich nicht nur innerlich, sondern auch äußerlich den Kopf geschüttelt habe über so viel Selbstbewusstsein, was man in der deutschen Wirtschaft selten erlebt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ansonsten haben Sie ihm nichts erzählt, sondern haben zugehört. - Dann wollte ich noch mal fragen: Er hat ja gesagt, dass er mit Deutschland so weit zufrieden ist. Können Sie sich da an irgendwas detailmäßig erinnern? Also, ist das einfach nur der Standort Deutschland oder die Regeln? Oder hat er sich nur auf Deutschland bezogen? Hat er auch was zu Bayern erwähnt? Hat er was zu München erwähnt oder Aschheim? Und hat er vielleicht auch die gesetzlichen Regeln oder die Finanzaufsicht erwähnt? Wissen Sie da irgendwelche Details?

Zeugin Dorothee Bär: Überhaupt nicht. Also an Bayern kann ich mich gar nicht erinnern, sondern das war eher so auf einer höheren Ebene, eher so Deutschland und Europa. Also, es war eher so nach dem Motto: Er kann nicht verstehen, warum andere so Probleme haben in Deutschland oder in Europa, mit den anderen Playern weltweit da mitspielen zu können. Ich habe mich da auch nie von - - Wenn ich da jetzt wirklich drüber nachdenke, könnte ich nicht sagen, dass - - Das Bundesland hat in dem Fall überhaupt keine Rolle gespielt, sondern das war eher so die Bundesgesetzgebung. Er will keine Lex Wirecard, glaube ich, hat er gesagt, und man kann auch aus Deutschland oder aus Europa raus Weltmarktführer werden, ohne dass irgendwelche besonderen - - oder ohne dass irgendwie Gesetze geändert werden müssten. Aber um jetzt Lokales ging es gar nicht, nee.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sind Sie ja nicht nur Staatsministerin, sondern sind ja eben auch schon länger Abgeordnete, sind ja auch schon sehr lange in dem Bereich Digitales unterwegs. Und deswegen ist es ja doch ein bisschen erstaunlich, dass es quasi Ihr erster Besuch gewesen ist bei Wirecard. Und deswegen wollte ich Sie einfach noch mal fragen als bayerische Abgeordnete und so: Wie haben Sie denn vorher - - Weil Sie im Eingangsstatement gesagt haben, Sie haben das wahrgenommen, die sind in den DAX gekommen und so, dann haben Sie sich dafür interessiert. Aber warum ist Ihnen denn Wirecard die ganze Strecke vorher nicht aufgefallen? Oder hatten Sie vorher wirklich keinen Kon-

takt, auch im Bundestag? Wirecard war beispielsweise mal auch bei einer Prepaidkarten-Geschichte hier bei einer Anhörung dabei.

Zeugin Dorothee Bär: Ich hatte vorher keinen Kontakt mit ihnen, nein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum hat Sie Wirecard vorher nicht interessiert?

Zeugin Dorothee Bär: Da müsste ich jetzt spekulieren. Aber ich habe auch sonst 24/7 ausreichend zu tun. Und es ist in der Regel tatsächlich so, dass man in einer idealen Welt sich überlegen würde: Wo gehe ich jetzt proaktiv hin? - Aber oft sind es ja tatsächlich - - Das kennen Sie sicherlich auch, Frau Paus, dass wir oft gezwungen sind, manchmal zu reagieren, weil die Anfragen eben dann auch das eigene Zeitbudget sprengen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Unternehmensbesuche machen Sie vor allen Dingen in Ihrem Wahlkreis? Oder machen Sie ansonsten in Bayern keine - -

Zeugin Dorothee Bär: Ich mache bundesweit Unternehmensbesuche, aber in der Regel werde ich eingeladen und dränge mich ganz selten irgendwo auf, weil dieses Aufdrängen auch selten notwendig ist, weil eben die Anfragen so viel mehr sind als dann die freie Zeit, die zur Verfügung ist.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, jetzt hatten Sie ja schon gesagt, dass konkret Herr zu Guttenberg jetzt nicht bei Ihnen vorbeigekommen ist, dass Sie Herrn Kindler zwar kennen, aber jetzt nicht in diesem Zusammenhang. Herr von Beust wurde, glaube ich, noch nicht abgefragt; -

Zeugin Dorothee Bär: Wer?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aber wird wahrscheinlich jetzt auch nicht anders sein. - Herr Fritsche: Könnten Sie - -

Zeugin Dorothee Bär: Ich habe jetzt den Namen davor nicht verstanden.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Beust. Ole von Beust.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dorothee Bär: Auch nicht, nein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Aber Herrn Fritsche, den werden Sie ja auch noch kennen, oder?

Zeugin Dorothee Bär: Ich weiß, wer es ist, aber kennen tue ich ihn auch nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht aus CSU-Zusammenhängen?

Zeugin Dorothee Bär: Nein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeugin Dorothee Bär: Also, soweit ich es aus der Presse weiß, ist er auch, glaube ich, eine ganz, ganz andere Generation.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber er ist noch nicht so lange aus dem Bundeskanzleramt raus. Das war, glaube ich, tatsächlich vor Ihrer Zeit, aber Sie haben sich quasi die Klinke in die Hand gegeben. - Gut. Okay. Dann hatten wir eben schon mal - - Ich glaube, Herr Hauer hatte die Frage gestellt: Warum hat Wirecard nicht direkt sich um einen Termin bemüht? - Und, genau, Sie hatten das, glaube ich, auch gesagt: Sollen sie doch eigentlich direkt machen, brauchen sie doch keinen Mittelsmann. - In diesem Fall war es ja so, dass eben Herr Braun das schon direkt versucht hat und das ja nicht geklappt hat und das dann ja über Mittelsmänner eben sehr wohl funktioniert hat.

Zeugin Dorothee Bär: Ich habe es jetzt leider akustisch wieder nicht verstanden. Wo hat es funktioniert?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung. - Es ist ja dokumentiert, dass Wirecard, also Herr Braun, sehr wohl eine direkte Anfrage gestellt hatte -

Zeugin Dorothee Bär: Bei wem?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - bei der Bundeskanzlerin -, -

Zeugin Dorothee Bär: Okay, das wusste ich nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und dass der Termin nicht geklappt hat und dass es dann eben weitere Aktivitäten gab, dass dann eben Herr zu Guttenberg beauftragt wurde und Herr Fritsche beauftragt wurde und Herr von Beust beauftragt wurde und das dann ja doch nicht vollständig erfolgreich war, aber eben doch zu Erfolgen geführt hat.

Deswegen wollte ich einfach noch mal aus Ihrer beruflichen Praxis jetzt wissen: Wie nehmen Sie das denn wahr? Also, dass alle die Bundeskanzlerin kennenlernen wollen, das ist sofort plausibel. Aber auch ansonsten wollte ich noch mal wissen: Wer hat zum Beispiel Herrn Röller gefragt, ob er sich nicht gewundert hat, dass eben der Herr Fritsche, der eigentlich aus dem Nachrichten- und Sicherheitsbereich kommt, sich plötzlich bei ihm meldet und lobbyiert für Wirecard? Und dann hat Herr Röller gesagt, das hätte ihn überhaupt nicht gewundert, „Sie können sich gar nicht vorstellen, wer hier alles anruft und was möchte“. Und das ist ja auch nachvollziehbar.

So, trotzdem wüsste ich jetzt gerne mal: Wie ist das denn bei Ihnen? Gibt es da irgendwelche Kriterien, nach denen Sie das sortieren, wenn Leute bei Ihnen anrufen und nach Terminen mit der Bundeskanzlerin fragen? Also, wir haben jetzt konkret bei Wirecard gesehen, wie das da gelaufen ist. Wie ist das mit anderen Bitten? Es geht ja nicht nur um Terminbitten, sondern auch andere Bitten. Wie läuft das bei Ihnen ab? Das kommt an, und dann legt Ihre Büroleiterin Ihnen das vor, und dann wird das im Einzelfall entschieden? Oder weiß die Büroleiterin schon bei einigen Dingen, weil es irgendwelche Kriterien gibt, dass sie Ihnen das nicht vorlegen braucht?

Zeugin Dorothee Bär: Na ja, also, wenn eine Anfrage an die Bundeskanzlerin käme, die nicht direkt an mich kommen würde, sondern an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, würden die immer mit mir Rücksprache halten. Also, da hat keiner die Prokura, einfach mal so die Bundeskanzlerin anfragen zu dürfen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Mir geht es um Sachverhalte, um inhaltliche Sachverhalte. Also, Wirecard ist ja nun auch ein Digitalunternehmen gewesen. Das wäre jetzt ja nicht völlig abwegig - deswegen haben Sie ja auch einen Vor-Ort-Termin gemacht bei dem Unternehmen -, dass Sie da als zuständige Staatsministerin sich dafür interessieren inhaltlich. So, und dann ist ja das normale Verfahren - auch ganz normal -, dass Sie dann inhaltlich womöglich mit denen über etwas reden. Sie haben jetzt gesagt, Herr Braun hat explizit gesagt, er wollte jetzt nichts von Ihnen; aber es gibt ja auch andere Fälle, wo dann Ihnen Dinge vorgetragen werden.

Zeugin Dorothee Bär: Aber es passiert trotzdem ganz selten, dass man so gebeten wird: Bitte, bitte, ich will mal die Bundeskanzlerin kennenlernen. - Das gibt es vielleicht bei Schulklassen oder so, aber es ist jetzt nicht so, dass ein DAX-Unternehmen das normalerweise macht. Also, es war zumindest in meiner politischen Laufbahn das allererste Mal, dass ein CEO eines DAX-Unternehmens um einen Termin bei der Bundeskanzlerin gebeten hat. Weil normalerweise kann man da ja auch selber anfragen. Dass es, so wie Sie gerade schildern, vorab schon eine Anfrage gegeben haben soll von ihm direkt, das wusste ich nicht oder habe es gerade von Ihnen erst erfahren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Frau Paus.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin schon weit drüber, ich weiß. Eine letzte Frage, dann bin ich durch. Dann bin ich fertig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Alles klar. Deal.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Um das noch einmal zuzuspitzen: Also, das ist ja über Herrn Beckstein vermittelt worden, dieser Unternehmenskontakt. Jetzt in Ihrem ganz normalen Alltag als Staatsministerin: Wie viele vermittelte Gesprächsanfragen bekommen Sie für sich und wie viele direkte? Kann man das sagen?

Zeugin Dorothee Bär: Weiß ich nicht; müsste ich auch überlegen. Aber, ehrlicherweise, in der Regel kommen die Leute direkt auf einen zu und schreiben einem direkt eine Mail oder schreiben einen im sozialen Netzwerk an, weil ich es ja auch eingangs schon gesagt habe: Es ist nicht der normale Weg. Weil das ja jetzt auch ungewöhnlich war in dem Fall, dass es jetzt ein DAX-Unternehmen war. Ich habe, wie gesagt, sehr viel ja mit KMUs zu tun oder mit Start-ups zu tun, und die sind dann auch wesentlich niederschwelliger oder robuster in ihrer Ansprache, als dass man da noch mal versucht, von hinten durch die Brust ins Auge zu kommen. Das ist dann doch sehr ungewöhnlich.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie würden sagen, irgendwie 80 Prozent direkt, 20 Prozent über Parteifreunde?

Zeugin Dorothee Bär: Ich würde jetzt gar nichts sagen, ohne drüber nachgedacht zu haben. Ich weiß es einfach nicht. Ich würde sagen, dass die weit, weit überwiegende Mehrzahl direkt zustande kommt und ich auch in dem Fall mich gewundert habe, warum die nicht direkt zu mir gekommen sind.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann wäre noch mal sieben Minuten Jörn König dran. - Gut. Dann bitte schön.

Jörn König (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Frau Staatsministerin! - Ja, ich habe, ehrlich gesagt, auch nur - viele Fragen sind halt abgeräumt - zwei, drei Fragen zu dem Termin selber. Sie haben gesagt: Am Anfang war es so, dass Herr Braun dabei sein sollte, dann sollte er plötzlich wieder nicht dabei sein, und am Ende war er dann überraschend dabei. - Von Ihrem Gefühl her: War das alles Show von Herrn Braun, um sich rartzumachen sozusagen, oder war er wirklich beschäftigt?

Zeugin Dorothee Bär: Da müsste ich auch spekulieren. Damals hatte ich das Gefühl, er könnte beschäftigt gewesen sein. Mir ist nur aufgefallen - - Ich habe irgendwo im Hinterkopf, dass irgend-eine Mitarbeiterin - ich glaube, das war eine Frau - so einem den Eindruck vermitteln wollte,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass er jetzt doch kommt, so nach dem Motto, dass ich mich jetzt geehrt fühlen soll irgendwie - was ich jetzt nicht habe, sondern ich dachte mir: Ja, ihr wollt ja, dass ich euch besuche. - Also, das war irgendwie so - - Von der Erinnerung raus hatte ich dann schon das Gefühl - - Ich will jetzt nichts Falsches sagen, aber es war ein bisschen so ein typisch männliches Gebaren.

Jörn König (AfD): Alles klar. Ja, ist doch legitim. - Dann hatten Sie gesagt - das ist eine ähnliche Frage, wie Frau Paus hatte -, dass Sie sich an Herrn Kindler bei dem Termin, an Herrn Ley und an Herrn Leogrande so gut wie nicht erinnern können. Wenn jetzt aber Herr Braun, ich sage mal, später dazukam oder nur teilweise dabei war, wer hat denn den Rest der Zeit von Wirecard aus den Termin geführt?

Zeugin Dorothee Bär: Es war eben noch gar kein richtig geführter Termin, sondern ich bin da reingekommen, wenn ich mich richtig erinnere, dann war da erst mal der Empfangsbereich. Dann war eben, ich glaube, eine Assistentin oder so, also auf jeden Fall irgendjemand, der einen halt in Empfang nimmt, wo man dann erst mal nur so einen Raum gezeigt bekommt und wo man dann relativ schnell in diesen kleineren Besprechungsraum geführt wurde mit der Begründung: Ist doch viel wichtiger, das Gespräch, als jetzt irgendwas hier anzuschauen; viel zu sehen gibt es hier ja eh nicht. - Und dann war es mehr - aber das ist auch nur so aus der Erinnerung nach zweieinhalb Jahren - Smalltalk, und dann wurde eben vonseiten von Wirecard, so nach dem Motto „Er kommt“, die Aufregung groß. Und dann war er halt da, und dann - - wie ich es geschildert hatte.

Jörn König (AfD): Vielen Dank für die plastische Schilderung. Das kann ich gut nachvollziehen. Das habe ich auch öfter erlebt, dass so innerhalb des Unternehmens halt: „Er kommt“, „Der Vorstand kommt“ oder Ähnliches - - Ja.

Als letzte Frage auch noch mal so ähnlich wie Frau Paus: Ich will auch ein bisschen leise Kritik anklingen lassen. Wirecard war zu dem Zeitpunkt seit 2006 im TecDAX, Sie waren seit 2013 Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr und

digitale Infrastruktur und später dann halt Staatsministerin für Digitalisierung. Und auf der anderen Seite war Wirecard zu dem Zeitpunkt halt, ich sage mal, eine Wachstumsstory und ein Wunderkind und dann gerade noch in den DAX aufgestiegen. Also, ich hätte mir dann schon gewünscht, dass man vielleicht auch aktiv auf solche Leute zugeht, weil zu dem Zeitpunkt galten sie ja noch als jemand, der vielleicht Methodenkompetenz hätte, um ein gutes Beispiel für andere Unternehmen darzustellen. Also, das erscheint mir relativ, ich will nicht sagen: unglaublich, aber komisch, dass Sie eben halt vorher keinen Kontakt mit Wirecard hatten.

Zeugin Dorothee Bär: Ja, das mag sein. Aber ich habe in den vier Jahren, in denen ich Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur war, auch noch einen „Nebenjob“ gehabt - in Anführungszeichen -: Ich war nämlich die Koordinatorin der Bundesregierung für Güterverkehr und Logistik und habe mich tatsächlich auf Mobilität vier Jahre lang konzentriert und war auch für die Bundesregierung bei sehr, sehr vielen Logistikkreisen, auch außerhalb des Landes. Das heißt, ich habe auch wahnsinnig viele Auslandsreisen gemacht, um den Logistikstandort Deutschland auch zu vermarkten im Rahmen der LAG, der Logistics Alliance Germany. Und da war tatsächlich alles, was jetzt nicht mit Logistik oder Mobilität zu tun hatte, eher so ein Kürtermin und kein Pflichttermin. Und wenn man sich dann aber die Chronologie anschaut - im März vereidigt worden, und im September wurde der Termin schon ausgemacht -, finde ich es eigentlich spektakulär schnell.

Jörn König (AfD): Gut. Spektakulär nicht, aber angemessen. - Vielen Dank. Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Jörn König. - Dann schaue ich noch mal zu den Kollegen der CDU/CSU. Besteht noch der Wunsch, Fragen zu stellen?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, wir haben keine weiteren Fragen. Alles beantwortet, danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. - Also, kritische Innenschau: Ich habe auch keine weiteren Fragen für die AfD. Ich schaue aber auch noch mal zum Kollegen König, nicht dass wir hier einen Dissens bekommen.

Jörn König (AfD): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein, keine weiteren Fragen. - Dann schaue ich zu den Kollegen der SPD.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Keine Fragen, höchstens zur Teilnahme des FC Bayern an der Super League. Aber das machen wir ein anderemal.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Machen wir gleich in der Beratungssitzung.

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Auch keine Fragen!)

- Okay. Danke schön, Dr. Toncar. - Dann schaue ich zum Kollegen De Masi. Kann Herr Olschewski in Vertretung von Herrn De Masi - -

Niklas Olschewski (BT): Keine Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein, keine mehr. Das klappte bisher immer gut. - Dann Frau Paus, noch Fragen?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann, stelle ich fest, besteht kein Wunsch mehr seitens der Fraktionen, in öffentlicher Sitzung Fragen zu stellen. Dann frage ich der guten Ordnung halber: Besteht Bedarf in eingestufte Sitzung? - Auch das kann ich nicht erkennen. Ich stelle fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden.

Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung

übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Ich darf mich jetzt ganz recht herzlich bei Ihnen bedanken, nochmals mich leise entschuldigen, dass wir etwas später angefangen haben. Ich weiß, das ist ein Euphemismus; aber kommt vor. Ich wünsche Ihnen jetzt eine wunderbare Rückreise oder - Sie sind ja auch die Woche hier; sonst hätte ich gesagt: „Jetzt einen schönen Feierabend!“ - gutes Tun. Bleiben Sie gesund in dieser schwierigen Zeit! Und vielen Dank.

Zeugin Dorothee Bär: Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne. - Gut. Dann würde ich jetzt eine Beratungssitzung, wie eben abgesprochen, einberufen wollen. Ich bitte also, kurz die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Wir wollen uns kurz beraten.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich:
18.29 Uhr - Folgt Beratungssitzung)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
18.52 Uhr)

Vernehmung des Zeugen Peter Altmaier

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich heiße Herrn Minister Altmaier recht herzlich im Namen des Ausschusses willkommen, bedanke mich auch hier für die Geduld. Wir waren dann doch etwas mehr noch interessiert an den Angaben des Herrn Wambach; insoweit hat sich das etwas verzögert.

Herr Minister, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht sind Ihnen vorab übermittelt worden.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf die mündliche Zeugenbelehrung in dieser Sitzung einverstanden erklärt. Dafür - wie all den Zeugen gegenüber, die schon hier waren im Laufe der Zeit - ein großes Dankeschön, weil durch den Verzicht haben uns alle Zeugen wahrscheinlich einen Tag locker geschenkt.

Deswegen kann ich mich an der Stelle auf einige technische Hinweise beschränken.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage selbstverständlich vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen, Herr Minister?

Zeuge Peter Altmaier: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Insoweit, Herr Altmaier, würde ich Sie kurz zu Ihrer Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Alter, Beruf, Wohn- oder Dienstort mitteilen.

Zeuge Peter Altmaier: Vielen herzlichen Dank. - Mein Name ist Peter Altmaier, 62 Jahre alt, von Beruf Jurist, Bundesminister und Mitglied des Deutschen Bundestages. Mein Dienst- und Arbeitsort ist Berlin.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Herr Minister, Sie können, wenn Sie dies nun wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der heutigen Vernehmung bekannt ist. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Zeuge Peter Altmaier: Ganz herzlichen Dank. - Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal bedanken für Ihre Arbeit. Ich selbst habe in meinem politischen Leben mehrere Untersuchungsausschüsse erleben dürfen als Obmann, als Mitglied. Als Minister bin ich auch dort vorgeladen worden vom NSA-Untersuchungsausschuss, im Abgas-/Diesel-Untersuchungsausschuss und in vielen anderen. Im „Wahllügen“-Ausschuss war ich Obmann. Ich weiß, dass die Arbeit nicht immer vergnügungssteuerpflichtig ist, dass sie oftmals sehr viel Detailarbeit erfordert. Aber ich glaube, dass dieser Untersuchungsausschuss wirklich auch seine Existenzberechtigung durchaus unter Beweis gestellt hat.

Ich habe, was meinen Geschäftsbereich angeht, auch in einem konkreten Fall aus einer Sitzung dieses Ausschusses Konsequenzen gezogen. Sie werden sich daran erinnern, dass es um den Leiter der APAS ging. Dort hat es einen Wechsel gegeben, weil er in einer Vernehmung eine Angabe gemacht hat, die an sich nicht zu dem Skandal beigetragen hat, aber von der ich erwartet hätte, dass er sie viel früher auch gegenüber der Rechtsaufsicht im Ministerium und im BAFA macht. Und deshalb ist es gut, dass Sie versuchen, Licht



Nur zur dienstlichen Verwendung

in das zu bringen, was ganz offenbar nicht optimal funktioniert hat, und dass wir darüber auch sprechen.

Ich möchte Ihnen sagen, dass wir auch in dem parallel laufenden Verfahren über das FISG versuchen, zu kooperieren, so wie wir uns bemüht haben, Ihre Wünsche nach Akten, soweit es geht, zu erfüllen und auch termin- und fristgerecht zu erfüllen. Wir haben, glaube ich, mit dem FISG nicht unbedingt jetzt hier einen Schwerpunkt der Vernehmung, der Befragung; aber ich wollte nur noch hier auch mitteilen, dass wir vorbereitet sind, in nächster Zeit auch für die APAS die Compliance-Vorschriften anzupassen. Es ist darüber diskutiert worden, ob man das gesetzlich regeln soll oder untergesetzlich. Mein Eindruck ist, dass das Parlament eine gesetzliche Regelung nicht unbedingt mehr für notwendig hält. Wir sind darauf vorbereitet, dann auch schnell und zügig zu handeln. Der Entwurf ist fertig und muss nur noch von mir abgezeichnet werden.

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Untersuchungsgegenstand Wirecard AG einen Finanzdienstleister. Als Bundeswirtschaftsminister interessiere ich mich natürlich und fühle mich für alle Unternehmen in Deutschland - - fühle mich ihnen verpflichtet. Aber weil es ein Finanzdienstleister ist, sah er den Schwerpunkt seiner Interessen vermutlich nicht im Bereich des Bundeswirtschaftsministeriums.

Deshalb möchte ich Ihnen zu Beginn das noch mal wiederholen, was ich auch dem Finanzausschuss bereits gesagt habe: Ich kannte die verantwortlichen Personen der Wirecard AG nicht persönlich. Es waren einige, wie Herr Braun, bei Veranstaltungen mit Dutzenden von Personen anwesend, ohne dass sie mir vorgestellt wurden oder ich mit ihnen irgendwelche Gespräche geführt hätte. Es ist, soweit ich weiß, auch in meiner Ministerzeit keine Unterstützungsbitte der Wirecard an mich persönlich herangetragen worden; das kann ich mit großer Sicherheit sagen. Ich habe auch beispielsweise auf meinen doch recht zahlreichen Auslandsreisen in den Jahren 2018 und 2019, als das noch möglich war, regel-

mäßig auch Wirtschaftsdelegationen und Parlamentarier eingeladen und mitgenommen. Aber es war dort kein Vertreter der Wirecard dabei; auch das haben wir noch einmal überprüft.

Das heißt, ich war - mit einer kleinen Ausnahme; auf die komme ich noch - bis zum 18. Juni 2020 mit dem Thema Wirecard persönlich nicht näher befasst. Das war der Tag, an dem die Wirecard die Veröffentlichung der Jahresbilanz erneut verschoben hatte aufgrund des fehlenden Testats von Ernst & Young. Und ich habe dann mich natürlich sofort auch von meiner zuständigen Fachabteilung umfassend informieren lassen. Das Datum 18. Juni kann ich mir gut merken; das war mein Geburtstag. Und wir haben dann bereits am 19. - - hat die Fachabteilung - das ist die Mittelstandsabteilung bei mir im Haus - die Vorlage vorgelegt, und ich habe mich dann intensiv mit der Frage beschäftigt.

Zuvor hatte ich im Juli 2019 eine Vorlage zur Kenntnis erhalten und auch abgezeichnet. Da ging es um ein Pilotprojekt der KfW zur Ausreichung von sogenannten Globaldarlehen an Fintechs. Da sind auch im Vorfeld von der KfW - aber ohne meine Beteiligung - Gespräche mit diversen potenziellen Partnern im Bank- und Fintech-Bereich geführt worden, auch, aber nicht in erster Linie mit Wirecard. Und mit Wirecard kam dann auch keine Zusammenarbeit zustande, sodass es also keinen Anlass gab, sich damit in irgendeiner Weise näher zu beschäftigen.

Wir hatten dann im Juni einen klaren Hinweis, dass der Vorwurf der Bilanzmanipulationen sich immer mehr herauskristallisierte. Und ich habe mir natürlich den Gesamtkomplex angeschaut, wie das auch meine Verpflichtung als Mitglied der Bundesregierung ist. Es gibt ja mehrere Bereiche: Das eine ist das Thema BaFin, was in besonderer Weise komplex und auch, wie ich fand, interessant war. Das andere ist die Frage des Wirtschaftsprüferrechtes*; das ist die Zuständigkeit der Kollegin im Bundesministerium der Justiz. Und es gibt die Frage der Wirtschaftsprüferaufsicht. Das ist die APAS; das ist meine Zuständigkeit wiederum. Und wir haben uns dann in umfangreichen Besprechungen im Haus mit diesem Themengebiet beschäftigt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich kann sagen, dass ich im Umgang mit dem Thema Wirecard durch die APAS keine offenkundigen Versäumnisse erkennen kann, immer vorbehaltlich dessen, was Sie im Untersuchungsausschuss noch feststellen werden. Es gab ein Problem mit Compliance; darauf gehe ich gleich noch mal ein. Im Übrigen ist es so, dass die APAS - ich wiederhole auch da, was ich im Finanzausschuss gesagt habe - ja nicht die Unternehmen beaufsichtigt, um die es geht, also nicht die Wirecard, sondern sie beaufsichtigt die Abschlussprüfer, in diesem Fall Ernst & Young, EY, und dann - - und ob die Abschlussprüfer ihre beruflichen Verpflichtungen erfüllen und ihnen nachkommen.

Ich habe also keine Erkenntnis, dass die APAS nicht ausreichend oder zu spät tätig geworden wäre. Sie hat im Oktober 2019 ein Vorermittlungsverfahren gegen Ernst & Young eingeleitet, als sich die Berichterstattung in der Presse über die Unregelmäßigkeiten verdichtet hat. Solche Verfahren werden häufiger eingeleitet. Das ist - - Wir haben derzeit ungefähr 260 laufende Verfahren bei der APAS, und in diesem Fall hat man das Vorermittlungsverfahren eingeleitet.

Wir haben dann nach der Veröffentlichung des Sondergutachtens der KPMG - - hat die APAS das Vorermittlungsverfahren umgehend in ein Berufsaufsichtsverfahren gegen EY - - eingeleitet und auch gegen die verantwortlichen Prüfer. Das war am 6. Mai 2020. Dieses Verfahren läuft noch. Ich habe mich im Vorfeld des Besuchs bei Ihnen auch erkundigt, ob das eine ungewöhnlich lange Dauer ist und in irgendeiner Weise aus dem Rahmen fällt. Mir ist gesagt worden: Nein, es handelt sich nicht nur um eine komplizierte Materie, sondern es handelt sich eben auch darum, dass man den Beteiligten die Möglichkeit geben muss, zu antworten, zu reagieren. Da sind Fristen, die zu beachten sind. Und deshalb ist es noch im Rahmen des Normalen und des Üblichen.

Wir haben in dem - - Im Rahmen der Aufarbeitung des Gesamtkomplexes, um den ich bereits dann Mitte letzten Jahres gebeten hatte, hat sich dann herausgestellt - allerdings später -, dass die APAS im Februar 2019 erstmals mit EY zum Thema Wirecard in Kontakt war. Es gab damals

ein durch EY initiiertes Telefonat mit der APAS, in welchem EY erläuterte, dass man die Presseberichterstattung in der „Financial Times“ zur Kenntnis genommen habe und entsprechende Prüfungsschwerpunkte setzen würde.

Es ist aus meiner Sicht nachvollziehbar, dass es mit dieser Information für die APAS noch kein Grund war, das Vorermittlungsverfahren einzuleiten. Sie hat aber dann wenige Wochen* später sofort und konsequent gehandelt, als sich die Hinweise verdichtet haben. Von diesem Telefonat - deshalb erwähne ich das auch nur - haben wir erst später erfahren, nach meinem Besuch im Finanzausschuss. Deshalb ist das in der Auflistung dort nicht enthalten. Ich fand das ärgerlich. Aber auch die Beteiligten, die dort versuchen, ihre Pflicht zu tun, sind natürlich Menschen. Und deshalb kann es schon mal sein, dass so etwas dann etwas später berichtet wird.

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei den Zuständigkeiten sicherlich Handlungsbedarf in dem Dreieck der Zusammenarbeit zwischen den Behörden der BaFin, der APAS und den Justizbehörden. Gegebenenfalls muss sichergestellt werden, dass es keine Zuständigkeitsüberlappungen oder Zuständigkeitsunklarheiten gibt. Da sind wir auch weitergekommen. Wir haben in dem Entwurf des FISG, das Ihnen vorliegt, dazu auch einige Vorschriften aufgeführt.

Wir haben, was die Compliance-Vorschriften angeht, selbstverständlich bei der APAS von Anfang an Compliance-Vorschriften, die auch eingehalten werden, insbesondere wenn es darum geht, dass Aktienkäufe zu melden sind. Es hat sich dann herausgestellt im Laufe der Untersuchungen - und das war auch - - das war in Ihrem Ausschuss; ich habe es bereits erwähnt -, dass Herr Bose mit seinem Kauf und Verkauf von Wirecard-Aktien im Jahre 2020 zumindest ein großes Fragezeichen gesetzt hat.

Ich will mir kein Urteil anmaßen, ob er gegen Vorschriften verstoßen hat oder nicht, weil das im Rahmen eines derzeit noch laufenden arbeitsgerichtlichen Verfahrens zu klären ist. Das kann ich nicht und will ich nicht präjudizieren. Aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

es war für mich nicht hinnehmbar, dass Herr Bose darüber erst in seiner Aussage vor diesem Untersuchungsausschuss informiert hat, und das, obwohl wir die APAS, zuvor vom BMI*, genau befragt hatten, aufgefordert hatten, uns zu berichten. Dieser Bericht ist auch erstattet worden, aber eben nicht in diesem einzelnen Fall.

Der Streit, ob es eine Lücke gibt in den Compliance-Regeln und im Hinblick auf den Leiter der APAS, das ist das, was ich hier eben nicht beantworten kann, weil es vor Gericht im Augenblick diskutiert wird. Das andere ist eben die Frage gegenüber dem Dienstherrn. Das ist im konkreten Fall das BAFA. Das BAFA hat mit meinem Einverständnis Herrn Bose umgehend freigestellt und inzwischen auch gekündigt. Das Neubesetzungsverfahren läuft; eine Ausschreibung hat stattgefunden.

Ich will ein Wort sagen, weil das oft diskutiert wird und auch manchmal durcheinandergeht: Wir haben bei der APAS - - Die APAS ist errichtet aufgrund europäischen Rechts, und dort ist vorgesehen, dass eine unabhängige Wirtschaftsprüfereinrichtung zu schaffen ist. Und das bedeutet, dass das BMWi zwar die Rechtsaufsicht, nicht aber die Fachaufsicht ausüben kann. Das ist die ganz überwiegende Meinung aller bei uns im Haus und auch mit denen wir zu tun haben. Deshalb wurde das bereits bei der Einrichtung der APAS in der letzten Legislaturperiode geprüft, und ich habe darum gebeten, es noch mal zu prüfen, weil mir im Finanzausschuss gesagt worden ist, dass es einige europäische Länder gibt, wo das anders geregelt ist. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir im Rahmen, im rechtlichen Rahmen gehandelt haben. Im Übrigen ist es so, dass wir auch mit den europäischen Behörden über die Organisation und die Einrichtung der APAS mehrfach gesprochen hatten, und es ist auch nicht moniert worden.

Ich will dann etwas ganz Grundsätzliches sagen. Ich habe - - Wo ist der Kollege Zimmermann? Er hat doch heute - - Ja, hallo! Grüße Sie. Sie haben heute, glaube ich, etwas zur Presse gesagt. Das kommt ja auch vor. Das machen ja viele von uns, und insofern bin ich da auch gar nicht irgendwie pikiert oder so. Es ist nur so: Als ich ins Haus

kam, 2018, da war die APAS in ihrer jetzigen Form gerade mal zwei Jahre alt. Die ist in der letzten Wahlperiode geschaffen worden. Und in der letzten Wahlperiode haben wir auch das Recht der Wirtschaftsprüfer durch das BMJV angepasst, und wir haben die APAS geschaffen. Und zuständig waren damals - - Ich war damals Kanzleramtsminister. Ich habe diesen Vorgang aus der Distanz beobachtet und verfolgt, weil er mir wichtig war. Aber zuständig und federführend waren zwei geschätzte Kollegen: Sigmar Gabriel im BMWi und Heiko Maas im BMJV. Und beide haben, soweit ich das beurteilen kann, mit einem hohen Maß an juristischer Expertise und mit sehr klugen Entscheidungen, wie man die europäischen Vorschriften umsetzt, die APAS so, wie sie heute da ist und heute dasteht, geschaffen. Und deshalb glaube ich, dass wir versuchen sollten, das aus dem parteipolitischen Streit herauszuhalten.

Ich habe mir noch einmal berichten lassen, weil ich ja damals - - Wenn Sie als Kanzleramtsminister - - Wenn alles über Ihren Schreibtisch geht oder fast alles, dann ist Ihnen vielleicht manches Detail nachher nicht mehr so präsent. Und ich habe mir das noch mal alles berichten lassen. Es gab durchaus Punkte, die im parlamentarischen Verfahren umstritten waren. Es ist aber in diesem Falle - - In diesem Falle haben die beiden Kollegen wirklich sehr korrekt gehandelt, und deshalb ist es auch eine Frage meiner eigenen Dienstauffassung, dass ich dann nicht so tue, als ob man die APAS irgendwie mit einem despektierlichen Blick betrachten müsste oder ob da alles schlecht ist oder alles chaotisch sei. Es ist eine sehr gut funktionierende Behörde und Einrichtung.

Sie ist angesiedelt beim BAFA. Das BAFA hat einen Präsidenten, Herrn Safarik, der von mir ernannt worden ist, der eine vorzügliche Arbeit macht. Herr Safarik hat im Übrigen dann auch darüber nachgedacht, die Frage, ob man gegebenenfalls eine engere Zusammenarbeit auch in den inhaltlichen Fragen mit der APAS einrichten kann. Das wäre dann auf eine wie auch immer geartete Fachaufsicht hinausgelaufen. Und auch dort haben die Prüfungen ergeben, die wir im letzten Jahr dann noch einmal durchgeführt ha-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ben, dass dies rechtlich zumindest sehr problematisch gewesen wäre. Und deshalb haben wir diesen Weg nicht weiter verfolgt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass ich Ihnen jedenfalls aus meiner Sicht versucht habe einen Überblick zu geben. Ich will es dabei bewenden lassen. Ich glaube nicht, dass wir uns darauf berufen müssen, dass wir in geschlossener Sitzung tagen müssen. Ich habe mir meine Unterlagen noch mal angeschaut, und ich glaube, dass wir es in diesem Setting und mit den Zuhörern mal versuchen sollten. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr Minister Altmaier. - Ja, dann würde ich auch hier, schon einer guten Tradition folgend, erst mal so ein bisschen die allgemeinen Fragen stellen. Dann haben die Kollegen - Gepflogenheit der Berliner Stunde - ein bisschen mehr Zeit.

Dennoch noch mal die Frage - das sieht ja schon recht umfänglich aus -: Wie haben Sie sich heute auf die Sitzung vorbereitet? Also, hatten Sie - Sie haben es eben gesagt - einschlägig die Akten gesichtet? Sind noch Gespräche mit Kollegen aus den Ministerien oder auch Ministerkollegen geführt worden, oder sind Sie angesprochen worden? Kann ja auch sein, dass Frau Kanzlerin noch mal was gesagt hat. Wie war das?

Zeuge Peter Altmaier: Also, das kann ich Ihnen berichten. Es sind ja sehr turbulente Zeiten, wenn Sie an Corona denken, wenn Sie an viele offene Fragen der Handels- und der Wirtschaftspolitik denken. Meine eigene Partei hat auch einiges zu tun gehabt mit der Schwesterpartei und die mit uns.

Ich habe mich so vorbereitet wie immer. Das heißt, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben für mich einen Handapparat erstellt, von dem ich allerdings erfahren habe, dass ich ihn nicht zu Ihrer Entlastung einsetzen kann - wenn Sie mir Vorhalte machen, müssen Sie mir das zeigen -, weil wir eine andere Ordnung der Dokumente haben, als Sie das haben. Hätte ich das gewusst, hätte ich gebeten, dass man es parallel macht. Sie haben das vorbereitet. Sie haben mir

Elemente zu einem Eingangsstatement zusammengestellt.

Ich habe mit niemandem darüber gesprochen. Ich habe auch nicht mit Beamtinnen und Beamten aus dem Haus gesprochen, mit einer Ausnahme: Als ich mich heute Morgen darangemacht habe, das Eingangsstatement noch einmal zu überarbeiten und so abzufassen, dass es mein Statement ist und nicht irgendetwas Vorgefertigtes,

(Der Zeuge hält Unterlagen hoch)

habe ich, wenn ich Rückfragen hatte, meine Mitarbeiterin Frau Schreiber telefonisch gebeten, die Informationen zu beschaffen. Das ist, glaube ich, das, was auch in solchen Fällen üblich ist. Im Übrigen habe ich nicht mit der Bundeskanzlerin, mit keinem Ministerkollegen gesprochen.

Ich habe auch die Protokolle Ihrer Ausschusssitzungen nicht gelesen, weil ich mir meinen Blick erhalten wollte, wie er entstanden ist aus persönlicher Befassung. Natürlich habe ich vom Fortgang Ihrer Arbeit immer wieder aus der Presse erfahren. Das ist aber nicht vollständig, weil es immer davon abhängt, wie weit man in der Pressechau kommt, wenn man einen sehr vollgepackten Tag hat.

Ich habe auch mit keinem Journalisten darüber gesprochen. Ich habe keine Pressearbeit im Vorfeld gemacht. Ja, ich glaube, das kann ich dazu beitragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Prima. - Ich würde dann gerne noch mal eine Frage - nicht erschrecken; die stellen wir mittlerweile allen Zeugen hier - - Sie haben es ja eben bezogen auf den Ex-Chef der APAS auch gesagt. Eigentlich fragen wir hier alle Zeugen, ob sie im fraglichen Untersuchungszeitraum - das ist der 01.01.2014 bis 8. Oktober 2020 - Wirecard-Aktien oder Derivate, Optionsscheine oder andere Finanzinstrumente lautend auf Wirecard AG erworben oder auch noch im Eigentum vielleicht haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Nein, überhaupt gar nicht. Und ich weiß nicht, ob ich so weit mein Privatleben offenlegen sollte. Ich glaube, ich habe in meinem Leben noch nie ein solches Papier erworben, was nicht damit zusammenhängt, dass ich diese Papiere als nicht interessant oder attraktiv ansehen würde. Aber die Neigungen und die Weise, mit denen man seine Zeit verbringt, sind eben unterschiedlich bei den Menschen ausgeprägt. Und deshalb kann ich die Frage mit gutem Gewissen verneinen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Prima. - Ja, ich würde dann auch schon - - Weil Sie haben sehr, sehr viel in Ihrem Statement dankenswerterweise gesagt, noch mal auf diese Gründung und, nennen wir es mal, die Platzierung - so würde ich das formulieren - der APAS hingewiesen - das fand ich auch sehr geschickt -, mit Herrn Gabriel und Herrn Maas. Fakt ist aber - das ist so mein Eindruck; Sie haben das eben so gesagt -: Auf Grundlage der EU-Abschlussprüferrichtlinie aus dem Jahr 2016 ist dann ja die APAS entsprechend eingerichtet worden. Dies geht unter anderem ja auch noch mal aus MAT A BMWi-8.05, Blatt 324 ff., hervor.

Mein Eindruck war - vielleicht können Sie das noch mal schildern; ich weiß ja nicht; damals waren Sie ja Kanzleramtsminister -, niemand wollte die APAS so recht haben. Die wurde - ich formuliere es mal etwas salopp - wie eine heiße Kartoffel so hin und her jongliert. Ich hätte es persönlich - - Jetzt Anmerkung von mir - das habe ich auch jetzt im Laufe des Ausschusses gelernt: es ist manchmal auch statthaft, so eine kleine Anmerkung selbst am Rande einzustreuen -: Ich hätte es als sehr sinnhaft empfunden, wenn die jetzt beim Finanzministerium gewesen wäre. Dort ist die BaFin, da haben wir die FIU. Das ist vom Themenkreis und Transparenzkreis, finde ich - - wäre es eine sachlogische Lösung gewesen.

Nun waren Sie Kanzleramtsminister. Das heißt, Sie waren da, denke ich, auch dicht am Ball, um dieses Pingpongspiel der heißen Kartoffel zu beobachten. Warum wollte denn aus Ihrer Sicht der Wahrnehmung das Finanzministerium damals die APAS nicht haben? Das Justizministerium

wollte sie nicht haben, und ich habe mir sagen lassen, das Wirtschaftsministerium war auch nicht so richtig begeistert, nun dieses komische Dingens aus der Richtlinie - so will ich es mal nennen - irgendwie angeheftet zu bekommen. Sie haben ja gesagt, es ist beim BAFA jetzt angesiedelt.

Können Sie aus Ihrer Wahrnehmung schildern: Wie war das? Und können Sie vielleicht auch uns sagen: Warum wollte eigentlich die APAS keiner haben, wenn sie doch so wichtig ist? Und warum wollte das Finanzministerium sie vielleicht zum damaligen Zeitpunkt - da war es ja noch Herr Schäuble - nicht haben?

Zeuge Peter Altmaier: Also, ich habe davon Erinnerung nur aus den Akten, und die sagen über die Motive wenig aus. Aber ich kann Ihnen aus meiner immerhin viereinhalbjährigen Amtszeit als Kanzleramtsminister vielleicht sagen: Es gibt Dinge, die alle haben wollen, und es gibt Dinge, die niemand haben will. Dinge, die alle haben wollen, sind meistens Haushaltsmittel und Planstellen. Und Dinge, die niemand so recht haben möchte, sind Zuständigkeiten, wo man im Grunde genommen mit in die Haftung gehen muss, ohne dass man wirklich einen Einfluss auf den Gang der Dinge hat, weil das von ganz anderen Faktoren abhängig ist. Und in dem Fall ist es ja so, dass die Unabhängigkeit der APAS zu gewährleisten war. Und das hat dann dazu geführt, glaube ich, dass die Ressorts versucht haben, zu schauen, wer es denn nimmt.

So etwas fällt in die Zuständigkeit des Kanzleramtsministers unter bestimmten Voraussetzungen, nämlich dann, wenn sich die Minister nicht einigen können. Ich hatte als Kanzleramtsminister da ein ganz probates Mittel. Ich habe, wenn immer Streit war, denen gesagt: Einigt euch unter euch; denn wenn ich einen Vorschlag mache, wird es nur noch schlimmer. - Und weil auch niemand im Voraus wusste, wie das ausgeht.

Und dann war es so, dass sich zu irgendeinem Zeitpunkt der Kollege Gabriel oder sein zuständiger beamteter Staatssekretär erbarmt hat und mir berichtet worden ist, dass dieser Streitpunkt ge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

löst ist. Und damit war für mich diese Frage erledigt. Also, ich hatte keine Präferenz. Mir war nur daran gelegen, dass wir im Ressortkreis eine einvernehmliche Lösung finden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Es wäre natürlich im Sinne, sage ich jetzt immer mal - aber vielleicht bin ich da noch zu neu in der Politik -, der Richtlinienkompetenz natürlich schön - das war meine Ansicht; deswegen hatte ich die hier so eingestreut - - Ich fand, beim Finanzministerium wäre es besser angesiedelt gewesen. Aber gut, das ist ja eine Geschmacksfrage.

Zeuge Peter Altmaier: Nein, das fanden die Kollegen aus dem Wirtschaftsministerium damals auch. Also, ich glaube, Sie sind da nicht der Einzige, Herr Vorsitzender. Aber es gibt, wenn Sie - - Wenn man darüber länger nachdenkt, gibt es im Grunde genommen für jede der Lösungen Argumente. So. Und wir haben uns dann für die Lösung entschieden, es im Bereich des BAFA zu machen. Also, es ist eine Geschäftsbereichsbehörde, und dort haben wir sie angesiedelt. Ich glaube, dass das im Hinblick auf die Unabhängigkeit eine kluge Lösung war. Und ich sage mit einem Vorbehalt: Sie hat sich auch aus meiner Sicht bewährt.

Aber - und das habe ich ja eingeräumt - wir hätten uns natürlich schon manchmal gefreut, wenn wir auch manche Informationen früher gehabt hätten. Das ist die Frage des Austauschs der Informationen untereinander, und deshalb haben wir ja gemeinsam mit dem BMF da auch Konsequenzen gezogen. Und das halte ich für dringend notwendig. Aber das wäre nicht automatisch gelöst worden, wenn Herr Schäuble einige Bürotrakte für die APAS freigeräumt hätte. Denn sie hätte ja dann nach wie vor im Rahmen ihrer gesetzlichen Zuständigkeit gehandelt, die BaFin hätte auch im Rahmen ihrer gesetzlichen Zuständigkeit gehandelt, sodass wir diese Probleme, die ja auch, glaube ich, von Ihnen schon diskutiert worden sind mehrfach - - Die hätten wir nur durch eine räumliche Unterbringung irgendwo nicht lösen können.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Insoweit leiten Sie da so ein bisschen noch mal zu dem Punkt auch

über, der uns tatsächlich bei der Untersuchung hier vielfach auffiel: Rechtsaufsicht, Fachaufsicht - wie funktioniert das? Wir haben uns bei der BaFin hier dadrüber sehr, sehr lange unterhalten.

Dennoch hat mich verwundert und, ich glaube, auch die Kollegen, als diese ominöse Nacht mit Herrn Bose auch hier war - - Wir fragten dann irgendwann eine Kollegin - ich weiß jetzt nicht mehr, welche - aus Ihrem Ministerium: Mensch, wo kommt denn eigentlich diese Compliance-Richtlinie her, dass man so sagt: „Mensch, darf nicht irgendwo 5 Prozent des Vermögens ausmachen“? Dann kursiert eine Liste. Da trägt man sich ein, auf diese Liste schaut aber dann Herr Bose und niemand anders. Da hat er gesagt: Ich habe es kollegial weitergegeben.

Auf Nachfrage hin: Ja, wie ist denn das jetzt, wenn so ein - - Kann ja mal sein, dass eine Aktie im Zuge einer Krise - - Das ist jetzt kein Börsentipp, aber die Drägerwerke, die sind zum Beispiel ganz schön gestiegen. Jetzt gibt es andere Werte, die fallen. Das heißt, man hat ja eine rechte Volatilität, wenn man jetzt über Vermögen - im Moment welcher Aufnahme eigentlich? - spricht. Zum Quartalsende? Alle halbe Jahr? Einmal im Jahr, Stichtag 31.12.? Und da herrschte so ein bisschen Achselzucken, was mich so ein bisschen entsetzt hat.

Also, vielleicht da noch mal die konkrete Frage, weil die konnte damals nicht beantwortet werden: Wo kam denn diese Compliance-Richtlinie her? Konnten Sie das vielleicht im Aktenstudium klären oder - -

Zeuge Peter Altmaier: Nee, da habe ich nicht danach geschaut; aber das können wir Ihnen gerne nachliefern, wenn wir dazu Informationen haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Peter Altmaier: Meine Vermutung ist, dass die Compliance-Regeln - aber ich kann das jetzt nicht belegen - meistens geschaffen werden aufgrund von konkreten Anlässen, wo es Vorkommnisse gibt, die dann zu einem entsprechenden Handeln führen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben diese Compliance-Regeln sowohl bei der BaFin wie auch bei der APAS, wobei man darauf hinweisen muss: Es gibt schon einen Unterschied in der Situation. Wenn Sie bei der BaFin Aktien bestimmter Unternehmen kaufen, dann sind das Aktien von Unternehmen, die von der BaFin beaufsichtigt werden. Wenn Sie als Mitglied der APAS Aktien kaufen, wenn Sie jetzt nicht gerade Aktien eines Wirtschaftsprüfers kaufen - ich weiß nicht, ob die Aktiengesellschaften sind -, dann sind das Aktien von Unternehmen, die selbst nicht beaufsichtigt werden, sondern die sozusagen Kunden sind bei den Wirtschaftsprüfern, die sie beaufsichtigen, sodass das schon eine gewisse Stufung ist.

Und trotzdem, glaube ich, ist es wichtig, dass man generelle Compliance-Regeln aufstellt, damit alle Beteiligten wissen: Aha, es gibt ein Warnsignal, und es geht darum, dass man nicht Insiderwissen verwendet beispielsweise. Es geht darum, dass nicht der Verdacht von Befangenheit entsteht. Und diese Regeln hat es gegeben. Diese Regeln sind weiterentwickelt worden. Sie haben sowohl bei der APAS wie bei der BaFin auch einen gewissen Stand erreicht.

Wir haben jetzt noch einmal versucht, sie zu konkretisieren in dem Erlass, den ich vorhin auch angesprochen habe, in der Geschäftsordnung, besser gesagt, der Abschlussprüferaufsichtsstelle. Und da haben wir vor allen Dingen jetzt versucht, eine Lücke zu füllen. Das ist nämlich, dass der Leiter der APAS der Meinung war, dass er vom Wortlaut der bisherigen Vorschrift nicht erfasst war. Das kann man mit Fug und Recht so oder so sehen. Da, wie gesagt, kann ich mich nicht festlegen. Aber es kann natürlich nicht sein, dass für den Leiter weniger strenge Vorschriften gelten. Es müssen strengere Vorschriften gelten.

Und ich will, falls die Frage kommt, sie vorwegnehmen: Wir haben natürlich auch in den meisten Bundesministerien - also, ich weiß es vom BMF, und ich weiß es vom BMWi - Compliance-Regeln. Ich habe mir das auch mal angeschaut, obwohl es jetzt nicht der Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses ist. Aber da, glaube ich,

würde ich mir wünschen, dass wir vielleicht innerhalb der Bundesregierung zu einer einheitlichen Regelung gelangen, damit da nicht jedes Ministerium das eine oder das andere macht.

Wir arbeiten natürlich zusammen. Wir haben jetzt ein Compliance-Referat eingerichtet bei uns, um die verstreuten Zuständigkeiten zu bündeln. Das hat der BMF auch gemacht. Da inspirieren sich die Kollegen auch gegenseitig. Aber ich glaube, dass wir da schon Grund haben, eine gewisse Systematisierung auch in den nächsten Jahren vorzunehmen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, wenn ich das höre, sage ich ganz offen, ohne Sarkasmus oder irgendwas: Das freut mich, weil, ich denke, so einfach können sich die Kollegen der APAS, ihr Vorsitzender schon gar nicht, herausreden, weil letztlich auch mittelbar über die Prüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, der Abschlussprüfer haben die in ihren Gesprächen bei Sichtung der Unterlagen natürlich Zugang durchaus zu Insiderwissen, bis hin, dass sicherlich auch mal der etwas flapsige Spruch eines - - beim Gespräch fallen kann: „Das ist ein dolles Unternehmen; ich glaube, das ist die Zukunft, weil ...“, oder es sagt auch jemand: „Boah, was wir da entdeckt haben! Wenn du da Aktien von hast, verkaufe die mal lieber.“

Und ich denke, wenn wir in dieser - - ich denke, auch eine vertrauensbildende Maßnahme, was den deutschen Finanzmarkt und allgemein auch, denke ich mal, viele Menschen draußen damit verbinden.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Denn es sind ja viele Menschen auch betroffen, die einfach ihre Anlagen, ihre Altersvorsorge verloren haben. Also, ich glaube, jedem Kollegen sind hier zum Teil - - Den Wahrheitsgehalt kann man nicht prüfen, aber ich denke, viele der E-Mails, die einen erreichen, sind schon wahr. Und das ist, ich will nicht sagen: herzerreißend, aber man stand da schon etwas erschüttert dann daneben, wenn man es gelesen hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Ja. Also, ich glaube, dass die Regelungen notwendig sind, natürlich. Also, mir ist jetzt nicht bekannt, dass wir irgendwo Vermögensverluste hatten bei braven Bürgern, weil irgendein Beamter Aktien gekauft hat. Das muss dann untersucht und geklärt werden. Das ist Sache der jeweiligen Kollegen in den Ressorts.

Was mir wichtig ist halt eben, aber auch noch mal hier, ist: Es ist ja sehr schwer. Es wird ja manchmal gefordert und gesagt: Warum verbietet ihr denen nicht generell, Aktien zu kaufen? - Das ist, glaube ich, mit den grundrechtlich geschützten Eigentumspositionen nicht vereinbar. Es sind ja auch Menschen wie Sie und ich, und die müssen die Möglichkeit haben, ihr Geld anzulegen und ihr Einkommen auf unterschiedliche Art und Weise zu gestalten und zu erwerben. Deshalb können und wollen wir das nicht verbieten. Aber weil wir es eben nicht verbieten wollen, müssen wir dafür sorgen, dass Compliance-Regeln auch nur den Verdacht oder den Anschein eines Missbrauchs oder einer Interessenkollision vermeiden. Und das ist aus meiner Sicht absolut zentral.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Prima. - Dann eine letzte Frage, bevor ich an die Kollegen der CDU/CSU weitergebe: Gemäß § 66 Absatz 2 der Wirtschaftsprüferordnung, WPO, übt das BMWi die Rechtsaufsicht - also, das ist ja eine Frage, die uns alle umtreibt - über die APAS aus. Jetzt aber die Frage für mich noch mal: Wie übt das BMWi diese Rechtsaufsicht denn konkret gegenüber der APAS aus? Welche Fragestellungen und Befugnisse sind von der Rechtsaufsicht aus Ihrer Sicht oder bisher im Doing des Ministeriums umfasst gewesen oder sind umfasst? Und findet eine über die bloße Rechtsaufsicht hinausgehende Abstimmung des BMWi mit der APAS statt und, wenn ja, in welchem Umfang? Ich stelle mir dann schon mal vor, dass man - - Man darf es nicht offiziell, aber man kann ja auch inoffiziell mal beim Essen oder anderen Gelegenheiten sicherlich unter vier Augen sich austauschen. Insoweit: Vielleicht können Sie da ein bisschen Aufklärung erbringen.

Zeuge Peter Altmaier: Na ja, also, ich versuche es mal.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, bitte.

Zeuge Peter Altmaier: Manchmal, also in bestimmten Situationen, sind die Grenzen auch fließend natürlich. Und zumal es dazu nicht immer Rechtsprechung gibt, ist das etwas, was sich durch Lernen und Tun ergibt.

Die Rechtsaufsicht bedeutet zunächst einmal, dass - - Und sie wird ja ausgeübt sowohl vom BAFA wie vom Bundeswirtschaftsministerium. Und das BAFA selbst ist eine nachgeordnete Behörde. Und wir haben dann sowohl mit der APAS wie mit dem BAFA auch Zusammenarbeit.

Es geht um die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der APAS, es geht um die Rechtmäßigkeit der Verwaltungstätigkeit. Dazu gehört dann insbesondere auch die rechtmäßige Handhabung von Ermessensspielräumen bei berufsaufsichtlichen Maßnahmen gegen Abschlussprüfer, also nicht zu lasch und nicht zu streng, wenn ich es mal burschikos formulieren darf.

Es hat sich im Laufe der Zeit herausgebildet, dass es Informationen gibt und meistens auf Nachfrage. Also, es sind jetzt derzeit 260 Berufsaufsichtsverfahren, die laufen. Und es ist immer die Frage: Macht man dann ein intensives Berichtswesen, das formalisiert ist, oder versucht man, es pragmatisch zu organisieren? Das ist derzeit die Lösung, die meine Vorgänger gewählt haben. Das heißt, die APAS informiert das BMWi auf Nachfrage über den Sachstand, über die Verfahrensschritte, zum Beispiel wenn Strafanzeige gestellt wird gegen Abschlussprüfer.

Die APAS beteiligt das BMWi ihrerseits bei Rechtsfragen, die im Zusammenhang mit berufsaufsichtlichen Verfahren auftreten, also Zuständigkeitsfragen beispielsweise. Wir bekommen von der APAS regelmäßig im Januar und Februar eine kurzgehaltene Liste der öffentlichkeitswirksamen Fälle. Das ist besprochen. Und wenn es - - Wir können allerdings auch Nachfragen zu anderen Fällen stellen, wenn uns das zur Kenntnis gebracht wird, weil wir angeschrieben werden, weil Betroffene sich an uns wenden. Und die öffentlichkeitswirksamen Fälle werden in aller Regel von der Fachebene bei uns dann mit der APAS



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch besprochen, soweit eben die Zuständigkeit der Rechtsaufsicht berührt ist.

Der Minister bekommt diese Liste oder auch die einzelnen Fälle in aller Regel nicht vorgelegt, sondern nur dann, wenn es eine besonders herausgehobene Bedeutung hat. Also, beispielsweise Wirecard ist so ein Fall, an den ich mich erinnern kann. Sonst ist in meiner relativ kurzen Amtszeit von drei Jahren, soweit ich mich erinnern kann, kein Fall zu meiner Kenntnis gebracht worden, und das ist auch, glaube ich, völlig richtig.

Wir haben dann das BAFA, weil ja die APAS organisatorisch eine Abteilung des BAFA ist. Die sind zuständig für die ganzen organisatorischen Fragen, Personal, Haushalt, IT, Innerer Dienst. Und damit ist dann auch eine Dienstaufsicht verbunden, aber eben keine Fachaufsicht. Da ist dann auch die Verhängung von dienstrechtlichen Sanktionen bei Verstößen möglich. Und ich habe ja vorhin gesagt, dass eben auch bei der Personalausstattung das BAFA mit ins Spiel kommt. Die Planstellen werden bei der Haushaltsaufstellung vom Parlament natürlich beschlossen. Das wird im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens geklärt.

Wir haben damals gesagt bei der Einrichtung - es ist ja noch nicht so ganz lange her -, dass etwa bis zu 70 Stellen benötigt werden. Im Stellenplan, den wir haben, sind demzufolge 67 Planstellen aufgeführt. Davon sind derzeit 51 besetzt. In den anderen Fällen laufen Besetzungsverfahren.

Ich will allerdings dann auch noch einmal darauf hinweisen: Wir haben uns auch um zusätzliche Stellen bemüht und werden das erneut tun vor dem Hintergrund dessen, was Sie in Ihrem Untersuchungsausschuss bearbeiten. Wir hatten im Jahre 2020, bevor das alles praktisch geschehen ist, bereits vier neue Stellen, die uns bewilligt sind, allerdings noch nicht besetzt sind, weil zum einen die außertarifliche Bezahlung, die notwendig ist, um überhaupt jemanden zu finden, natürlich dann immer in einem langen Prozess zwischen den Ressorts zu klären ist. Das ist gar nichts, was man kritisieren muss. Aber der ent-

scheidende Punkt ist, dass das Personal auf diesem Gebiet knapp ist. Es ist sehr, sehr schwer, Mitarbeiter für die APAS zu gewinnen.

Und deshalb, weil ich weiß, dass das hier auch schon eine Rolle gespielt hat: Es wird ja manchmal überlegt, ob wir sagen sollten - was weiß ich -: Wenn jemand von einem der vier Großen kommt, dann darf er nicht bei der APAS eingestellt werden. - Auf der anderen Seite ist es aber so, dass wir auch darauf angewiesen sind, Leute einzustellen, die sich mit diesen Dingen auskennen, auch bei den großen Prüfverfahren; ansonsten wären sie nämlich den Wirtschaftsprüfern haushoch unterlegen. Und das wollen wir nicht. Das ist ein schwieriges Feld. Und vielleicht kommen Sie ja im Laufe Ihrer Arbeit auch da zu Empfehlungen, wie man das vernünftig regeln kann. Ein Verbot halte ich nicht für sinnvoll. Aber natürlich muss auch hier sichergestellt werden, dass es nicht zu Interessenkonflikten kommt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bevor ich jetzt weiter - - Da sprechen Sie mir auch aus dem Herzen. Mehr Praxiswissen und mehr Menschen - genauso in der BaFin, haben wir das gesagt -, die tatsächlich wissen, was am Markt passiert, können nur guttun.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist meine feste Überzeugung. - Dann schaue ich zu den Kollegen der CDU/CSU. - Matthias Hauer, bitte schön.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister, vielen Dank für die ausführliche Darlegung im Eingangsstatement und auch für die ersten Fragebeantwortungen. - Ich würde gerne an der Stelle direkt einen kleinen Teaser geben sozusagen auf das, was wir als Gesetzgeber vorhaben, zumindest als Koalitionsfraktionen. Nicht nur die Bundesregierung sieht da Verbesserungsbedarf, was die Compliance-Regelungen angeht, sondern auch wir als Koalitionsfraktionen. Und zumindest an der Stelle passt zwischen uns da auch kein Blatt Papier, was die Regelungen angeht, dass bei nachgeordneten Behörden da Verbesserungen erzielt werden müssen. Das betrifft sowohl nachgeordnete Behörden



Nur zur dienstlichen Verwendung

beim BMWi, aber auch eben beim BMF und BMJV und anderen Ministerien. Denn wir haben im Zuge dieses Untersuchungsausschusses festgestellt, dass da in weiten Teilen nicht solche Regelungen so klar sind, wie wir sie gerne uns gewünscht hätten. Insofern wird es da auch noch mal einen Aufschlag vonseiten der Regierungskoalition geben.

Ich würde gerne ansetzen bei dem Thema Rechtsaufsicht, was auch gerade der Vorsitzende schon angesprochen hat. Und zwar würde ich gerne erörtert bekommen, ob das Bundeswirtschaftsministerium sich in die Bearbeitung konkreter Fälle durch die APAS jemals eingemischt hat und irgendwelche Weisungen gegeben hat und ob sie das darf.

Zeuge Peter Altmaier: Das ist ja ein Gegenstand von intensiven Diskussionen auch gewesen. Natürlich dürfen wir uns nicht in die Bearbeitung von konkreten Fällen einmischen. Wir haben allerdings im Rahmen der Rechtsaufsicht die Möglichkeit, zu überprüfen, ob die APAS bei ihrer Arbeit die gesetzlichen Regeln respektiert, und zwar in beide Richtungen: dass sie das tut, was notwendig ist, und dass sie umgekehrt nicht über das Ziel hinausschießt.

Aber das ist ein sehr, sehr schmaler Grat. Und deshalb haben wir uns ja auch entschieden, ein solches intensives Berichtswesen, wie es manchmal gefordert wird, dass die APAS verpflichtet werden sollte, über alle ihre Fälle zu berichten, was sie genau in die Wege geleitet hat, was sie genau vorhat, was sie machen möchte - - Das haben wir eben nicht. Das haben meine Vorgänger nicht eingerichtet, ich habe es auch nicht eingerichtet, weil wir glauben, dass wir damit sehr schnell die Grenzen der Rechtsaufsicht überschreiten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wenn ich Artikel 25 Absatz 3 der Abschlussprüferverordnung richtig lese, dann liegt die Letztverantwortung für die Überwachung der Einhaltung dieser Verordnung und der aufgrund der Verordnung erlassenen Durchführungsmaßnahmen allein bei der APAS. Und entsprechend waren auch die Vernehmun-

gen, die wir von der Seite der APAS hier vorgenommen haben. Die gingen auch in eine Richtung Letztverantwortung. Könnten Sie das darlegen, bitte, wie es zu dieser Entscheidung gekommen ist, dass es eben eine solche Unabhängigkeit der APAS gibt, und was Letztverantwortung bedeutet, inwieweit dann BAFA oder BMWi darauf Einfluss nehmen können oder keinen Einfluss nehmen können?

Zeuge Peter Altmaier: Na ja, die Letztverantwortung heißt, dass Sie ja innerhalb des Ihnen zustehenden Ermessensspielraums Entscheidungen treffen dürfen. Und wir können uns nur darüber Gedanken machen, ob die gesetzlichen Grenzen eingehalten sind oder nicht. Wir können aber, wenn sie eingehalten sind, nicht sagen: Bitte leite hier ein Verfahren ein, und leite hier keines ein. - Dieses Ermessen steht der APAS zu und nicht dem Bundeswirtschaftsministerium.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt - deshalb habe ich da jetzt auch so ein bisschen penetrant nach -, dass Sie das noch mal darlegen, was genau Sie da dürfen. Also, Sie schauen dann darauf, ob sozusagen die Rechtsfolgen richtig angewandt sind, also ob bei den berufsaufsichtlichen Verfahren die richtigen Rechtsfolgen - -

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber Sie prüfen jetzt nicht, ob im Rahmen dieser rechtlichen Möglichkeiten das Ganze zweckmäßig ist zum Beispiel oder - -

Zeuge Peter Altmaier: Nein, nein. Es geht tatsächlich um die Handhabung von Ermessensspielräumen. Und innerhalb der Spielräume ist man frei; man darf sie nur nicht überschreiten.

Ich biete gerne an, dass ich Ihnen, weil ich ja selbst sozusagen in dieses Zusammenwirken zwischen dem BMWi, zwischen der Fachebene und der APAS nicht einbezogen bin - - Also, ich gehöre ja nicht zu denen, die sich Gedanken darüber machen, ob in einem speziellen berufsaufsichtlichen Verfahren der Ermessensspielraum eingehalten worden ist oder nicht. Ich kann



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen aber sagen, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mir jedenfalls als Minister dazu nie eine Entscheidungsvorlage vorbereitet haben, was sicherlich der Fall gewesen wäre, wenn es sich um schwerwiegende Dinge gehandelt hätte. Ich habe Ihnen ja vorhin gesagt, dass die Vorkommnisse, die Compliance-Vorkommnisse bei Herrn Bose natürlich sofort an mich berichtet worden sind und wir dann die notwendigen Konsequenzen getroffen haben. Aber da ging es eben nicht um die Einmischung in Ermessensspielräume, die gegeben sind.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. - Sie hatten ja schon vorhin die Kollegen Maas und Gabriel gelobt für die Tätigkeit sozusagen zu Beginn der APAS. Das ist ja auch eine Zeit, in der die Verfahrensordnung, über die wir ja auch viel reden, entstanden ist. Wie ist das denn mit dieser Verfahrensordnung weitergegangen? Gab es da irgendwelche signifikanten Änderungen im Laufe der Zeit, oder - - Sie hatten das so angedeutet, dass Änderungen eher bei so was vorkommen, wenn konkrete Vorfälle da sind.

Zeuge Peter Altmaier: Ja. Es wird natürlich immer auch über Veränderungen gesprochen, vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der täglichen Arbeit, aber auch vor dem Hintergrund von konkreten Vorgängen. Das war zum Beispiel dann der Fall im Juni 2020. Damals hat sich sowohl der Präsident des BAFA Gedanken darüber gemacht, was man ändern könnte oder ändern sollte, also Herr Safarik - das habe ich bereits erwähnt -, es gab aber auch ein Thesenpapier der APAS selbst. Das stammt vom Juli 2020, und das war vorbereitet worden schon vor Wirecard. So wird es jedenfalls in meinen Unterlagen gesagt, und zwar nach Auskunft der Fachebene bei uns. Und das war ein Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung der Wirtschaftsprüferaufsicht und zu Änderungen der Wirtschaftsprüferordnung. Dazu hat es einen Dialog gegeben zwischen dem BMWi und der APAS. Und da ist zum Beispiel auch über die Frage der Wirtschaftsprüferrotation diskutiert worden, obwohl das keine Zuständigkeit des BMWi ist, sondern eine Zuständigkeit des BMJV.

Und dann hat die APAS ein Papier erarbeitet, was auch als Reaktion auf die Wirecard anzusehen ist und Reformideen zusammenfasst. Wir haben Ihnen das übermittelt. Das ist die ganz normale Behördenzusammenarbeit, und das erwarte ich auch von den Behörden, dass sie sich proaktiv Gedanken machen, wie man bestehende Regelungen weiterentwickeln kann.

Falls die Frage noch kommt: Ich hatte dieses Thesenpapier nicht gesehen. Das würde auch den Rahmen sprengen, wenn aus jeder Geschäftsbereichsbehörde sämtliche informellen Überlegungen an den Minister herangetragen würden. Denn es kam nicht zu einer politischen Befassung deshalb, weil der Reifegrad noch nicht erreicht war. Und dann kam es zum Untersuchungsausschuss, und es kam zur Erarbeitung des Regierungsentwurfs zum FISG. Und dann habe ich auch großen Wert darauf gelegt, dass wir den Untersuchungsausschuss und das Parlament nicht präjudizieren. Das war mir ganz, ganz wichtig.

Wir haben im Grunde genommen einen Scheidepunkt erreicht in dem Moment, wo die Vorwürfe gegen Wirecard bekannt geworden sind und die Probleme offenkundig wurden. Ab diesem Zeitpunkt war es einerseits Aufgabe der Bundesregierung, sich weiterhin Gedanken zu machen, aber umgekehrt auch Sache des Parlamentes, Licht in die Angelegenheit mit zu bringen. Und deshalb haben wir dann gemeinsam - - Wir haben dann sozusagen das Projekt des BMF und des BMJV mit eigenen Vorschlägen auch unterstützt. Das liegt Ihnen vor. Da gibt es Berichterstattungsgespräche. Und ich glaube, auch da ist es richtig, dass ich diese Berichterstattungsgespräche als Minister nicht präjudiziere, sondern das ist jetzt in Händen des Parlamentes, und Sie sind die Herren des Verfahrens.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Beim Letzten stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Das würde ich mir immer so wünschen, wenn die Regierung einmal ein Gesetz auf den Weg gebracht hat, dass die Regierung dann der Auffassung ist, dass das ab da dann auch Angelegenheit des Parlamentes ist. Das erleben wir nicht immer. Wobei das jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

ausdrücklich nicht an den Zeugen gerichtet ist, diese Aussage.

Ich würde gerne zu dem Aktienhandel bei der APAS noch mal kommen. Und zwar haben wir ja hier herausgearbeitet - das hatten Sie ja geschildert -, dass der Chef der APAS, Herr Bose - das war in unserer Sitzung im Dezember -, zu einem sehr späten Zeitpunkt selbst mit Wirecard-Aktien gehandelt hat; zu einem Zeitpunkt, wo man mit gewissem wirtschaftlichen Verstand es eher nicht getan hätte, muss man fairerweise auch dazu sagen. Das soll jetzt sein Thema da nicht mindern, aber es war jetzt nicht besonders klug, zu dem Zeitpunkt Wirecard-Aktien zu kaufen, als gerade der KPMG-Sonderbericht auch erschienen ist.

Und es ist ja dann sehr schnell agiert worden, und zwar, soweit ich weiß, haben dann irgendwie - am nächsten Tag oder noch am selben Tag; ich weiß es nicht genau - da Gespräche stattgefunden und auch die Freistellung. Vielleicht können Sie diese zeitlichen Abläufe noch einmal darlegen, weil natürlich auch für uns wichtig ist: Wie schnell wird auf Vorwürfe, auch als Ergebnis auf unseren Untersuchungsausschuss, dann reagiert?

Zeuge Peter Altmaier: Ja, sehr gerne. Also, ich will noch mal sagen: Das Vertragsverhältnis mit Herrn Bose ist ja nicht deshalb aufgelöst worden, weil er diese Aktien nicht hätte kaufen dürfen oder weil er Insiderwissen verwendet hat - das alles stand ja und steht ja noch gar nicht fest -, sondern es ist aufgelöst worden, weil er uns davon nix* gesagt hat. Wir hatten ausdrücklich die APAS gefragt, inwieweit ihre Mitarbeiter Aktien auch von Wirecard gekauft haben, und das, was er Ihnen im Untersuchungsausschuss unter dem Pendel einer möglichen Vereidigung gesagt hat, das hätte er uns natürlich vorher auch sagen müssen. Und ein Leiter einer APAS muss auch über solche Zweifel zu jedem Zeitpunkt erhaben sein.

Ich kann Ihnen sagen, wie das gelaufen worden* ist. Sie hatten Ihre Sitzung, wo das gesagt worden ist; ich glaube, das war spätabends sogar. Als ich morgens ins Ministerium kam, wusste ich das

schon, bevor mir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überhaupt davon berichten konnten, weil es von den anwesenden Journalisten berichtet worden ist, die das wiederum geteilt haben auf Twitter. Wenn ich morgens aufstehe, ist es eine seit vielen Jahren bestehende Gewohnheit, mich etwas auf den neuesten Stand zu bringen, damit man nicht völlig überrascht ist, wenn man am Schreibtisch sitzt, sodass ich dann also auch sofort die entsprechenden Fragen ins Haus eingespeist habe.

Ich habe dann mit dem zuständigen Abteilungsleiter eine Rücksprache organisiert. Wir können Ihnen das Datum gerne sagen. Ich bin mir nicht sicher, Frau Schreiber - ist Frau Schreiber da? -, -

MDgn Yvonne Schreiber (BMWi): Ja.

Zeuge Peter Altmaier: - ob wir das Datum haben. Ich glaube, es war ein Freitag, oder?

MDgn Yvonne Schreiber (BMWi): Es war an dem Freitag.

Zeuge Peter Altmaier: Es war am Freitag, genau. - Weil Freitag habe ich immer die Abteilungsleiterkonferenzen. Und dann haben wir es am Rande einer Abteilungsleiterbesprechung organisiert. Und dann sind wir die Frage durchgegangen: a) Was ist im Ausschuss besprochen worden dazu? Dazu gab es ja Informationen, waren ja auch Mitarbeiter usw. beteiligt. Der zweite Punkt war: Ist das problematisch oder nicht? Da kamen wir zum Ergebnis: Ja, es ist problematisch. - Dann haben wir die Frage diskutiert: Was ist die richtige Konsequenz?

Und ich glaube, dass man - ich bin ja nicht der Dienstherr, das ist in dem Fall das BAFA; aber ich bin der verantwortliche Minister - dann immer auf der einen Seite vermeiden muss, dass über jemanden* Stab gebrochen wird, was man dann nachher bedauert und wieder zurücknehmen muss. Und auf der anderen Seite darf man aber auch nicht zulassen, dass Zweifel die Arbeitsfähigkeit behindern. Und deshalb war die Freistellung das Mittel der Wahl.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, wir haben sehr wohl darüber diskutiert: Soll es beispielsweise sofort eine Auflösung des Vertrages geben? Soll es beispielsweise eine niedrigschwelligere Herangehensweise geben, Ermahnung oder wie auch immer oder Abmahnung? Und ich war der Meinung, das ist nicht angemessen genug. Und die Freistellung als solche ist ja nicht ehrenrührig, sondern die Freistellung ist ja erfolgt, um Schaden vom Ansehen der APAS abzuwenden und gleichzeitig den notwendigen zeitlichen Spielraum zu schaffen, die Sache gründlicher aufzuklären und anzuschauen. Und das Ergebnis war dann - ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wie viele Tage später - - Haben wir das zufällig irgendwo im Kopf, Herr Schiemann?

MDgn Yvonne Schreiber (BMW): Das ist in dem Ordner.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, aber wo? - Ich hatte heute Morgen nicht die Zeit, jedes einzelne Dokument noch mal anzuschauen. Aber ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass der zuständige Abteilungsleiter bzw. auch die zuständigen Mitarbeiter aus dem Leitungsstab mich dann informiert haben und gesagt haben, dass jetzt vorgeschlagen wird, das Vertragsverhältnis aufzulösen.

Ich habe mich auch dann noch mal informieren lassen, obwohl es nicht durch mich aufgelöst wird, sondern durch Herrn Safarik als Leiter des BAFA - - oder als Präsident des BAFA, Entschuldigung. Und dann ist so von den Beteiligten auch verfahren worden, und zwar mit meinem Einverständnis.

Matthias Hauer (CDU/GSU): Vielen Dank für die Ausführungen und auch für das schnelle Agieren. - Sie hatten gerade noch mal dargelegt, dass es um das Thema der Anzeige ging. Ja, gut, ich weiß jetzt: Da gibt es ein arbeitsrechtliches Verfahren. Da wird das noch mal alles aufgearbeitet. Allerdings wäre jetzt ja die Frage: Wenn Herr Bose das angezeigt hätte - - Jetzt ist das spekulativ, und ich weiß, Sie müssen nicht auf spekulative Dinge antworten. Aber jetzt nehmen wir das mal an, er hätte das angezeigt: Was wäre dann die Konsequenz gewesen? Ich hatte mit Herrn Bose hier diskutiert in diesem Ausschuss und hatte

ihm meine Sicht dargelegt, nämlich dass es richtig ist, dass es natürlich ein Unterschied ist, ob man zum Beispiel EY-Aktien kauft und EY prüft - - als wenn man jetzt Wirecard-Aktien kauft, und es geht um ein aufsichtsrechtliches Verfahren gegen die Prüfer, die Wirecard prüfen. Das ist natürlich so ein bisschen um drei Ecken dann ein Zusammenhang.

Aber dennoch ist es ja so, dass sich ein APAS-Verfahren, je nachdem, wie es ausgeht, auch auf den Aktienkurs der Wirecard-Aktie auswirkt. Wenn es uneingeschränkte Testate der Wirtschaftsprüfer gibt über Jahre und dann ein APAS-Verfahren genau gegen diese Wirtschaftsprüfer wegen dieser Prüfungen läuft, dann hat es natürlich auch Einfluss auf den Aktienkurs, wenn jetzt die APAS sagen würde: „Da stimmte was nicht“ oder: „Wir gehen da berufsrechtlich gegen Prüfer vor, weil da gegen Pflichten gegebenenfalls verstoßen wurde“. Also gibt es ja schon einen Zusammenhang, und deshalb ist es auch richtig, dass Sie gesagt haben, Sie wollen da keinen Schein und deshalb den bösen Schein quasi verhindern und dagegen vorgehen. Aber was wäre passiert, wenn Sie davon gewusst hätten? Hätten Sie sich dann die Compliance-Themen noch mal angeschaut oder die Verfahrensordnung oder was genau?

Zeuge Peter Altmaier: Nein. Also, erst mal hätte ich meine Mitarbeiter gebeten, das zu tun. Und zum Zweiten hätte ich mich natürlich darüber in einem solchen Fall informieren wollen; denn zu dem Zeitpunkt, wo der Aktienkauf erfolgte, waren wir ja nicht mehr im Stadium der völligen Unwissenheit. Und deshalb war das aus meiner Sicht ein bemerkenswerter Vorgang, und man hätte zumindest sicherstellen müssen, dass es bekannt ist.

Wir haben im Übrigen, was die Besorgnis der Befangenheit angeht, die wir neu regeln, die Schwellenwerte etwas abgesenkt. Und da liegt jetzt die Besorgnis der Befangenheit vor bei einem Wert in Höhe von 5 000 Euro. Und wir haben dann geregelt: Für die Leitung der Abschlussprüferaufsichtsstelle wird die Wesentlichkeit unabhängig vom Wert der Anteile oder anderer finanzieller Interessen angenommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, für mich ist es so, dass der Leiter der APAS akzeptieren muss, dass an ihn strengere Anforderungen als an andere gestellt werden. Das heißt, er wäre dann in diesem Falle - - Selbst wenn der Aktienkauf als solcher rechtlich keinen Anlass zur Beanstandung gegeben hätte, wäre die Besorgnis der Befangenheit - - hätte man konstatiert.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das hat jetzt so ein bisschen meine nächste Frage vorweggenommen. Wir hatten ja von Anfang an eine eher unklare Regelung, was die Meldepflicht angeht, was die Bezugnahme auf das Vermögen angeht. Wir hatten da mal so eine 5-Prozent-Schwelle auf das private Vermögen. Da kann man natürlich, ich sage mal, nicht so ganz erkennen, was damit jetzt gemeint ist. Was ist jetzt das gesamte Vermögen? Dann ist so eine 5 000-Euro-Regelung schon klarer.

Und ich finde es auch richtig, eine härtere Abstufung zu machen beim Leiter der Behörde. Das haben wir bei anderen Behörden anders gesehen. Also, zum Beispiel bei der DPR - gut, das ist keine Behörde, ist ein privater Verein -, da galten mildere Compliance-Regeln für den Präsidenten als für die anderen. Insofern ist das, glaube ich, hier eher vom Kopf auf die Füße gestellt.

Zeuge Peter Altmaier: Also, wir regeln das ja de lege ferenda. Das ist der Entwurf, den meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Rücksprache mit mir erarbeitet haben. Und das ist sozusagen eine Lehre aus dem, was wir in den letzten Monaten gelernt haben.

Es werden ja unterschiedliche Auffassungen vertreten, und es wird auch die Auffassung vertreten oder wurde vertreten, dass das keine Regelungslücke war für den Leiter der APAS, sondern dass für den eben weniger strenge Regeln gelten. Dafür haben wir keine Hinweise oder habe ich jedenfalls keine Hinweise, die mir erinnerlich sind. Und wir sind zum Ergebnis gekommen, dass man beim Leiter der APAS insofern strenger sein muss.

Das alles kann man sicherlich mit guten Gründen so oder so diskutieren. Ich würde mir allerdings

dann auch wünschen, dass wir im Laufe des Verfahrens der Verbesserung bestehender Regelungen dann auch in vergleichbaren Fällen zu vergleichbaren Regelungen kommen. Das vereinbart es ganz wesentlich, nicht nur für die beteiligten Beamten und Führer der Rechtsaufsicht und Dienstaufsicht, sondern auch für die Journalisten und für die Abgeordneten, die sich damit beschäftigen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Leider ist die Uhr runtergelaufen. Weiter geht es gleich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Vielen Dank, Matthias Hauer. - Und dann geht es weiter mit Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Bundesminister, der Matthias Hauer hatte vorhin eigentlich angekündigt, dass die Union in alle Richtungen mit gleicher Härte ermittelt, aber nach den letzten 20 Minuten mache ich mir um das Betriebsklima gar keine Sorgen mehr. Das war ja jetzt ein bisschen entspannt.

Ich will da noch mal nachhaken bei den Mitarbeitergeschäften von Herrn Bose. Der Zeitpunkt war ja ein Zeitpunkt, an dem die Behörde, die APAS, Zugriff hatte auf sehr kursrelevante Informationen, eine aktuelle Auswertung des KPMG-Berichts unter anderem. Das war hochgradig kursrelevant. Und der Zeitpunkt des Verkaufs war der Tag, der 20. Mai, an dem ein Gespräch mit der BaFin stattfand, wo ein Informationsaustausch stattfand. Herr Bose hat großen Wert darauf gelegt, dass er vor diesem Gespräch verkauft hat, also hat Insiderwissen bestritten ausdrücklich. Aber er hat seine Verluste begrenzt. Das muss man sagen. Er hat mit Verlust verkauft, aber sehr begrenztem Verlust im Vergleich zu vielen anderen Anlegern. Können Sie denn ausschließen, dass hier Insiderwissen missbraucht wurde innerhalb der APAS?

Zeuge Peter Altmaier: Können Sie ausschließen, dass es Leben auf dem Mars gibt? Natürlich kann ich das nicht ausschließen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie es geprüft? Haben Sie es denn fundiert prüfen lassen?

Zeuge Peter Altmaier: Nein. Also, erstens: Ich selbst bin nicht berufen, darüber zu entscheiden. Das ist auch keine Prüfung, die ich selber vornehme, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Keine Frage der Rechtsaufsicht?

Zeuge Peter Altmaier: - sondern das ist eine Prüfung, die von den zuständigen Behörden vorzunehmen ist. Und ich gehe mal davon aus, dass sie das tun.

Das eine ist ja: Falls Straftatbestände erfüllt wären, dann müsste ja die Justiz sich darum kümmern. Und wenn es um dienstrechtliche Vorgänge geht, dann sind wir die Zuständigen. Und da haben wir ja schon die maximale Konsequenz gezogen, indem wir das Vertragsverhältnis mit Herrn Bose aufgelöst haben. Die Frage, ob das zu Recht geschehen ist, ist Gegenstand eines arbeitsrechtlichen Verfahrens. Auch das ist für einen Rechtsstaat jetzt keine Sensation, sondern es ist der Normalfall eher. Und dann werden sich dort die Richter mit dieser Frage ja ebenfalls auseinandersetzen müssen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber, Herr Bundesminister, darf ich noch mal? Sie üben die Rechtsaufsicht aus.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und das ist, abgesehen davon, auch ein Reputationsthema für einen Bereich, der Ihnen unterstellt ist. Deswegen: Haben Sie das untersuchen lassen - das machen Sie natürlich nicht selber, aber Sie tragen die Verantwortung dafür, dass es überhaupt geschieht -, dass diese Sache nicht nur eine zu späte Anzeige war, wie Sie es im Kontext des arbeitsgerichtlichen Verfahrens hier angesprochen haben, sondern tatsächlich auch so korrekt abgelaufen ist, dass hier kein Insiderwissen dieser Behörde verwertet wurde? Haben Sie das untersuchen lassen von irgendjemandem? Oder ist das Zufall, ob das jetzt weiterverfolgt wird?

Zeuge Peter Altmaier: Also, das musste ich nicht anordnen, sondern - - Also, ich habe angeordnet, und zwar unmittelbar nach Ihrer Untersuchungsausschusssitzung, dass der gesamte Fall zu untersuchen und aufzuklären ist. Ich habe keine schriftliche Anweisung verfasst mit einzelnen Punkten, was im Einzelnen zu klären ist, sondern es muss im Rahmen unserer Zuständigkeit geprüft werden, ob das alles richtig ist. Die Frage stellt sich ja, ob die Aussage, die Herr Bose bei Ihnen im Ausschuss gemacht hat, zutreffend ist oder nicht.

Ich gehe davon aus, dass meine Mitarbeiter oder dass die Mitarbeiter des BAFA, Entschuldigung, darüber auch mit Herrn Bose gesprochen haben. Ich vermute, er hat seine Auffassung wiederholt, und soweit ich weiß, verfügen wir dann aber nicht über Zwangsmittel irgendeiner Art, um Durchsuchungen durchzuführen -

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein, das habe ich nicht gefragt.

Zeuge Peter Altmaier: - oder ähnliche Dinge zu machen.

Also, ich kann es Ihnen aus eigener Anschauung jetzt nicht sagen - aber die Frage ist ja leicht zu beantworten - und biete an, dass wir Ihnen das morgen oder übermorgen nachliefern.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Nun gibt es ja diese berühmte 5-Prozent-Regelung, die eine Befangenheitsvermutung auslöst, nach § 23 der Geschäftsordnung der APAS. Da steht:

Die Wesentlichkeit

- eines sozusagen Geschäfts -

ist von der Art und dem Umfang des Vermögens der jeweiligen Person abhängig (in der Regel ab 5 % des Vermögens).

Ich hatte dazu Herrn Bose auch befragt und habe gefragt:

Gibt es da Regeln zu ... diese[n] fünf Prozent ...? Oder muss man



Nur zur dienstlichen Verwendung

erstmal die 100 Prozent kennen, dass man fünf Prozent weiß, was das ist?

Da sagte Herr Bose:

Da gibt es keinen Leitfaden dafür.

Ich habe auch Frau Hepperle gefragt am 10. Dezember:

Wie berechnet man denn sein Vermögen so, dass man hinterher die fünf Prozent ausrechnen kann? Das muss man auch wissen, wenn man so eine Regelung macht.

Frau Hepperle antwortete:

Es tut mir leid. Ich kann dazu gerade wirklich nichts sagen.

Ich fragte weiter:

Wie kann man die Rechtsaufsicht in Bezug auf so eine Regel in der Geschäftsordnung ausüben, wenn eigentlich gar nicht klar ist, was deren Inhalt ist?

Antwort Dr. Hepperle:

Ich habe gesagt, dass es mir leid tut. Ich habe gerade wirklich keine Erinnerung mehr daran, wie das damals zustande gekommen ist.

Ich frage Sie jetzt mal als Inhaber der Rechtsaufsicht: Hier gibt es eine Regel mit den 5 Prozent, wo Ihre eigenen Leute nicht erklären können, wie sie auszulegen ist? Ist denn das aus der Perspektive der Rechtsaufsicht - - wo ich mich gerne mit Ihnen sozusagen drauf einlasse, dass Sie nur die Rechtsaufsicht machen. Aber ist denn das gut gelaufen, -

Zeuge Peter Altmaier: Nein, deshalb wollen wir das ja - -

Dr. Florian Toncar (FDP): - oder ist das eine ausdrücklich richtige Ausübung der Rechtsaufsicht?

Zeuge Peter Altmaier: Nein, also erst einmal ist es ja so, dass übrigens jeder Bürger verpflichtet ist, die Gesetze einzuhalten, ohne dass es eine Stelle gibt, die ihm sagt, wie die auszulegen sind, sondern das wird ihm erklärt, wenn er sie übertreten hat. Und dazu gibt es, wenn Sie -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich frage Herrn - -

Zeuge Peter Altmaier: - den Schönke/Schröder oder den Dreher/Tröndle anschauen, oftmals dann auch unterschiedlichste Meinungen, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber das ist die Geschäftsordnung der APAS und nicht ein Gesetz. Deswegen - -

Zeuge Peter Altmaier: - was erlaubt ist und was nicht. - Lassen Sie mich doch bitte mal - - Herr Toncar, ich habe ja Ihnen auch zugehört.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber Sie - - Gut.

Zeuge Peter Altmaier: Es ist ja Ihnen gesagt worden, dass es solche Regeln nicht gegeben hat. Das heißt, es war dann wohl Sache der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das einzuschätzen.

Also, ich hätte keine Schwierigkeiten, mein Vermögen einzuschätzen und auszurechnen, weil ich keine Aktien und Anteile und sonst was besitze, sondern das eine ist auf dem Konto und auf dem Sparbuch und das andere in einer bescheidenen Immobilie. Ich glaube, die Lösung, die wir jetzt vorgesehen haben in dem § 24* [sic!] Absatz 3 Ziffer 1, ist, dass wir gesagt haben: Die Wesentlichkeit ist vom Wert des Anteils oder anderer finanzieller Interessen abhängig - also nicht vom eigenen Vermögen, sondern vom Wert des Anteils - und liegt ab einem Wert in Höhe von 5 000 Euro vor.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das habe ich wahrgenommen. Danke.

Zeuge Peter Altmaier: So, das vermeidet nämlich - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich hatte ja nach der Rechtsaufsicht gefragt, Herr Minister.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Das vermeidet nämlich diese ganzen strittigen Fragen: Wie groß ist -

Dr. Florian Toncar (FDP): Das habe ich nicht beanstandet.

Zeuge Peter Altmaier: - das Vermögen des Beteiligten? Ich glaube auch nicht, dass die Rechtsaufsicht - das werden wir auch noch mal überprüfen juristisch, weil ich kann das ja nicht als Minister politisch entscheiden - die Möglichkeit hat, die Beteiligten zur Offenlegung ihres Vermögens zu zwingen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich habe auch nicht danach gefragt.

Zeuge Peter Altmaier: Und deshalb war die damalige Regelung unpraktikabel, und deshalb haben wir sie geändert.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ob es einen Leitfaden gab, der das regelt - - Aber vielleicht darf ich Ihnen noch ein Zitat vorhalten, das ich auch Herrn Bose gefragt habe, und die Antwort:

Ist Ihnen jemals bekannt geworden, dass die Rechtsaufsicht irgendeine Nachfrage oder Nachforschung angestellt hat, was die Compliance der Mitarbeiter mit dieser Regelung,

- der Geschäftsordnung, die das Ministerium erlässt, die auch nicht für jedermann gilt, sondern nur für die APAS -

- speziell diese Geschäftsordnungsregelung zu den Eigengeschäften - angeht? Gab es da irgendwann mal eine Anfrage, eine Nachfrage, irgendeine Aktivität in der Richtung?

Zeuge Ralf Bose: Kann ich mich nicht erinnern.

Auch die Zeuginnen aus dem BMWi konnten keine Beispiele nennen. Das ist doch etwas, was eine Rechtsaufsicht machen muss - dafür heißt es ja auch so -, dass sie die Einhaltung der internen

Regeln, über die wir hier reden, nicht der allgemeinen Gesetze, nachhält, wenigstens gelegentlich.

Zeuge Peter Altmaier: Also, was vorkommen kann, ist, dass ein Zeuge sich tatsächlich nicht an alles erinnern kann, was in seinem Zuständigkeitsbereich vorgeht. Aber es muss ja, wenn es solche Vorgänge gegeben hat, veraktet worden sein. Und deshalb muss es doch möglich sein, das zu rekonstruieren und Ihnen auch zuzuliefern. Also, sollten Sie da noch Nachfrage- und Aufklärungsbedarf haben - ich glaube, dass ich jetzt nicht damit rechnen musste, dass mir diese Frage gestellt wird, weil ich wirklich nicht die Akten der APAS eingesehen habe, die es zu diesem Thema gibt -, dann möchte ich Sie - - kann ich Ihnen versichern, werden wir auch dieser Sache noch mal nachgehen. Denn das ist ja nicht von der Erinnerung von Herrn Bose abhängig, sondern das muss ja das Wissen der Behörde sein, das man recherchieren kann.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann geht es weiter mit Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Minister, es gibt Behörden in anderen Ländern, die wollen das so genau wissen, ob es Leben auf dem Mars gibt, dass da mittlerweile jetzt ein Hubschrauber rumfliegt. Also, wenn man das nur wirklich will, dann kann man die Dinge auch rausfinden.

Mich würde eine Sache noch mal interessieren: Wann ist Ihrer Erkenntnis nach die APAS das erste Mal aktiv geworden in Sachen Wirecard? Beziehungsweise: Sie haben, glaube ich, vorhin von Ermittlungen gesprochen.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, Vorermittlungen. Dazu haben wir schon im Finanzausschuss seinerzeit ein Dokument übermittelt.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ich bin jetzt hier am Schauen. Das ist alles auch bei Ihnen. Können meine Mitarbeiter mir sagen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

was die richtige Nummer ist - ich habe es doch, glaube ich, vorhin vorgelesen -, was das richtige Datum ist?

MDgn Yvonne Schreiber (BMWi): Wenn ich darf, gerne. - Das berufsaufsichtliche Vorermittlungsverfahren am - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nee, also, ehrlicherweise - -

MDgn Yvonne Schreiber (BMWi): Wie Sie möchten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, Sie müssten erst fragen, ob Sie das dürfen. Und zweitens muss ich ganz ehrlich sagen: Ich habe das in den Akten natürlich liegen. Aber ich frage den Zeugen das aus einem bestimmten Grund. Und deswegen - -

Zeuge Peter Altmaier: Also noch mal: Was war Ihre konkrete Frage?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wann Ihrer Meinung nach - und das ist wirklich auch eine Wertungsfrage - die APAS das erste Mal in Sachen Wirecard Ermittlungen, Vorermittlungen - ich weiß nicht genau, wie Sie es vorhin nannten - aufgenommen hat.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, das habe ich doch in meinem Eingangsstatement tatsächlich Ihnen gesagt, und zwar war das - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich wollte nur sichergehen, dass ich Sie richtig verstanden habe.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, Moment, ich kann die Stelle noch einmal vornehmen.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

So. Das war die Veröffentlichung des - - Das war die Ver- - Also noch mal: Im Oktober 2019 wurde das Vorermittlungsverfahren gegen Ernst & Young eingeleitet. Und der Hintergrund war zum einen, dass sich in der Presse die Berichte über Unregelmäßigkeiten verdichtet hatten und dass

dann ein Sondergutachten bei der KPMG vom Wirecard-Aufsichtsrat beauftragt worden ist. Und nach der Veröffentlichung dieses Sondergutachtens hat die APAS das Vorermittlungsverfahren in - - Ach so, nein: Die hat dann umgewandelt, Entschuldigung. Das Vorermittlungsverfahren ist im Oktober eingeleitet worden. Das Sondergutachten ist später veröffentlicht worden.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. Und die Sache, die mich so ein klein wenig wundert, ist: BaFin, Bundesbank, DPR, die haben alle weit früher erste Ermittlungen aufgenommen, auf unterschiedliche Hinweise hin. Es gab immer wieder Hinweise auch auf potenzielle Bilanzmanipulationen. Ist Ihnen bekannt, dass im Februar 2019, also über ein halbes Jahr vor diesen Vorermittlungen, sich EY, der Chef von EY, Herr Barth, mit dem Chef der Qualitätssicherung, Herrn Orth - - die beide haben bei Herrn Bose angerufen.

Zeuge Peter Altmaier: Das habe ich Ihnen erzählt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): So. Ist es aber nicht ein bisschen merkwürdig, dass der Deutschland-Chef von EY und der Chef, der für diese ganzen Qualitätssicherungen bei dem Wirtschaftsprüfer zuständig ist - - die greifen zum Telefon und rufen den Chef der APAS an, sagen als Erstes, also mal ganz vorneweg: Das ist hier kein Anruf nach Paragraph soundso EU-Aufsichts-Blablabla, sondern - - Ja, was es ist, haben sie nicht gesagt. Und dann sagen sie: Ja, es gibt so Vorwürfe gegen Wirecard aus Singapur. - Und dann stellt sich - - Dieses Telefonat hat uns schon sehr viel hier beschäftigt, weil es aus meiner Sicht, gelinde gesagt, dubios ist. Und die Frage ist ja so ein bisschen: Warum ist da nichts passiert? Ich kann Ihnen auch - - Ich kann Ihnen sagen, warum nichts passiert ist: weil man sich dann auf die Aussage von EY verlassen hat, so unter dem Motto: Ja, wir prüfen das und so, und das passt dann schon. - Aber sehen Sie darin nicht ein Problem?

Zeuge Peter Altmaier: Also, zunächst einmal: Ich habe das noch ziemlich genau im Kopf, weil ich mich damals für den Finanzausschuss eingehend



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit der Frage beschäftigt hatte und dem Finanzausschuss auch stundenlang darüber vorgetragen hatte.

Es war so, dass es diese Presseberichte gab, ausgehend von der „Financial Times“. Diese Presseberichte waren auch mehrfach Gegenstand von Bemühungen der BaFin; dazu brauche ich mich jetzt nicht auszusprechen. Es gab auch einige Informationen, die das* BaFin hatte, die aber der APAS nicht bekannt waren. Und die APAS hat dann dieses Gespräch im Februar 2019, wo ich gesagt habe: „Es war sehr ärgerlich, dass ich davon nicht früher erfahren habe“, geführt. Und aus meinen Unterlagen - es gibt ja keinen Tonbandmitschnitt dazu; es gibt die Aussagen der Beteiligten - geht hervor - Sie haben hier auch schon einiges geschildert -, dass EY erläuterte, dass man die Presseberichterstattung in der „Financial Times“ zur Kenntnis genommen habe und entsprechende Prüfungsschwerpunkte setzen würde. So. Und da sagen die: Das war für uns noch kein Hinweis darauf, dass es etwas gibt, was nicht in Ordnung ist. Und deshalb haben wir zu diesem Zeitpunkt noch keine Vorermittlungen eingeleitet. - Das kann ich auch nicht als absolut unplausibel ansehen. Wenn Sie sagen, nach jedem Pressebericht oder nach jeder Anschuldigung müssen Sie irgendwie ein Verfahren einleiten, dann haben Sie wahrscheinlich keine 260, sondern ein Vielfaches davon.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm, ja. Ich würde Ihnen da bei vielen anderen Behörden durchaus recht geben, aber wir haben eben hier sehr viel darüber diskutiert, ob das jetzt rechtens war, dass der Chef der APAS mit den Wirecard-Aktien gezockt hat. Und ein Thema hat uns heute den Tag über schon sehr beschäftigt: Das ist die Frage der kritischen Grundhaltung. Und ich sage mal: Dem Chef der APAS hat es offenbar an kritischer Grundhaltung gefehlt in Sachen Wirecard.

Und es ist ja nicht so, dass es nur diese Zeitungsverwürfe gab, sondern aus irgendeinem Grund haben sich - - Ich sage es noch mal: Der Chef von EY Deutschland hat sich veranlasst gesehen, persönlich beim Chef der APAS anzurufen und ihm zu versichern: Ja, ja, so das mit den Vorwürfen, das ist alles nicht so dramatisch. Wir prüfen das

dann beim nächsten Mal mit. - Und das Problem ist aber: Die APAS ist nicht die Aufsicht über Wirecard. Die APAS ist die Aufsicht über EY. So. Und jetzt lasse ich mich als APAS sozusagen damit zufriedenstellen, dass mir das Aufsichtssubjekt sagt: Wir machen das schon. - Das ist mein Punkt.

Zeuge Peter Altmaier: Na ja. Zum einen, was die kritische Grundhaltung bei Herrn Bose angeht: Soweit ich weiß, haben wir uns von dem getrennt, nach reiflicher Überlegung und in einem relativ raschen Verfahren. Es ist auch, soweit ich das überblicken kann, bislang von niemandem kritisiert worden, dass wir dabei übers Ziel hinausgeschossen wären oder zu lange gewartet hätten.

Zweitens. Ich war bei dem Telefonat nicht dabei. Deshalb kann ich - noch einmal - den Verlauf nicht zuverlässig rekonstruieren. Ich hätte zum Beispiel, wenn mich jemand angerufen hätte und gesagt hätte: „Wir haben hier Presseberichte“ - die waren ja allgemein bekannt, die Presseberichte; die waren ja nicht irgendwie geheim; Presse ist ja öffentlich -, „und wir machen jetzt Prüfungsschwerpunkte - - und dann hätte ich vielleicht gefragt: „Haben Sie schon eine Einschätzung, ob was dran ist?“ Ich habe ja auch in meinem Geschäftsbereich ähnliche Vorgänge.

Ob das geschehen ist oder nicht, müssen Sie mit Herrn Bose diskutieren. Das kann ich nicht wissen und muss ich nicht wissen. Aber die kritische Grundhaltung setze ich eigentlich bei dem Leiter einer APAS voraus; denn er ist ja eine Aufsicht, und Aufsicht muss immer eine kritische Grundhaltung haben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Peter Altmaier: Und das war der Grund oder war einer der Gründe, warum wir das Vertragsverhältnis dann so zu Ende gebracht haben, wie es geschehen ist.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Da haben wir auch überhaupt keinen Dissens, aber - also, wie soll ich sagen? - dass Sie heute hier sind sozusagen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

da geht es ja auch um die Frage: Ist die Rechtsaufsicht durch Ihr Haus - - Also, ich sage mal so: Ich würde einschlagen, wenn Herr Hauer zu Protokoll gibt, dass mit der Trennung von Herrn Huffeld auch das Thema für Herrn Scholz dann am Donnerstag erledigt ist.

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Das war
ja später!)

Zeuge Peter Altmaier: Moment, nein. Ich - - Nein, Herr Zimmermann, ich bin ja bereit, alle Fragen zu beantworten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Peter Altmaier: Und gerne, solange Sie mögen. Aber ich verstehe nicht so ganz, worauf Sie hinauslaufen. Als Sie eben von der Rechtsaufsicht sprachen, habe ich mich gefragt: Ist vielleicht Ihr Ansinnen, dass die Rechtsaufsicht da hätte früher bei der APAS aktiv werden müssen? Aber die Rechtsaufsicht wusste gar nix von dem Telefonat. Das Telefonat ist uns nicht mitgeteilt worden, und das habe ich ja auch vorhin in meiner Eingangsrede gesagt. Und wenn Ihnen ein Telefonat nicht mitgeteilt wird - - Sie können natürlich alle 20 Minuten die Frage stellen: Hat Sie jemand angerufen? Oder Sie können sich Telefonlisten vorlegen lassen. Aber das geht ja nur mit Anlass, und dieser Anlass ist eingetreten. Und deshalb sitzen wir hier im Untersuchungsausschuss, um Licht in die Dinge zu bringen. So.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist richtig.

Zeuge Peter Altmaier: Die zweite Frage ist: War nach allem, was wir wissen, die APAS nach diesem Telefonat - - hätte sie mehr machen müssen, als sie gemacht hat? Und da habe ich eben gesagt: Das ist bei den wenigen Sätzen, die wir aus diesem Telefonat wissen - - Und das Telefonat ist nicht aufgezeichnet worden. Es ist vielleicht von - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut, aber wir haben mit allen Beteiligten hier gesprochen. Deswegen haben wir eine ziemlich gute Idee, was in dem Telefonat gesagt wurde. Und ich bin absolut

nicht Ihrer Meinung. Wir reden zum einen nicht über irgendein Telefonat, und wenn ich das richtig sehe, hat die APAS bei der Übersendung der Chronologie - das haben Sie ja auch in Ihrem Eingangsstatement erwähnt - zufälligerweise dieses Telefonat vergessen zu erwähnen.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und das mag ein Zufall sein. Und ja, Sie haben recht: Es sind überall nur Menschen. Aber aus meiner Sicht sozusagen: Dieses Telefonat war kein Vorgang wie jeder andere. Und versehentlich vergisst die APAS, Ihnen das mitzuteilen. Sie können mit Sicherheit am Ende darlegen, dass Sie persönlich da keinen Einfluss drauf hatten. Das erwarte ich auch nicht. Aber die Frage, die dieser Untersuchungsausschuss ja klären muss, ist: Was ist bei dieser APAS schiefgelaufen? Und ist das am Ende eine Behörde, die im luftleeren Raum hängt? Oder gibt es eine auch Verantwortung über die Rechtsaufsicht am Ende des Tages durch Sie? Das ist die Frage, die wir klären. Und dann geht es nicht darum - -

Zeuge Peter Altmaier: Noch mal: Was soll denn die Rechtsaufsicht versäumt haben? Ich möchte das gerne verstehen, damit ich es beantworten kann. Wenn sie von dem Telefonat nichts wusste, kann sie nichts versäumt haben. Es kann sein, dass die APAS etwas versäumt hat und dass die APAS etwas hätte tun müssen. So. Und da habe ich gesagt: Ich war bei dem Telefonat nicht dabei. Sie haben gesagt, dass Sie mit den Beteiligten über dieses Telefonat ausführlich gesprochen haben, dass Sie ein ziemlich gutes Bild haben, was bei diesem Telefonat gelaufen ist - das betrifft dann alle Mitglieder dieses Ausschusses -, und der Ausschuss wird einen Bericht vorlegen, von dem ich hoffe, dass wir ihn noch vor der Bundestagswahl haben und dann auch in unsere Arbeit aufnehmen und einbeziehen können. Und dann wird sich der Ausschuss eine Meinung bilden, ob die APAS zu diesem Zeitpunkt, wo sie dieses Telefonat geführt hat, mit den Informationen, die Sie haben, die mehr sind als die Informationen, die ich haben kann - - Ich lese auch keine Ausschussprotokolle - das habe ich ja vorhin gesagt -, weil ich der Meinung bin, dass ich aus meiner



Nur zur dienstlichen Verwendung

Erinnerung berichten muss. Und dann müssen Sie bewerten, ob das korrekt war oder nicht. Da mache ich Ihnen keine Vorgaben, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist aber sehr nett.

Zeuge Peter Altmaier: - weil das die Zuständigkeit des Parlamentes ist.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, genau das ist es. Also, das wäre ja auch noch schöner, dass Sie uns Vorgaben machen, was wir hier für Fragen stellen. Also, es ist ein bisschen irgendwie - -

Zeuge Peter Altmaier: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): - ein bisschen eine schräge Auffassung.

Zeuge Peter Altmaier: Ich will die Frage nur verstehen, Herr Kollege. Ich will sie nur verstehen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, Sie wollen sie bewusst falsch verstehen. Mich interessiert überhaupt nicht dieses Telefonat. Mir ist vollkommen bewusst, dass Sie von diesem Telefonat keine Ahnung haben. Aber ich habe Ihnen eben gerade dargelegt, dass Ihre APAS den Bock zum Gärtner gemacht hat. Der Entlastungszeuge für die Anschuldigungen gegen EY ist von der APAS/EY angesehen worden. Das ist das Problem. Gleichzeitig unterhalten wir uns hier drüber, dass der Chef mit Aktien von Wirecard zockt. Und die Frage, die am Ende im Raum steht, ist nicht das Telefonat, sondern was in diesem Laden eigentlich los war. Und da ist die Frage, ob die Rechtsaufsicht ihrer Arbeit nachgekommen ist, aus meiner Sicht berechtigt.

Aber da ich schon zwei Minuten drüber bin, werden wir das in der nächsten Runde noch mal diskutieren müssen. - Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist ein guter Vorschlag, Dr. Zimmermann. - Und dann geht es jetzt weiter mit dem Kollegen De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also, ich bin da ganz großzügig, wenn es so harmonisch ist in der GroKo. - Herr Minister, Ihr Parlamentarischer Staatssekretär ist doch Thomas Bareiß.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und es gibt eine Kommunikation von Herrn Diekmann zum Leerverkaufsverbot mit ihm. Da ging es um ein generelles Leerverkaufsverbot, ich sage mal, im Windschatten der Coronapandemie, nicht mehr um das spezifische für Wirecard. Ich zitiere mal, was er an Herrn Diekmann geantwortet hat, der da im Auftrag von Wirecard lobbyiert hat:

Du hast mich ja schon am Dienstag auf das Thema aufmerksam gemacht, und umso mehr ich dazu lese, teile ich deine Meinung noch mehr (was ja jetzt aber auch nicht wirklich überraschend ist 😊). Viele unserer Nachbarländer waren ja schon aktiv. Ich habe das dann gleich weitergegeben an unsere Experten im BMWi. Die sollten mal dazu schnell eine Einschätzung geben. Diese würde ich auch an Peter Altmaier weitergeben, damit er dann eine Entscheidung trifft und mit Olaf Scholz spricht. Ich bin noch dran. [?]

Ende des Zitats. - Ich frage Sie, ob er jemals auf Sie zugekommen ist diesbezüglich.

Zeuge Peter Altmaier: Also, er ist mündlich mit Sicherheit nicht auf mich zugekommen. Er ist auch schriftlich nicht auf mich zugekommen. Ob er mir zu diesem Thema eine SMS geschickt hat, kann ich bei mehreren Hundert SMS am Tag jetzt beim besten Willen nicht erinnern, aber ich kann es ja nachprüfen. Ich habe die SMSe nicht gelöscht, und ich werde Ihnen darüber berichten.

Wir haben uns im Übrigen auch zur Herausgabe dieser SMS bereitgefunden, obwohl das eine rechtliche Frage ist, die ungeklärt ist, ob SMSe an Untersuchungsausschüsse herausgegeben werden, weil wir unseren Willen zur Transparenz deutlich machen wollten und weil wir auch der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Auffassung waren, dass die Vermutungen, es gäbe in der SMS einen Bezug zu Wirecard, falsch waren. Diesen Bezug zur Wirecard gibt es in der SMS nicht.

Die Frage, die Sie gestellt haben, ist, ob der Kollege Bareiß mir zu diesem Thema in irgendeiner Weise Vorschläge gemacht hat - weder schriftlich noch mündlich - und ob sie in einer SMS enthalten waren, die ich dann nicht beantwortet habe. Ich schließe aus, dass ich eine solche SMS beantwortet haben könnte. Dann hätte ich eine Erinnerung dran. Aber ich werde zur Sicherheit noch einmal überprüfen, ob da irgendetwas geschickt worden ist, was ich übersehen haben könnte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das freut uns sehr, weil wir hatten hier schon öfters SMSs, die auf wundersame Art und Weise verschwunden sind; -

Zeuge Peter Altmaier: Nein, ich habe - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): - kennen wir aus anderen Untersuchungsausschüssen. Ich wusste gar nicht, dass es mit Ihnen eine solche Kommunikation gibt. Deswegen: Ich wäre gar nicht auf die Idee gekommen, Sie zu fragen.

Zeuge Peter Altmaier: Welche Kommunikation?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also, jetzt zwischen Herrn Bareiß und Ihnen per SMS; war mir jetzt gar nicht - -

Zeuge Peter Altmaier: Nein. Also, Entschuldigung - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber alles gut!

Zeuge Peter Altmaier: Entschuldigung, Herr De Masi, wenn ich das noch mal sagen darf.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, aber ich habe so wenig Zeit.

Zeuge Peter Altmaier: Ich habe mit ungefähr 200 oder 300 Bundestagsabgeordneten -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das war gar kein Vorwurf.

Zeuge Peter Altmaier: - Kommunikation per SMS.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, ich wollte nur sagen: Ich finde das sehr freundlich von Ihnen, dass Sie das noch mal uns mitteilen, weil ich hätte es nicht gewusst. Ich wollte einfach darauf hinweisen.

Zeuge Peter Altmaier: Und noch mal: Ich habe keinen Anhaltspunkt, dass Herr Bareiß mir dazu eine SMS geschickt hat, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Peter Altmaier: - weil er mich nie darauf angesprochen hat.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich verstehe. Sie überprüfen das, und das macht mich schon zufrieden.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann würde ich gerne weitergehen zu einem anderen Dokument: MAT A BMWi-11.18, Blatt 184. Da schreibt Herr Stefan Schnorr, der bei Ihnen wohl im Ministerium arbeitet:

Zeuge Peter Altmaier: Abteilungsleiter, ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
nur der Sicherheit halber:
gab es durch uns veranlasst Gespräche mit Wirecard seit 14.3.18?

Und dann sagt er:

Ich hatte Glück, weil mein Gespräch mit CEO Braun schon im MÄRZ 2017 stattfand.
Da wurden aber auch mögliche Kooperationen besprochen - mit VIB2 alt (= KI1 neu) und VID3 alt



Nur zur dienstlichen Verwendung

(„VIB2 neu). Gab es Ihrerseits Follow Ups (siehe Mail anbei)?

Ist jemals im BMWi geklärt worden, was da - er hat ja Glück gehabt, sagt er - im weiteren Verlauf mit CEO Braun besprochen wurde?

Zeuge Peter Altmaier: Also, ich war mal als Kanzleramtschef für den NSA-Untersuchungsausschuss zuständig, und da habe ich als Vorgesetzter des BND sämtliche Akten, die wir übersandt haben, persönlich gelesen. Das waren mehrere Zehntausend Blatt, und ich kann Ihnen sagen: Das war nicht vergnügungssteuerpflichtig. - Die Akten, die wir Ihnen hier übersandt haben, habe ich nicht gelesen. Ich gehe davon aus, dass meine Mitarbeiter die Referenz mitgeschrieben haben, und wir werden uns das anschauen und Ihnen auch dazu dann Auskunft geben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Und dann gibt es ein weiteres Dokument: MAT A BMWi-11.18, Blatt 6. Da schreibt Malte Rosenberg, I B 4 - da geht es um die Prüfung der ESMA des Leerverkaufsverbots für Wirecard -:

Wir stehen in der Sache in engem Kontakt mit den BMF-Kollegen und verfolgen die weitere Entwicklung aufmerksam.

Und ich wollte fragen: Welcher Austausch hat denn dazu stattgefunden mit dem BMF?

Zeuge Peter Altmaier: Ja, auch das - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Er sagt auch noch:

Die BMF-Kollegen haben sich auf unsere Nachfrage mit Verweis auf die Kurzfristigkeit der Entwicklung noch nicht inhaltlich eingelassen.

Hat sich das BMF jemals gegenüber Ihnen inhaltlich eingelassen zum Leerverkaufsverbot?

Zeuge Peter Altmaier: Na ja, also, wenn ich an meine Zeit als Obmann im Untersuchungsausschuss nachdenke, hätte ich einen solchen Mitarbeiter persönlich gefragt. Den hätte ich als Zeu-

gen vorgeladen und hätte ihn gefragt. Das ist offenbar nicht erfolgt. Das ist auch gar nicht schlimm. Wir haben auch das jetzt notiert und werden dem nachgehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich frage ja nur. Es kann ja sein, dass er - -

Zeuge Peter Altmaier: Aber es war ja kein Grund für mich, mich darauf vorzubereiten, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, das ist ja gar kein Vorwurf.

Zeuge Peter Altmaier: - weil ich nicht ahnen konnte - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Es kann ja sein, dass Sie Erkenntnisse haben. Das passiert ja öfters, -

Zeuge Peter Altmaier: Nein, nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): - dass Minister Erkenntnisse haben.

Zeuge Peter Altmaier: Nein, ich war - ich darf das sagen - - Ich habe mir auch noch mal die Vorlagen angeschaut, die für mich gemacht worden sind; die waren in dem Handapparat mit drin, der mir ausgehändigt worden ist. Ich selbst habe mich an der Debatte über das Thema Leerverkaufsverbot in keiner Weise beteiligt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Und dann würde ich Sie jetzt nur noch gerne fragen: Haben Sie sich mit der Kanzlerin jemals über den Inhalt ihres Gesprächs mit chinesischen Staats- und Regierungschefs zu Wirecard ausgetauscht?

Zeuge Peter Altmaier: Nein. Ich habe Ihnen ja gesagt, dass bis zum 18. Juni 2020 das Thema Wirecard für mich kein Thema war. Ich wusste, dass es Wirecard gibt, wie das jeder vernünftige Bürger oder interessierte Bürger und Politiker weiß. Aber es sind keinerlei Anliegen von Wirecard an mich herangetragen worden. Mir sind auch aus dem Kanzleramt keine Fragen dazu gestellt worden. Ich habe ja vorhin gesagt: Als Finanzdienstleister sah auch das Unternehmen Wirecard sei-



Nur zur dienstlichen Verwendung

nen Ansprechpartner eher im Finanzministerium. - Und deshalb kann ich Ihre Frage eindeutig mit Nein beantworten.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi. - Und es geht weiter mit Lisa Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Begrüßt hatten wir uns ja schon. - Als Erstes will ich noch mal erinnern an diesen 18. Juni. Da im Juni wurden Sie ja zitiert mit der Aussage, Sie hätten sich das überall vorstellen können, dass so was passiert, aber nicht in Deutschland.

Und jetzt kenne ich Sie auch als guten Europäer. Jetzt würde ich sagen, Sie sagen jetzt nicht sozusagen: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen. - Aber da spricht ja schon eine gewisse Überheblichkeit auch raus. Und jetzt nach diesen ganzen Monaten und so hat man ja schon den Eindruck, dass genau sozusagen diese Vorstellung ja auch mit dazu beigetragen hat, zu dieser zumindest breiten Nachlässigkeit. Wir haben ja an vielen Stellen hier schon festgestellt, dass ja wir es nicht nur mit Nachlässigkeit zu tun hatten, sondern eben auch durchaus mit Fahrlässigkeit, wenn nicht gar noch mehr. Und deswegen wollte ich Sie jetzt heute noch mal dazu befragen, wie Sie inzwischen Ihre Äußerung von damals sehen.

Zeuge Peter Altmaier: Also, ich glaube, dass ich vermutlich zu den Letzten gehören würde, die jemals den Gedanken „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ nach außen propagieren würden.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatte ich ja bereits - -

Zeuge Peter Altmaier: Ich habe in meiner ganzen politischen Tätigkeit sehr viel mit europarechtlichen, internationalen Zusammenarbeiten zu tun gehabt. Ich glaube nicht, dass ich jemals gegenüber anderen Ländern belehrend in Erscheinung getreten bin. Das, was ich damals gesagt habe: „Ich hätte es mir überall vorstellen können“, oder ich hätte vielleicht präziser sagen können: „Ich

hätte es mir mancherorts vorstellen können, aber nicht in Deutschland“, das war im Grunde genommen eine gewisse Sorge darüber, dass das, was wir mit dem Brand Deutschland verbinden, dass wir nämlich nicht nur ein Rechtsstaat sind, sondern dass wir auch über funktionierende Systeme der Kontrolle verfügen, die solche Vorgänge nicht unmöglich machen - die kann man nicht mit hundertprozentiger Sicherheit ausschließen - - * unwahrscheinlich machen. Das habe ich damit zum Ausdruck gebracht, und damit war überhaupt kein Hochmut gegenüber irgendeinem anderen Land verbunden. Es war die Sorge darüber, dass wir möglicherweise irgendwo Handlungsbedarf haben, den wir in der Vergangenheit nicht gesehen haben. Und der Handlungsbedarf ist ja jetzt auch in bestimmten Bereichen identifiziert. Beim Thema der BaFin, wenn ich es richtig sehe, war es ein bisschen mehr, und bei uns, bei der APAS sind es die Punkte, die wir den ganzen Abend diskutieren.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Jetzt sind Sie seit 2018 Leiter sozusagen des Wirtschaftsministeriums, Wirtschaftsminister. Aber es ist ja schon eine gewisse Tradition dieses Hauses, die Sie, glaube ich, wie Sie auch mehrfach in Reden betont haben, fortführen wollen, dass es eben nicht so sehr um Kontrolle und Aufsicht geht, sondern eher um Stärkung, um Selbstverpflichtung, um gutes Miteinander, Korporatismus und so. Das spielt ja in diesem Zusammenhang schon durchaus eine Rolle sozusagen, dass man sich darauf verlässt, dass man es eben nicht sozusagen staatlich irgendwie kontrollieren und beaufsichtigen muss. Von daher: Sozusagen zu dieser Frage der Kultur und des Selbstverständnisses, da trägt ja auch das Wirtschaftsministerium bei, weil es ja auch das sozusagen mit propagiert. Sehen Sie jetzt da vielleicht doch einen Korrekturbedarf?

Zeuge Peter Altmaier: Also, es ist richtig, dass wir im Bundeswirtschaftsministerium grundsätzlich der Auffassung sind, dass man nicht alles nur durch gesetzliche Vorschriften und Kontrollen regeln muss. Um Ihnen ein Beispiel zu geben, wo ich mit meinem Koalitionspartner lange Diskussionen habe: Da geht es zum Beispiel um die sehr einfache Regelung zum Mindestlohn, die ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

inhaltlich mitgetragen habe, voll und ganz, und auch immer noch mittrage, wo wir aber eine Fülle von Dokumentationspflichten haben, wo ich mir die Frage stelle, ob man bei einem Missbrauchspotenzial von wenigen Prozent dann 100 Prozent der Menschen einer solchen Dokumentationspflicht unterwerfen muss. Ich habe beispielsweise als Abgeordneter - ich weiß gar nicht, wie viele - Listen unterschrieben, wo meine Mitarbeiter mir ihre Stunden aufgeschrieben haben, ohne dass ich die Möglichkeit gehabt hätte, zu wissen, ob sie mehr oder weniger oder genauso viel gearbeitet haben. Aber es war halt eben so geregelt, und ich gehöre zu denen, die sagen, dass man überflüssige Bürokratie vermeiden soll.

Aber hier ist es ja so, dass die Regelungen, um die es geht, nämlich insbesondere die europäische Regelung, die wir umgesetzt haben mit der Errichtung der APAS, ja schon da waren, als ich ins Haus kam. Diese Regelungen hat der Kollege Sigmar Gabriel damals verantwortet. Und ich habe in diesen ganzen drei Jahren, auch bevor Wirecard ein Thema war, keine einzige Initiative unternommen, um diese Regelung abzuschwächen oder zu verändern in Richtung auf weniger Kontrolle, ganz im Gegenteil. Ich gehe als Minister davon aus, dass die Regelungen, die wir haben, auch eingehalten werden und gelebt werden.

Man kann darüber diskutieren, ob eine bestimmte Regelung im Einzelfall sinnvoll ist oder nicht. Aber wenn sie existiert, dann muss sie auch angewendet werden. Da war meine Haltung immer ganz eindeutig und klar. Und das ist sie auch in Zukunft.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hatten Sie ja gesagt, dass Sie zu den Reformen oder zu den Änderungen, wo Sie gesagt haben, Sie wollen akzeptieren, dass der Untersuchungsausschuss erst mal arbeitet usw. - - Das ist ja auch durchaus eine plausible Argumentation. Aber genauso plausibel ist natürlich, dass eben aufgrund der bestehenden Traditionen des Wirtschaftsministeriums Sie eben auch - und Sie sind ja jetzt nicht mit eigenen großen Reformvorschlägen in Erscheinung getreten - an der Grundausrichtung

nicht wirklich etwas ändern wollen. Oder ist das ein falscher Eindruck?

Zeuge Peter Altmaier: Moment. Also, bei den Reformvorschlägen, da kann ich Ihnen sagen: Da gibt es ja unterschiedliche Bereiche. Das eine ist der Bereich, der uns betrifft. Das ist die APAS. Da sind wir aktiv geworden, und da haben wir uns eingebracht. Das ist auch unsere Aufgabe.

Das andere ist, dass der Kollege Finanzminister zuständig ist für den ganzen Bereich der BaFin und dass die Kollegin Lambrecht zuständig ist für den Bereich des Wirtschaftsprüferrechts*. Da geht es auch um die Fragen der Rotation. Und da habe ich als Bundeswirtschaftsminister in der Ressortabstimmung eine Grundsatzentscheidung getroffen, und diese Grundsatzentscheidung war, dass wir nicht in einem Klein-Klein den Kolleginnen und Kollegen sagen, was aus unserer Sicht richtig oder falsch ist, sondern dass wir versuchen, diesen Gesetzentwurf möglichst schnell durch das Kabinett zu beschließen, damit er dann im parlamentarischen Verfahren noch vor der Bundestagswahl verabschiedet werden kann und in Kraft treten kann.

Das ändert nichts daran, dass im parlamentarischen Verfahren, wo wir derzeit sind, sich die Fraktionen diese Gesetze anschauen. Kein Gesetz verlässt das Parlament so, wie es hereingekommen ist: Das ist das erste Struck'sche Gesetz. - So ist es mir immer erzählt worden. Ich habe Herrn Struck noch persönlich gekannt und sehr geschätzt.

Und darüber wird gesprochen, und selbstverständlich kommen dann auch Fraktionen des Deutschen Bundestages manchmal mit Fragen oder mit Rückfragen auf uns zu, und wir versuchen dann, auch dazu eine Einschätzung zu geben. Aber ich habe wirklich, glaube ich - - In der Ressortabstimmung haben wir wirklich auch deutlich gemacht, dass wir dem Kollegen Scholz und der Kollegin Lambrecht einen weiten Spielraum einräumen, was die Ausformulierung der notwendigen Maßnahmen angeht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben nichts verhindert, aber waren jetzt auch nicht proaktiv. Aber meine Zeit ist um.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, aber ich meine, ich erwarte auch nicht, dass der Kollege Scholz sich proaktiv in meine Zuständigkeiten einmischt und mir sagt, was ich tun oder lassen soll, oder die Kollegin Lambrecht. Und dieses Ressortprinzip ist eines der fundamentalen Prinzipien, ohne die eine kollegiale Bundesregierung nicht funktionieren kann, und deshalb habe ich das von meiner Seite aus immer versucht zu respektieren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Aber das andere ist ja dann auch die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin, die im Notfall ja mal auch davon Gebrauch machen kann. Aber ansonsten - wenn Sie sagen: es gibt Gesetze -: Es gibt das Gossen'sche Gesetz, und ich glaube, das kann man sogar auf Verwaltung und überbordende Bürokratie anwenden, und für jeden sei das mal empfohlen, das Gossen'sche Gesetz sich da anzuschauen; ist ganz praktisch.

Ich würde von dem Streitpunkt wegkommen, weil ich denke, so Rechts- und Fachaufsicht, da sollten generell vielleicht die Regierung, die Koalition oder nachfolgende Regierungsparteien mal in sich gehen, weil ich finde schon: Eine Rechtsaufsicht, die kann sehr klar und deutlich sein. Das hätte es ja auch im Falle der BaFin und auch hier - Kollege Toncar und - - ich hatte es ja auch vorher angesprochen mit der Frau Hepperle. Ich denke, das sollte ein Thema sein; aber es sollte eben auch - das glaube ich auch - handhabbar bleiben.

Ich will deswegen auf einen anderen Themenkomplex, der mich da auch noch interessiert. Wenn Sie schon sagen: kollegial; man geht miteinander um. - Es gibt eine E-Mail von Staatssekretär Kukies zur Rettung der Wirecard AG mittels KfW-Kredit. Warum sage ich das? Korrigieren Sie mich, wenn meine Hintergrundinformationen da falsch sind. Sie sind stellvertretender Vorsitzender des KfW-Verwaltungsrates. Das ist richtig?

Zeuge Peter Altmaier: Mhm.

Vorsitzender Kay Gottschalk: BMWi-Staatssekretär Dr. Ulrich Nußbaum ist Mitglied des Aufsichtsrates der KfW IPEX-Bank. Auch das ist nach wie vor richtig, also, es sei denn, es müsste sich jetzt in den letzten 48 Stunden - - dann wäre das an mir vorbeigegangen. Deswegen frage ich lieber noch mal: Das ist korrekt?

Zeuge Peter Altmaier: Das ist korrekt, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ vom 16. März 21 gab es am 23. Juni 2020 ein Telefonat zwischen BMF-Staatssekretär Dr. Kukies und dem Vorsitzenden der KfW IPEX-Bank, Klaus Michalak. Herr Michalak hat dem Bericht zufolge hierüber auch den KfW-Vorstand informiert. Demgemäß schlug Staatssekretär Dr. Kukies am 23. Juni 2020, also wenige Tage vor der Insolvenz der Wirecard AG, vor, dass BMF und dass BMWi über eine deutsche Lösung für Wirecard AG nachdenken sollten. Hierzu sollten über die KfW IPEX-Bank der Wirecard AG weitere Kredite bereitgestellt werden.

Was können Sie uns - deswegen hatte ich das eingangs noch mal gefragt - zu diesem Vorgang berichten? Denn ich denke mal, in der Abstimmung und Ressortabstimmung könnte das ja Gesprächsgegenstand gewesen sein, ja auch zwischen den Staatssekretären, oder auch dann ist es Ihnen zugetragen worden, oder Herr Scholz hat mit Ihnen drüber gesprochen, dass Herr Kukies - -

Zeuge Peter Altmaier: Nein. - Also, meine Mitarbeiter haben diesen IPEX-Vermerk vielleicht im Doppel. Ich habe mir das noch mal angeschaut, weil mir das damals - - Es gab Berichte darüber, über diesen Vorgang, und ich habe damals auch von mir aus darum gebeten, dass man dem nachgeht, weil ich verwundert war, dass das BMWi in die Rettung von Wirecard eingebunden gewesen sein sollte und der Minister davon nichts erfahren hätte. Das wäre nicht das, was ich unter „Information der Leitungsebene“ verstanden hätte.

Und deshalb kann ich Ihnen sagen, dass die Kreditentscheidungen der IPEX-Bank entsprechend



Nur zur dienstlichen Verwendung

der internen Kompetenzordnungen ohne Beteiligung des Aufsichtsrates, wo der Staatssekretär Nußbaum drinsitzt, getroffen worden sind, dass auch der KfW-Verwaltungsrat, dem ich angehöre, damit nicht befasst worden ist, dass ich keine Informationen erhalten habe über drohende Verluste und - das haben meine Mitarbeiter nach der Prüfung, die ich in Auftrag gegeben hatte, mir dann aufgeschrieben - dass das BMWi, dass ich als Bundesminister nicht an irgendeiner Diskussion über eine mögliche Rettungsaktion der Bundesregierung beteiligt war. Das heißt, der Kollege Scholz hat mich weder angerufen, noch hat er mich angesprochen.

Normalerweise ist das so: Wenn Unternehmen gerettet werden sollen, dann bilden wir einen Staatssekretärsausschuss. Diesem Staatssekretärsausschuss gehören die Staatssekretäre, die beamteten Staatssekretäre, der jeweiligen beteiligten Ressorts an, außer dem des Bundeskanzleramts. So war das beispielsweise, als wir eine Air-Berlin-Bürgschaft gemacht hatten, um die Touristen zurückzuholen, als die Insolvenz drohte. So war das beim Thema Lufthansa. So war das beim Thema TUI. So war das beim Thema Germanwings - - nicht „Germanwings“ - Entschuldigung! -, bei der Condor. So. Und das alles war hier nicht der Fall.

Und wir haben dann auch im Haus noch - - Also ich persönlich habe davon überhaupt nichts erfahren. Und die Nachfrage im Haus, was das Ministerium angeht, hat ergeben, dass das BMWi vom BMF hierzu nicht konsultiert oder informiert worden ist - eine ganz klare Aussage.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Das heißt - das ist ja das Interessante -, einen Tag vor dem Gespräch zwischen Michalak und Dr. Kukies hat der Vorstand der Wirecard AG ja, am 22. Juni, mittels Ad-hoc-Mitteilung Ihnen bekannt gegeben, dass diese 1,9 Milliarden Euro Bankguthaben - Zitat - „mit überwiegender Wahrscheinlichkeit nicht bestehen“ - Zitat Ende. Kurz darauf musste Wirecard - das haben Sie ja auch eben angemerkt - Insolvenz anmelden.

Zu dem angedachten Kredit der KfW IPEX und zur Rettung der Wirecard ist es ja dann nicht gekommen. Können Sie uns dazu was erläutern? Ist im Nachgang noch mal drüber gesprochen worden, wohlgemerkt: jetzt im Untersuchungszeitraum, oder ist das dann einfach ein Nichtthema gewesen?

Zeuge Peter Altmaier: Nein. - Also, ich muss sagen: Ich war ja persönlich zu keinem Zeitpunkt mit dieser IPEX-Frage beschäftigt und befasst.* Selbst wenn ich* - - Es ist ja so, dass der Vorsitz im Verwaltungsrat immer rotiert zwischen BMF und BMWi. Das hat dazu geführt, dass ich in meinem Leben ein Jahr am Stück, vermutlich als einziger Minister, Vorsitzender war, nämlich zunächst als geschäftsführender Finanzminister ein halbes Jahr und dann als Wirtschaftsminister ein halbes Jahr. In dieser Zeit ist weder an mich etwas herangetragen worden noch in der Zeit danach, und das kann ich mit Sicherheit sagen.

Dann habe ich jetzt einen Aspekt der Frage übersehen? - Nee*, ich glaube, das war das, was Sie wissen wollten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das war super, und das war eine Punktlandung, zwei Sekunden im Minus. - Dann geht es weiter mit Dr. Michelbach für die CDU/CSU-Fraktion.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Bundesminister, wir sind ja in der Schlussphase dieses Untersuchungsausschusses, und wir haben die Tatsache, dass bei dieser Aufklärungsarbeit im Untersuchungsausschuss deutliche Versäumnisse bei Prüfern und bei Aufsichtsbehörden festgestellt wurden. Das ist ziemlich klar und ist ein Fakt.

Aber ich denke, wir sollten zunächst einmal noch das Ganze betrachten. Und zwar haben wir ja die Situation, dass gegen Wirecard wegen bandenmäßigem Betrug, Bilanzbetrug, Marktmanipulation und Geldwäschebetrug ermittelt wird, und das ist natürlich für den Wirtschaftsstandort sicher nicht schön. Und ein Bundeswirtschaftsminister sollte natürlich sich dazu auch mal vielleicht - und das möchte ich bei der Gelegenheit



Nur zur dienstlichen Verwendung

erbitten - - die Bewertung und die Auswertung für dieses Problem, das sich bei Wirecard ergeben hat, darstellen, auf die Volkswirtschaft, auf den Wirtschaftsstandort.

Zeuge Peter Altmaier: Vielen Dank, Herr Kollege Michelbach. - Sie sprechen mir da wirklich auch aus der Seele, weil das war ja der Grund für diese von Frau Paus kritisch hinterfragte Äußerung, wo ich sagte, ich hätte mir das überall vorstellen können, nur nicht in Deutschland, weil es bei uns eben ein Teil der Corporate Identity des Landes ist, dass wir mit diesen Dingen sehr, sehr sorgfältig umgehen. Und wenn Zweifel daran entstehen, dass das so ist, und sich durch wiederholte Vorkommnisse erhärten, dann wird es zu Vertrauensverlusten kommen, und es wird erhebliche volkswirtschaftliche Schäden zur Folge haben.

Ich darf nur mal in dem Zusammenhang sagen, wenn wir über die Frage beispielsweise der Einhaltung der Schuldenbremse diskutieren: Die ist politisch auch unter Ökonomen sehr kontrovers. Und dann gibt es Ökonomen, sehr geschätzte Wissenschaftler, die sagen: Ach, das Geld ist so günstig! Wir kriegen Kredite zu Negativzinsen! - Also, der Finanzminister kriegt sie, wenn er sie aufnimmt; es sind aber Kredite des Bundes insgesamt, des Landes insgesamt. - Wir kriegen die zu Negativzinsen! Wir verdienen noch daran! Dann mal nichts wie ran, und lass uns die Kreditaufnahme ausweiten! - Und ich sage immer: Wir kriegen die negativen Zinsen nur so lange, wie die Solidität unserer Finanzpolitik völlig außer Frage steht.

Und es wird ein Vertrauen in deutsche Unternehmen - - ist auch davon abhängig, dass sich solche Vorkommnisse in dieser Größenordnung möglichst nicht wiederholen. Deutsche Unternehmen haben einen exzellenten Ruf weltweit. Ich kann das, glaube ich, beurteilen, weil ich bei sehr vielen Delegationsreisen das auch feststellen konnte. Und damit war es natürlich dann immer auch leichter, Geschäftspartner zu finden, weil eben die deutschen Unternehmen diesen Ruf haben. Und deshalb ist es wichtig, dass man jetzt das aufklärt und feststellt, ob es ein Einzelproblem ist oder ob es darüber hinaus systematische Defizite

gibt, und wir haben ja mit dem Entwurf des Gesetzes einige von diesen Problemen bereits adressiert.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. Damit befassen wir uns natürlich auch, mit dem sogenannten FISG. - Aber ich will noch mal festhalten: Also, wir haben jetzt als Untersuchungsausschuss festgestellt: 22 Milliarden, davon sind 12,5 Milliarden bei Gläubigern und Anlegern verloren gegangen plus den Kleinanlegern und Fremdmitteln von 2,8 Milliarden Euro, insbesondere auch bei Krediten der Banken in diesem Konsortialkredit, völlig unbesichert im Übrigen. Also, hier ist schon irgendwo für den Wirtschaftsstandort ein Handlungsbedarf sichtbar. Oder sehen Sie das, außer jetzt nur mal ein bisschen Kosmetik - - Oder wie sehen Sie das?

Zeuge Peter Altmaier: Nein. - Also dass wir Handlungsbedarf haben, ist ja unumstritten; sonst gäbe es den Untersuchungsausschuss nicht, und sonst würden wir uns nicht so intensiv damit beschäftigen. Die entscheidende Frage ist ja: Worin besteht der Handlungsbedarf? - Und jetzt wollte ich einfach nur nachfragen: Sie haben auf die Höhe der Verluste hingewiesen; aber Sie haben ja, glaube ich, nicht vorgeschlagen, dass wir die jetzt irgendwie staatlicherweise ausgleichen. Das ist natürlich mit unserem Rechts- und Wirtschaftssystem nicht zu leisten.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Davon ist auszugehen. Ich habe mich nur gewundert, dass man noch verhandelt hat, -

Zeuge Peter Altmaier: Ach so, ja.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): - gerade auch - - oder der IPEX-Aufsichtsräte, dass man den 100-Millionen-Kredit einer staatlichen Bank vielleicht noch aufstocken kann, um noch ein Rettungspaket zu schnüren. Also, da hätte man ein Rettungspaket schnüren müssen, das weit über diese 100 Millionen natürlich hinausgeht.

Aber mir geht es eigentlich darum, dass aufzuklären ist: Wie viel früher hätte man den Betrug erkennen müssen, um schon 2019 den Schaden bei



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Gläubigern und den Anlegern zu vermindern? Weil die letzten zwei Jahre ist das ja noch mal durch die Decke geschossen, und man hat mehr oder minder durch ein Leerverkaufsverbot so eine Art Lockvogelangebot für Anleger gemacht, weil da ja auch dementsprechend so eine Art Gütesiegel stattgefunden hat.

Das heißt also, im Grunde genommen müssen wir bei den Aufsichtsbehörden etwas tun, und da kommt es mir jetzt noch mal darauf an, dass man den Unterschied zwischen Rechtsaufsicht und Fachaufsicht bewertet, weil das, glaube ich, hier ein bisschen durcheinanderkommt. Und das, glaube ich, ist unser Anspruch, dass wir im Untersuchungsausschuss fachlich so klar die Dinge rausarbeiten, dass dieser Unterschied „Rechtsaufsicht und Fachaufsicht“ - was das BMF bei der BaFin hat, und bei der APAS ist die Rechtsaufsicht beim BMWi - noch mal verdeutlicht wird, Herr Minister.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, selbstverständlich. Das ist ein kategorieller und auch ein qualitativer Unterschied. Die Rechtsaufsicht ist von ihrer ganzen Natur her eine sehr begrenzte Aufsicht. Die Rechts- und* Fachaufsicht eröffnet Möglichkeiten auch der inhaltlichen Einflussnahme, die es bei der Rechtsaufsicht in dieser Form nicht gibt.

Ich kann mich ja jetzt nicht an die Stelle des Ausschusses setzen bei der Bewertung dessen, was vorgegangen ist. Aber ich sage das ohne Bezug auf irgendeinen bestimmten Akteur: Was mir aufgefallen ist in der Vorbereitung im Juni schon, als ich zum ersten Mal dann informiert wurde, und in der Chronologie, ist halt eben, dass die Berichte in der „Financial Times“ ja offenbar nicht nur einmal, sondern mehrfach erschienen sind und dass man eben dann natürlich die Sorge hatte, dass hier versucht wird - möglicherweise -, ein erfolgreiches deutsches Unternehmen zu Unrecht zu verdächtigen.

Auf der anderen Seite ist es so, dass solche Zeitungen ja doch auch Zeitungen sind mit einem gewissen Anspruch auf Seriosität, und das nehme ich auch für die Zeitungen, die in

Deutschland erscheinen, in Anspruch. Und deshalb müssen wir, glaube ich, auch solche Hinweise ernst nehmen. Inwieweit da Fehler gemacht worden sind, kann ich allerdings nicht beurteilen; das ist dann Sache des Ausschusses.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. - Jetzt würde ich noch mal gerne zur APAS, zur Rechtsaufsicht durch das BMWi kommen. Die APAS beaufsichtigt ja nicht Wirecard, sondern sie beaufsichtigt in dem Fall die Wirtschaftsprüfer von EY.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Wir haben heute während des Tages eine Beratungssitzung mit den Gutachtern von Rödl & Partner mit dem sogenannten Wambach-Report gehabt zur Arbeit der Wirtschaftsprüfer von EY, ohne dass wir hier aus geheimer Sitzung etwas sagen dürfen. Und die Gutachter haben ja in sehr kurzer Zeit sehr viel herausgefunden, und ich hoffe, dass das auch veröffentlicht werden darf, weil das gerade für die Arbeit der APAS und auch der Rechtsaufsicht des BMWi, glaube ich, eine ganz wichtige Erkennung und Erklärung für die Zukunft wäre. Wir hatten bereits nach der Befragung der Vertreter von EY den Eindruck, dass dort große Fehler gemacht wurden. Das heißt, das wurde jetzt natürlich so weit bestätigt. Das Gutachten bestätigt unseren Verdacht und listet eine ganze Reihe von Versäumnissen und Verstößen gegen die Prüfregeln auf.

Und jetzt ist für mich schon einfach noch mal die Frage: Warum geht, sagen wir mal, die APAS bei ihrer Prüftätigkeit gegenüber den Wirtschaftsprüfern nicht stärker forensisch vor? Das heißt also, man hat eigentlich nicht diese kritische Distanz - - diese Forensik durchgeführt, die man eigentlich braucht, um frühzeitig - - Man kann es sich nicht vorstellen; nachher ist man klüger. Aber es ist einfach nicht hinnehmbar von unserer Seite, dass da mehr oder minder solche schockierenden Dinge stattgefunden haben.

Zeuge Peter Altmaier: Da stimmen wir beide natürlich überein. Ich meine, der Umstand, dass 260 berufsaufsichtliche Verfahren laufen, zeigt ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

doch, dass in vielen Fällen konkret auch forensisch den Dingen nachgegangen wird. Die Frage ist, ob das ausreichend ist; die Frage ist, wie das im Verhältnis steht zu Hinweisen, die man hat, wie die Hinweise gewonnen werden. Mir ist damals gesagt worden: Natürlich wertet die APAS alle Hinweise aus, die sie bekommen kann, aus ihrer eigenen Prüftätigkeit, aus Medienberichten, aus Hinweisen, die an sie herangetragen werden. - Aber das wird man sich sicherlich alles auch noch mal im Detail anschauen müssen, um dann auch gegebenenfalls einen Handlungsbedarf zu konstatieren.

Die Frage, ab wann man dann auch die Veranlassung hat, aktiv zu werden, ist aus meiner Sicht eine, die man unterschiedlich lösen kann. Ich sehe eigentlich eine gute Möglichkeit darin, dass man die Zusammenarbeit zwischen der BaFin und der APAS stärkt, weil ich glaube, dass es wichtig wäre, dass sich die Verantwortlichen auf beiden Seiten des Tisches über Ungereimtheiten und Unklarheiten regelmäßiger austauschen, sich die Informationen zur Verfügung stellen und dann auch versuchen, zu einer gemeinsamen Einschätzung zu kommen - natürlich die APAS nur im Bereich der Wirtschaftsprüferaufsicht; aber das ist ja auch ein sehr wichtiger Bereich.

Die Frage der kritischen Grundhaltung ist ja auch schon von anderen Kollegen gestellt worden; das bejahe ich ausdrücklich. Da ist es sicherlich auch noch mal zu erwägen, ob man im Hinblick auf den Abschluss Ihrer Tätigkeit dann auch noch mal als Ministerium eine sehr klare Botschaft an die Beteiligten kommuniziert. Meine Mitarbeiter haben das natürlich getan im Rahmen dieses Vorgangs. Aber es muss halt eben verstanden werden, dass es nicht nur ein einzelner Vorgang ist, sondern dass wir diese kritische Grundhaltung überall benötigen und - das ist der entscheidende Punkt - dass damit nicht der Anschein einer Vorverurteilung verbunden werden kann.

Ich weiß, dass oftmals die Sorgen sehr groß sind, dass die Einleitungen von berufsaufsichtlichen Verfahren dann auch das Unternehmen beeinträchtigen könnten. Deshalb wird ja mit diesen Informationen auch sehr sorgfältig umgegangen, und sie sind nicht überall verfügbar. Aber ich

glaube, dass wir da auf dem richtigen Weg sind. Und im Übrigen glaube ich, dass die Diskussion über diesen Fall eben dazu führen muss, dass wir allgemeine Schlussfolgerungen ziehen, gegebenenfalls auch über das hinaus, was wir bereits im FISG festgelegt haben.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Insbesondere, denke ich mal, liegt ein Problem in der Querinformation zwischen APAS und BaFin, BaFin und APAS vielleicht vor. Ich denke, Herr Minister, das wurde richtig erkannt. Ich habe das Beispiel, dass am 15. Oktober 2019 die „Financial Times“ noch mal Transaktionen im Drittpartnergeschäft bei Wirecard mit der Partnergesellschaft Al Alam quasi als frei erfunden darstellt, und dann ist bei der APAS am 16. Oktober 2019 sofort ein berufsaufsichtliches Vorermittlungsverfahren gegen EY eingeleitet worden. Da hat sich aber dann bis zur Insolvenz am 25. Juni 2020, also ein gutes Dreivierteljahr später - in diesem Zeitraum war ja noch eine Kapitalvernichtung ohne Ende -, nichts getan. Hätte man da nicht die beiden Aufsichtsbehörden, natürlich die einen für Wirecard zuständig, die anderen für die Wirtschaftsprüfer zuständig, in irgendeiner Form gemeinsam zu einem Vorgehen - - Hätten die das nicht als gemeinsames Vorgehen doch vornehmen müssen?

Zeuge Peter Altmaier: Wenn ich das richtig sehe: Am 15.10.19, da gab es diesen Bericht in der „Financial Times“, den Sie zitiert haben. Das hat dann dazu geführt, dass die BaFin ihre Marktmanipulationsprüfung gegen die Wirecard AG ausgeweitet hat. Und einen Tag später - das war der 16.10.19 - hat die APAS dann auch schon das berufsaufsichtliche Vorermittlungsverfahren gegen EY eingeleitet, und zwar aufgrund dieser Presseberichterstattung. Vorher bestanden für die APAS keine konkreten Anhaltspunkte für berufrechtliche Fehler des Abschlussprüfers. Und da erinnere ich mich - aber ich kann es jetzt in der Zusammenfassung natürlich so schnell nicht finden, wie das immer so ist -, dass es zu einem bestimmten Zeitpunkt auch Schritte oder Informationen bei der BaFin gegeben hat, die eben bei der APAS nicht angekommen sind. Und das wollen wir ja gerade verbessern, damit dann alle Beteiligten so schnell wie möglich handeln können.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. - Die Termine 2019 kann man bestätigen. Aber wir haben erst im September 2020 praktisch, dass die APAS die Ergebnisse ihrer Untersuchung über die Prüfung von EY als langjähriger Abschlussprüfer von Wirecard an die Staatsanwaltschaft Berlin weitergegeben hat, also auch in einem relativ langen Zeitraum. Wenn man sieht „von Oktober 2019 bis September 2020“, sind das Zeiträume, wo man sich schon fragt: Hätte da nicht weniger Geldvernichtung und Schaden am Finanzplatz, Schaden bei den Anlegern entstehen können, wenn man da in einer konzertierten Aktion APAS/BaFin, BaFin/APAS mehr oder minder eingegriffen hätte?

Zeuge Peter Altmaier: Das ist ja der Punkt, den Sie zu Recht ansprechen und den ich ebenfalls erwähnt habe. Wir müssen dafür sorgen, dass die Beteiligten sich besser austauschen; das ist das eine. Und das andere ist: Ich habe vorhin bei meiner Einleitung, als es um die Frage „Wie lange dauert eigentlich so ein berufsaufsichtliches Verfahren?“ ging, gesagt: Das ist halt eben auch sehr langwierig. - Und deshalb müsste man gegebenenfalls auch noch mal darüber nachdenken, ob da Verkürzungsmöglichkeiten sind, ob die eingeräumten Fristen in jedem Fall unbedingt erforderlich sind oder ob man da unter Umständen auch schneller die Dinge auf ein Ergebnis hinzubewegen kann.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Hat das BMWi Kenntnisse zu dem Fortschritt der APAS im Zusammenhang mit den Strafverfahren gegen die Wirtschaftsprüfer?

Zeuge Peter Altmaier: Nein. - Also ich habe sie jedenfalls nicht; das kann ich nur für mich beantworten. Und es ist ja so, dass die Strafermittlungsverfahren in aller Regel unabhängig von der Justiz geführt werden und dann auch keine Informationen herausgegeben werden und im Übrigen auch für das berufsaufsichtliche Verfahren hohe Datenschutz- oder hohe Schutzstandards gelten, die von uns selbstverständlich einzuhalten sind.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Michelbach. - Ich möchte da noch mal aufsetzen, wo wir eben stehen geblieben sind. In dem vorgenannten Bericht von „Spiegel Online“ wird eine E-Mail von KfW-IPEX-

Zeuge Peter Altmaier: Von wann war der Bericht?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Der Bericht selbst war vom 23. Juni 2020. Das war dieses Telefonat zwischen Dr. Kukies und dem Vorsitzenden, Klaus Michalak, den wir ja auch hier schon zu Gast hatten. Und in diesem „Spiegel“-Bericht wird eine E-Mail von KfW-IPEX-Bank-Vorstand Klaus Michalak an den KfW-Vorstand genannt. Dort heißt es - Zitat -:

„Herr Kukies will mit uns wohl diskutieren, ob wir nicht nur stillhalten können, sondern ggf. unser Engagement noch aufstocken würden“ ...

Jetzt würde mich natürlich interessieren - das frage ich auch vor dem Hintergrund -: Was ist gemeint mit „nur stillhalten“? Andersrum: Hätte die KfW IPEX kurz vor der Insolvenz der Wirecard AG den damaligen Kredit in Höhe von 100 Millionen Euro - und wir haben ja hier dann auch schmerzhaft gelernt: 90 Millionen davon sind futsch - noch kündigen können? Das wollte oder konnte uns hier, glaube ich, niemand so richtig sagen; war mein Eindruck. Oder sollte dieser Kredit verlängert werden? Und ich denke jetzt mal - oder bin ich da naiv? -, dass Sie nicht doch mal im Nachgang, ob nun der Gespräche hier im Ausschuss oder auch in der Berichterstattung mal, Ihren Staatssekretär Dr. Nußbaum zu dem Sachverhalt einfach auch befragt haben, oder ist das nicht passiert? Also, wie ist da Ihr Kenntnis- und Ihr Wissensstand? Und haben Sie mit Dr. Nußbaum zu diesem Sachverhalt mal gesprochen, und, wenn ja, was hat er gesagt?

Zeuge Peter Altmaier: Nein, ich habe ihn nicht dazu gesprochen; aber ich habe gebeten, den Sachverhalt ausführlich aufzuklären im Haus, und die Ergebnisse habe ich Ihnen ja eben vorge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

lesen. Und da ist eindeutig gesagt, dass die Kreditscheidungen der IPEX-Bank entsprechend der internen Kompetenzordnung ohne Beteiligung des Aufsichtsrats getroffen worden sind und auch der KfW-Verwaltungsrat damit nicht befasst war.

Ich weiß nicht, ob Sie Herrn Nußbaum als Zeugen vorgeladen haben. Es ist ja häufiger so, dass Staatssekretäre dann auch vorgeladen werden, meistens vor den Ministern, damit man ihnen das dann vorhalten kann, was sie gesagt haben. Aber ich hatte jetzt keine - - Das war eigentlich eine sehr, sehr klare Stellungnahme aus dem Haus, und ich hatte da keine Rückfragen zu.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, gut. - Dann mache ich mal weiter: Werden Sie - - Oder einfach mal - - ist natürlich für die Rolle jetzt in der Zukunft ein bisschen wesentlich. Aber dort werden ja die Dinge auch, was jetzt Herr Wambach und sein Team ermittelt haben - - auch da noch mal versuchen, sich in Kenntnis setzen zu lassen, weil das ja wiederum unmittelbares Handeln von Wirtschaftsprüfern - - und damit wiederum nicht unmittelbar, aber mittelbar natürlich auch in den Prüfungsbereich der APAS fällt. Haben Sie da vielleicht schon Kenntnis von, oder werden Sie sich davon in Kenntnis setzen lassen?

Zeuge Peter Altmaier: Da weiß ich nicht, ob meine Informationen überholt sind oder nicht. Ich hatte von diesem Wambach-Bericht gelesen und bei meiner Vorbereitung heute Morgen mich erkundigt über die wesentlichen Feststellungen, und da ist mir gesagt worden, dass - jedenfalls Stand heute Morgen - meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch keinen Zugang zu dem Bericht hatten. Ich weiß nicht, ob das schon erfolgt ist oder ob es geplant ist. Also, ich würde mich wirklich freuen und wäre sehr dankbar - er ist ja als Geheim eingestuft -, wenn wir da, wenn auch unter Auflagen oder wie auch immer, Zugang hätten, damit wir uns dann auch mit den Feststellungen und Empfehlungen näher auseinandersetzen können. Ich weiß nicht, ob Sie das beantworten können; ich darf Ihnen ja keine Fragen stellen, sondern nur Sie mir. Aber - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich beantworte auch gern Fragen; also, ich bin da ganz unkonventionell. Also, wir warten mal ab - das ist, glaube ich, unser Stand, was wir auch gesagt haben -, was jetzt EY und Professor Gercke sagen. Und ich glaube, es ist auch kein Geheimnis, dass wir zur Not - aber ich scheue das, und ich glaube immer noch an einen Kompromiss - dann sicherlich den Ermittlungsrichter des BGHs auch wieder um Rat und um Urteil bitten, und wir sind da ganz optimistisch, dass wir dann recht bekommen. Und spätestens dann, denke ich, wäre der Zugang gegeben.

Ich würde aber gerne noch mal, weil das Thema „Rechts- und Fachaufsicht“ ist ja doch ein Thema, das durchkreuzt insbesondere überall da, wo wir mit Geschäftsbereichsbehörden zu tun haben, die ein starkes Maß an Unabhängigkeit - - was ich ja auf der einen Seite begrüße. Aber eben bei der Rechtsaufsicht, glaube ich schon, kann man andere Formen des Regimes sozusagen finden. Und ich würde nur fragen, ob Sie schon Informationen haben oder uns versorgen können; das ist für Sie ja auch von Relevanz. Es soll ja eine Rechts- und Fachaufsicht und eine Prüfung des Rechnungshofs bei der BaFin geben. Ist Ihnen dazu was bekannt?

Und ich kann mir auch vorstellen, dass alle Minister das mit einer gewissen - alle, die davon betroffen sind, und solche, nennen wir es mal ... (akustisch unverständlich) nun die APAS im Portfolio haben - - da aufmerksam hinschauen. Oder ist Ihnen da noch nichts zu bekannt? Die ist am 16.07. wohl angekündigt worden.

Zeuge Peter Altmaier: Was ist da angekündigt worden?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Eine Aufsicht oder eine Prüfung des Bundesrechnungshofs bezüglich der BaFin. Ist Ihnen da was zu bekannt?

Zeuge Peter Altmaier: Ach so.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ist Ihnen da was zu bekannt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Nein. - Da werden wir, glaube ich, auch nicht davon informiert, weil wir ja nicht das Ressort sind, wo die BaFin ressortiert.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann noch mal eine generelle Frage, die mich interessiert, zu Wirecard: Wann ist denn - wissen Sie das vielleicht? - erstmals im Kabinett zum Fall Wirecard diskutiert worden oder das Kabinett insoweit auch offiziell in Kenntnis gesetzt worden? Und das ist ja für alle betroffenen Ressorts, die wir schon hatten, inklusive auch des Kanzleramtes wegen der Chinareise - das wird ja auch noch ein Themenkomplex sein, den wir hier aufzuarbeiten haben - - von Relevanz gewesen sein.

Zeuge Peter Altmaier: Also, da ich ja dem Kabinett jetzt doch schon eine gewisse Zeit angehöre, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Eben.

Zeuge Peter Altmaier: - kann ich Ihnen sagen, dass in aller Regel freie, ungebundene Diskussionen in Kabinettsitzungen nicht an der Tagesordnung sind, sondern wir sprechen über konkrete Vorlagen, Berichte, Gesetzesinitiativen. Es gibt Punkte, die von allgemeinerer Tragweite sind, wie europapolitische Fragen. Es können auch Punkte unter „Verschiedenes“ angesprochen werden. Ich kann Ihnen das aus dem Kopf nicht beantworten. Aber ganz sicher haben wir darüber gesprochen, als wir den Gesetzentwurf verabschiedet haben.

Und das Zweite ist, dass, auch ohne dass es zu einer formellen Befassung im Kabinett kam, wir natürlich auch im politischen Raum über dieses Thema gesprochen haben. Ich habe mich dazu mit dem Kollegen Scholz natürlich auch mehrfach am Rande von anderen Gesprächen oder Sitzungen ausgetauscht, mit der Kollegin Lambrecht, mit Parlamentariern natürlich ebenso.

Das alles hat begonnen im Juni des letzten Jahres. Seit diesem Zeitpunkt war es ein Thema. Ich schließe nicht aus, dass es schon davor für interessierte oder besonders zuständige Kreise ein

Thema war; aber das kann ich aus eigener Anschauung nicht beantworten. Für mich und für meine Gespräche mit den Ministerkollegen in der Bundesregierung kann ich sagen, dass das im Juni Fahrt aufgenommen hat und dass wir bis heute natürlich gelegentlich über dieses Thema sprechen, aber so, dass wir die Arbeit des Untersuchungsausschusses nicht stören. Und ich habe über diesen Untersuchungsausschuss mit keinem Kabinettskollegen bisher auch nur irgendein Wort ausgetauscht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr Minister. - Und dann geht es weiter mit der SPD, Frau Kiziltepe, bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Minister Altmaier, wir haben uns sehr intensiv auseinandergesetzt mit diesem größten Bilanzbetrugsfall, aber auch auseinandergesetzt mit den Behörden, mit den Aufsichtsbehörden. Und bei der APAS handelt es sich leider - und das ist der Eindruck, der vermittelt wird - scheinbar um einen Alumniverein der Big Four. EY-Chefs rufen hier an wegen eines Verdachtsfalls in Singapur im Januar 2019. Aber auch nachdem die APAS Strafanzeige erstattet, greift einfach mal EY an den Hörer und will den APAS-Chef erreichen, was er hier dann auch noch verneint und im Nachhinein auch noch mal korrigiert werden musste. Und es kann doch nicht sein, dass die Big Four hier mehr Einfluss auf die Wirtschaftsprüferaufsicht in Deutschland haben als das ihr übergeordnete Ministerium, und Sie sind der oberste Dienstherr dieses Ministeriums.

Auf eine Anfrage an Ihr Haus - die Antwort ist von Staatssekretär Bareiß, die ich hier habe - ist ersichtlich in dieser Abhängigkeitsmatrix - nenne ich es mal, weil hier eine Unabhängigkeit nicht zu sehen ist; alles ist rot - - sieht man, dass über zwei Drittel der APAS-Mitarbeiter indirekt oder direkt am Tropf der Big Four hängen. Meine Frage ist: War Ihnen das bewusst, bekannt? Haben Sie Erkenntnisse darüber?

Und hätte ich damals in diesem Ausschuss nicht diese naive Frage gestellt, ob Herr Bose denn jemals Aktien von Wirecard besessen hätte, würde



Nur zur dienstlichen Verwendung

er womöglich noch heute diesen Verein, diesen Alumniverein, leiten. Meine Frage an Sie - die eine Frage habe ich ja gestellt; eine weitere ist -: Haben Sie Kenntnis darüber? Also, Herr Bose hat natürlich die Sache nicht angezeigt, weil ihn keiner überprüft. Er ist keinem gegenüber rechen-schaftspflichtig, hat er hier uns erzählt. Und ich frage mich: Ist das nicht Teil der Rechtsaufsicht, die Sie auch erfüllen müssen?

Dann möchte ich auch noch mal wissen, welche Kenntnisse Sie über Aktiengeschäfte der APAS-Mitarbeiter haben. Mir ist keine Ausführung hierzu bekannt; das wäre aber sehr, sehr interes-sant.

Und Sie haben angesprochen, dass wir im Rah-men des FISG natürlich auch die Compliance-Re-geln angehen. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass Sie in der Tat etwas proaktiver wären. Sie haben jetzt gesagt, Sie wollen da nichts präjudi-zieren. Aber es gab im letzten Sommer einen Aktionsplan der betroffenen Ministerien BMF/ BMJV, wo deutlich gemacht wurde, was geändert werden muss. Und in diesem Aktionsplan war auch der Inhalt des APAS-Thesenpapiers mit Re-formvorschlägen, die Sie hier einfach mal als un-reif abgelegt haben, mit drin. Und man kann ge-nauestens dokumentieren, dass der Aktionsplan, der diese Regelungen hatte, mit Vorschlägen von der APAS, bis zum Gesetzesentwurf leider ge-stutzt wurde, nämlich genau um diese Regelun-gen - - und wir jetzt in den Verhandlungen auch darum ringen, dass wir diese Vorschläge, was Na-ming and Shaming angeht, aber auch, was die ge-setzliche Regelung der Compliance-Regeln an-geht, und nicht nur eine Regelung, die man in der Geschäftsordnung hat - - Darum ringen wir gerade, und ich würde gerne Ihre Antworten zu diesen Fragen noch mal hören. - Danke.

Zeuge Peter Altmaier: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. - Das Erste ist: Sie haben gesprochen vom Alumniverein. Ich mache mir das nicht zu eigen. Ich habe in meinen einführenden Worten gesagt: Mir ist bewusst, dass Kritik daran geübt wird, dass einige der Mitarbeiter, die dort für die APAS arbeiten, in einem früheren Leben Mit-arbeiter bei einem der Big Four waren oder auch

bei mehreren, je nachdem; es gibt ja unterschied-liche berufliche Karrieren.

Ich habe auf das Problem hingewiesen, dass aus meiner Sicht ein Verbot der Einstellung von Be-werbern, die vorher bei einem der Big Four be-schäftigt waren, wenig sinnvoll ist, weil nämlich diese Wirtschaftsprüfer, die die APAS braucht, ja nicht auf den Bäumen wachsen, sondern es müs-sen Menschen sein, die praktische Erfahrungen haben, die große Unternehmen geprüft haben, die sich auskennen; das ist, glaube ich, ganz wesent-lich. Deshalb kann man den Umstand, dass je-mand vorher bei einem der großen Vier gearbeitet hat, nicht als Indiz oder Beweis dafür herneh-men, dass es Interessenkonflikte gibt.

Es gibt auch Wirtschaftsprüfer, die jahrelang bei einer großen Gesellschaft gearbeitet haben und dann aus bestimmten Gründen diese Gesellschaft verlassen haben, manchmal in Harmonie, manch-mal weniger in Harmonie. Wenn es in Disharmo-nie geschehen ist, sagen wir ja auch nicht: Die sind voreingenommen gegen ihre frühere Gesell-schaft. - Es gibt auch welche, die den Wunsch ha-ben, aus der Privatwirtschaft stärker in den öf-fentlichen Bereich zu wechseln. Das alles ist im Einzelfall unterschiedlich.

Aber - und das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt - natürlich darf es nicht dazu kommen, dass Druck auf solche Mitarbeiter von Wirt-schaftsprüfern, die von uns beauf- - oder die von der APAS beaufsichtigt werden, ausgeübt wird. Und ich kann jetzt nicht sagen, was in den Tele-fonaten besprochen worden ist, und ich kann auch nicht sagen, ob da Druck ausgeübt worden ist; das müssen Sie dann mit Herrn Bose bespre-chen. Der war ja bei Ihnen auch, glaube ich, hier im Ausschuss. Und dass er Ihnen seine Aktien-käufe dann auch eröffnet hat, zeigt ja auch, dass er offenbar auch bereit war, sehr weit gehende Auskünfte zu erteilen, was ja der Sinn eines Un-tersuchungsausschusses ist. So.

Also, mir ist nicht bekannt, dass es da zu Fehl-verhalten gekommen ist. Aber natürlich ist es Sa-che eines APAS-Mitarbeiters, wenn auf den Druck ausgeübt werden sollte, das dann auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

entsprechend seinem Vorgesetzten oder dem Leiter der APAS mitzuteilen und dann Konsequenzen zu ziehen. Aber noch einmal: Ich habe darüber keine Informationen. Wenn Sie welche haben, bin ich gerne bereit, mich darum zu kümmern.

Deshalb ist auch die Frage der Abhängigkeitsmatrix* aus meiner Sicht - - Die hört sich schön an. Aber wenn es insinuiert soll, dass etwas rechtlich nicht in Ordnung ist, dann, finde ich, muss es auch belegt werden, oder es muss zumindest Indizien geben, denen man nachgehen kann. Und Sie werden bei mir da offene Ohren und Augen finden, wenn es darum geht, dann auch entsprechend zu handeln und nachzuschauen. Im Augenblick liegen mir solche Dinge nicht vor.

Dass es Telefonate gibt, ist natürlich nicht zu verhindern. Ich meine, natürlich hat die APAS eine Telefonnummer. Da kann man anrufen; das ist bekannt. Sie glauben gar nicht, wie viele Leute bei mir anrufen. Mir hat mal, wenn ich das sagen darf - - Es ist mal der Account eines Bundestagskollegen gehackt worden, -

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Minister.

Zeuge Peter Altmaier: - wo meine persönliche Handynummer dabei war, und dann bekam ich mitten in der Nacht einen Anruf, wo mich jemand gefragt hat, was bei meiner Weight-Watchers-Diät im Augenblick nicht funktionieren würde und solche Dinge.

(Heiterkeit)

Und es kommt dann immer auf den Angerufenen an, wie er damit umgeht und ob er von sich aus jeden Verdacht oder jeden Anhaltspunkt vermeidet, dass irgendetwas nicht mit rechten Dingen zugeht.

Was die Aktiengeschäfte der APAS angeht, haben Sie gesagt, Sie haben da noch nie eine Übersicht gesehen oder sonst etwas; das prüfen wir. Wir schauen uns an - - Sie sind ja gemeldet worden - und darüber haben Sie ja auch diskutiert -, und wir schauen uns an, was wir ohne die Verletzung

von geschützten Interessen der Beteiligten dem Ausschuss auch mitteilen können dazu.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, wenn das dann auch zeitgemäß kommt, weil wir ja im Mai auch fertig sein wollen mit dem Bericht.

Zeuge Peter Altmaier: Ach so, und was den Aktionsplan angeht, da kann ich Ihnen sagen: Das war eine Entscheidung der Kollegen Olaf Scholz und Frau Lambrecht aus freien Stücken, dass sie den zu zweit erarbeitet haben; daran habe ich keine Kritik zu üben. Manchmal ist es ja auch der Wunsch, etwas, was man für besonders gelungen hält - - auch die Früchte zu ernten. Auch das ist legitim.

Ich kann jedenfalls sagen, dass ich dann später, als wir das Gesetz, also den Gesetzentwurf, gemacht haben, genauso gehandelt habe, wie ich es gesagt habe. Trotzdem finden natürlich auch Ressortabstimmungen statt, und in diesen Ressortabstimmungen setzen sich Ressorts auseinander. Ich kann Ihnen sagen, wie oft mir schon meine Vorschläge kleingeschmirgelt worden sind von anderen Ressorts. Was habe ich alles schon zur Bürokratieentlastung vorgeschlagen, von Aufbewahrungsfristen und Berichtsfristen, -

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Altmaier.

Zeuge Peter Altmaier: - und am Ende, sage ich Ihnen, war das richtig geschmirgelt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Altmaier, unsere Zeit ist ja immer begrenzt.

Zeuge Peter Altmaier: Entschuldigung, ja. Entschuldigung! - Nein, aber ich meine, es gibt - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Sonst: Wir können uns auch mal irgendwann zum Bier treffen.

Zeuge Peter Altmaier: Wenn man sich vorher nicht erkundigt, gibt es natürlich auch kein Recht, dass alles eins zu eins so umgesetzt wird.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich habe noch weitere Fragen. - Genau das war mein Kritikpunkt. Ich hätte mir da ein bisschen mehr Aktivismus von



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen auch gewünscht, zumal die APAS ja auch Ihrem Haus untergeordnet ist.

Ich möchte Sie aber auch loben. Sie haben in der Ressortabstimmung einen sehr, sehr wichtigen Punkt im FISG mit unterstützt, wo wir gerade in den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner hin und her ringen, und zwar geht es hier um die unbeschränkte Haftung bei grober Fahrlässigkeit. Das hat Ihr Haus ja mit unterstützt, und da wollte ich Ihnen noch mal ein Lob erteilen. Aber ich denke, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen in der Unionsfraktion Ihrem Wunsch da auch folgen werden. Wir wollen ja auch baldmöglichst zu einem Abschluss kommen.

Ich wollte Sie noch fragen, ob Sie konsultiert wurden vom IDW jetzt in den letzten Monaten hinsichtlich des FISG.

Zeuge Peter Altmaier: Von wem?

Cansel Kiziltepe (SPD): Vom Institut der deutschen Wirtschaftsprüfer, IDW.

Zeuge Peter Altmaier: Also, als Minister erinnere ich mich daran nicht. - Weiß aus dem Haus jemand etwas davon? - Herr Schiemann.

Cansel Kiziltepe (SPD): Keine E-Mail, nichts? Keine Gesprächsanfrage? Kein Papier?

(MR Dr. Jürgen Schiemann
(BMWi): Herr Vorsitzender,
darf ich?)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Dr. Schiemann, gerne.

MR Dr. Jürgen Schiemann (BMWi): Es hat meines Wissens ein Anschreiben des IDW gegeben, in dem Vorschläge dem Haus unterbreitet wurden, die bei der gesetzlichen Regelung mit ins Auge gefasst werden sollten.

Cansel Kiziltepe (SPD): Kennen Sie dieses Schreiben, Herr Minister?

Zeuge Peter Altmaier: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielleicht können wir uns - -

Zeuge Peter Altmaier: Also noch mal: Ich schließe nicht aus, dass in all diesen Aktenordnern dazu etwas drin ist; aber ich bin mit einer Vorlage dazu meines Wissens nicht befasst worden.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Meine Zeit ist für diese Runde um. Aber ich würde dann in der nächsten Runde, wenn ich wieder dran bin - das ist die übernächste Runde dann -, noch mal darauf zurückkommen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann geht es weiter mit dem Kollegen Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Herr Minister, ich würde gerne noch mal sozusagen ins Innenleben der APAS - -

Zeuge Peter Altmaier: Eine Sekunde!

(Der Zeuge berät sich mit
MR Dr. Jürgen Schiemann
(BMWi))

- Entschuldigung! Ich höre Ihnen zu.

Dr. Florian Toncar (FDP): Kein Problem. - Ich würde gerne noch mal ins Innenleben der APAS oder des BAFA zurückkehren und Sie mal fragen, wie Sie das einschätzen. Sie haben ja den Präsidenten des BAFA, Herrn Safarik, vorhin schon erwähnt und auch sehr gelobt. Der hat am 28. Juli 2020 an Frau Hepperle und andere Empfänger im Ministerium eine ganz interessante E-Mail geschrieben; auf MAT A BMWi-8.05, Blatt 241. Und zwar schilderte er - das war im Zuge der Aufarbeitung nach der Insolvenz - die hohe Zahl an offenen Planstellen bei der APAS. Er schreibt, dass die Personalgewinnung schwierig war und ist. Er schreibt auch, warum zum Teil Stellen nicht ausgeschrieben werden momentan. Und auch eine hohe Fluktuation wird geschildert, also dass die APAS gute Leute auch wieder verliert. Dann schreibt er:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dafür habe ich zwei Erklärungen:

1. Wie ich Ihnen bereits im Herbst letzten Jahres sagte,

- also im Herbst 2019; „Ihnen“ ist Frau Hepperle -

hatte ich damals Zweifel am strukturellen Aufbau der APAS (der übrigens unter einem SPD-geführten Wirtschaftsministerium vorgenommen wurde). Mittlerweile bin ich mir sicher, dass wir durch strukturelle Veränderungen die Schlagkraft der APAS erhöhen und gleichzeitig die APAS für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter attraktiver gestalten können.

2. Ich habe bereits seit längerem Zweifel an der Führungskultur in der APAS. ...

Also, es sind zwei Kritikpunkte von Herrn Safarik an das Ministerium gemeldet worden, und zwar nach eigenem Bekunden schon 2019, nämlich „struktureller Aufbau der APAS“, „Schlagkraft“, und „Führungskultur“. Haben Sie diese Beobachtungen oder beschriebenen Defizite erreicht in Ihrer Eigenschaft als Minister?

Zeuge Peter Altmaier: Ich glaube, die Diskussion im Jahre 2019 war eine Diskussion auf der Fachebene zwischen Herrn Safarik und Frau Hepperle; die hat mich nicht erreicht. Aber - das haben wir Ihnen, glaube ich, auch mitgeteilt - ich habe im Sommer 2020 mit Herrn Safarik ein Telefonat geführt. Dort hat er mir einige seiner Vorschläge mündlich erläutert. Ich bin also für Behördenchefs auch zu sprechen, wenn sie mit dem Minister telefonieren wollen; das gilt für den gesamten Geschäftsbereich. Und er hat dann in Absprache mit mir ein sogenanntes Non-Paper verfasst. Das haben wir Ihnen, glaube ich, auch übermittelt in den Unterlagen. Und dort waren eine Reihe von Vorschlägen enthalten.

Ich kann mich daran erinnern aus dem Gespräch, dass der weitestgehende Vorschlag und der schwerwiegendste Vorschlag war, eben auch eine Art Fachaufsicht einzurichten, um stärker auch vonseiten des BAFA auf diese Prozesse einwirken zu können. Das hat mich interessiert. Ich

habe dann die Fachebene gebeten, das zu bewerten, und war diesem Vorschlag durchaus offen gegenüber. Allerdings hat sich dann ergeben, dass aufgrund der europarechtlichen Regelung eine solche Maßnahme unzulässig gewesen wäre. Das kann man Herrn Safarik auch nicht vorwerfen. Herr Safarik ist von Hause aus Diplom-Mathematiker, wenn ich das richtig im Kopf habe, und zwar ein sehr guter; aber die juristische Frage war zu klären.

Ich habe dann im Übrigen, weil ich mir sehr sicher sein wollte, mehrfach auch noch mal nachgefragt, ob die Auslegung der europäischen Richtlinie tatsächlich zutreffend ist. Ich habe mit meinen Mitarbeitern darüber gesprochen, und ich bin am Ende davon überzeugt worden, dass diese Auslegung richtig ist. Und deshalb hat sich die Einrichtung einer Fachaufsicht dann erledigt, weil sie nicht möglich war.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Die Frage war ja, was sozusagen 2019 passiert ist, als ja doch Zweifel an der Schlagkraft der APAS geäußert wurden. Wenn das Kind dann im Brunnen lag, dass man was unternimmt, das kann ich nachvollziehen; aber 2019 wäre natürlich schöner gewesen, ne?

Zeuge Peter Altmaier: Ja, das ist aber so, Herr Toncar: Wir haben in einer Behörde wie einem Ministerium und auch im Zusammenwirken mit den Geschäftsbereichsbehörden einen Dienstweg. Und der Dienstweg heißt zum Beispiel: Ein Referent macht eine Vorlage, die Vorlage geht zum Referatsleiter, zum Unterabteilungsleiter, zum Abteilungsleiter und dann zum Staatssekretär und danach zum Minister, aber natürlich nur, wenn der jeweils Vorgeschaltete die Vorlage auch hochschickt. Es kommt also jeden Tag und in jedem Ministerium vor, dass ein Referent oder eine Referentin glaubt, eine gute Idee zu haben, aber davon ihre Vorgesetzten nicht überzeugen kann, und das gilt auch im Verhältnis von Geschäftsbereichsbehörden zum Ministerium. Und dann erreichen solche Initiativen den Abteilungsleiter oder den Staatssekretär und natürlich dann auch den Minister nicht, wenn sie vorher verworfen werden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Hier war die Abteilungsleiterin ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Peter Altmaier: Ja, klar; aber das ist ihr gutes Recht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Absolut.

Zeuge Peter Altmaier: Das ist ihr gutes Recht, von dem sie Gebrauch macht. Und weil das so ist und ich diesen Dienstweg auf jeden Fall auch respektiere, bin ich trotzdem - - Ich bin ja jetzt schon sozusagen im vierten Haus mit ministerieller Verantwortung. Das war für mich immer so, dass die Chefs oder die Leiter der Geschäftsbereichsbehörden auch den unmittelbaren Zugang zum Minister haben, wenn sie von einer bestimmten Sache überzeugt sind, und dann lasse ich mir auch darüber vortragen. Aber es gibt sozusagen kein Recht, dass ein Vorschlag, den man auf dem Dienstweg nach oben schickt, dann auch am Ende von allen, die dort zuständig sind, gebilligt wird.

Dr. Florian Toncar (FDP): Es war eher eine Situationsbeschreibung, so wie sich das liest, als ein Vorschlag. - Ich würde aber gerne - die Uhr tickt unerbittlich hier - noch mal was anderes anfragen. Ist Ihnen bekannt, dass es im August 2020, als über den Aktionsplan diskutiert wurde, einen Konflikt gegeben hat zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesfinanzministerium über die Einschätzung der Arbeit der APAS und den Reformbedarf, also dass das BMF diesen anders beurteilt hat als Ihr Haus?

Zeuge Peter Altmaier: Also, was mir bekannt ist, ist, dass ich mit dem Kollegen Scholz darüber mal am Rande gesprochen habe und Herr Scholz der Auffassung war, dass man jetzt nicht nur über die BaFin, sondern auch vermehrt über die APAS reden müsse. Ich habe dann gesagt, dass mir aufgrund meiner Bemühungen - das habe ich auch vorhin übrigens vorgetragen in meiner Einleitung - keine offensichtlichen Fehler der APAS bekannt sind, was den Umgang mit dem Wirecard-Skandal angeht, durch die Beaufsichtigung von EY. Dass Herr Bose Dinge gemacht hat, die nicht akzeptabel waren, steht auf einem anderen Blatt. So.

Dr. Florian Toncar (FDP): Die Frage war nach dem Konflikt mit Herrn Scholz.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, „mit Herrn Scholz“. Ich sage doch: Ich habe mit Herrn Scholz darüber geredet, und Herr Scholz hat seine Auffassung vertreten und ich meine.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und das Ergebnis war? Wie ist das im Aktionsplan dann ausgegangen?

Zeuge Peter Altmaier: Na, der Aktionsplan ist erarbeitet worden, ohne dass das BMWi beteiligt war; habe ich doch vorhin gesagt. Das waren die beiden Ressorts Justiz und Finanzen; das BMWi war an dem* Aktionsplan* nicht beteiligt. Und das halte ich aber nicht für etwas, was zu kritisieren ist, sondern wenn ein Ressort eine Initiative ergreift, ist es seine Sache, zu überlegen, welche anderen Ressorts es anspricht und mit ins Boot nimmt, es sei denn, es geht um unmittelbare Zuständigkeiten anderer Ministerien. Wenn zum Beispiel eine Wasserstoffstrategie erarbeitet wird, dann ist auch die Frage: Welche Ressorts machen mit? Welche Ressorts werden angesprochen? Aber ich habe das nie beklagt und nie kritisiert.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles gut. Der Irrtum war auch ein bisschen auf meiner Seite. - Ich bin fertig, Herr Vorsitzender.

Nur um das aufzuklären: Es ging um eine Kleine Anfrage, wo das BMWi federführend war und das BMF trotzdem bei der APAS reingegrätscht ist, und darüber gab es gewisse Eskalationen - also nicht der Aktionsplan.

Zeuge Peter Altmaier: Aber das müsste Ihnen eigentlich vorliegen, weil ich weiß aus früheren Untersuchungsausschüssen, dass Sie ja nicht nur die Antwort auf eine Kleine Anfrage bekommen, sondern die ganze Genese -

Dr. Florian Toncar (FDP): Wunderbar, großartig.

Zeuge Peter Altmaier: - mit dem E-Mail-Verkehr zwischen allen Ministerien und manchen seitlichen Bemerkungen, die dazu noch angefertigt



Nur zur dienstlichen Verwendung

werden. Also, da müssten Sie bestens informiert sein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Es gibt Dinge, die will man gar nicht wissen; aber das ist nur eine Seitenbemerkung.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zeuge Peter Altmaier: Und ich gehe davon aus, dass alles, was Sie da vorliegen haben, auch korrekt ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke schön, Dr. Toncar. - Und dann geht es weiter mit Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Minister, ich hoffe nicht, dass alles, was wir vorliegen haben, korrekt ist, -

Zeuge Peter Altmaier: Na, in dem Zusammenhang, was die - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): - weil auf was Herr Toncar Bezug nimmt, ist ein E-Mail-Verkehr zwischen BMF und Ihrem Haus, wo es um eine Kleine Anfrage meiner Fraktion zur Rolle der Wirtschaftsprüfer geht. Und da schreibt das BMF oder schreibt Ihr Haus:

Nach Meinung des BMF werde die Rolle der APAS in der Beantwortung „zu positiv“ dargestellt, das könne BMF nicht mittragen. Dass es bei der Aufsicht keinen Verbesserungsbedarf gebe, sehe BMF deutlich anders. Konkreter wollte BMF nicht werden.

Und die Verweigerung der Mitzeichnung sei politisch motiviert, und es sei nicht üblich, dass politische Differenzen im Rahmen der Beantwortung von Kleinen Anfragen der Opposition ausgetragen würden.

Und Herr Kukies fügt noch hinzu in einer Mail an den Minister und Herrn Wolfgang Schmidt in Bezug auf Ihr Ministerium und den Aktionsplan:

Sie verwässern viele unserer Vorschläge zu WPs,

- Wirtschaftsprüfern -

ansonsten versuchen sie konstruktiv zu klingen aber gleichzeitig durch Änderungen wie „prüfen“ statt „verschärfen“ die Dinge auf die lange Bank zu schieben.

Zeuge Peter Altmaier: Na ja, also erst mal: Sie werden jetzt nicht erwarten, dass ich den Kollegen Kukies kritisiere.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein.

Zeuge Peter Altmaier: Was er auf seine E-Mails draufschreibt, ist seine Sache; ob es stimmt, ist eine andere Sache, im Einzelfall. Wir waren konstruktiv; aber es war genau das Problem, was aus diesem E-Mail-Verkehr hervorgeht. Es war so, dass zu Anfang der Fokus sehr eindeutig gerichtet war auf die BaFin und den Umgang der BaFin mit dieser Angelegenheit. Es gab auch weitere Fragen, die nicht nur die BaFin betrafen, sondern das Ministerium, bei dem sie angesiedelt ist. Ich habe mich dazu nie öffentlich geäußert und habe es auch für die Zukunft nicht vor. Und dann ist in dem Zusammenhang immer wieder im politischen Raum versucht worden, die APAS mit in diese Diskussion hineinzunehmen. So.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Zur APAS - -

Zeuge Peter Altmaier: Und ich habe ja vorhin gesagt, dass ich sogar selber mit dem Kollegen Scholz mündlich darüber gesprochen habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Peter Altmaier: Und der entscheidende Punkt in all den Debatten war, dass ich immer die Frage gestellt habe: Was wäre - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Altmaier, das war gar keine Frage. Es war der Versuch, den Sachverhalt auf Kosten meiner Zeit zu Ihren Gunsten aufzuklären.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Ah, dann bedanke ich mich.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sehr gerne. - Herr Altmaier, weil wir schon beim Vorlesen waren, würde ich gerne mal hier zurückkommen auf dieses kuriose Telefonat zwischen EY und APAS und aus einem Buch zitieren von Herrn Holtermann vom „Handelsblatt“; ich kriege übrigens keine Provision, muss man immer dazusagen in diesen Zeiten. Da steht auf Seite 229 erst mal ein wunderbares Zitat des Abgeordneten De Masi; aber das erspare ich Ihnen jetzt.

Zeuge Peter Altmaier: Ich kann gar nicht genug davon kriegen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, das kann ich mir vorstellen; geht mir manchmal auch so.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Und da steht auf Seite 229:

Bis heute ist keine dieser Behörden von der Bundesregierung offiziell zu einer Stelle gemacht worden, an die sich Wirtschaftsprüfer bei Verdacht gegen Mandanten wenden können. Dabei hätte die Regierung nach Ansicht der Wirtschaftsprüferkammer entsprechend einer EU-Verordnung schon 2016 eine konkret zuständige Behörde benennen müssen, kommt dem aber bis heute nicht nach.

Dann fährt er fort:

In einem Schreiben an FDP-Bundestagsabgeordnete vom November 2019 nennt die Bundesregierung als mögliche Meldestelle die Staatsanwaltschaft - und unterschlägt dabei, dass Wirtschaftsprüfer selbst der Polizei gegenüber bisher zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. Wie weit das gehen kann, erklärt Klaus-Peter Naumann, Chef des Instituts der Wirtschaftsprüfer, mit einem besonders drastischen Beispiel: Selbst wenn ein Abschlussprüfer im

Rahmen der Bilanzprüfung erfahren, dass der Chef seine Geliebte erschlagen habe, dürfe er das Stand jetzt nicht der Polizei melden, sondern nur dem Aufsichtsrat - eine absurde Situation. Nur wenn die Apas vertrauliche Informationen bekommt, die für andere Stellen wie die Bafin oder die Bilanzpolizei DPR wichtig sind, muss sie diese laut der Prüferverordnung weiterleiten.

„Solche Informationen wurden nach der Beurteilung der Apas aus dem Gespräch mit dem Abschlussprüfer am 13. Februar 2019 nicht gewonnen“,

- das war jetzt ein wörtliches Zitat -

argumentiert die Bundesregierung mit Bezug auf das Wirecard-Telefonat.

Da wollte ich Sie jetzt einfach nur fragen: Sehen Sie da gesetzgeberischen Handlungsbedarf?

Zeuge Peter Altmaier: Also, erst mal ist es so, dass, was das Erschlagen der Geliebten angeht, ich mir nicht vorstellen kann, dass man über ein Verbrechen, das begangen worden ist, nicht die Staatsanwaltschaft informieren darf. Aber das ist eine juristische Frage; das werden wir gerne überprüfen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das fragen wir den Kollegen Güntzler noch mal. Ich hoffe, der weiß es.

Zeuge Peter Altmaier: Ja. - Und der erste Teil Ihrer Frage?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na ja, es geht um den Sachverhalt, dass dieses Telefonat stattgefunden hat, es aber keine - - Laut einer EU-Verordnung müsste eigentlich seit 2016 eine Stelle benannt werden.

Zeuge Peter Altmaier: Ach so, ja, diese Stelle. - Wir waren immer der Auffassung, dass sie sich bereits damals schon ergeben hat und dass die



Nur zur dienstlichen Verwendung

BaFin die richtige Stelle war. Und wir haben das inzwischen mit dem BMF auch geklärt, und es ist die BaFin, und das haben wir jetzt richtiggestellt. Ist es im FISG? - Es ist im FISG enthalten.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, wir lösen auch Probleme. Das ist -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist fantastisch.

Zeuge Peter Altmaier: - sensationell.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann würde ich mit Blick auf die Zeit einfach noch eine Runde nehmen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann geht es weiter mit Lisa Paus von Bündnis 90/Die Grünen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte noch mal auf das Thema „Fach- und Rechtsaufsicht“ gehen. Und zwar gibt es eine MAT A BMWi-8+12 A, Blatt 20; die ist vom 6. Juli 2020. Und da werden Sie jetzt noch mal gebrieft zu diesem ganzen Sachverhalt APAS, und da findet sich die Passage:

Insbesondere kritisierte er

- das ist Herr Safarik -

das aufgrund europarechtlicher Vorgaben bewusst nicht geregelte Weisungsrecht und die fehlende Fachaufsicht durch den BAFA-Präsidenten. Die Kritik wurde u. a. in Non-Papern an die Leitung im BMWi, im parlamentarischen Raum und in Gesprächen gegenüber Dritten vorgetragen. Darüber hinaus hatte der BAFA-Präsident beim Bundespräsidialamt auf Sts-Ebene interveniert und dringend dazu geraten, das APAREG

- Abschlussprüferaufsichtsreformgesetz -

... nicht zu unterzeichnen - aufgrund vermeintlicher verfassungs-

rechtlicher Bedenken v.a. bzgl. einer fehlenden Fachaufsicht der APAS durch die BAFA-Leitung.

So. Und Sie hatten ja jetzt eben schon mal gesagt, dass das sozusagen unten geblieben ist. Aber jetzt habe ich diesen Passus noch mal vorgelesen, und der macht ja noch mal deutlich, dass es ja eine lange Geschichte ist, dass es ja nicht nur irgendwie 2018/19 war, sondern dass der BAFA-Präsident ja von Anfang an sogar im Bundespräsidialamt interveniert hat, dass der Präsident das nicht unterschreiben soll, das Gesetz.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, aber das - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja noch mal eine andere Dimension. Und deswegen - -

Zeuge Peter Altmaier: Nein, das Problem ist doch folgendes: Als wir diese europäische Gesetzgebung gemacht haben, war zu entscheiden, ob die Abschlussprüferaufsicht unabhängig zu sein hat oder nicht, ob sie Teil der Verwaltung sein kann, und diese Entscheidung können Sie unter unterschiedlichen Aspekten sehen. Sie können sagen: Es wäre viel, viel besser, wenn das BMWi oder das BAFA auch inhaltliche Weisungen geben könnte.

Es ist aber so, dass alles, was wir machen, auch in vielen anderen Ländern zum Teil verfolgt und übernommen und umgesetzt wird. Und es ist halt eben gerade in bestimmten Ländern, die nicht die gleichen rechtsstaatlichen Traditionen haben, wie das in anderen Ländern der Fall ist - ich sage jetzt bewusst nicht nur „Deutschland“, sondern: in vielen Ländern, die Rechtsstaaten sind -, oftmals so, dass man unter Berufung auf solche Regelungen politischen Einfluss ausübt, der nicht legitim ist. Und deshalb hat man sich auf europäischer Ebene auch deshalb für die Unabhängigkeit entschieden. So. Und das, was Herr Safarik, den ich, wie gesagt, über alle Maßen schätze, auch weil er sehr, sehr viele Herausforderungen gelöst hat - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich gebe zu: Ich muss mich kurz korrigieren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Ihre Zeit; ich weiß.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht die Zeit, sondern es gab zwei BAFA-Präsidenten.

Zeuge Peter Altmaier: Aber das, was er - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das, was ich gerade vorgelesen habe, war der vorherige BAFA-Präsident. Da weiß ich jetzt nicht, ob der auch Mathematiker war.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, der vorherige - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz kurz: Einer von Ihnen - -

Zeuge Peter Altmaier: Ja, auch der vorherige. - Noch einmal: Die Fachaufsicht können Sie nur einführen, wenn Sie das europäische Gesetz ändern; das ist der Punkt. In der europäischen - ich glaube, es ist eine Richtlinie - - steht drin: Es muss eine unabhängige Aufsicht sein. - Und „unabhängig“ heißt: Es darf keine Fachaufsicht sein, weil die Fachaufsicht die Möglichkeit gibt, inhaltliche Anweisungen zu erteilen. So. Und wenn Sie das ändern wollen -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie noch mal kurz erläutern, warum es in Frankreich anders ist?

Zeuge Peter Altmaier: - Entschuldigung! -, was der vorige Präsident wollte, was der jetzige Präsident möchte, dann müssen Sie vorher die europäische Richtlinie ändern.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten ja gesagt, Sie hatten das dann noch mal prüfen lassen -

Zeuge Peter Altmaier: Ja, mehrfach; mehrfach, mehrfach.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und noch mal - - und dass das nicht geht. Aber könnten Sie dann - - Sie sind ja auch ein Kenner Frankreichs. Könnten Sie vielleicht noch mal erläutern, warum das in Frankreich anders ist?

Zeuge Peter Altmaier: Das kann ich nicht erläutern, weil ich nicht weiß, wie es in Frankreich ist.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also mir wurde gesagt, dass in Frankreich die französische Aufsicht sehr wohl vollständig ins Ministerium integriert ist, was ja hieße, dass es da eine Fach- und Rechtsaufsicht gibt.

Zeuge Peter Altmaier: Wo sie sehr wohl integriert ist, oder was?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ins Ministerium, Teil des Ministeriums ist.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, die Frage ist, ob sie integriert ist, was Fachaufsicht angeht, oder ob sie integriert ist mit einer Rechtsaufsicht. Die APAS ist ja auch ins BAFA und damit in den Geschäftsbereich des BMWi integriert. Sie ist halt eben nur nicht der Fachaufsicht unterworfen. Also, mir ist öfter gesagt worden, im Finanzausschuss damals, als ich dort war, es gebe Länder, wo das so ist. So. Es ist mir aber bisher nie spezifiziert worden.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frankreich.

Zeuge Peter Altmaier: Und wenn Sie da eine Fundstelle haben, sind meine Mitarbeiter gerne bereit, das noch mal zu prüfen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Ihnen persönlich ist nicht bekannt, dass es in Frankreich - -

Zeuge Peter Altmaier: Nein, mir ist es nicht bekannt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann wollte ich trotzdem noch mal sagen: Das Ganze weist ja schon trotzdem darauf hin, dass es eben von Anfang an erhebliche Reibungen gab zwischen der übergeordneten Behörde BAFA und der APAS. Und deswegen, würde ich sagen, liegt ja eigentlich schon irgendwie nahe, dass sich eben der verantwortliche Minister um diesen internen Organigramm- und Behördenstreit auch mal kümmert und überlegt, ob ebendieses



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aufhängen - - nicht die Frage „Ist das bei Justiz oder Finanzen oder bei Ihnen?“, aber speziell diese Frage „Ist es gut aufgehoben unter dem BAFA?“, weil die haben sich ja nur gekebbelt die ganze Zeit über, um es mal sozusagen flapsig auszudrücken. War das kein Anlass in Ihrem Ministerium, darüber nachzudenken, das noch mal anders aufzustellen?

Zeuge Peter Altmaier: Nein, weil der vorige Präsident des BAFA, den ich natürlich kannte - und der war ja auch unter meiner Amtszeit noch eine Zeit lang Präsident -, mich auf dieses Thema nie persönlich angesprochen hat. Mit Herrn Safarik habe ich das Telefonat geführt, was Sie in den Akten haben, zu diesem Thema, und ich habe sofort veranlasst, dass seine Überlegungen überprüft werden.

Im Übrigen fand ich, dass es auch möglich sein muss, dass ein Präsident einer Geschäftsbereichsbehörde solche Überlegungen anstellt. Also, ich meine, man muss sich politisch darüber einigen, ob man sagt: „Eigentlich müsste es so sein, wie es das BAFA wollte“ oder: „Es müsste so sein, wie es derzeit gehandhabt wird“, und da muss man entscheiden, ob man irgendetwas ändern muss.

Ich glaube, es gibt im Moment niemanden in der Bundesregierung, der die APAS gerne integrieren würde. Das war schon das letzte Mal nicht so. Und deshalb fühle ich mich der Entscheidung des Kollegen Gabriel verpflichtet, da ich wenige Geschäftsbereichsbehörden habe, wo ich das hin tun könnte. Ich habe die PTB, ich habe die Bundesanstalt für Materialprüfung, ich habe das BAFA, und ich habe in gewisser Weise auch einen Teil der Bundesnetzagentur, und da ist es aus meiner Sicht beim BAFA am besten aufgehoben.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber in Frankreich hängt es ja im Ministerium. Die Frage stand nie an, also ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Peter Altmaier: Nein, weil es sich um eine organisatorische Eingliederung handelt, und deshalb - - Ob derjenige, der diese Entscheidung getroffen hat damals - das, nehme ich an, war einer

der Staatssekretäre, der das dem Minister Gabriel vorgeschlagen hat -, das gemacht hat, weil er vielleicht froh war, dass es nicht so unmittelbar im Ministerium ist, das vermag ich nicht zu beurteilen; das müssen Sie den Betroffenen fragen. Ich glaube aber, dass der Umzug jetzt ins BMWi eigentlich gerade Ausdruck eines Aktionismus wäre, weil er den Eindruck erweckt: Jetzt wird mal richtig kontrolliert. - Aber der rechtliche Rahmen würde sich ja dadurch nicht ändern. Die Fachaufsicht wäre nicht da, weil sie nach europäischem Recht eben nicht möglich ist.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist um.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke, Frau Paus. - Jetzt machen wir es bei jedem Zeugen immer so: Wir sind jetzt zwei Runden durch. Also frage ich unseren Zeugen Herrn Minister Altmaier: Brauchen Sie eine Erfrischungspause? Wollen Sie was essen? Oder - -

Zeuge Peter Altmaier: Nein, ich erfrische mich fortlaufend. Also, solange ich noch einigermaßen konzentriert antworten kann, dürfen Sie weiterfragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar; der perfekte Zeuge. - Dann starten wir in die nächste Runde. Matthias Hauer, bitte schön, für die CDU/CSU.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister, weiter geht's! Ich würde gerne da einsteigen, wo der Kollege De Masi vorhin schon nachgefragt hatte, und zwar nach der zuständigen Stelle nach Artikel 7 Absatz 2 dieser europäischen Verordnung Nr. 537/2014. Und da geht es ja um die Fragestellung, dass diese Verordnung vorsieht, dass es eine Möglichkeit zur Meldung bei einer staatlichen Stelle nach den Artikeln 7 oder 12 geben soll. Es geht dabei um Meldungen bei bestimmten Verstößen des geprüften Unternehmens, gerade auch bei Betrug, und bislang hat Deutschland keine Stelle für eine Meldung nach Artikel 7 oder 12 benannt; das soll jetzt mit dem FISG ja auch geändert werden.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Erste Frage: In welche Zuständigkeit fällt diese Änderung, in welches Ministerium?

Zeuge Peter Altmaier: Na, wir mussten uns gemeinsam darauf einigen, weil ja sozusagen die Frage zu entscheiden war: Ist es im Wirtschaftsministerium, also beim BAFA, oder ist es bei der BaFin? Und wir haben uns zwischen den beiden Ministerien darauf verständigt. Ob es dafür eine Federführung gibt? Es gibt eine Federführung für das Gesetz; aber es gibt, glaube ich, keine für diese einzelne Frage, die davon abweichend ist. Aber es ist eine Einigung in der Bundesregierung.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und ist da vor diesem Wirecard- - Bevor Wirecard aufgedeckt wurde, hat man sich da schon mal mit dieser Frage beschäftigt? Ist Ihnen das erinnerlich?

Zeuge Peter Altmaier: Nicht in meiner Amtszeit.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Dann noch mal zu den beiden Verfahren, die dann von der APAS eröffnet wurden, bzw. zu den beiden Terminen; es sind ja mehrere Verfahren, die dann laufen. Und zwar haben wir die Situation, dass am 15.10.2019 ja die „Financial Times“ berichtet hatte über fragwürdige Bilanzierungspraktiken, über angezweifelte Umsätze und Gewinne in Dubai und Irland und von rund der Hälfte der Konzerngewinne, die über die Al-Alam-Partnersgesellschaft entstanden sei, die aber nur erfunden sei. So. Das war am 15.10.2019, und einen Tag später, 16.10.2019, hat die APAS dann dieses berufsaufsichtliche Vorermittlungsverfahren gegenüber EY eingeleitet.

Zeuge Peter Altmaier: Genau, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist so der eine Zeitpunkt, wo die APAS ja tätig geworden ist. - Ein anderer Zeitpunkt ist der 06.05.2020; das ist knapp eine Woche nachdem der KPMG-Sonderbericht veröffentlicht wurde und entsprechend auch bewertet wurde. Und da würde mich interessieren: Wenn ich jetzt mal diese beiden Abläufe mir anschau: Gibt es da aus Ihrer Sicht, ich sage mal, eine Kritik an der APAS, wie die da vorgegangen sind in diesen beiden Zeiträumen

oder im Nachgang zu der dortigen „Financial Times“-Berichterstattung bzw. nach dem KPMG-Bericht?

Zeuge Peter Altmaier: Nein. - Also, ich glaube, dass die Einleitung der Vorermittlungen zu einem frühen Zeitpunkt erfolgt ist und dass sie da auch notwendig war und dass sie keinen Tag später hätte erfolgen dürfen, aber dass man nicht sagen kann, dass sie zu spät erfolgt ist. Ob man das Vorermittlungsverfahren in ein förmliches Berufsaufsichtsverfahren hätte überführen müssen schon vor der Vorlage des KPMG-Berichtes, kann ich nicht beurteilen, weil mir sonstige Informationsquellen nicht bekannt sind. Ich glaube, das war eine Grundsatzentscheidung der APAS, so wie ich es verstanden habe, dass man die Vorlage des KPMG-Berichtes - dass der erstellt wurde, war ja bekannt; das war ja ein Auftrag - - dass man das abwartet, und dann hat man auch innerhalb von wenigen Tagen gehandelt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, okay. - Ich würde noch mal zu dem Telefonat kommen am 13. Februar 2019 zwischen der APAS und EY. Ich habe da interessiert auch das Nachhaken des Kollegen Dr. Zimmermann zur Kenntnis genommen. Und wir haben ja auch in der letzten Zeit über Zuständigkeiten diskutiert, über Aufsicht und Rechts- und Fachaufsicht, und da stelle ich interessiert fest, dass einerseits die SPD der Auffassung ist, dass eine Rechts- und Fachaufsicht, wie das BMF über die BaFin hatte - - dass das auf keinen Fall dazu geführt haben könnte aus Sicht der SPD, dass die irgendwas am Leerverkaufsverbot hätten machen können, aber jetzt bei Ihnen sozusagen ein Tätigwerden fordern aufgrund eines Telefonats und aufgrund einer Rechtsaufsicht.

Zeuge Peter Altmaier: Und das uns nicht bekannt war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das finde ich schon ein bisschen skurril, muss ich, ehrlich gesagt, sagen. Und deshalb würde mich einfach mal interessieren, wann Sie denn persönlich von diesem Gespräch informiert wurden, von dem 13.02.19.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Ja, davon sind wir informiert worden sehr viel später - ich habe das vorhin auch vorgetragen -, und es hat mich geärgert.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ich habe das hier. - Es hat sich dann herausgestellt, dass es dieses Telefonat gegeben hat. Ich habe jetzt im Redetext aber nicht, wie wir das erfahren haben.

(Der Zeuge wendet sich an MDgn Yvonne Schreiber (BMWi))

Wodurch haben wir das erfahren? - Durch Presseberichterstattung, ja. Die APAS hatte uns das nicht von sich aus mitgeteilt, und deshalb hätten wir selbst bei einer Fachaufsicht keine Möglichkeit gehabt, zu handeln, weil die Fachaufsicht nicht bedeutet, dass neben jedem Telefonhörer ein Fachaufsicht führender Beamter steht, der die Gespräche mit anhört. Wir können uns nur um die Dinge kümmern, die uns bekannt sind, und dies war uns nicht mitgeteilt worden, und deshalb fand ich es unangemessen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. - Also, es freut mich erst mal, dass Sie da sich drüber geärgert haben; denn das kann ich ja erst mal verstehen. Also, dass Sie keine Fachaufsicht haben, ist, glaube ich, rausgekommen durch diese Befragung.

Mich würden noch mal diese Rettungsbemühungen des Wirecard-Konzerns interessieren. Habe ich das richtig verstanden, dass das BMWi da nicht einbezogen war? Also, da ist das BMF nicht auf Sie zugekommen.

Zeuge Peter Altmaier: Null, null. - Es gab ja diese Hinweise; deshalb sind wir dem nachgegangen. Also, wir haben wirklich überall nachgeschaut, wo man nachschauen kann, und es findet sich nirgendwo auch nur die kleinste Spur eines Hinweises, dass das BMWi in dieser Frage kontaktiert worden ist vom BMF.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe noch eine Mail, die ich ansprechen möchte; das ist MAT A BMWi-8.05, Blatt 241 und Blatt 242. Und zwar ist das die Mail, aus der Kollege Dr. Toncar - meine ich, war es - vorhin auch zitiert hatte. Mir geht es da aber um eine andere Stelle an dieser E-Mail.

Und zwar ist das eine Mail von Herrn Safarik an Frau Dr. Hepperle, und da schlägt er eine Sprachregelung vor für den Minister im Finanzausschuss. Und da geht es darum, dass der Herr Safarik darin sozusagen behauptet, dass das BMWi eine Organisationsuntersuchung in Auftrag gegeben hat - oder „habe“ muss man sagen. Und da hat die Frau Dr. Hepperle schon deutlich gemacht in ihrer Befragung, dass das gar nicht stimmt, sondern - - also dass keine Organisationsuntersuchung vorher in Auftrag gegeben worden sei. Aber trotzdem hat der Herr Safarik das so als Sprachregelung vorgeschlagen.

Und dann hat die Frau Dr. Hepperle gesagt, dass sie hofft, dass wir auch ihre Antwort-E-Mail auf die Mail von Herrn Safarik zur Kenntnis genommen haben, nämlich dass sie klargestellt hat, dass das nicht zutrifft und dass eben das BMWi nicht und auch nicht der Minister eine entsprechende Untersuchung in Auftrag gegeben haben und das deshalb auch nicht kommuniziert werden soll, weil es ja nicht stimmte. Das ist ja schon ein bisschen eigenartig, dass so eine Sprachregelung da von dem Herrn Safarik vorgeschlagen wird, wo so Dinge drinstehen, die nicht stimmen. Also, ich frage erst mal: Kennen Sie diese E-Mail?

Zeuge Peter Altmaier: Nein, die E-Mail kenne ich nicht; aber wir haben ja damals diese Sprachregelung erarbeitet gegenüber dem Finanzausschuss zu allen Punkten. Und es ist so: Wenn so eine Sprachregelung für den Minister gemacht wird, dann beteiligen sich betroffene Geschäftsbereichsbehörden, Fachabteilungen, Fachreferate aus unterschiedlichen Abteilungen, und am Ende wird dem Minister ein Vorschlag überbracht.

Und ich erinnere mich noch sehr gut, dass ich in der Vorbereitung der Sitzung des Finanzausschusses mindestens zwei größere Rücksprachen hatte mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, weil es mir sehr darauf ankam, dass ich das,



Nur zur dienstlichen Verwendung

was ich Ihnen vorgetragen habe, nicht schon ein paar Tage oder Wochen später wieder korrigieren musste und dass wir den Finanzausschuss umfassend und transparent informieren. Und deshalb: Das, was ich da vorgetragen habe, habe ich mir zu eigen gemacht, und da habe ich, glaube ich, diese Organisationsgeschichte auch nicht erwähnt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau; das haben Sie nicht erwähnt. Und mir ging es nur darum, dass ja hier, ich sage mal, von dem Herrn Safarik ein Vorschlag für diese Sprachregelung gemacht wurde. Gut, die ist dann nachher nicht eingeflossen; aber trotzdem ist sie ja unzutreffend.

Zeuge Peter Altmaier: Da ich mich mit der E-Mail nicht beschäftigt habe und auch mit Herrn Safarik nicht gesprochen habe und mit Frau Hepferle über diesen Punkt auch nicht gesprochen habe, auch mit sonst niemand, kann ich jetzt den genauen Ablauf nicht rekonstruieren. Aber noch einmal: Ich schätze Herrn Safarik als guten Mitarbeiter. Was die Motive waren, das müssten Sie dann vielleicht mit ihm diskutieren.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vorhin ist ja der Aktionsplan erwähnt worden, der seitens des BMF und des BMJV erarbeitet und vorgestellt wurde. Wann ist Ihnen denn dieser Aktionsplan zur Kenntnis gelangt?

Zeuge Peter Altmaier: Ja, als er fertig war. Und dann ist er - - also, nicht an demselben Tag, wo er zur Presse ging, sondern wir haben davon, weiß nicht, ein paar Tage früher erfahren. Das kann man noch mal nachreichen, wann das genau war. Damals gab es dann bei uns im Haus auf der Arbeitsebene Diskussionen, ob das okay ist, dass wir da* nicht einbezogen waren. Ich habe das dann aber verteidigt, weil ich der Auffassung war, dass gerade, wenn es sich um Aktionspläne handelt, jedes Ministerium entscheiden soll, mit welchen anderen Ministerien es die gemeinsam vorschlägt, dass es aber sich dann bitte auch auf Vorschläge konzentrieren soll, die seinen eigenen Geschäftsbereich betreffen und nicht die Geschäftsbereiche von nicht beteiligten Ministerien. Und dann haben wir uns ja damit auseinandergesetzt, und am Ende sind wir zum Gesetzentwurf

gekommen. Und ich glaube, dass es insgesamt auf der Regierungsebene ordentlich gelaufen ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, die Regierungen oder die Regierung agiert ja jetzt eher selten durch Aktionspläne und eher durch Gesetzentwürfe oder irgendwelche Eckpunktepapiere, so wie ich das jetzt hier in meinen sieben Jahren bisher erleben durfte.

Zeuge Peter Altmaier: Also, Aktionspläne haben meistens eine kommunikative Funktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Den Eindruck hatte ich nämlich auch. Denn zufällig war das ja genau in dem Zusammenhang - also, es wird sicherlich ein Zufall gewesen sein, weil anders kann es ja nicht gewesen sein -, als Herr Scholz vor dem Finanzausschuss erscheinen musste zum Thema Wirecard, und da kann ich natürlich verstehen, dass man lieber über Aktionspläne redet als über Versäumnisse im Zusammenhang mit diesem Skandal. Aber deshalb teile ich Ihre Einschätzung, dass es ein kommunikatives Thema eher war als jetzt ein inhaltliches Thema.

Inwieweit waren denn in dem Aktionsplan auch Punkte enthalten, die Ihr Ministerium betrafen?

Zeuge Peter Altmaier: Ich kann das jetzt nicht mehr aus dem Kopf beantworten, weil ich den Aktionsplan nicht nachgelesen habe. Aber es war natürlich insgesamt so: Ich kann mich sehr daran erinnern, wie ich mit meinen Mitarbeitern darüber gesprochen hatte. Und ich habe auch deshalb das Recht des Finanzministers verteidigt, das gemeinsam mit der Justizministerin zu machen, weil er es möglicherweise ja auch gemacht hat, weil wir nicht bereit waren, einen pauschalen Handlungsbedarf für die APAS zu unterstellen, ohne dass man Fehlverhalten und Versäumnisse dann auch spezifiziert und runtergebrochen hat.

Und es gibt ja zum Beispiel - - Es gibt ja Dinge, die nicht in Ordnung waren. Das eine war dieses Telefonat am 13. Februar, das wir, glaube ich, zum damaligen Zeitpunkt noch gar nicht kannten und das wir aber auch durch gesetzliche Maßnahmen nicht hätten verhindern können, wenn



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir sie vorher gemacht hätten. Und die gesamte rechtliche Konstruktion der APAS beruht im Wesentlichen auf der Umsetzung des zuständigen europäischen Rechts, der zuständigen Richtlinie.

Und es war mir auch nicht recht, dass ich sozusagen mit einer pauschalierten Einräumung von Reformen oder Handlungsbedarf an der Stelle auch ein Qualitätszeugnis ablegen sollte über meinen unmittelbaren Vorgänger im Amt. Das war der damalige Bundeswirtschaftsminister, und der war auch Vizekanzler, und mit dem hatte ich als Kanzleramtsminister eine ausgesprochen enge Zusammenarbeit in vielen Sitzungen der Koalitionsausschüsse, Besprechungen mit der Bundeskanzlerin und anderen. Und deshalb habe ich immer gesagt: Wenn man über Reformbedarf, über gesetzlichen Reformbedarf, bei der APAS sprechen will, dann muss man das auch konkretisieren. Ansonsten bin ich nicht bereit, das als allgemeines Postulat zu akzeptieren.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, es ehrt Sie ja, dass Sie da kein schlechtes Wort über Ihre Kollegen und Ex-Kollegen verlieren wollen. Nur: Dennoch sehe ich das ein Stück weit anders. Wenn hier ein Untersuchungsausschuss am Werk ist und wir zum damaligen Zeitpunkt noch eine Situation hatten, bei der wir noch nicht so viel wissen, wie wir heute wissen, dann erscheint mir so ein Aktionsplan eher als Schnellschuss. Und auch im FISG - - das ist ja auch vorgelegt worden zu einem Zeitpunkt, als der Untersuchungsausschuss erst gerade ganz frisch seine Arbeit aufgenommen hat. Insofern ist das Struck'sche Gesetz da ja schon nahezu - - drängt sich auf, dass wir da auch Änderungen vornehmen.

Insofern haben wir ja auch als Untersuchungsausschuss da eine Menge erarbeitet, auch gemeinsam hier, auch fraktionsübergreifend. Und daraus ist ja auch das, was wir als Union beispielsweise vorgeschlagen haben, dass wir auch einige Verschärfungen noch des FISG vorsehen - Stichwort: einstufiges Verfahren bei der Bilanzkontrolle - - aber auch Themen, die uns hier betreffen, wie zum Beispiel dieses Naming and Shaming, dass, wenn jemand berufsrechtliche Pflichten verletzt seitens der Wirtschaftsprüfer, seitens der Abschlussprüfer, wir, wenn es eine gewisse

Schwelle übersteigt, dann auch Ross und Reiter nennen, auch um noch stärkere Abschreckungswirkungen und Prüfungshandlungen zu verbessern.

Das sind ja alles Punkte, die jetzt auch, ich sage mal, noch herausgekommen sind. Und vielleicht könnten Sie zu diesem Naming and Shaming noch sagen, wie Sie das einschätzen, ob das eine Möglichkeit ist, auch Prüfqualität zu verbessern.

Zeuge Peter Altmaier: Also, erst mal will ich noch mal sagen: Ich hatte ja bei dem Aktionsplan durchaus auch kritische Fragen, und deshalb war ich ganz froh, dass ich da nicht um Mitarbeit gebeten worden war. Aber beim FISG war ich sehr dafür, dass wir es im Bundestag einbringen, obwohl der Untersuchungsausschuss noch nicht zu Ende war und ich eigentlich immer gerne abwarten möchte, was Sie zusammen ermitteln, was die Ergebnisse Ihrer Arbeit sind. Aber da die Legislaturperiode so weit fortgeschritten war, mussten wir das FISG einbringen, um dann sozusagen parallel mit Ihrer Arbeit in den Berichterstattungsgesprächen noch Dinge nachzutragen, und dazu sind wir ja auch, wie Sie sehen, in vielen Bereichen bereit.

„Naming und Shaming“: Das ist eine politische Bewertung, aber das hat eigentlich, glaube ich, jetzt mit dem Untersuchungsauftrag hier nicht so viel zu tun. Ich würde mich eigentlich gerne in diese - - Es ist ja jetzt alles in der Zuständigkeit des Parlamentes, und da mische ich mich höchstens diskret ein, wenn mich jemand um eine Einschätzung fragt, aber gebe keine öffentlichen Ratschläge.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe ja ganz charmant jetzt um die Einschätzung gebeten, und ich sehe es schon als Untersuchungsgegenstand an, weil natürlich die Lehren aus Wirecard eben auch dazu gehören, aus dem, was falsch gelaufen ist, -

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - wobei sicherlich jetzt der Punkt nicht dazu geführt hätte, Wirecard zu verhindern. Das ist zugestanden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Ja. Ich bin auch, ehrlich gesagt, in vielen Fällen kein Freund von Naming und Shaming. Es gibt ein paar Ausnahmen. Ich habe zum Beispiel als geschäftsführender Finanzminister 2017, 2018 erreichen können mit der Kommission - die hat mich sehr unterstützt -, dass wir die schwarze Liste der nicht kooperativen Länder bei den Briefkastenfirmen erstellt haben. Das war Naming und Shaming, und das war auch erfolgreich, weil die Liste seither regelmäßig kleiner wird. Ansonsten überzeugt mich das nicht, weil es für mich irgendetwas mit Anprangern auch zu tun hat, und das ist, glaube ich, immer ein sehr zweischneidiges Schwert.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wobei bei dem Anprangern: Dem kann man ja entgehen, indem man nicht schwerwiegende Pflichtverletzungen begeht. Das ist ja auch eine Möglichkeit. Deshalb hatten wir ja auch intensiv beim Thema EY jetzt nachgehakt, und deshalb haben wir ja auch als Untersuchungsausschuss dieses Ermittlungsteam benannt. Das war ja auch auf Vorschlag der Union. In Einhelligkeit haben wir das beschlossen, dass wir da gemeinsam bei EY auch jeden Stein umdrehen wollen, und wir haben ja auch noch mal einen Folgetermin dazu vereinbart. Also, dass uns das Thema Wirtschaftsprüfung da auch am Herzen liegt, ist auch klar.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber dann sollte auch aus meiner Sicht die Konsequenz sein, dass am Ende, wenn schwerwiegende Verfehlungen da rauskommen, dann auch Ross und Reiter genannt werden, weil auch natürlich Tausende von anderen Mitarbeitern in diesen Unternehmen arbeiten, die eben nicht einen Fehler gemacht haben. Das ist ja auch dieser Umkehrschluss. Derzeit stehen ja auch Unternehmen da am Pranger, wo es um Verfehlungen Einzelner geht, und da muss man ja auch genau trennen.

Zeuge Peter Altmaier: Ja. - Also, noch mal: Das ist eine parlamentarische Debatte, in die ich mich nicht einmischen will. Ich glaube aber, was man generell in der Gesetzgebungsarbeit immer wieder beherzigen sollte, ist, dass man fragt: Hätte es

einen Unterschied gemacht, wenn wir diese Regelung damals schon gehabt hätten? - Denn das ist doch unser Ziel: dass wir verhindern, dass solche Dinge weiterhin vorkommen, und dass wir die bestehenden Instrumentarien verbessern. Und deshalb: Ich wundere mich manchmal sowieso, was dann alles noch im Gesetzgebungsverfahren reingepackt wird. Man kann das ja machen, wenn man glaubt, es ist sinnvoll, aber unser Auftrag ist doch, zu fragen: Hätte es einen Unterschied gemacht, wenn wir das schon gehabt hätten, als Wirecard passiert ist?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. - Ich schätze auch Anhörungen und den Anhörungscharakter; aber da ich mich da jetzt mit gutem Vorbild nicht einreihen will, auch keine Fragen mehr habe, würde ich dann weitergeben an die Kollegen der SPD. Dr. Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank. Jetzt bin ich überrascht, Herr Vorsitzender, aber das ist kein Problem. - Der Kollege Hauer hat das ja vollkommen richtig beschrieben. Wir haben eine intensive Diskussion in diesem Ausschuss über die Frage: Was ist eigentlich Aufsicht? - Und ich will das gleich mal vorwegschicken: Aufsicht aus Sicht des BMWi ist nicht, dass Sie sich darum kümmern müssen, ob irgendein Anruf stattgefunden hat, und Sie müssen sich auch nicht darum kümmern, was genau die Kolleginnen und Kollegen bei der APAS gemacht haben. Aber in meinem Verständnis ist Aufsicht, dafür zu sorgen, dass entsprechende Prozesse eingehalten werden, dass entsprechende Vorgaben umgesetzt werden. Und wenn Sie sagen - das haben Sie eben selbst gesagt -, Sie haben von diesem Telefonat erst sehr viel später erfahren und Sie haben sich sehr geärgert und Ihr Haus hat es aus der Presse erfahren, dann ist aus meiner Sicht hier eben dieser Punkt, weil da geht es gar nicht jetzt sozusagen um diesen Einzelfall, sondern es geht darum - - Ich würde sagen, im Sinne der Rechtsaufsicht gibt es doch normalerweise das Prinzip, dass Sie von Vorkommnissen von besonderer Tragweite zu informieren sind. Und wenn innerhalb der APAS eine Kultur vorherrscht, wo man das nicht für notwendig erachtet, und dann Ihr Haus so was aus der Presse erfährt, dann, sage ich, sehe ich hier durchaus ein Problem der Aufsicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Das habe ich jetzt wirklich nicht verstanden.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Och, ich habe mir doch so viel Mühe gegeben.

Zeuge Peter Altmaier: Wir haben Ihnen doch sehr umfangreiche Tabellen zur Verfügung gestellt, welche Informationen wir von der APAS bekommen haben über den Ablauf dieser ganzen Geschichte. Diese Informationen waren, soweit ich das sehen kann, korrekt bis auf zwei Ausnahmen. Das eine war dieses Telefonat, das wir hätten kennen müssen, und das Zweite war, dass ich erwartet hätte, dass Herr Bose uns über seine Aktienkäufe informiert hätte. Das dann mit einem Aufsichtsversagen zu begründen, das halte ich, ehrlich gesagt, für problematisch; denn wir haben offenbar eine Kultur, dass die APAS da durchaus auch funktioniert. Es ist zum Vorermittlungsverfahren gekommen, es ist zum Ermittlungsverfahren gekommen, es ist zur Strafanzeige gekommen. Das sind alles Dinge, die ich erwarte von einer Wirtschaftsprüferaufsicht und die auch geschehen sind. Und deshalb: Das, was Sie identifiziert haben, sind diese beiden Punkte, und da teile ich die Auffassung des gesamten Ausschusses, dass das so nicht geht.

Und das kann man kommunizieren; aber es muss dann im nächsten Untersuchungsausschuss oder im nächsten Vorgang noch mal genau geprüft werden: Haben wir alle Informationen, oder haben wir sie nicht? - Da muss man überlegen, wenn man eine zu spät bekommt oder nicht bekommen hat: War das mit Vorsatz, und hat man versucht, sie dem Ministerium vorzuenthalten, oder hat man sie vergessen und nicht daran gedacht? - Das ist natürlich einer der Punkte, die dann auch von den zuständigen Personen zu klären sind.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich sage mal, wir werden uns im Zweifelsfall noch drei, vier Runden lang unsere Positionen dann noch mal vortragen. Aber Sie verstehen mich ja bewusst falsch, ne? Ich sage überhaupt nicht, dass Sie - sozusagen Sie als Minister - von diesem Telefonat hätten informiert werden müssen. Aber meine Frage ist: Ist es nicht ein Problem, wie die

Rechtsaufsicht auch vonseiten der APAS gelebt wird, wenn Sie nicht über Vorkommnisse von besonderer Relevanz informiert wurden als BMWi? Und das wurden Sie ja nicht. Sie haben eben selbst gesagt - - Warum haben Sie sich denn dann geärgert? Das ist doch merkwürdig: Sie sagten eben, Sie haben es erst sehr viel später erfahren und Sie waren sehr verärgert. Das ist doch nicht schlüssig.

Zeuge Peter Altmaier: Moment, wir müssen jetzt mal wirklich genau differenzieren. Zu dem Zeitpunkt, wo das Telefonat stattfand, gab es keine Verpflichtung, das BMWi darüber zu informieren. Das BMWi ist über die Entscheidungen informiert worden, und es wird summarisch über Entscheidungen in Vorermittlungs-, also in berufsaufsichtlichen Ermittlungsverfahren informiert, aber es ist nicht so, dass über jedes einzelne Telefonat und über jedes einzelne Gespräch eine halbe Stunde später ein Vermerk an das BMWi geschickt wird. Worin der Fehler besteht - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mit Verlaub, Herr Minister, das haben Sie mir jetzt schon dreimal genau so erklärt.

Zeuge Peter Altmaier: Worin der Fehler besteht, war, dass wir die APAS dann gebeten haben, für den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages uns eine Chronologie zu erstellen, wann was geschehen ist. Diese Chronologie haben wir bekommen. Ich habe meine Mitarbeiter dreimal oder viermal gefragt: „Ist das jetzt alles? Ist das vollständig?“, weil ich so was nicht zum ersten Mal mache, und dann habe ich erfahren, hinterher, dass es in diesem Punkt nicht vollständig war, und dann war das nicht in Ordnung. So. Das war aber kein Versagen der Aufsicht; denn wir haben die APAS gebeten, uns diese Informationen zu übermitteln. Und ich wüsste nicht, was wir darüber hinaus hätten tun können, um zu erreichen, dass dieses Telefonat uns genannt wird.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut, ich drehe es mal in eine andere Richtung.

Zeuge Peter Altmaier: Fehlverhalten Einzelner - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Was haben Sie denn unternommen, um - - Also, haben Sie irgendwelche Änderungen bei der APAS vorgenommen, was Abläufe angeht, was Informationen angeht? Oder ist das eigentlich überhaupt nicht notwendig aus Ihrer Sicht, weil die APAS ja aus Ihrer Sicht offenbar keine Fehler gemacht hat?

Zeuge Peter Altmaier: Wir haben eine Veränderung vorgenommen, indem wir den Leiter der APAS von seinen vertraglichen Verpflichtungen entbunden haben, nicht entbunden haben, sondern wir haben die Zusammenarbeit beendet. Der Präsident des BAFA, Herr Safarik, arbeitet mit dem Ministerium daran, dass das BAFA mehr Planstellen bekommt und dass die offenen Planstellen besetzt werden. Wir haben - das habe ich Ihnen vorhin ja gesagt; das kannten Sie bis dato noch nicht - hier die Geschäftsordnung der Abschlussprüferaufsicht beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle erarbeitet und dort entsprechende Änderungen bei der Compliance vorgenommen. Also, es hat eine ganze Reihe von Konsequenzen gegeben, und das ist auch selbstverständlich, dass wir aus solchen Dingen fortlaufend Konsequenzen ziehen und dass wir auch unseren Ärger oder unsere Unzufriedenheit oder unser Unverständnis zum Ausdruck bringen, wenn wir mit bestimmten Entscheidungen nicht einverstanden sind.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich habe das aber vorhin richtig verstanden: Sie können uns heute nicht sagen, ob es bei der APAS eine Prüfung gab, wie es mit weiteren Aktiengeschäften der anderen APAS-Beschäftigten aussieht.

Zeuge Peter Altmaier: Doch, die anderen APAS-Beschäftigten haben ja die Verpflichtung gehabt - ausdrücklich -, diese Aktiengeschäfte zu melden, und wir haben in der - - Ich bin gefragt worden von Ihrer Kollegin, ob wir darüber mal informieren könnten, was es damit auf sich hat, wie die Meldungen aussahen, ob es da Probleme gab. Und da habe ich gesagt: Wenn ich das vorher gewusst hätte, hätte ich es schon heute Abend mitgebracht, und wir schauen uns das gerne an und liefern die Informationen nach.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Aber ich halte mal fest: Also, wir wissen, wir haben bei der BaFin da ein ernsthaftes Problem. Da hat es auch Konsequenzen gegeben, nicht weil der Präsident oder die Exekutivdirektorin selbst mit Wirecard-Aktien gehandelt haben, sondern weil es Mitarbeitergeschäfte gab. Und Sie haben ja eben gesagt, eine Ihrer Maßnahmen war, dass Sie die Compliance-Regeln verändert haben. Aber Sie haben das gemacht, ohne zu wissen, ob es eigentlich bei der APAS vielleicht zu ähnlichen Vorfällen gekommen ist wie bei der BaFin. Also sprich: Sie wissen einfach nicht, ob es zu so was kam.

Zeuge Peter Altmaier: Also, es kommt doch drauf an, ob das Ministerium etwas weiß oder ob der Minister jedes einzelne Detail aus dem Kopf erinnern kann. So. Und da Sie über die Frage der Aktienkäufe von Mitarbeitern im Untersuchungsausschuss mit Herrn Bose gesprochen hatten und Ihre Kollegin diese Frage ja dann auch glücklicherweise an Herrn Bose gestellt hat - vielen Dank dafür noch mal; das war ja richtig und gut -, gehe ich doch mal davon aus, dass Sie alle diese offenen Fragen auch schon damals mit den Vertretern der APAS thematisiert haben. Wenn Fragen offengeblieben sind, werde ich meine Mitarbeiter bitten - - Dann bedeutet das nicht, wenn ich sie nicht beantworten kann, dass sie nicht im Ministerium beantwortet werden können.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist korrekt. Aber, Herr Minister, wissen Sie, dass Sie diese Frage nicht beantworten können, kommt ja wieder zu der Frage zurück, wie eigentlich die Rechtsaufsicht über die APAS ausgeführt wird.

Zeuge Peter Altmaier: Entschuldigen Sie, die Frage ist doch leicht zu beantworten. Man muss zunächst einmal sich anschauen, wie viele Geschäfte mit Aktien oder - - gemeldet worden sind.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau.

Zeuge Peter Altmaier: Und dann kann man sagen, welche Unternehmen das betrifft im Schwerpunkt. Das ist eine relativ leichte Übung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das ist es auch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Und dann können Sie die Frage stellen, ob alle Geschäfte gemeldet worden sind. Das ist bei der BaFin auch eine Frage, die Sie stellen müssen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das wissen wir sehr genau.

Zeuge Peter Altmaier: Aber es ist eine technisch relativ einfache Geschichte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, aber jetzt beantworten Sie nur - -

Zeuge Peter Altmaier: Und wenn Sie es früher gesagt hätten, hätten Sie längst die Antwort.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Herr Altmaier, Entschuldigung, so lasse ich Sie hier nicht raus. Sie können jetzt nicht mir vorwerfen, dass ich mich darüber informieren müsste, was die Behörde, die Sie beaufsichtigen, gemacht hat. Ich finde es einen ziemlichen Hammer, dass es offenbar nicht mal gemacht wurde oder auch nicht für notwendig erachtet wurde, das zu prüfen. Das ist doch so offensichtlich. Als man gehört hat, dass bei der BaFin mittlerweile wegen Insiderhandel gegen einen Mitarbeiter strafrechtlich ermittelt wird, dann wäre das doch möglicherweise mal eine Sache gewesen, wo ich einfach nur meine Leute gefragt hätte: Ist die APAS da sauber, was das angeht?

Zeuge Peter Altmaier: Also, es ist Sache der APAS-Leitung, zu prüfen, ob die Meldungen, die gemacht werden, den Verdacht begründen, dass jemand mit Insiderwissen Handel getrieben hat und seine Pflichten verletzt hat oder dass er befangen ist; das haben wir ja auch schon erörtert. Das wird nicht im Ministerium geprüft, sondern das wird von der APAS geprüft. Und was Sie von uns erwarten können, ist, dass wir uns die Informationen, die es dazu gibt, zu den Meldungen, zu den Prüfungsvorgängen, zu den Ergebnissen - - dass wir Ihnen diese Informationen in einer anonymisierten Form, wie das bei der BaFin vermutlich auch geschehen ist aus Datenschutzgründen, zur Verfügung stellen, und dazu habe ich mich bereit erklärt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Könnten Sie denn oder könnte Ihr Haus denn so eine Untersuchung bei der APAS anweisen, dass Sie einfach dem kommissarischen Präsidenten sagen: „Führen Sie das bitte mal durch, klären Sie das“?

Zeuge Peter Altmaier: Ich gehe davon aus.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das würde man dann wahrscheinlich Rechtsaufsicht nennen.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. Das ist doch gut; haben wir das auch geklärt.

Zeuge Peter Altmaier: Deshalb habe ich Ihnen doch angeboten, dass wir Ihnen Informationen liefern.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, wir reden aber ja über die Frage, ob Ihr Haus die Rechtsaufsicht effektiv wahrgenommen hat. Und dann ist es nett, dass Sie das heute hier anbieten, aber aus meiner Sicht ist es eben durchaus eine Antwort auf die Frage, ob eine Rechtsaufsicht effektiv ausgeübt wurde oder nicht. Aber ich akzeptiere, dass wir da unterschiedlicher Meinung sind. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann geht es weiter mit dem Kollegen Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Minister, mal eine Einschätzungsfrage: Die APAS hat sich ja 2019 nicht entschieden, eine vertiefte Inspektion bei Wirecard zu machen, obwohl das Unternehmen 2018 in den DAX eingezogen ist, was typischerweise eigentlich schon eine solche Inspektion veranlasst, und hat sich stattdessen entschieden, die Commerzbank zu inspizieren. Das ist eine reine Beurteilungsfrage - das ist mir bewusst -, aber meinen Sie, das ist eine sachgerechte Prioritätensetzung, dass ein Unternehmen, das in den DAX kommt, trotz allem nicht vertieft - - also das Prüfmandat dazu nicht vertieft einer Inspektion unterzogen wird? Ich meine nämlich, ehrlich gesagt - das entnehmen Sie meiner



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage -, dass es genau umgekehrt hätte sein müssen.

Zeuge Peter Altmaier: Also, Ihre Frage klingt plausibel. Ich kann sie aber, ehrlich gesagt, jetzt nicht beantworten, weil mir dazu das notwendige Fachwissen fehlt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Haben Sie denn Kenntnisse davon, dass die Untersuchung von EY durch die APAS und die Vorläuferorganisation, die APAK, schon eine gewisse Historie gezeitigt hatte, was zum Beispiel die Prüfung der Verbuchung von Umsatzerlösen angeht? Kennen Sie da - -

Zeuge Peter Altmaier: Was meinen Sie damit konkret?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich muss ein bisschen aufpassen, wie ich das hier intoniere, aufgrund von Geheimhaltungsvorschriften, bei denen Sie freier sind, zu reden, als ich. Aber letztlich wollte ich von Ihnen wissen, ob Ihnen eine negative Historie von EY in der Akte APAS/APAK bekannt ist im Kontext mit der Prüfung der Verbuchung von Umsatzerlösen, die ja auch bei Wirecard, aber eben, ich sage jetzt mal, nicht nur bei Wirecard in der Vergangenheit ein Problem gewesen ist?

Zeuge Peter Altmaier: Nein, das ist mir nicht bekannt, das ist mir nicht berichtet worden. Ich habe auch nicht danach gefragt. Ich habe mich auf das Thema Wirecard konzentriert, und dazu habe ich Ihnen ja auch das gesagt, was ich weiß.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Das wäre ein bisschen auch das Thema EY gewesen.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Zeuge Peter Altmaier: Aber noch mal: Ich bin ja nicht sozusagen zuständig für EY, sondern ich bin zuständig für die APAS. Und das habe ich in diesem konkreten Fall versucht runterzuberechnen, weil da ja auch das Informationsbedürfnis besonders groß ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich habe das gar nicht vorgeworfen. Bei der APAS sehe ich die Notwendigkeit definitiv, diese Historie zu berücksichtigen; bei Ihnen wollte ich erst mal einfach wissen, ob sie Ihnen bekannt war.

Zeuge Peter Altmaier: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Waren Sie oder war Ihr Haus im Rahmen des Deutsch-Chinesischen Finanzdialogs 2019 in irgendeiner Weise involviert, mitberatend oder unterstützend?

(Der Zeuge wendet sich an
MDgn Yvonne Schreiber
(BMWi) und MR Dr. Jürgen
Schiemann (BMWi))

Zeuge Peter Altmaier: Waren wir das? - Normalerweise nicht. Also der Minister war es auf jeden Fall nicht, und wir waren auch bei diesen Gesprächen mit der chinesischen Seite über Wirecard nicht involviert. Das habe ich prüfen lassen. Das gilt sowohl für das Kanzleramt wie für diese Finanzgespräche.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. - Können Sie noch mal erläutern - Sie haben das Pilotprojekt „Globaldarlehen für Fintechs“ angesprochen, wo am Ende Wirecard nicht zum Zuge kam -, wann das war - das setzt ja irgendwie voraus, dass Wirecard sich zumindest selbst noch als Fintech eingestuft hat - und was für Globaldarlehen da in welcher Größenordnung zu welchem Zweck in diesem Programm in Rede standen?

Zeuge Peter Altmaier: Also, es gab - das ist in Ihren Unterlagen - eine Informationsvorlage an mich als zuständigen Minister. Dort ist dieses Programm geschildert worden, und dort - und nur deshalb haben wir sie Ihnen übersandt und auch weil sie Gegenstand des Ausschusses ist - ist zum ersten Mal Bezug genommen worden auf Berichte über Unregelmäßigkeiten bei Wirecard. Dieser Bezug war ganz allgemein, entsprach im Grunde genommen dem, was bekannt war. Da es aber um das Programm als solches ging und nicht um einzelne Unternehmen, hatte ich an der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stelle jetzt keinen Grund, da eine vertiefte Nachfrage zu stellen, weil es ja auch so war, dass mit denen kein Abschluss zustande kam.

Dr. Florian Toncar (FDP): Können Sie das Datum des Vermerks noch mal nennen?

(Der Zeuge wendet sich an
MDgn Yvonne Schreiber
(BMWi) und MR Dr. Jürgen
Schiemann (BMWi))

Zeuge Peter Altmaier: Ja, können wir.

(MR Dr. Jürgen Schiemann
(BMWi) übergibt dem
Zeugen Unterlagen)

Das war eine Information für mich, eine Informationsvorlage vom 09.07.2019.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und da wurde schon auf Vorwürfe oder mögliche Ungereimtheiten referiert.

Zeuge Peter Altmaier: Da ist verwiesen worden auf die kritische Berichterstattung der „Financial Times“. Die war damals schon bekannt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Die war damals schon bekannt. Ich finde auch - - Ich meine, dass auch zum Beispiel das - -

Zeuge Peter Altmaier: Und es ist in der Vorlage auch darauf hingewiesen worden, dass die Prüfung bei Wirecard Verstöße Einzelner ergab, aber keine grundsätzlichen Zweifel am Geschäftsmodell und der Geschäftsorganisation der Wirecard AG, und begründet worden ist das mit dem uneingeschränkten Testat von EY. So, das habe ich gelesen, und das war jetzt für mich kein Grund, da in irgendeiner Weise tätig zu werden, weil es ja ein Finanzdienstleister war und weil es in dieser Vorlage um die Globaldarlehen ging und da am Ende auch nichts zustande kam.

Dr. Florian Toncar (FDP): Können Sie noch mal sagen, wie groß das von Wirecard gewünschte Volumen war 2019? Denn die haben ja sehr viel Geld eingesammelt in dem Jahr, leider.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, ja. Ich gucke mal gerade.

(Der Zeuge wendet sich an
MDgn Yvonne Schreiber
(BMWi) und MR Dr. Jürgen
Schiemann (BMWi))

Haben wir eine Info über das Volumen? - Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich habe es inzwischen.

Zeuge Peter Altmaier: Haben Sie eine Info?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich habe auch nur Ihr Dokument.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vier Globaldarlehen mit einer Gesamthöhe von bis zu 200 Millionen Euro.

Zeuge Peter Altmaier: Also auch da schauen wir mal, ob wir ohne übergroßen Aufwand -

Dr. Florian Toncar (FDP): Sehr schön.

Zeuge Peter Altmaier: - die Zahl herausfinden können, und dann bekommen Sie die.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann geht es weiter mit Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Die Frage hat jetzt Kollege Toncar abgeräumt. Das ist sehr gut. - Dann will ich noch ein paar Kleinigkeiten abfragen. Herr Minister, sind Sie jemals über den Namen Nicolaus von Rintelen und die Firma Virtual Solution gestolpert in Ihrer Aufgabenwahrnehmung als Wirtschaftsminister?

Zeuge Peter Altmaier: Nein. Nicolaus von Rintelen hört sich nach einem niederländischen oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

flämischen Namen an - das ist eine meiner Lieblingssprachen -, aber ich höre den Namen zum ersten Mal.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ich frage nur deshalb, weil es - und das ist vielleicht von Interesse - in einem Vernehmungsprotokoll des Fluchthelfers von Herrn Marsalek - Herr Schmidbauer würde sagen: des Reisebegleiters - - Der hat ausgesagt, dass es auch geschäftliche Beziehungen zwischen Herrn Marsalek und diesem Mann gibt, was ich selber nicht überprüfen kann. Und der stellt Sicherheitslösungen auch für VS-Verschlüsselungen von Dokumenten für die Bundesregierung her. Deswegen ist das, glaube ich, ein Vorgang, den man sich zumindest noch mal kritisch ansehen sollte.

Ich würde gern noch fragen im Zusammenhang mit einer Aussage, die hier von Herrn Bose gefallen ist. Der hat damals gesagt in der Vernehmung, dass bei den Regeln zur Vermeidung von Interessenkonflikten bei der APAS man es nachmodelliert hätte - - entsprechende Regelungen der Schweizer Aufsicht. Und Frau Kirsten Glückert hat hier ausgeführt, es ginge um die Geschäftsordnung der Schweizer Revisionsaufsicht, an der man sich orientiert habe.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das stimmt auch so weit - ich habe das selber überprüft -, allerdings mit einem Unterschied: In der Schweiz gab es klare Vorgaben für die Leitungsebene, also genau das, was jetzt hier problematisch war. Herr Bose hat ausgeführt - usw. usf. -:

Das war damals der Grund, dass wir uns eine Regelung gegeben haben ...

Jetzt wollte ich noch mal fragen: Wer hat denn diese Regelung gegeben bei der APAS konkret? Also, wer hat diese spezifischen Regelungen, die damals dazu geführt haben, dass es eben diesen Graubereich für die Leitungsebene gab, denn festgelegt?

(Der Zeuge wendet sich an MDgn Yvonne Schreiber (BMWi) und MR Dr. Jürgen Schiemann (BMWi))

Zeuge Peter Altmaier: Die APAS selber, oder?

(MDgn Yvonne Schreiber (BMWi): Das war in der letzten Legislaturperiode!)

- Ja, es war in der letzten Legislaturperiode, höre ich gerade. - Oder haben Sie ein anderes Datum? Man muss ja immer vorsichtig sein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Können wir also hier an der Stelle nicht aufklären.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann wollte ich noch mal fragen: Klar, Sie haben jetzt benannt, es gibt jetzt diese staatliche Stelle, an die sich Wirtschaftsprüfer wenden können. Und Sie hatten, glaube ich, vorhin ausgeführt, das war auch ein Vorgang, der in der Legislaturperiode bei Ihnen nicht aufgeschlagen ist, also nicht nur bei Ihnen persönlich, sondern offenbar im Ministerium. Aber wenn es da offenbar eine Aufforderung seitens der europäischen Ebene gab oder einen Regulierungsbedarf, gibt es da kein Prozedere im Ministerium, dass man sagt: „Hier haben wir quasi noch eine Hausaufgabe von der europäischen Ebene, die müssen wir erledigen“? Weil in dem Fall ist ja tatsächlich die Frage - da geht es jetzt nicht darum, dass die APAS Sie nicht informiert hat über das Telefonat -: Hätte nicht bei einer entsprechenden Regelung - - Wäre dann vielleicht die BaFin informiert worden an dieser Stelle?

Zeuge Peter Altmaier: Also da, muss ich Ihnen sagen, bin ich durchaus bei Ihnen. Es gab ja eine explizite Regelung nicht. Bei uns im Haus war man inzidenter der Auffassung, dass es von Anfang an bei der BaFin hätte geschehen müssen. Es spricht ja auch viel dafür, dass es nicht so ganz falsch war, weil wir es ja auch so vereinbart haben; nur, ich finde, dass man so etwas auch ausflaggen muss, also eine Signalwirkung setzen



Nur zur dienstlichen Verwendung

muss. Und deshalb habe ich es für richtig gefunden, dass wir das jetzt im Gesetz festlegen. Das hätte man aus meiner Sicht schon viel früher machen können.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann bleiben mir nur noch zwei abschließende Fragen. Eine ist, erstens, ob sich aus Ihrer Sicht - - Das fällt jetzt streng genommen nicht in den Untersuchungsauftrag, weil es nach vorne gerichtet ist; aber ich finde - - Ich durfte hier so einem halben Berichterstattergespräch der GroKo beiwohnen; da wird das drin sein. Wenn es zu Feststellungen von berufsaufsichtsrechtlichen Verfehlungen von EY kommen sollte, wäre das dann auch ein Anlass für die Bundesregierung, sich auch die Auftragsvergabe auch für den Beratungsarm von EY anzusehen? Weil ich gesehen habe, dass Ihr Ministerium und das Gesundheitsministerium zu den größten Auftraggebern für Beratungsleistungen von EY gehören. Die sind der Topberater der Bundesregierung. Und es gab ja auch Beratungsleistungen, die an Wirecard erbracht wurden von EY, im Bereich Geldwäsche. Wäre dann das Anlass für die Bundesregierung, das noch mal zu überprüfen?

Zeuge Peter Altmaier: Ja, wir haben von Anfang an gesagt, dass wir das überprüfen wer- - Also ich habe das von Anfang an gesagt, dass wir es überprüfen werden, sobald das juristisch geklärt ist. Ich will allerdings auch auf eines hinweisen - ich habe das auch nicht gewusst, bevor ich Wirtschaftsminister war, weil es nicht zu meinen Aufgaben gehört hat, das zu wissen -: Wir, wie die meisten anderen Ministerien oder viele andere Ministerien auch, sind bei unserer Arbeit oft auf die Expertise von solchen großen Wirtschaftsprüfern angewiesen, weil es Dinge gibt, die im eigenen Haus nicht immer und so schnell erledigt werden können.

Ich will Ihnen mal ein Beispiel nennen: Wir haben jetzt nicht EY beauftragt, sondern eine andere Wirtschaftsprüfung. Wir haben nämlich gesagt: Bei den Überbrückungshilfen und November-, Dezemberhilfen, da stellen die Steuerberater den Antrag als prüfende Dritte für die Unternehmen. Dann haben die Steuerberater gesagt: Ja, woher sollen wir denn jetzt wissen, was richtig

und falsch ist? Manche Dinge sind auslegungsbedürftig. - Dann haben wir eine Hotline eingerichtet mit, ich glaube, 50 Mitarbeitern. Die finden Sie nicht in einem Ministerium, wo die Zahl der Planstellen eine begrenzte ist. Und deshalb haben wir uns dann der Hilfe eines Wirtschaftsprüfers bedient, die dann mit sehr spezialisiertem und geschultem Personal diese Auskünfte erteilen. So.

Und deshalb muss man sich das genau anschauen. Die erste Frage war ja: Soll man mit der Zusammenarbeit grundsätzlich aufhören, bis alles geklärt ist? - Da haben wir gesagt, das wäre eine Art Vorverurteilung. Das sagen auch alle Ministerien, glaube ich, in der Bundesregierung so.

Die zweite Frage ist: Was geschieht denn, wenn der Bericht vorliegt? - Und dann sage ich Ihnen: Wir werden uns das anschauen und dann entsprechend die Konsequenzen ziehen, wenn sie notwendig sind.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Jetzt bin ich schon über die Zeit weg. Ich hätte es normalerweise noch in dieser Runde gemacht, aber wir sehen uns so selten, und ich höre ja auf, deswegen hänge ich einfach noch eine Runde dran.

(Matthias Hauer (CDU):
Twittern!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie haben Sehnsucht, okay. - Dann Frau Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte noch mal zu den Compliance-Regeln kommen. Wir haben dazu ja auch mit Mitarbeitern aus Ihrem Hause gesprochen. Ich habe das jedenfalls so memoriert, dass eben die Geschäftsordnung vom Ministerium gemacht wurde -

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - mit Anleihen sozusagen aus der Schweiz und dass sie dann erlassen wurde und dass dann sozusagen die Frage offen war, ungeklärt war, wer denn diese Geschäftsordnung zu überprüfen hat. Das



Nur zur dienstlichen Verwendung

war mir eben noch nicht so ganz klar - mit Herrn Zimmermann hatten Sie das ja auch noch mal erörtert -; deswegen wollte ich einfach noch mal fragen: Sie sind doch Jurist von Hause aus.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Peter Altmaier: Ich war es jedenfalls mal. Ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von daher wissen Sie ja ganz genau, was eine Rechtsaufsicht und was eine Fachaufsicht ist, aber eben auch, was eine Rechtsaufsicht umfasst. Deswegen wollte ich jetzt schon noch mal fragen - eine klare Aussage von Ihnen -, diese Überprüfungen, inwieweit eben die Compliance-Regeln in der APAS korrekt gelebt werden, inwieweit diese Geschäftsordnung angewandt wird. Das obliegt doch der Rechtsaufsicht.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Ihrem Haus.

Zeuge Peter Altmaier: Ja. Also, noch mal: Das ist meine Einschätzung aufgrund der Informationen, die ich habe, was Rechtsaufsicht bedeutet. Ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Und wenn - -

Zeuge Peter Altmaier: Weil die Rechtsaufsicht besteht darin, dass geltende rechtliche Regelungen auch einzuhalten sind.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Mein Eindruck, den ich hier gewonnen habe im Zuge der Befragung, war schon, dass eben das so nicht gelebt worden ist. Und deswegen wollte ich noch mal generell fragen: Haben Sie in Ihren zwei Jahren Amtszeit mal gesprochen mit Ihrem Ministerium oder auch mit nachgelagerten Behörden zum Thema Compliance-Regeln in der APAS, in dem BAFA? Wir haben ja noch ein paar andere; hatten Sie eben noch mal erwähnt. Also

insgesamt: Welche Rolle spielt das Thema Compliance unter Ihrer Leitung im Wirtschaftsministerium und den nachgelagerten Behörden?

Zeuge Peter Altmaier: Also, ich habe überhaupt keinen Zweifel, anzunehmen, dass meine Mitarbeiter sich in der Zusammenarbeit mit dem BAFA und der APAS auch um diese Themen gekümmert haben. Ich selbst bin damit nicht befasst worden. Es gab auch weder aus dem politischen Raum noch aus der öffentlichen Debatte irgendwelche Klagen, die an mich herangetragen worden wären. Und ich kann Ihnen versichern, dass der Arbeitstag eines Wirtschaftsministers in den letzten drei Jahren mehr als gefüllt war mit sehr wichtigen Dingen, von der Energiewende angefangen bis hin zu Corona und Außenwirtschaft und vielem anderen mehr. Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern, dass ich da in irgendeiner Weise auf Probleme hingewiesen worden bin.

Diese Lücke, die es gibt für die Leitung, ist mir bekannt geworden, nachdem die entscheidende Frage gestellt worden ist und wir dann überprüft haben: „Wie ist denn das Verhalten von Herrn Bose?“, und Herr Bose gesagt hat: Ich muss doch gar nicht, da ist doch gar nichts geregelt für mich. - Und vorher war das kein Thema. Ich habe dann allerdings auch natürlich darauf gedrungen, dass wir Konsequenzen ziehen, und das hat auch das Haus von sich aus gemacht. Und eine Geschichte, die das Haus von sich aus gemacht hat, ohne dass ich sie anordnen musste, war, dass wir jetzt ein neues Referat für Compliance-Angelegenheiten geschaffen haben. Insofern können Sie sehen, dass solche Untersuchungsausschüsse auch Konsequenzen haben, noch lange bevor der Untersuchungsbericht abschließend vorgelegt ist. Deshalb habe ich ja zu Anfang auch Ihre Arbeit ausdrücklich anerkannt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das freut uns ungemein. - Aber wir können jetzt gemeinsam feststellen: Das hat eben jetzt erst danach stattgefunden. In den zwei Jahren Ihrer Amtszeit, -

Zeuge Peter Altmaier: Nein, es hat eine Befassung - - Nein, eine Befassung - - Entschuldigung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - obwohl das Thema Compliance allgemein in den letzten Jahren ja deutlich zugenommen hat, hat trotzdem eben seit 2018 das Thema Compliance unter Ihrer Leitung erst mal keine Rolle gespielt bis zum Untersuchungsausschuss.

Zeuge Peter Altmaier: Na, ich kann Ihnen sagen, dass in all meinen Kontakten, auch mit den Grünen-Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses, der ja für mich der zuständige ist, das Thema Compliance in dieser Zeit nie aufgeworfen worden ist. Wenn es mir als Frage gestellt worden wäre, hätte ich die Frage selbstverständlich gerne beantwortet und notfalls auch schriftlich nachgereicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben jetzt gesagt, Sie hätten auch keinen Anlass gehabt, daran zu zweifeln. Wir hier als Untersuchungsausschuss, glaube ich, haben inzwischen Anlass, daran zu zweifeln. Einen Grund, den hat ja Herr Toncar vor anderthalb Stunden ungefähr mal aufgeworfen, nämlich dass die geltende Geschäftsordnung gar nicht anwendbar ist mit dieser Fünfprozentregel: Was sind jetzt 5 Prozent vom Vermögen? - Würden Sie auch sagen, dass es da doch eine Notwendigkeit - - Sehen Sie da auch eine Notwendigkeit, in diesem Punkt die Geschäftsordnung nachzuschärfen oder zumindest - -

Zeuge Peter Altmaier: Wir ändern sie ja. Wir gehen von den 5 Prozent weg und gehen auf die 5 000 Euro.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Entschuldigung, hatten Sie schon gesagt.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, ja. Es ist nicht - - Wenn Sie eine Pause brauchen als Ausschuss - -

(Heiterkeit)

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke dafür. - Dann weite ich das noch mal aus. Wir haben ja in der Tat noch weitere Behörden. Insgesamt ist ja auch so ein Wirtschaftsministerium ein interessantes Objekt für die verschiedensten Anwürfe. Von daher würde ich noch mal fragen

wollen: Sie ändern das jetzt in Bezug auf die APAS. Gibt es darüber hinaus aus Ihrer Sicht jetzt Reformbedarf? Haben Sie zusätzliche Abfragen gemacht? Könnten Sie vielleicht noch mal erläutern, wie die Anwendungen der Beamtenregeln in Ihrem Hause sind?

Zeuge Peter Altmaier: Wir haben natürlich auch Compliance-Regeln bei uns im Haus, was Befangenheit usw. angeht. Die können wir Ihnen gerne auch schriftlich noch einmal übermitteln. Es ist nach meiner Kenntnis so - das ist ja die Frage, die Sie wahrscheinlich interessiert -, dass es in den Ministerien der Bundesregierung bislang - jedenfalls ist es mir nicht bekannt - keine Regelungen gibt, dass Aktienkäufe zu melden sind. Das bezieht sich ja auf mehrere Zehntausend Mitarbeiter. Alleine der Geschäftsbereich des BMI, wo ich mal Staatssekretär war, hat 40 000 Mitarbeiter. Wenn Sie den Geschäftsbereich des BMF nehmen, mit dem Zoll und mit der BImA und anderen, kommen Sie auf Zehntausende von Mitarbeitern. Die Frage, ob man dann von all diesen Mitarbeitern, egal ob irgendwo die Besorgnis der Befangenheit zu befürchten steht, verlangt, dass jeder einzelne Aktienkauf dokumentiert wird, das ist eine Frage, die muss man politisch diskutieren. Das ist bisher nirgendwo gemacht worden. Die Forderung ist auch, glaube ich, nicht erhoben worden bisher. Und ich wäre jetzt sehr vorsichtig, um diese Uhrzeit, obwohl ich glaube, dass ich noch einigermaßen konzentriert bin, eine solche Ankündigung zu machen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber jenseits der Aktienfrage - -

Zeuge Peter Altmaier: Das muss im Ressortkreis besprochen werden, und es muss, glaube ich, dann auch einvernehmlich geregelt werden.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Compliance ist ja nicht nur eine Aktienfrage.

Zeuge Peter Altmaier: Nein, und da haben wir Regeln. Da haben wir Regeln.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Sie ausreichend finden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Es kommt doch nicht darauf an, ob ich sie ausreichend finde, sondern diese Regeln haben wir seit vielen Jahren und unter unterschiedlichen Ministern. Die kann ich Ihnen gerne zur Kenntnis bringen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die kenne ich. Das ist schon okay.

Zeuge Peter Altmaier: Das ist ja kein Geheimnis.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wäre dann damit durch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Frau Paus. - Dann frage ich trotzdem noch mal - ich bin ja immer dafür, dass der Zeuge die volle Konzentration hat -: Das klappt mit uns noch?

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Dann geht es weiter mit den Kollegen der CDU/CSU. - Keine Fragen mehr. Bei mir hat sich der Status da auch nicht geändert, keine Fragen mehr. - Dann schaue ich zu den Kollegen der SPD-Fraktion. - Frau Kiziltepe, bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, ich habe noch Fragen. Wir waren ja an einer sehr wichtigen Stelle geliebt, und ich möchte gerne dazu noch meine Fragen stellen. Und zwar lautete ja meine Frage, ob sich das Institut der deutschen Wirtschaftsprüfer jetzt in den letzten Monaten zum FISG bei Ihnen gemeldet hat, vorstellig wurde, ob es eine Videokonferenz dazu gab, Vorschläge, was an dem Gesetzentwurf gar nicht geht.

Zeuge Peter Altmaier: Das haben wir aber schon erzählt. Es gab ein Schreiben an das Ministerium mit Vorschlägen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wissen Sie, was da drin stand? Können Sie sich noch daran erinnern?

Zeuge Peter Altmaier: Ich weiß es nicht. Ich weiß nicht, ob wir das übermittelt haben - in den Unterlagen.

(Der Zeuge wendet sich an MDgn Yvonne Schreiber (BMWi) und MR Dr. Jürgen Schiemann (BMWi) - MR Dr. Jürgen Schiemann (BMWi): Sie* haben es an G 7* geschickt!)

- Bitte?

(MR Dr. Jürgen Schiemann (BMWi): Sie* haben es an G 7* geschickt!)

- Aber nicht zum Untersuchungsausschuss?

(MR Dr. Jürgen Schiemann (BMWi): Das ist meines Wissens nach der Zeit gewesen!)

- Ach so, das fällt nicht zum Untersuchungsgegenstand.

(MR Dr. Jürgen Schiemann (BMWi): Nicht in die Untersuchungszeit!)

- Aha. Gut.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay, aber es gab - -

Zeuge Peter Altmaier: Also, es fällt nicht in die Untersuchungszeit, aber ich biete Ihnen an, dass wir das Institut der deutschen Wirtschaftsprüfer fragen, ob sie etwas gegen die Übermittlung einzuwenden hätten, und zwar ohne Anerkennung einer Rechtspflicht, ja? Normalerweise unterhalten wir uns hier über Dinge, wo Sie einen Anspruch haben; aber das ist jetzt eine Frage, da bin ich persönlich ganz entspannt, aber ich kann es natürlich nicht zusagen, ohne dass ich den Absender vorher dazu frage.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, uns liegen auch diverse Schreiben vor, auch ohne Namen, sondern einfach als Blankopapier mit den entsprechenden Hinweisen, wo man manchmal eben nicht weiß, aus welcher Richtung es kommt. Man kann sich das denken, aber wir können das ja mal vergleichen. Wäre nett, wenn Sie uns das zuschicken würden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Gibt es denn da etwas, was aus Ihrer Sicht problematisch ist, inhaltlich?

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau, wir wollen ja - - Es gibt in keinem anderen Land eine begrenzte Haftung bei grober Fahrlässigkeit, ne?

Zeuge Peter Altmaier: Ach so, ja, die Haftung. Ja, klar.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und wir wollen das, und das ist so ein bisschen der Streitpunkt gerade in den Verhandlungen. Aber das BMWi hatte das im Entwurf ja so mit unterstützt, und dafür noch mal danke, Herr Minister.

Zeuge Peter Altmaier: Aber das ist jetzt in Händen des Parlamentes; das will ich ausdrücklich noch mal sagen. Und ich habe bei einem anderen Thema auch gesagt: Zu den laufenden Bericht-erstattegesprächen möchte ich inhaltlich natürlich keine Stellung nehmen, sondern das ist Sache der zuständigen Abgeordneten.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. - Dann hatten Sie in Ihrem Eingangsstatement auch erwähnt den Wirtschaftsminister Gabriel, den Bundesjustizminister Heiko Maas. Die APAS gibt es seit 2016, das ist richtig, und es gab nach der Finanz- und Wirtschaftskrise auch eine tiefer gehende Diskussion darüber, wie die Wirtschaftsprüfung neu aufgestellt werden müsste. Es gibt den Barnier-Vorschlag aus dem Jahr 2011, es gab Konsultationen innerhalb der EU-Mitgliedsländer. Und all diese Konsultationen und Verhandlungen fallen ja auch - ich möchte das nur auch noch mal vergegenwärtigen; manchmal wirkt es wie ein Ping-pong, manchmal ist es so, aber manchmal muss man auch bestimmte Sachen hier klarstellen - unter die schwarz-gelbe Regierung. Und laut der Dokumentation, auch von Wirtschaftsprüfungsverbänden, können wir eben nachvollziehen, dass hier unter der schwarz-gelben Regierung - - Also, die Barnier-Vorschläge waren exzellent. Es sind die Vorschläge, die sich heute im FISG wiederfinden. Aber damals wurden diese Vorschläge in Deutschland nicht übernommen. Es wurden Ausnahmen zum EU-Standard geschaffen hier in Deutschland. Deshalb möchte ich das noch mal feststellen, dass das Jahr 2016 eher fußt auf den

Konsultationen von 2011 bis 2013, würde ich mal sagen. Deshalb sollte man da schon bei der ganzen Wahrheit bleiben und den gesamten Zeitraum auch mit berücksichtigen.

Zeuge Peter Altmaier: Aber, Entschuldigung, der Kollege Barnier ist mir seit 20 Jahren bekannt, und seit 20 Jahren sind wir auch befreundet und arbeiten umfänglich zusammen. Aber wenn ein hochgeschätzter Kommissar - ich weiß nicht, ob er damals Kommissar war; ich vermute es mal - solche Vorschläge vorlegt, dann werden diese Vorschläge bewertet, und es gibt meistens Zustimmung und Widerspruch, und am Ende kommt es zu einer Rechtsetzung oder auch nicht. Und das, was als Rechtsetzung dann geschieht und in Kraft tritt, das muss umgesetzt werden und muss angewandt werden. Aber Sie können doch nicht sagen: Wenn man einen bestimmten Teil eines Vorschlages aus einem Bericht nicht umsetzt, dann ist das ein Problem oder ist etwas, was zu skandalisieren ist. - Dafür hat man politische Mehrheiten.

Cansel Kiziltepe (SPD): Nein, überhaupt nicht. Aber ich erinnere mich auch an den Spruch Barniers aus diesen Erfahrungen. Er hatte nämlich damals gesagt: Diese Konsultation ist die Mutter allen Lobbyismus, den er je erlebt hätte. - Und diesen Lobbyismus erleben wir jetzt auch beim FISG genauso, und das wollte ich noch mal zum Ausdruck bringen.

Zeuge Peter Altmaier: Okay.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich möchte Sie aber konkret noch mal fragen - ich hatte Sie auch eben gefragt, wie es denn - - Wir haben zu Recht bei der BaFin uns ja auch gestürzt auf diese Aktiengeschäfte mit Insiderwissen, und es ist richtig, dass dieser Mitarbeiter oder ein Mitarbeiter da auch belangt wird und es sofort neue Regelungen gab. Irgendwie hatte ich Sie eben gefragt: Haben Sie Erkenntnisse darüber, wie es sich mit Aktiengeschäften der APAS-Mitarbeiter verhält? - Konnten Sie nicht so richtig antworten.

Zeuge Peter Altmaier: Nein, ich habe gesagt: Wir werden das nachliefern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Also: Haben Sie es geprüft, wissen Sie, dass es das schon gibt, oder werden Sie es noch überprüfen?

Zeuge Peter Altmaier: Also, was ich weiß, ist, dass es eine Meldepflicht gibt und dass die Mitarbeiter verpflichtet waren, Aktienkäufe zu melden. Und weil sie sie gemeldet haben - - Oder: Wenn sie sie gemeldet haben, dann ist das veraktet, und dann ist das rekonstruierbar. So. Und ob das mein Haus überprüft hat oder angeschaut hat, das habe ich im Vorfeld mit meinem Haus nicht diskutiert, weil dieses Thema bislang keines in der politischen Debatte war. Und ich habe Ihnen zugesagt, dass wir das überprüfen und dass wir auch überprüfen, inwieweit wir Sie darüber informieren können. Und ich bin ganz sicher, dass wir Ihnen zumindest in anonymisierter Form werden sagen können, in welchem Umfang Aktien erworben wurden und von welchen Unternehmen, also Unternehmenstypen usw., so ähnlich, wie das mit der BaFin ja auch bekannt geworden ist. Das halte ich für machbar, und wir werden alles tun, um Ihren Auskunftswunsch zu erfüllen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und das wird auch verschärft werden, diese Regelungen, was den Aktienhandel angeht?

Zeuge Peter Altmaier: Ja, die Regelungen werden konkretisiert; ich habe das ja vorgelesen, nämlich zum einen, dass wir auch ausdrücklich in den Compliance-Regeln und auch, was den Aktienhandel angeht, die Leitung der APAS mit einbeziehen, dass beim Thema Befangenheit die Vorschriften für die Leitung schärfer gefasst werden als für die normalen Mitarbeiter der APAS und dass wir darüber hinaus diese neue Grenze von 5 000 Euro einführen.

Dieser Vorschlag ist fertig. Wir haben ihn aus Rücksicht auf das Parlament, weil die Berichterstattungsgespräche zum FISG ja noch liefen und es auch die Frage gab - das ging, glaube ich, von Ihnen aus -, ob man das gesetzlich regeln soll oder nicht - - Wir hatten den Eindruck, dass dieses Thema jetzt für das Parlament nicht mehr so vorrangig war, und deshalb würden wir es vom Ministerium aus regeln wollen. Der Entwurf ist

fertig, und wir würden ihn die nächsten Tage auch veröffentlichen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay, vielen Dank. - Dann würde ich gerne auch noch mal wissen: Die APAS hat ja 51 Mitarbeiter insgesamt.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich glaube, davon sind etwa 20 Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer. Und wir hatten damals auch erfahren, dass die personelle Ausstattung eben zu wünschen übrig lässt. Das gilt nicht nur für die APAS, das gilt auch für die BaFin; da wird jetzt auch aufgestockt. Auf jeden Fall ist das ja jetzt mittlerweile seit November auch fast ein halbes Jahr her. Wann werden denn die Stellen jetzt neu besetzt? Ich meine, es gibt ja eine Menge zu tun, ne?

Zeuge Peter Altmaier: Na ja, ich habe darauf hingewiesen, dass das BAFA, das dafür zuständig ist, die Stellen bei der APAS zu besetzen, erhebliche Rekrutierungsprobleme hat. Das hängt auch ein bisschen damit zusammen, inwieweit man bereit ist, über die tarifliche Bezahlung für den öffentlichen Dienst hinauszugehen, also außertarifliche Arbeitsverträge abzuschließen. Und das wird im Allgemeinen dann auch mit den zuständigen Ministerien, vor allen Dingen dem BMF, besprochen. Und je mehr Sie anbieten können, desto mehr wird es für den einen oder anderen Bewerber auch attraktiv, zur APAS zu wechseln.

Trotzdem sind wir uns, glaube ich, einig, dass wir dort keine Konditionen bieten können, wie in der freien Wirtschaft für exzellente Wirtschaftsprüfer im Einzelfall gezahlt werden. Es gibt - - Deshalb gibt es immer wieder auch einen Mangel an geeigneten Bewerbern, und wir arbeiten daran, das zu ändern. Aber das ist etwas, was sich kurzfristig nicht ändern lässt, weil letzten Endes - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich meine, es ist sechs Monate her, ne? Wie lange dauert denn so ein Rekrutierungsverfahren?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Das kann ich Ihnen nicht sagen, aber ich meine, es gibt Beschleunigungsmöglichkeiten. Ich habe aber gar keinen Zweifel, dass der Herr Safarik alle Möglichkeiten ausschöpfen wird, um diese Stellen möglichst schnell zu besetzen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, dann wollte ich Sie noch gerne fragen, Herr Minister: Es geht - genau, die Frage wurde aber schon mal gestellt; ich möchte sie anders stellen - - und zwar um die Rettung des Wirecard-Unternehmens. Sie hatten auf die Frage eben geantwortet, dass das BMF auf Sie nicht zugegangen sei in dieser Frage. Meine Frage ist, ob Sie in irgendeiner Form von sich aus oder in irgendeiner anderen Form sich mit dieser Sache befasst haben und Überlegungen angestellt haben - das BMWi, also nicht nur Sie, sondern auch Ihr Haus, Abteilungen in Ihrem Haus.

Zeuge Peter Altmaier: Nein. Ich bin ja durchaus offen, wenn es um die Rettung von Unternehmen geht, sofern es wirtschaftlich Sinn macht und auch politisch geboten ist. Wir hatten vor einigen Jahren mal - - Mit einem meiner Vorgänger gab es eine Diskussion in der Bundesregierung, als es um die Rettung von Opel in Deutschland ging, die nachher nicht notwendig wurde, aber die politisch sehr umstritten war. Ich gehöre da eher zu denen, für die auch soziale und andere Gesichtspunkte maßgeblich sind, aber ich muss sagen, dass vor dem Hintergrund der Probleme und der Schwierigkeiten bei Wirecard mir eine solche Rettungsaktion nicht in den Sinn gekommen ist, jedenfalls nicht zu dem Zeitpunkt, zu dem ich mich mit dem Thema Wirecard beschäftigt habe. Das war also um meinen 62. Geburtstag herum, 18. Juni. Deshalb weiß ich das so gut.

Cansel Kiziltepe (SPD): 18. Juni; werde ich nicht vergessen.

Zeuge Peter Altmaier: Und deshalb: Es hat weder jemand an mich herangetragen, noch habe ich von mir aus darüber nachgedacht. Zur Marktwirtschaft gehört eben auch, dass Unternehmen, die am Markt nicht bestehen können - und das war ja der Fall von Wirecard, wie sich herausgestellt hat - - dass diese Unternehmen dann in der Form nicht mehr weiterbestehen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Können Sie noch mal sagen - - Ich hatte das vorhin gefragt, ob das BMWi, also Ihr Haus, darüber nachgedacht hat. Also, Sie haben nicht darüber nachgedacht. Aber hat irgendeine Stelle in Ihrem Haus darüber nachgedacht, Überlegungen gemacht?

Zeuge Peter Altmaier: Ist mir nicht bekannt. Ich glaube, wenn darüber nachgedacht worden wäre, hätte mein zuständiger Staatssekretär Nußbaum mich darüber informiert. Wir haben das bei der Condor gemacht, wir haben das bei der TUI gemacht, wir haben das in vielen Bereichen gemacht. Sie müssen ja wissen, dass es ja auch seit Mitte letzten Jahres grundsätzlich die Möglichkeit gibt, beispielsweise über den WSF, Unternehmen, -

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay, ja.

Zeuge Peter Altmaier: - die in Schwierigkeiten sind, zu helfen. Aber das ist nie an mich herangetragen worden, und deshalb glaube ich, dass es solche Überlegungen auch nicht gegeben hat.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Dann würde mich auch noch mal interessieren: Gibt es denn eine Person, die Sie sich vorstellen können als APAS-Chef? Oder: Die BaFin hat ja dann auch - - oder das BMF hat entschieden, wirklich intensivst gesucht, und es hat auch Überzeugungsarbeit geleistet, aber letztendlich den Mark Branson gefunden. Und er fängt am 1. August an; das ist auch noch ein bisschen Zeit. Können Sie sagen, wann der APAS-Chef oder die APAS-Chefin anfängt, ob Sie da schon konkrete Personen in der Auswahl haben?

Zeuge Peter Altmaier: Ja. Also, wir haben - - Das BAFA hat eine Ausschreibung durchgeführt. Diese Ausschreibung ist, soweit ich weiß, beendet.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da sind aber einige schon wieder weg.

Zeuge Peter Altmaier: Ich gehe davon aus, dass wir in nächster Zeit über die Ergebnisse informiert werden, und dann ist zu entscheiden, ob



Nur zur dienstlichen Verwendung

unter den Bewerbern ein geeigneter Nachfolger von Herrn Bose sich befindet.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, das freut mich, weil die Aufsicht über die Abschlussprüfer ist ja schon eine wichtige Stelle,

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): - und die muss so schnell wie möglich besetzt werden.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und zuletzt möchte ich noch auf einen Punkt - ist meine letzte Frage - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann bin ich beruhigt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. Ich hatte ja das APAS-Thesenpapier angesprochen, das auch wirklich sehr, sehr gute Vorschläge hat, muss ich sagen, und der Aktionsplan der Bundes- - oder des BMF und des BMJV hat diese Reformvorschläge auch aufgegriffen. Und in der Ressortabstimmung, hatte ich gesagt - und ich erwähne das hier noch mal dezidiert, weil Kollege Hauer auf Twitter meint, das sei nicht so gewesen -, sind diese Punkte auf dem Weg zum FISG-Gesetzesentwurf leider rausgefallen.

Und dazu gibt es auch eine Unterlage - MAT A BMWi-11.02, Blatt 215 -, und hier geht es um eine Entscheidung in der Ressortabstimmung, BMWi-Stellungnahme, und hier steht eben drin zur APAS:

... Die bisherigen Ausführungen im Aktionsplan machen wenig Sinn. Bereits heute führt die APAS anlasslose Inspektionen durch ... Es sollte stattdessen die Prüfung konkreter Verbesserungsvorschläge zur Zusammenarbeit der Aufsichten APAS, BaFin/DPR, zur Transparenz und zur Schärfung der Sanktionsmöglichkeiten der APAS ... in Aussicht gestellt werden.

Aus BMWi-Sicht ist der APAS-Punkt entscheidend ...

Das bedeutet, durch diese Stellungnahme des BMWi zum Aktionsplan sind die guten, guten Vorschläge der APAS aus dem APAS-Thesenpapier schwuppdwupp rausgefliegen, richtig?

Zeuge Peter Altmaier: Das weiß ich nicht, aber es ist ja jetzt so, dass das FISG bei Ihnen im Parlament liegt, und das Parlament hat ja alle Möglichkeiten, es so zu ändern, wie es das möchte.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, es ist eine Ministervorlage an Sie, und das müssen Sie ja irgendwie absegnet haben, und dann - -

Zeuge Peter Altmaier: Also, ich kann Ihnen sagen, dass ich dieses Papier nicht absegnet habe. Das BMWi ist, weil es ein Ministerium mit umfassenden Zuständigkeiten ist, ständig mit einer Vielzahl von Ressortabstimmungen beschäftigt. Ich habe beispielsweise ungefähr 15 Arbeitstage verbracht alleine mit der Ressortabstimmung -

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau; Sie kriegen es jetzt vorgelegt, Herr Minister.

Zeuge Peter Altmaier: - eines Entwurfes zum Lieferkettengesetz.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Ich will darauf hinweisen: Mitten in Corona haben wir das gemacht, weil es im Koalitionsvertrag drinstand, nächtelang. Und ich habe deshalb an der Stelle, glaube ich, auch meinem Haus vertraut und habe auch keinen Grund, das zurückzuziehen. So.

Hier steht im Votum:

Zustimmung zum BMF-Aktionsplan bei Übernahme der BMWi-Änderungen (im Einzelnen ...

Und die sind: Vor allen Dingen müssen sie

die Notwendigkeit einer umfassenden Sachverhaltsaufklärung in



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Causa Wirecard unterstreichen;

- weil wir nicht wollten, dass die Sachverhaltsaufklärung etwas weniger prioritär gesehen wird, vor dem Hintergrund, dass man Änderungen für die Zukunft macht -

die Gewichtung und die Priorisierungen der vorgesehenen Schritte dahingehend anpassen, dass die APAS nicht im Vordergrund steht, und eine verfrühte Vorfestlegung auf eine Stärkung der BaFin vermieden wird.

Das Letztere war eine verfrühte Vorfestlegung, weil das eine Diskussion war, die dann gerade angesetzt hat. Und dass das Thema APAS nicht im Vordergrund steht, das ist auch richtig, weil die APAS war in diesem Wirecard-Skandal nicht das Problem, sondern ein Teil der Lösung. Und das habe ich vorhin versucht vorzutragen, und dabei bleibe ich auch.

So, und dann:

Vorschläge zur Stärkung der Aufsicht über die Abschlussprüfer durch die APAS ...

enthalten. - Und da können Sie sehen, dass wir sehr wohl an der Stärkung der APAS interessiert waren und auch bereit waren, uns dafür einzusetzen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich unterbreche jetzt sehr ungern und war heute auch sehr großzügig.

Cansel Kiziltepe (SPD): Gut, ist ja auch kein geheimes Dokument.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir sind sehr stark - es war aber auch schon bei einigen anderen Kollegen anderer Fraktionen so - außerhalb des Untersuchungszeitraums. Nochmals: Ich bin gerne Mediator bei den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koa, aber die sollten wir jetzt nicht, weil sie sehr aktuell sind, im Untersuchungsausschuss diskutieren.

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Vorsitzender, das ist - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz kurz! Ich falle hier niemandem ins Wort, und das wünsche ich für mich auch. - Und wir haben noch einen Zeugen; da mache ich drauf aufmerksam.

Ich habe da auch kein Problem damit, wenn wir uns im Untersuchungsauftrag bewegen, hier von mir aus durchzumachen und dann zu sagen: Wir setzen um 12 Uhr hier wieder auf, ganz frisch, fröhlich, frei - oder auch 12.30 Uhr. Aber ich bin nicht bereit - und ich spreche da, glaube ich, auch im Namen der anderen Oppositionsparteien -, Krisenbewältigung jetzt zum FISG und wer hat nun wem wie zugestimmt - - Also, ich war jetzt großzügig, ich habe das jetzt über vier-einhalb Minuten - auch über der Zeit - gemacht, habe auch auf Ihr charmantes Lächeln hin gesagt: „Okay, meine letzte Frage“, aber ich mache nur darauf aufmerksam: Meine Geduld ist da jetzt so ein bisschen am Ende.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wenn ich darauf noch mal antworten kann, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das können Sie machen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das ist Untersuchungszeitraum. Diese Ministervorlage ist datiert auf den 30.07.2020, und deshalb - - Also, wenn Herr Minister auch vier Minuten antwortet - -

(Fritz Güntzler (CDU/CSU):
Wenn er nicht antwortet,
beschwert ihr euch auch!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Jetzt bitte ich um Fairness; aber ich habe ja darauf aufmerksam gemacht.

(Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Jedenfalls ist es im
Untersuchungszeitraum! -
Gegenruf des Abg. Dr. h. c.
(Univ Kyiv) Hans Michel-
bach (CDU/CSU): Ihr wer-



Nur zur dienstlichen Verwendung

det immer nervöser, je länger es dauert! - Weitere Zurufe)

- So, jetzt deeskalieren wir. - Sind wir denn jetzt durch, dass ich weitergeben kann?

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Je näher der Schulz-Termin kommt, umso nervöser werdet ihr! - Heiterkeit bei der CDU/CSU))

- Dr. Michelbach, das hilft mir jetzt auch nicht viel weiter, und es bringt uns jetzt auch nicht weiter. - Ich würde sagen, Dr. Florian Toncar macht weiter, und dann schauen wir mal. Bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich wollte die Harmonie nicht stören hier bei euch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich liebe Ihren trockenen Humor. - Bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein, ich habe eigentlich nur noch zu Protokoll zu geben, dass ja sogar zwei Vorgänger des Herrn Bundesministers sich mit der Opel-Rettung beschäftigt haben.

Zeuge Peter Altmaier: Mit welcher Rettung?

Dr. Florian Toncar (FDP): Opel.

Zeuge Peter Altmaier: Opel, ja.

Dr. Florian Toncar: Nämlich zu Gutenberg und Brüderle, die sogar übereinstimmender Meinung gewesen sind damals. Zu Gutenberg wäre untersuchungsgegenständlich, aber nichts, wozu ich Herrn Altmaier jetzt noch eingehender befragen möchte. Also, ich verzichte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann macht weiter Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, ich beeile mich auch, damit Herr Altmaier dann wieder up to date bei Twitter wird sozusagen; ist ja auch wichtig.

Zeuge Peter Altmaier: Also, Sie twittern die ganze Zeit; ich komme gar nicht zum Lesen.

(Heiterkeit)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, ich weiß.

Zeuge Peter Altmaier: Viel weniger zum Antworten.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, Sie kennen ja Lucky Luke: Schneller als der Schatten und so.

(Heiterkeit)

Ich habe noch eine Nachfrage, und zwar: Es gibt hier noch eine E-Mail von Waldemar Kindler. Das ist dieser besagte bayerische Landespolizeipräsident, der ehemalige, dem, nebenbei bemerkt, seine größte Sorge war, dass das Onlineglücksspiel noch nicht hinreichend liberalisiert wurde in Deutschland, -

Zeuge Peter Altmaier: Aha.

Fabio De Masi (DIE LINKE): - während seine Beamten da täglich gegen Windmühlen kämpfen hinsichtlich Geldwäsche. Und der schreibt in einer E-Mail an Herrn Ley:

Ich habe neben der von Ihnen ...

Zeuge Peter Altmaier: An Herrn Ley? An Herrn Ley von Wirecard?

Fabio De Masi (DIE LINKE): An Herrn Ley, ja.

Ich habe neben der von Ihnen avisierten Cyber-Veranstaltung noch eine interessante Veranstaltung im 13.30

- das ist aber ein Schreibfehler -

mit dem M Altmaier ...,

- also Minister -

M Herrmann und Präsident Massen (BfV) -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Heckler & Koch.

Fabio De Masi (DIE LINKE):

- zum Wirtschaftsschutz in
Deutschland aufgetan und uns
vorsorglich angemeldet.

Ihnen ist da nicht erinnerlich, dass Herr Ley oder
so am Rande dieser Veranstaltung auf Sie zu-
gekommen ist.

Zeuge Peter Altmaier: Nein. Moment; ich kann
Ihnen aber dazu was sagen.

(Der Zeuge blättert in
seinen Unterlagen)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Die E-Mail ist aus
2016.

Zeuge Peter Altmaier: Sie spielen doch auf die
Sache Heckler & Koch an. - Nee?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nee, Heckler &
Koch - -

Zeuge Peter Altmaier: Die war ja kurzfristig. -
2016: Weiß ich nichts, nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Und dann
hätte ich noch eine Frage: Was ganz interessant
ist: Der Herr Fritsche, der ja da eine Untersagung
bekommen hat zu Heckler & Koch dann, nach-
dem er diverse andere Tätigkeiten hatte, der hat
hier ausgeführt, dass ihn Herr Ley in Kenntnis
gesetzt habe über ein „Project Y“. Dabei geht es
darum, dass bei dem Einstieg des französischen
Investors bei Heckler & Koch es unter Umständen
Schwierigkeiten mit der Erlaubnis durch Ihr Mi-
nisterium gegeben hätte.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

(Der Zeuge blättert in
seinen Unterlagen)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und im Zuge dessen
hat ihn Herr Ley darauf aufmerksam gemacht -
wohl bei einem Abendessen mit diesem Investor,
der auch bei Wirecard investiert war -, dann

könne man ja, ich sage mal, da ein paar Brief-
kastenfirmen in Luxemburg aufsetzen und das
anders hinbauen, und dann wäre das vielleicht
mit der Erlaubnis kein Problem mehr.

Jetzt will ich einfach mal fragen: Brauchen wir da
nicht andere Regeln, damit sich ein ehemaliger
deutscher Geheimdienstkoordinator zuerst loyal
gegenüber der Bundesrepublik fühlt? Ich meine,
der erfährt davon, dass die, ich sage mal, Ihr Mi-
nisterium hinter die Fichte führen wollen, und
hat das überhaupt nicht als einen meldepflichti-
gen Vorgang oder ein Problem gesehen.

Zeuge Peter Altmaier: Also, ich bin jetzt erst mal
in einem persönlichen Loyalitätskonflikt, weil
ich Herrn Fritsche kenne seit vielen Jahren, und
Herr Fritsche war mein - - Ich war sein Dienstvor-
gesetzter als Chef des Kanzleramtes. Er war im
Kanzleramt zuständig als Beauftragter für die
Nachrichtendienste, und wir haben sehr gut zu-
sammengearbeitet die ganze Zeit.

Was Herr Fritsche nach seinem Ausscheiden ge-
macht hat, entzieht sich mangels meiner Zustän-
digkeit sozusagen auch meiner Beurteilungsmög-
lichkeit. Aber das müssen Sie diskutieren und
beurteilen. Ich habe mich nur mit der Frage be-
schäftigt, inwieweit es in dieser Heckler & Koch-
Geschichte zu einer Einbeziehung des BMWi ge-
kommen ist, zumal es ganz offenbar so war, dass
einer der Beteiligten sogar, der Herr - - dass der
Herr Walewski dem Herrn Ley ein Organigramm
mit wichtigen Beamten des BMWi zugeschickt
hat. Das hat mich natürlich alarmiert. Wir haben
das überprüft, und die Abteilung V hat mir ver-
sichert, dass es keinerlei Kontakt eines Wirecard-
Vertreters oder Herrn Fritsches mit dem BMWi
gegeben hat.

(Der Zeuge liest während-
dessen in seinen Unter-
lagen)

Das ist, glaube ich, für die Akten hier und für den
Untersuchungsausschuss wichtig. Im Übrigen
möchte ich von einer Beurteilung des Verhaltens
von Herrn Fritsche absehen, weil ich es nicht in
allen Einzelheiten überblicken kann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich kann im Übrigen Ihnen sagen, dass es ja für - - dass es ja im Beamtenrecht auch schon Karenzzeitregelungen gibt für die Tätigkeiten nach dem Ausscheiden, und ich habe mit dem von mir sehr geschätzten Kollegen Thomas Oppermann, mit dem mich seit unserer Zeit als PGF eine enge Freundschaft verband, auch geregelt, dass man die Karenzzeitregelung für die Minister und die Parlamentarischen Staatssekretäre verabschiedet hat. Also, das Thema ist mir wichtig und liegt mir sehr am Herzen, aber im konkreten Falle kann ich kein Urteil abgeben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Das heißt, ich verstehe Sie aber richtig: Sie sehen da keinen Nachschärfungsbedarf oder so hinsichtlich, ich sage mal - -

Zeuge Peter Altmaier: Dafür müsste ich ja den konkreten Fall kennen. Verstehen Sie?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Peter Altmaier: Und ich glaube nicht, dass es meine Zuständigkeit ist, weil für das Beamtenrecht ist der Bundesinnenminister zuständig und nicht der Bundeswirtschaftsminister.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Dann vereinbaren wir uns so, Herr Altmaier: Wenn ich das Buch ausgelesen habe, dann gebe ich es Ihnen.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, sehr gerne.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie haben ja eine umfangreiche Bibliothek, und dann können Sie das noch mal dort nachlesen.

Letzte Bemerkung von meiner Seite - auch weil ja hier schon gegenständlich war die Regelung auch für Ministerien, und ich will hinzufügen: übrigens auch für Bundestagsabgeordnete -, weil wir sind ja alle jetzt gerade mit den Maskendeals beschäftigt, und ich glaube, dass eine große Mehrheit der Mitarbeiter in den Ministerien, auch der Abgeordneten so etwas nicht macht, was wir dort gesehen haben. Aber es gibt Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages; die habe ich selber angefordert. Es gibt ja bei der Bundesbank Zweitschriftverfahren; da

wird also automatisch eine Meldung der Bank ausgelöst, wenn das eingewilligt ist, bei Finanzgeschäften. Ich finde, das könnte sich das Kabinett tatsächlich noch mal anschauen; denn wenn wir gesehen haben, was allein bei den Maskendeals an die Oberfläche gekommen ist, will ich nicht wissen, was vielleicht auch hier noch für Finanzgeschäfte getätigt werden, sowohl in Ministerien als auch im Bundestag.

Und das ist einfach nur mein Wunsch als ausscheidender Abgeordneter, dass man das noch mal sehr ernst nimmt und sich anguckt. - Und sonst habe ich keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi. - Dann ein Hinweis: So gegen halb zwölf wird so langsam unsere kulinarische Verpflegung draußen abgebaut. Also, wer sich noch für den nächsten Zeugen, der ja auch noch ansteht, ein bisschen rüsten will mit Getränken oder Kohlenhydraten, Traubenzucker für den Kopf - - dann wäre jetzt gleich der richtige Zeitpunkt. - Gut. Dann habe ich Lisa Paus für Bündnis 90/Die Grünen. - Keine Fragen mehr. Dann schaue ich noch mal zu den Kollegen der CDU/CSU. - Keine Fragen mehr. Ich schaue mich noch mal an. - Zum dritten Mal keine Fragen mehr. Ich schaue zum Kollegen Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Nur: Ich hatte auch tatsächlich das Thema „Heckler & Koch“ noch auf der Liste. Eine wirklich letzte Frage dazu, weil der Herr Walewski, der Heckler & Koch übernommen hat, der war auch heftig in Wirecard investiert. War das BMWi in die Genehmigung dieser Übernahme involviert?

Zeuge Peter Altmaier: Ich vermute, ja, weil bei Investitionsprüfverfahren wir in aller Regel immer involviert sind.

(Der Zeuge wendet sich an
MDgn Yvonne Schreiber
(BMW) und MR Dr. Jürgen
Schiemann (BMW) -
MR Dr. Jürgen Schiemann
(BMW) begibt sich zum
Platz des Zeugen und über-
gibt ihm Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Waren wir doch wohl involviert, oder? - Hier steht:

Das Investitionsprüfverfahren zu Heckler & Koch wurde im Sommer 2020 nach Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages abgeschlossen und der Übergang der Mehrheitsanteile inzwischen vollzogen. (?)

So. Wir haben das - - Die Investitionsprüfverfahren richten sich nach dem Außenwirtschaftsgesetz und der Außenwirtschaftsverordnung, und die ist in der Federführung meines Hauses, und ich weiß aus einer ganzen Reihe - - Also, Investitionsprüfverfahren beschäftigen mich häufiger, und da kann ich Ihnen sagen, dass ich jedenfalls in den problematischen Fällen, wenn sie versagt wird, dann auch immer eingeschaltet werde. Deshalb vermute ich mal, dass wir auch hier beteiligt waren, aber keine Einwände erhoben haben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ich frage deshalb, weil natürlich Heckler & Koch ist ja jetzt nicht - - ist ja sowohl symbolisch als auch von dem, was die herstellen, schon ein spezielles Unternehmen auch. Und ich frage eben deshalb, weil auch dieser Herr Walewski - es ist eben vom Kollegen De Masi angesprochen worden -, das war jetzt nicht einfach irgendwie ein französisches Rüstungsunternehmen - Nexter oder so -, die das jetzt kaufen, sondern schon irgendwie so ein bisschen ein windiger Typ, und der war eben auch gleichzeitig sehr stark bei Wirecard involviert, hat Herrn Ley, den ehemaligen Finanzvorstand, da irgendwie als Berater gehabt und Herrn Fritsche eben da auch noch involviert. Und dem Herrn Fritsche - das haben Sie ja eben gesagt - wurde am Ende durch das Kanzleramt das Aufsichtsratsmandat versagt, und deswegen hätte es ja sein können - -

Aber sozusagen: Wenn Sie das im Nachgang noch mal prüfen können, das Haus das noch mal prüfen kann, ob irgendwie bei der Erteilung der Genehmigung irgendwo mal das Thema Wirecard bei der Bewertung der finanziellen Hintergründe des Käufers oder so eine Rolle gespielt hat, wäre ich dankbar. Und dann wäre das auch meine letzte Frage gewesen.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, ich weiß aber nicht, ob wir solche Informationen von Investitionsprüfverfahren rausgeben können; das weiß ich jetzt nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich sage mal so: Möglicherweise, wenn Wirecard darin vorkommt, dann würden wir uns das auch in der Geheimschutzstelle anschauen. Wahrscheinlich kommt es ja nicht vor.

Zeuge Peter Altmaier: Ja. Also, wir schauen es uns an.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau.

Zeuge Peter Altmaier: Ich kann Ihnen nur nicht zusagen, wie es ausgeht, weil das muss geprüft werden.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Herzlichen Dank.

Zeuge Peter Altmaier: Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass Herr Fritsche ein unbestrafter und unbescholtener Bürger ist. Und dass ihm das Aufsichtsratsmandat versagt wurde, wie Sie sagen, das zeigt auch im Übrigen, dass die beamtenrechtlichen Regelungen angewandt werden und mit Leben erfüllt sind.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das finde ich auch absolut angemessen an der Stelle. Wir sind ja auf Herrn Fritsche in diesem Kontext ja nur gestoßen, weil er, sage ich mal, nach seiner Tätigkeit eine Beratungstätigkeit für Wirecard aufgenommen hat an verschiedenen Stellen, und dann tauchte er eben im Kontext der Heckler & Koch-Akquisition zusammen mit dem ehemaligen Wirecard-Finanzvorstand wieder auf, und das wirft Fragen auf. - Aber wie gesagt: Danke für Ihre Antworten.

Zeuge Peter Altmaier: Gerne.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Dann schaue ich ein letztes Mal noch mal in die Runde. - Gut, keine Fragen in öffentlicher Sitzung mehr. Dann der guten Ordnung halber: Besteht noch der Bedarf, in eingestufte Runde zu fragen? - Auch das kann ich nicht erkennen. - Herr De Masi.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, nur den Hinweis an Herrn Zimmermann, dass die eingestufte Antwort zum Heckler & Koch-Vorgang in der Geheimschutzstelle liegt. Ich darf ja nicht sagen, was drinsteht; ich darf aber vielleicht sagen, was nicht drinsteht: Wirecard.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann muss jeder selbst entscheiden, ob er den Besuch antritt.

Ich stelle also fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden, Herr Minister. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich darf mich jetzt recht herzlich bei Ihnen bedanken und kann zu dieser Stunde auch noch eine gute Nacht wünschen. Ich bedanke mich, dass Sie hier waren, dass Sie auch ein bisschen zugewartet haben, und wünsche all unseren Zeugen - das gilt genauso für Sie auch -: Kommen Sie gesund vor allen Dingen durch diese schwere Zeit. Und man sieht sich bestimmt im Parlament.

Zeuge Peter Altmaier: Ich bedanke mich meinerseits ganz herzlich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Prima. - Ja, dann würde ich vorschlagen, wir machen jetzt so fünf Minuten Pause, lüften einmal richtig durch, und dann kann der nächste Zeuge, Dr. Levin Holle, so langsam den Weg zu uns antreten. Aber fünf Minuten, denke ich, sind gut, und jeder, der sich noch verpflegen möchte, kann dies vorne jetzt tun.

(Unterbrechung von
23.29 bis 23.40 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Dr. Levin Holle

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Dr. Holle, ich heiße Sie recht herzlich im Namen des Ausschusses hier willkommen.

Herr Dr. Holle, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt.

(Der Zeuge nickt)

- Wunderbar. - Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung einverstanden erklärt.

(Der Zeuge nickt)

- Prima. Auch da immer mein Dank an die Zeugen hier, weil in der Reihe der vielen Zeugen haben Sie uns alle jetzt einen Sitzungstag mit Sicherheit dadurch geschenkt. Ich kann mich nämlich daher auf einige technische Hinweise beschränken.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich an dieser Stelle um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. - Dann noch ein Hinweis, der ganz wichtig ist, weil irgendwann - auch da wie immer mein Dankschön an

unseren Stenografischen Dienst - - Irgendwann aber heute im Laufe der Nacht wird er uns dann verlassen sozusagen. Dann haben wir nur noch die Tonaufnahme. Deswegen ist es essenziell, dass Sie das Mikrofon benutzen. Geht relativ einfach: Sie drücken den Button mit dem Zeigefinger, der Diodenring leuchtet - so habe ich es mal in Physik gelernt -, und Ihr Mikrofon ist aktiv.

Dr. Holle, ich würde Sie nun zunächst kurz zu Ihrer Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Namen, Alter, Beruf, Wohn- oder Dienstort mitteilen.

Zeuge Dr. Levin Holle: Mein Name ist Levin Holle, 53 Jahre. Ich lebe in [REDACTED] und bin Vorstand Finanzen und Logistik der Deutschen Bahn.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Dr. Holle, Sie können nun, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Dr. Holle, Sie haben das Wort.

Zeuge Dr. Levin Holle: Mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit verzichte ich darauf.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Auch das ist ein Wort. Ich glaube, da freuen sich auch viele. - Dann würde ich, der Tradition folgend, mit einigen allgemeinen Fragen zunächst beginnen wollen, die ich dann auch für die Kollegen an dieser Stelle abräume.

Eine Frage, die wir allen Zeugen hier stellen: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Sind andere Kollegen, Ex-Kollegen noch mal auf Sie zugetreten und haben Sie informiert oder aufgeklärt? Haben Sie Aktenstudium betrieben? Wie dürfen wir uns das vorstellen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich habe das BMF ja zum Jahreswechsel 2019/2020 verlassen. Deswegen habe ich keinen Zugang zu den dortigen Akten mehr. Ich habe deshalb das BMF angesprochen nach der Ladung und diese Frage mit dem BMF besprochen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

So wie ich das verstanden habe, hätte ich mir nur die damals mir zugänglichen Akten anschauen können. Das wäre nur ein Ausschnitt gewesen. Deswegen habe ich dann im Ergebnis darauf verzichtet und habe eher gesagt: Ich möchte mir einen Überblick verschaffen über den Fall insgesamt, die Hintergründe. Es ist ja doch sehr viel in der Zwischenzeit auch aufbereitet worden.

Parlamentarische Fragen habe ich mir angeschaut. Es gibt sehr gute Presseanalysen; die habe ich mir angeschaut. Ein, zwei Bücher habe ich mir auch angeschaut, nicht komplett gelesen, aber auch studiert und dann an ein, zwei Stellen doch mal vertieft, weil ich wirklich die Hintergründe und den Gesamtkomplex besser verstehen wollte, weil mich das natürlich auch sehr beschäftigt hat: Was hat dazu geführt? Was sind die Ursachen? Was kann man daraus lernen? Deswegen habe ich mir zum Beispiel auch den Peer-Review der ESMA zur Bilanzkontrolle angeschaut, und ich habe auch dann einzelne mir bekannte Experten mal angesprochen, zum Beispiel einen Wirtschaftsprüfer, wie man eigentlich genau vorgeht, wenn man ordnungsgemäß Bankbestätigungen oder Saldenbestätigungen einsammelt.

Also, das ist so die Art von Dingen, mit denen ich mich in der Vorbereitung beschäftigt habe.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Immerhin ja ein durchaus heißes Thema. - Wir fragen das alle Zeugen hier: Haben Sie im Untersuchungszeitraum, im fraglichen, also 01.01.2014 bis zum 8. Oktober 2020 - natürlich abzüglich Ihres Ausscheidens dann von der Position, warum Sie hier sind -, Wirecard-Aktien besessen oder Derivate, Optionsscheine oder andere Finanzinstrumente lautend auf Wirecard AG?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. - Können Sie noch mal kurz skizzieren - - Sie hatten gesagt - so hatte ich das auch wahrgenommen -, zum Jahreswechsel 2019/2020 haben Sie die Position in der BaFin verlassen. Ist das richtig?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich war im BMF Abteilungsleiter für Finanzmarktpolitik.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Im BMF, Entschuldigung. Entschuldigung, ja.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich bin vom Aufsichtsrat der Bahn Anfang Dezember 2019 zum Vorstand bestellt worden mit Wirkung zum 1. Februar. Also, formal bin ich ausgeschieden zum 31. Januar 2020, aber ich habe natürlich mit dem Zeitpunkt der Vorstandsbestellung dann auch mich aus dem Tagesgeschäft rausgehalten und die Übergabe an meine Nachfolgerin vorbereitet.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie uns noch mal kurz schildern, innerhalb des Untersuchungszeitraums, welche Stationen Sie dann innerhalb des BMF durchlaufen haben, also bis zum Ausscheiden?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich habe im gesamten Untersuchungszeitraum bis zum Ausscheiden die Abteilungsleitung der Abteilung VII „Finanzmarktpolitik“ ausgeübt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Gut. - Dann würde ich schon mal zu den Bereichen so ein bisschen vordringen, die uns ja sehr beschäftigen und die ja auch innerhalb Ihres Bereichs relevant waren, nämlich das sogenannte und mittlerweile ja schon legendäre Leerverkaufsverbot, diese Tage um den 15., 16., 17., 18. Februar. Können Sie uns denn den entsprechenden Ablauf im BMF im Vorfeld dieses Leerverkaufsverbotes einmal erläutern? Erst mal völlig ausgeblendet, was zur Rechts- und Fachaufsicht gehört, sondern: Was passierte oder was konnten Sie innerhalb dieser Tage wahrnehmen, wie entsprechend das BMF mitgenommen, informiert oder vielleicht auch beteiligt wurde?

Zeuge Dr. Levin Holle: Sie meinen jetzt, vor dem Erlass des Leerverkaufsverbots?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Genau. Vielleicht ja auch danach, weil ich hatte persönlich den Eindruck - aber Sie können mich da auch korrigieren - - weil es ja nun für mich eine bedeutende Allgemeinverfügung war. Da haben wir hier auch schon sehr stark zu diskutiert, zu dem Thema. Kann ja auch sein, dass Sie danach sozusagen Ihr Einverständnis erklärt haben, obwohl ich der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Meinung bin, es hätte davor geschehen müssen. Aber ich möchte das mal ganz bewusst außen vor lassen, weil das verkompliziert nur. Vielleicht einfach: Wie haben Sie diese Tage wahrgenommen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Soweit ich mich erinnern kann, habe ich das zur Kenntnis bekommen am Freitag, dem 15. Februar. Aber ich sage auch ganz offen, ich habe auch die Antwort der Bundesregierung auf die entsprechende Frage gelesen. Also, das deckt sich mit meinen Erinnerungen, aber ich kann jetzt nicht genau sagen aus eigener Erinnerung, zu welcher Uhrzeit. Ich habe die Informationen bekommen vom zuständigen Referat. Ich habe die dann unmittelbar weitergeleitet an den Staatssekretär -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also Staatssekretär - ein Name ist für uns immer wichtig - Kukies dann?

Zeuge Dr. Levin Holle: - ja, der jetzt fachlich zuständiger Staatssekretär, genau -, aber ohne weiteren Kommentar. Das war nicht völlig ungewöhnlich, wenn ich das sagen darf - jetzt nicht mit Bezug auf Wirecard -, dass Freitagabend es Informationen von der BaFin gab. Wir haben irgendwo eine Aufsichtsmaßnahme, die ansteht, da passiert übers Wochenende was, es kommt eine Info rein. Also, da konnte man nicht die Uhr nach stellen, das war auch keinesfalls an jedem Wochenende der Fall, aber das war nicht völlig ungewöhnlich, dass da eine kurze Info ankam: Achtung, da kommt was; kann es auch Pressediskussionen zu geben. BMF sollte Bescheid wissen.

Das ist alles, was ich nach meiner Erinnerung sagen kann zu dem Hergang bis zum Erlass. Es wird - - Das kennen Sie ja, denke ich, auch aus den Antworten der Regierung: Es hat vermutlich intensive Diskussionen gegeben zwischen dem Fachreferat und der BaFin. An denen war ich aber nicht beteiligt. Also, meine nächste Interaktion war dann nach dem Erlass, also in der Woche darauf. Da habe ich natürlich dann auch mit meinen Kollegen drüber gesprochen.

Ich möchte vielleicht noch eine Anmerkung machen, auch wenn ich da nicht über die vollständige rechtliche Expertise verfüge. Sie hatten gesagt, das sei eine bedeutende Allgemeinverfügung gewesen, und nach Ihrem Verständnis hätte das einer vorherigen Zustimmung des BMFs bedurft. So habe ich Ihre Frage verstanden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm.

Zeuge Dr. Levin Holle: Das war nicht mein Verständnis, wäre auch nicht mein Verständnis heute. Also, ich würde die Grundsätze der Rechts- und Fachaufsicht so verstehen, dass dieser Erlaubnisvorbehalt für solche Maßnahmen gilt, die wie Rechtsverordnungen wirken; so ist es formuliert.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm.

Zeuge Dr. Levin Holle: Das entspricht auch der Philosophie der Rechts- und Fachaufsicht, so wie wir sie praktiziert haben nach meiner Erinnerung, dass wir gesagt haben: Bei den Maßnahmen, wo es um Rechtsverordnungen oder allgemeine Maßnahmen geht, also neue Anforderungen der BaFin, allgemeine Verwaltungspraxis, Rundschreiben, also Anforderungen an mehrere Institute, das fällt in diese Kategorie, und bei besonders schwerwiegenden gibt es eben da so ein festgelegtes Verfahren.

Das hier war nach meinem Verständnis eine sehr gravierende - also, das will ich - - in dem Sinne auch bedeutend; das würde ich in keiner Weise - -* war sicherlich eine sehr gravierende Maßnahme, aber es war eine Maßnahme der Einzelaufsicht, die also nicht unter diesen Viererkatalog fiel, sondern eben eine Maßnahme der Einzelaufsicht war. Das heißt, da war unsere Erwartung, da werden wir informiert bei so wichtigen Themen; aber da war unsere Erwartung, unsere generelle Erwartung nicht, dass wir da vorher zu beteiligen sind.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist richtig. Laut einem Bericht des „Handelsblatt“ vom 7. März 2021 wurden Sie von der damaligen Unterabteilungsleiterin Frau Dr. Wimmer, die wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja auch letzten Freitag zu Gast hatten, am 15. Februar genau über dieses geplante Leerverkaufsverbot per E-Mail informiert, und diese E-Mail, laut „Handelsblatt“, haben Sie dann sofort an Staatssekretär Kukies weitergeleitet. Ist dieser Sachverhalt, wie er da geschildert wird, korrekt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das deckt sich mit meiner Erinnerung, und der Vollständigkeit halber: Ich glaube, ich habe es in Kopie auch der Leiterin des Ministerbüros zugeleitet. Also, die war reinkopiert in die E-Mail an den Staatssekretär Kukies.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie sich noch erinnern oder haben Sie das wahrnehmen können: Gab es eine Reaktion, die dann von Dr. Kukies noch erfolgte am selben Tag oder einen Tag später, oder hat beispielsweise ein weiteres Gespräch mit Ihnen dazu stattgefunden oder auch ein Verkehr, E-Mail-Verkehr, dann mit Olaf Scholz?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein. Also, vor Erlass habe ich da keine Erinnerungen dran.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Und gab es dann zwischen Ihnen und Vertretern der BaFin - meinetwegen mit Frau Roegele - da noch einen Austausch vor dem Leerverkaufsverbot?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein. Der normale Weg ist ja auch, dass die BaFin das mit dem zuständigen Referat bespricht, dem Herrn Franke, mit dem Sie, glaube ich, auch schon -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz genau, ja.

Zeuge Dr. Levin Holle: - intensiv gesprochen haben, gegebenenfalls dann Frau Wimmer, aber ich habe keine Gespräche - - also nach meiner Erinnerung keine Gespräche oder Kontakte gehabt vor dem Erlass. Ich habe dann nach dem Erlass den Präsidenten darauf angesprochen, als ich ihn das nächste Mal gesehen habe, aber nicht vor dem Erlass.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann würde ich jetzt zu den Kollegen der CDU/CSU schauen. - Matthias Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Holle, vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen. Sie haben gerade gesagt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, das hat dann bestimmt eine intensive Diskussion mit dem Fachreferat gegeben mit der BaFin - also Fachreferat beim BMF und dann mit der BaFin. Da ist ja Franke gemeint gewesen dann.

Zeuge Dr. Levin Holle: Herr Franke hat das zuständige Referat geleitet. Wenn ich das richtig verstanden habe, ist die Mail oder die Information der BaFin - ich weiß jetzt nicht mehr, ob es eine Mail oder am Anfang ein Telefonat war - an Herrn Franke gegangen, und insofern vermute ich, dass die weiteren Informationen, die die BaFin dann weitergeben wollte, auch an Herrn Franke gegangen sind. Und wenn er Rückfragen gestellt hat, dann werden die primär auch über Herrn Franke gelaufen sein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also sind Sie in dem Moment davon ausgegangen, dass das auf der Fachebene da auch intensiv erörtert wird, weil es ein wichtiges Thema war.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich kann Ihnen jetzt nicht mehr genau sagen, wovon ich an dem Freitagnachmittag ausgegangen bin. Ich habe diese E-Mail am späten Freitagnachmittag bekommen, habe die dann auch sehr schnell weitergeleitet, habe mich in dem Zeitpunkt auch nicht sehr intensiv damit beschäftigt, sondern habe die eben schnell weitergeleitet als Information an den Staatssekretär.

Meine generelle Annahme wäre, wenn es da Fragen zu gab, also wenn das Fachreferat Fragen zu dieser beabsichtigten aufsichtlichen Maßnahme hat, dass sie - das Fachreferat und die Kollegen, die da mitgearbeitet haben - diese Fragen dann auch der BaFin gestellt haben und, wenn die BaFin neue Informationen geliefert hat - entweder als Antwort auf die Fragen oder aus weiterem Fortschritt der Sache -, dass das Fachreferat sich damit auch beschäftigt hat. Aber ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, was das Referat an dem Tag gemacht hat. Das entzieht sich meiner Kenntnis.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und was wäre dann die Motivation des Fachreferats gewesen, sich dann damit auseinanderzusetzen? Das irgendwie zu prüfen? Oder was machen die?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, was die normaler- - Also, ich kann Ihnen jetzt nicht genau sagen, was Herr Franke normalerweise macht. Der arbeitet extrem viel und extrem hart. Es ist einer der Mitarbeiter, die, wenn ich abends um neun oder zehn noch durchs Ministerium gegangen bin - - meistens noch an seinem Schreibtisch saß und Themen bearbeitet hat. Also, er hat gründlich und sorgfältig gearbeitet nach meiner Erinnerung. Zuallererst mal würde ich davon ausgehen - aber da bin ich jetzt wirklich spekulativ; das ist mir noch mal wichtig, dass hier kein falscher Eindruck - -* Ich weiß nicht, was er an dem Freitag gemacht hat, sondern ich vermute jetzt - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mir geht es jetzt auch nicht um die Frage - - Natürlich wissen Sie das nicht, weil Sie nicht danebenstanden.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber die Frage ist: Was ist da Ihre Erwartungshaltung oder was ist Aufgabe des BMF, wenn diese Information reinkommt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, wenn eine Information über eine derartige beabsichtigte gravierende Aufsichtsmaßnahme reinkommt, ist die erste Aufgabe, erst mal zu verstehen: „Was hat die BaFin vor? Warum glaubt sie das? Was sind die Grundlagen? Können wir das nachvollziehen?“, damit das Referat erst mal sprachfähig ist. Wenn Fragen auftauchen - typischerweise tauchen solche Themen ja dann auch relativ schnell in der Presse auf -, dann muss das Referat sprachfähig sein, aber es versucht zunächst mal, die Maßnahme zu verstehen: „Warum sagt die BaFin das? Was sind die Grundlagen? Wie ist das einzuordnen?“ und solche Fragen. Das wäre die erste Aufgabe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und dann, wenn sie es verstanden haben?

Zeuge Dr. Levin Holle: Wenn das Referat das verstanden hat, dann - - Also, typischerweise, wenn es ein gravierendes Thema ist, wird eine Informationsvorlage vorbereitet, oder es wird die Leitung informiert. Wenn sich Fragen aus Sicht des Referates stellen, dann werden die Fragen an die BaFin gestellt, und das Ziel ist, den Sachverhalt dann bestmöglich aufzuklären.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Und mit welchem Ziel? Die machen das ja nicht zum Selbstzweck. Also nur die Information der Führung, oder gibt es noch einen anderen Zweck, warum man das aufklärt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das Referat übt ja die Fach- und Rechtsaufsicht über die BaFin aus und möchte und soll deshalb verstehen, was die BaFin dort macht - jedenfalls bei so einer gravierenden Maßnahme.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, sehe ich genauso, dass das eben notwendig ist, dass man natürlich erst mal verstanden hat, worum es geht. Aber mir geht es halt darum: Was ist dann genau die Ausübung der Rechts- und Fachaufsicht? Also, wenn die dann feststellen: „Da ist etwas nicht so sinnvoll aus unserer Sicht, was da jetzt geplant wird“ - konkretes Beispiel: zum Beispiel eine Leerverkaufsverfügung, Leerverkaufsverbot -, und man sagt vielleicht: „Da ist eine andere Maßnahme sinnvoller“ - eine weniger einschneidende zum Beispiel -, wie würde man dann im Rahmen der Aufsicht vorgehen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, erst mal setzt das voraus, dass man den Sachverhalt wirklich nachvollzogen und verstanden hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm.

Zeuge Dr. Levin Holle: Das ist in der Kürze der Zeit, wenn man nicht nah dran ist, eine große Herausforderung.

Zweitens - das hatte ich vorhin schon versucht zu erklären - haben wir in unserer Rechts- und Fachaufsicht grundsätzlich differenziert: Geht es um Rechtsverordnung, allgemeine Regelungen? - Da sind die Referate sehr viel intensiver in die



Nur zur dienstlichen Verwendung

fachliche Diskussion eingestiegen und haben zum Beispiel Fragen gestellt: „Könnte man nicht Alternativen machen?“ oder Ähnliches.

Bei Einzelmaßnahmen waren nach meiner Erinnerung die Referate da zurückhaltender, weil wir bei Einzelmaßnahmen fachlich nicht eingegriffen haben, weil das nach unserem Verständnis - auch nach den Grundsätzen der Rechts- und Fachaufsicht, auch aus vielen anderen Gründen, zu denen ich gerne noch was sagen kann - - Das war eben Aufgabe der BaFin, die ihr zugewiesen war. Sie ist der Aufseher.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das heißt, wenn bei so einer Allgemeinverfügung - - Da gibt es ja dann eine Begründung beispielsweise; -

Zeuge Dr. Levin Holle: Mhm.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - gab es ja in dem Fall jetzt auch. Es gab einen Entwurf, da gab es eine Begründung für die Maßnahme, da sind gewisse Sachverhaltsschilderungen drin in dieser Begründung. Und die würde im Rahmen der Rechts- und Fachaufsicht das Fachreferat sich dann auch anschauen, diese Sachverhaltsschilderung, ob die stimmt oder plausibel ist?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das hängt natürlich davon ab, wie viel Zeit es hat, wie viel Vorverständnis es hat etc. Schritt eins ist ja erst mal, den Sachverhalt zu ermitteln. Wenn das Fachreferat den Eindruck hätte: „Das ist völlig unplausibel, was mir da erzählt wird“, im Sinne von: „Der Sachverhalt passt überhaupt nicht zu den Voraussetzungen der Rechtsmaßnahme“, dann denke ich schon, dass es da weitere Fragen zu stellen würde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, hier steht nämlich so was drin, zum Beispiel, wenn ich jetzt den Originaltext mir anschau von der Allgemeinverfügung, so ein Satz wie - also im Sachverhalt -: Denn

... in den letzten Tagen

sind

massive Unsicherheiten an den Finanzmärkten feststellbar ... Auslöser dafür war insbesondere die Preisentwicklung der Aktie der Wirecard AG in den letzten Wochen ...

Das halte ich für eine unzutreffende Feststellung. Das hätte man zum damaligen Zeitpunkt auch schon - genau wie man es heute auch - - ja sehr leicht nachprüfen können, ob es - - also wie die Preisentwicklung der Wirecard-Aktie war und auch, ob das irgendwas ausgelöst haben könnte, irgendwelche Ansteckungseffekte auf andere Werte, auf den DAX insgesamt etc. So was ist ja auch prüfbar. Das finden Sie aber nicht, dass Sie das prüfen müssten als BMF - oder mussten damals, als Sie da noch gearbeitet haben?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das waren jetzt ziemlich viele Punkte auf einmal. Ich erinnere - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich kann es auch etwas abstrakter formulieren.

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein, nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, meine Frage ist: Muss ein Sachverhalt, der einer Allgemeinverfügung zugrunde liegt, im Rahmen der Rechts- und Fachaufsicht des BMF in irgendeiner Weise geprüft werden?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, das BMF ist schon von seiner personellen Aufstellung her nicht in der Lage, jede Aufsichtsmaßnahme, die die BaFin erlässt, vollständig zu überprüfen. Das geht nicht, sondern das machen Sie ja stufenweise. Je mehr Zeit Sie haben, desto gründlicher können Sie prüfen. Je offensichtlicher das Ihnen unplausibel erscheint, desto mehr fragen Sie nach etc. Deswegen ist das schwer, das jetzt abstrakt zu sagen: Es läuft immer genau so ab. - Also, wenn Ihnen etwas erzählt wird - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber Personalmangel ist ja jetzt nicht das Argument, sondern es geht einfach darum: „Was muss man machen im Rahmen der Aufsicht?“, -

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): - nicht, ob man es kann, weil man vielleicht kein Personal hat. Das haben wir an anderer Stelle ja schon mal diskutiert.

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein, ich habe ja auch nicht gesagt, dass man es gar nicht macht oder ganz viel macht. Ich habe gesagt, das hängt ab von dem zur Verfügung stehenden Personal, von der Zeit und natürlich auch von dem Grad der Plausibilität, was Ihnen berichtet wird. Wenn Ihnen das berichtet wird und das erscheint Ihnen auf den ersten Anschein erst mal plausibel und Sie haben zu dem Zeitpunkt keine gegenteiligen Informationen vorliegen - es ist Freitagabend -, finde ich es nicht völlig ungewöhnlich, dass man dann nicht in eine vertiefte Prüfung einsteigt. In anderen Konstellationen könnte das wiederum anders aussehen. Deswegen lässt sich das schwer abstrakt und generell beantworten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das heißt, mit ganz viel Personal zum Beispiel würde man sich das dann auch genauer angucken - das haben Sie ja gesagt -, im Umkehrschluss.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich habe gesagt - - Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt: Mit mehr Personal und mehr Zeit kann man sich mehr anschauen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, aber das konkret, meine ich jetzt. Hätte man sich das anschauen sollen dann?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nach meinem Verständnis - ich kenne jetzt die Akten nicht, kenne auch die Aussagen des Kollegen Franke nicht - haben die ja Fragen gestellt. Die haben sich die Schilderung der BaFin angeschaut. Ich glaube nicht - aber das ist jetzt reine Spekulation -, dass die am Freitagabend eine eigene Marktanalyse gemacht haben. Das wäre aber auch nicht meine Erwartung gewesen, weil sie dafür weder von den Ressourcen her noch von der Fachkompetenz her entsprechend aufgestellt waren.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir haben ja Herrn Franke auch gefragt, was er gemacht hat. So. Ich

frage Sie jetzt auch nicht, was Herr Franke gemacht hat.

Zeuge Dr. Levin Holle: Mhm.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich frage Sie aber schon, was Herr Franke hätte machen sollen oder was Sie gemacht hätten, wenn Sie mehr Personal gehabt hätten, und was im Rahmen der Rechts- und Fachaufsicht denn die Aufgabe überhaupt des BMF gewesen ist. Und wenn Sie dann so andeuten nach dem Motto: „Mit mehr Personal hätte man mehr prüfen können“, dann klingt das jetzt nicht so nach dem Motto: „Also, wir durften da gar nicht prüfen.“

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich glaube, das ist die Frage, was Sie mit „prüfen“ meinen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, ich frage erst mal nach „prüfen“, und dann nähere ich mich so langsam, was da die Inhalte sein können. Wenn Sie mir jetzt sagen - - Ja, ich frage ja Sie dann genau zu diesem Thema.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich habe ja versucht, auszuführen, dass wir bei solchen aufsichtlichen Einzelmaßnahmen uns nicht in die fachliche Entscheidung der BaFin eingemischt haben; in diesem Fall nicht und in anderen Fällen auch nicht. Ich kann mich auch an keinen Fall erinnern, wo es in einem solchen Fall mal eine Weisung gegeben hätte: BaFin, du musst das anders machen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was hat das dann mit dem Personal zu tun? Sie haben vorhin angesprochen, es hängt auch mit dem Personal zusammen.

Zeuge Dr. Levin Holle: Wenn Sie mehr Personal und mehr Zeit haben, können Sie mehr Fragen stellen. Sie können sich das intensiver anschauen und der BaFin sagen: Trag doch mal ergänzend zum Beispiel zu dem Punkt Marktentwicklung vor. - Wenn Sie keine Zeit und kein Personal haben und Ihnen das plausibel erscheint auf den ersten Anschein - und nach meiner Erinnerung, wie gesagt, ich habe mir den Kurs nicht angeschaut, ich kann das jetzt also nur von Sekundärlektüre wiedergeben, hat es in den Wochen davor



Nur zur dienstlichen Verwendung

durchaus erhebliche Volatilität zumindest im Kurs der Wirecard AG gegeben -, dann steigen Sie da nicht tiefer ein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, aber es könnte natürlich auch sein - und so war es ja dann auch -, dass das maßgeblich damit zu tun hatte, dass es da eine schlechte Presse gab zu Wirecard, wie wir alle wissen, ja auch zu Recht. Das müssen ja nicht böse Shortseller oder eine Short-Attacke sein.

Was ist eigentlich der Unterschied zwischen einer Short-Attacke und dem Aufbau von Leerverkaufspositionen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich bin kein wertpapierrechtlicher Spezialist. So wie ich das jetzt verstanden habe auch in meiner Vorbereitung - - Und um eins erst mal ganz deutlich zu sagen: Shortselling ist eine per se normale, sinnvolle Tätigkeit, die zur Preisbildung an Märkten beiträgt. Also, das würde ich jedenfalls so sehen. Wir haben in den letzten Jahren, zumindest in der Zeit, in der ich im BMF war, Diskussionen gehabt über sogenanntes „naked shortselling“. Das ist im Zuge der Euro-Krise diskutiert worden, dann auch verboten worden. Aber Leerverkäufe per se, solange sie gedeckt sind, sind ein normales Instrument, mit dem Sie am Kapitalmarkt sich betätigen können. Und dieser und nach meiner Wahrnehmung auch andere Vorgänge zeigen ja, dass das durchaus eine sehr wertvolle und relevante Kursinformation sein kann, die einen wertvollen Beitrag zur Preisbildung leisten kann.

Short-Attacke, wenn ich das richtig verstanden habe - aber ich gebe jetzt, wie gesagt, mein laienhaftes Verständnis wieder -, ist ein Angriff auf ein Unternehmen, wo Sie Shortselling-Positionen aufbauen, parallel negative Presseinformat* - - also negative Informationen über das Unternehmen in den Markt geben. Das per se ist auch nach meinem Verständnis nicht problematisch. Der problematische Fall ist dann, wenn Sie das nicht transparent machen, wenn Sie also nicht deutlich machen, dass Sie, der Sie negative Informationen in den Markt geben, gleichzeitig eine Position genommen haben, wo

Sie profitieren würden, wenn der Markt sich so bewegt, wie diese Information das nahelegt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dem BMF liegen ja jetzt, ich sage mal, eigenständig zum Aufbau von Nettoleerverkaufspositionen keine eigenen Daten vor, sondern man müsste sich ja anderweitig bedienen, Stichwort Bundesbank oder BaFin.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wäre es bei einer solchen Übersendung eines Entwurfs und dem Ansinnen, so ein Leerverkaufsverbot zu erlassen, dem BMF rechtlich möglich gewesen, bei der BaFin nachzufragen: „Welche Leerverkaufspositionen werden da aufgebaut?“, oder auch bei der Bundesbank oder bei beiden?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich denke schon, dass das rechtlich möglich gewesen wäre, das zu fragen. Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Auch mit dem Hintergrund, also den zugrunde liegenden Sachverhalt einfach zu ergründen und plausibel zu machen oder auch nicht plausibel zu machen.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm, okay. - Gut, das ist ja schon mal eine sehr interessante Aussage dahin gehend, welche Möglichkeiten da zum ja auch Hinterfragen dieser Maßnahme bestanden hätten. - Gab es denn auf die Weiterleitung an Herrn Kukies eine Rückmeldung von ihm?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich kann mich an keine Rückmeldung an dem Freitag erinnern. Wir waren da auch sehr intensiv mit anderen Themen beschäftigt. Insofern hatte ich das auch nicht erwartet. Wir haben natürlich dann in der folgenden Woche und auch danach immer wieder - ich kann Ihnen jetzt aus meiner Erinnerung nicht genau sagen, wann - darüber gesprochen. Wir haben da mehrfach bei Jours fixes drüber gesprochen. Ich habe ja den BaFin-Präsidenten dann relativ zeitnah nach dem Wochenende auf das Thema angesprochen. Herr Kukies hat das nach



Nur zur dienstlichen Verwendung

meiner Erinnerung auch getan. Wir haben uns darüber ausgetauscht. Und ich habe natürlich auch mit der zuständigen Unterabteilungsleiterin Frau Wimmer gesprochen; aber das wird die Ihnen im Zweifel schon berichtet haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie auch mal mit Herrn Scholz darüber gesprochen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein, nach meiner Erinnerung nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. - Und mit Herrn Kukies haben Sie in welchen Zusammenhängen über das Thema Wirecard gesprochen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, wir haben einen regelmäßigen Jour fixe gehabt, mindestens einmal in der Woche. Da haben wir in mehreren Jours fixes drüber gesprochen. Ich kann es jetzt aus eigener Erinnerung nicht mehr genau sagen; aber es kann durchaus sein, dass wir dann auch mal am Tag oder abends nach dem Erlass zu dem Thema telefoniert haben und uns ausgetauscht haben, je nachdem, wenn einer von uns einen Kontakt gehabt hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. - Wenn jetzt, mal angenommen, das BMF da kritisch auf diese Allgemeinverfügung und den Entwurf draufschaut und feststellt: „Wir haben da noch ein paar Fragen“, dann irgendwelche Daten vielleicht anfordert, zum Beispiel bei der BaFin, und dann feststellt: „Das können wir jetzt nicht so nachvollziehen, was da drinsteht“ oder: „Wir halten es sogar für falsch“, was ist dann das weitere Vorgehen, also wenn das BMF das ablehnen würde, weil es das nicht für geboten hält oder nicht für sachgerecht?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, wenn Sie sagen, dass wir das fachlich für falsch halten, nicht für klar erkennbar rechtswidrig, aber für fachlich falsch: Wenn es eine gravierende Maßnahme ist, dann denke ich schon, dass wir in solchen Fällen unsere Zweifel in deutlicher Frageform der BaFin übermittelt hätten; aber wir hätten sie nicht angewiesen, das jetzt anders zu machen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber wenn man Zweifel deutlich macht, dann ist das ja wahrscheinlich mit einem späteren Austausch auch mit der BaFin verbunden und gegebenenfalls ja auch mit einer Abstimmung mit der BaFin, dass man sich dann doch auf ein Vorgehen einigt, oder nicht?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein, das ist mir schon sehr wichtig, dass dieser Unterschied in der Art und Weise, wie wir Rechts- und Fachaufsicht verstanden haben und gelebt haben, ganz klar ist. Wir haben wirklich unterschieden zwischen „Machen wir abstrakt-generelle Maßnahmen, Rechtsverordnungen, wo es um mehrere Adressaten geht“ - - Das haben wir klar unterschieden von Einzelmaßnahmen, so gravierend sie auch sein mögen. Wir haben ja auch andere Fälle gehabt, also wo es - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das habe ich verstanden. Nur, was ist mit - - Wenn die Zweifel da sind, was passiert dann?

Zeuge Dr. Levin Holle: Dann stellen wir noch mal eine Frage oder fragen noch mal nach; aber wir würden nicht der BaFin nahelegen: „Macht das so oder so“; denn das hätte ja bedeutet, dass wir die Aufsicht an uns gezogen hätten und gesagt hätten: „Das machen wir jetzt, wir sind der bessere Aufseher.“ - Das war nicht unsere Funktion, und das wäre auch ein Verstoß gewesen gegen das Prinzip der operativen Unabhängigkeit der BaFin.

Wenn ich das noch mal ergänzen darf. Ich habe mir zum Beispiel durchgelesen den ESMA Peer Review, den die ESMA durchgeführt hat nach dem Ausbruch des Skandals, jetzt nicht zum Leerverkaufsverbot, sondern zur Bilanzkontrolle durch BaFin und DPR. Wenn Sie da reinschauen in den Bericht, dann gibt es da ein einziges Kriterium, wo drinsteht, die BaFin war „partially non compliant“, und das war das Thema Unabhängigkeit vom BMF. Und da sagt die ESMA als europäische Behörde: „Wir konnten gar nicht feststellen, dass das BMF da in die eine oder andere Richtung wirklich Einfluss ausgeübt hat; aber alleine die Intensität und die Frequenz der BaFin-Berichte an das BMF führt aus unserer Sicht“,



Nur zur dienstlichen Verwendung

also ich gebe jetzt die ESMA wieder, „zu dem Eindruck, dass keine hinreichende operative Unabhängigkeit der BaFin besteht, und das betrachten wir als Verstoß gegen unsere europäische Leitlinie bezüglich der Unabhängigkeit, der operativen Unabhängigkeit der BaFin.“ Und deswegen haben wir schon versucht, das sehr ernst zu nehmen. Das war auch nicht nur die ESMA. Jedes Mal, wenn der IWF gekommen ist - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, Herr Dr. Holle, jetzt habe ich Sie schon ganz viel beantworten lassen von dem, was ich nicht gefragt hatte. Also, zur ESMA kommen wir gleich auch noch, keine Sorge.

Ich wollte wissen, was mit den Zweifeln passiert. Ist Ihnen das schon mal untergekommen, dass das BMF deutliche Zweifel geäußert hat an einer Maßnahme, an einer fachlich, also aus Ihrer Sicht fachlich falschen Maßnahme der BaFin? Ist Ihnen das schon mal vorgekommen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich kann mich gut an Diskussionen zum Beispiel mit dem BaFin-Präsidenten, also die ich bilateral mit ihm geführt habe zu einzelnen Punkten - - wo ich ihm gesagt habe: Auf Basis der Informationen, die mir vorliegen, käme ich nicht zwingend zu demselben Ergebnis. Ich verstehe das nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Er hat es ja dann trotzdem so gemacht, wie er das für richtig hielt.

Zeuge Dr. Levin Holle: Wenn er seine - - Er hat dann seine Gründe dargelegt, und ich habe ihm auch immer gesagt: Am Ende ist es eure und deine Entscheidung. - Wie gesagt, die Aufsicht* - - Und ihr habt auch die Rückendeckung in beide Richtungen, das zu machen. Ihr seid dafür zuständig. - Wir haben ja auch - das dürfen Sie auch nicht vergessen - - Also, zumindest in meiner Funktion bekommen Sie auch relativ häufig Anrufe zu so Einzelmaßnahmen, wo dann irgendein Vorstand eines Instituts sagt: Die BaFin hat hier was vor. Könnt ihr nicht, das BMF, bitte mal da anrufen und sagen: „Macht das doch mal nicht“? Und wenn Sie einmal auf diesem Pfad sind, die BaFin mal angerufen zu haben und zu sagen: „Das machen, das nicht machen“, ja, da kommen

Sie nicht mehr raus. Deswegen war das für uns wirklich ein sehr wichtiges Grundprinzip.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und was hätte das BMF gemacht, wenn sie die Maßnahme für rechtswidrig gehalten hätte? Das war ja jetzt gerade das Thema „fachlich falsch“. Und jetzt ist das Thema „rechtswidrig“. Wie schreiten Sie dann ein?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, wenn die aus unserer Sicht klar erkennbar rechtswidrig gewesen wäre zum damaligen Zeitpunkt, dann wäre ich davon ausgegangen, dass wir dann versucht hätten, das zu unterbinden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Jetzt ist leider die Zeit erst mal rum.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann geht es weiter mit Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank, Herr Holle. - Was ich als Unstimmigkeit empfinde, ist einerseits die Betonung, dass das operative Aufsichtsgeschäft sei, und andererseits die Eskalation dieses Leerverkaufsverbot bis ins Ministerbüro. Das zeigt ja, da nun sicherlich nicht jeder Aufsichtsakt in Deutschland, ich hoffe jedenfalls, im Ministerbüro landet, dass Sie sich im Ministerium der Einzigartigkeit oder jedenfalls der Besonderheit und Nicht-Alltäglichkeit dieses Leerverkaufsverbots sehr bewusst gewesen sind. Und das liegt auch auf der Hand: Die Maßnahme ist ihrer Natur nach ein schwerer Eingriff in den Markt. Also, insofern ja doch auch nicht business as usual, sondern - -

(Der Zeuge nickt)

- Da nicken Sie; ja genau. Das rechtfertigt ja aber dann vielleicht auch eine andere Prüfungsdichte als bei aufsichtlichem Standardhandeln, oder nicht?

Zeuge Dr. Levin Holle: Absolut. Also, erstens. Das war eine sehr gravierende Maßnahme. Das hat es vorher in der Form in Deutschland nicht gegeben. Und bei so gravierenden Maßnahmen - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben ja auch andere dieser Art gehabt, wir haben Anrufe der BaFin gehabt am Freitagabend, dass sie eine Bank schließen möchte oder dass irgendwo eine Insolvenz droht oder so. Auch das haben wir natürlich dem Ministerbüro zur Kenntnis gebracht. Und natürlich hat man sich dann in den nächsten Tagen deutlich intensiver damit auseinandergesetzt als mit normalen Routinevorgängen, die in aller Regel das zuständige Fachreferat nicht verlassen haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gab es irgendwie eine Rückresonanz aus dem Ministerbüro? Haben Sie irgendein Feedback gehört oder Nachfragen bekommen oder Ähnliches?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich unmittelbar nicht; aber in der Regel lief das so ab - und nach meiner Vermutung in dem Fall auch -, dass dann Herr Kukies sich mit dem Minister ausgetauscht hat zu dem Thema. Ich kann Ihnen aber jetzt nicht sagen, wann. Und wenn der Minister Fragen hat, dann sind die über Herrn Kukies bei uns angekommen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, korrekt. Der normale Weg wäre, dass Herr Kukies das Ministerbüro informiert und dass die Rückfragen auch direkt und ohne Einschaltung weiterer Hierarchieebenen auf der Ebene dann geklärt werden.

Können Sie uns vielleicht in allgemeiner Form beschreiben, wie oft Herr Kukies den Minister mündlich brieft über aktuelle Vorkommnisse aus dem Geschäftsbereich?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das kann ich nicht sagen, weil sie - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Gibt es da einen Jour fixe vielleicht? Also, Sie müssten Herrn Kukies ja dann auch vorbereiten auf so was. Also, insofern hätte ich jetzt eine gewisse Kenntnis unterstellt. Gibt es da einen Jour fixe oder einen gewissen Turnus? Oder ist das ein ungeplanter, manchmal auch spontan ablaufender Prozess?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, es hat auch regelmäßige Termine im Ministerium gegeben nach meiner Erinnerung. Ich muss jetzt ein bisschen in

meiner Erinnerung kramen und auch aufpassen, dass ich da nicht die unterschiedlichen Legislaturperioden und Praktiken der jeweiligen Minister durcheinanderwerfe. Aber nach meiner Erinnerung hat es in der Regel jedenfalls einen formalen Jour fixe gegeben, wo der Minister sich mit der Leitungsebene insgesamt, also allen Staatssekretären und Leitungsstab, zusammengesetzt hat. Daneben gab es natürlich ganz viele bilaterale Interaktionen, die je nach Dringlichkeit oder Wichtigkeit dichter oder weniger dicht getaktet waren, oder SMS oder E-Mail oder wie auch immer. Wie das im Einzelnen abgelaufen ist, das kann ich Ihnen aber nicht sagen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber die Jours fixes, in welchem Turnus finden die statt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das war aber der große Jour fixe, der Gesamt- -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, der große, ja.

Zeuge Dr. Levin Holle: Der Minister, alle vier Staatssekretäre, Leiter Leitungsstab. Das war nach meiner Erinnerung mindestens einmal in der Woche. Aber das - -*

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Wird so was protokolliert?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das weiß ich nicht, da ich daran nicht teilgenommen habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie schon mal ein Protokoll von so einer Veranstaltung in den Händen gehalten oder auf einem Bildschirm gesehen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich mich nicht dran erinnern. Aber ich hätte in diesem Fall vermutet, wenn ich das noch sagen darf, dass das eher bilateral besprochen worden ist; denn es waren ja jedenfalls in bestimmten Teilen kurserhebliche Insiderinformationen, und da war uns immer extrem wichtig, dass die so eng wie möglich gehalten werden. Deswegen auch wirklich nur auf der Kette unmittelbar zum Minister und nicht irgendwie breit in einen gesamten Leitungsbereich rein oder so. Insofern wäre meine Vermutung, das ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Wesentlichen bilateral besprochen worden, aber - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Lassen wir mal die Frage oder vielleicht auch den Dissens ausgeklammert, wie viel Fachaufsicht beim Leerverkaufsverbot möglich und angezeigt gewesen wäre. Aber Rechtsaufsicht ist ja streitfrei. Welche Aspekte der Rechtsaufsicht haben denn an dem Freitag oder über das Wochenende eine Rolle gespielt? Man denkt ja bei schwerwiegenden Eingriffen in den Markt vor allem an die Verhältnismäßigkeit. Und das ist eine rechtliche Kategorie. Das ist auch keine Frage nur des Fachlichen oder Operativen. Sind Rückfragen gestellt worden zu milderer Mitteln, zu Erwägungen zur Verhältnismäßigkeit, also rechtliche Rückfragen gestellt worden an die BaFin?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich weiß jetzt nicht, welche Fragen das Referat genau an dem Freitag gestellt hat.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber Sie, hatten Sie rechtliche Fragen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich habe vor dem Erlass des Verbots keine rechtlichen Fragen gestellt. Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Ist es zutreffend, dass Sie den Präsidenten Hufeld am Montag, den 18., auch persönlich getroffen haben in Berlin?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich habe ihn in der Woche getroffen. Ich kann Ihnen jetzt aus der Erinnerung nicht mehr sagen, ob es am Montag oder Dienstag oder - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Er nannte selbst den Montag.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, dann wird das vermutlich stimmen. Also, ich hatte jetzt keine gegenteilige Erinnerung.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie Erinnerungen, dass Sie dann - das war ja das Thema des Tages, aufsichtlich jedenfalls - - Was haben Sie

denn mit Herrn Hufeld zu Wirecard besprochen am Montag, gesetzt den Fall, es war ein Montag?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich vermute, es war der Montag. Ich habe jetzt keine gegenteilige Wahrnehmung. Ich habe ihn angesprochen zunächst mal und zuallererst auf die Artikel in der „FT“ und dann auf das Leerverkaufsverbot; denn die „FT“ war vor meiner Zeit im BMF und im BMF erst recht eine meiner wichtigsten und seriösesten Informationsquellen. Ich habe das sehr ernst genommen, wenn da so was drinsteht. Das war ja nicht nur ein Artikel, das waren mehrere. Und in dem Sinne habe ich ihn auch angesprochen. Ich habe gesagt: Wenn die „FT“ so was schreibt, also so einen Bericht so substantiiert mit Details etc., dann würde ich das schon sehr ernst nehmen und sagen, das muss schon umfassend aufgeklärt sein. Und da ist einem nicht unmittelbar klar, wieso dann so ein Leerverkaufsverbot kommt. - Ich gebe es jetzt ein bisschen sinngemäß wieder. Ich kann mich an den Gesprächsverlauf im Einzelnen nicht erinnern. - Seine Antwort mir gegenüber war dann: Ja, aber es gäbe ernstzunehmende Hinweise der Staatsanwaltschaft, dass da was dran wäre, und deswegen würden sie so vorgehen, wie sie vorgehen. Aber es sei klar, dass das umfassend aufgeklärt werden müsste.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm. Ja. In der Tat, Sie haben sich in einer E-Mail schon am 5. Februar, also deutlich vor dem Leerverkaufsverbot an Herrn Pleyer - MAT A BMF 24.56, Blatt 18 respektive 19 - erkundigt:

Hat BaFin eigentlich mittlerweile Erkenntnisse zu möglichen GW Verstößen wirecard?

Der Betreff der E-Mail war: „FT v. 2.2.“. Also es bezog sich auf einen dieser Artikel. - Das heißt ja schon, dass Sie ein Stück weit auch verstanden haben, dass auch Vorwürfe gegen Wirecard im Raum standen, die Sie ernst genommen haben in dem Moment; das entnehme ich Ihrer Rückfrage an Herrn Pleyer.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich kenne die E-Mail jetzt nicht, oder ich kann mich an die nicht erinnern. Kann ich mir die einmal anschauen?

Dr. Florian Toncar (FDP): Wenn Sie tolerieren, dass ich da - aber die Rückseite ist unbeschmutzt - Sachen draufgeschrieben habe, können Sie es gerne mal anschauen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen Unter-
lagen)

Die E-Mail ist nicht eingestuft oder VS-NfD eingestuft; also sie darf zitiert werden. - Auf der Rückseite ist Ihre Frage. Sie haben sich nach den Geldwäschevorwürfen gegen Wirecard erkundigt. Und Herr Pleyer hat dann geantwortet sinn- gemäß, dass das noch nicht untersucht worden sei, aber die BaFin, also der Geldwäschebereich der BaFin, sich jetzt mit den Behörden in Singapur auseinandersetzen möchte.

Gab es denn, sagen wir mal, auch in Bezug auf die Leitungsebene des Ministeriums eine Befassung mit dem Inhalt dieser „FT“-Artikel Anfang Februar 2019? Sie haben ja offenbar schon gesehen, dass da was ist, und auch Rückfragen gestellt, ich finde, berechnete Rückfragen gestellt. War das auch auf der Leitungsebene des Finanzministeriums damals ein Thema: „Was ist dran an den ‚FT‘-Artikeln? Stimmt das?“ etc.?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das weiß ich nicht mehr. Also, wenn ich mir das jetzt hier anschau: Das ist nicht untypisch. Also, wenn Sie jetzt in meine Akten schauen würden, würden Sie wahrscheinlich mehrere solcher Mails auch zu anderen Themen finden. Wenn ich so was lese - deswegen habe ich die „FT“ auch versucht regelmäßig und gründlich zu lesen -, wenn da was drin war, was mir auffiel, dann habe ich das Referat gefragt: Was wisst ihr dazu? Könnt ihr das aufklären? - Das hat aber dann nicht immer zu einer Leitungsvorlage geführt. Das hing dann auch davon ab, wie viel das Referat dazu wusste, ob es sagte: Wir klären das jetzt noch weiter auf. - Davon hing das dann ab. Also, ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, ob das in dem Zeitraum unmittelbar dazu geführt

hat, dass ich in der Leitung jemanden darauf angesprochen hätte. Das weiß ich schlicht nicht. Das kann sein; aber das kann ich nicht mehr erinnern.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie 2019 mal mit Lars-Hendrik Röller über die „FT“-Berichterstattung gesprochen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Da kann ich mich nicht dran erinnern.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann als Nächstes Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Holle, unser großes Thema, also zumindest unser großes Thema hier, ist Rechts- und Fachaufsicht, was das bedeutet, wie sie gelebt wird. Und Sie haben da ja einen ganz guten Einblick, weil Sie auch mehrere Legislaturperioden erlebt haben. Das haben Sie ja selber gerade gesagt. Hatten Sie den Eindruck, dass es 2018 in Ihrem Bereich, den Sie überblicken können, eine Veränderung dessen gab, wie Rechts- und Fachaufsicht gelebt wird im Haus?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein. Also, natürlich hängt die Frage „Mit welchen Themengebieten beschäftigt sich eine Leitung intensiver?“ davon ab, was in der Legislatur politisch relevant ist, und dann ändert sich manchmal das Themenfeld, was intensiver beackert wird. Das hängt auch manchmal mit den Vorerfahrungen der jeweiligen Minister und Staatssekretäre zusammen. Insofern will ich nicht ausschließen, dass es eine Verschiebung bei den Themenfeldern gegeben hat. Aber das kennen Sie ja auch aus Ihrer politischen Tätigkeit, dass sich das von Legislaturperiode zu -periode verändert. Aber an der Methodik, an der grundsätzlichen Philosophie hat sich nichts geändert.

Ich würde aber eine Ergänzung schon noch machen: Wenn ich jetzt auf die acht, neun Jahre seit 2012 schaue, da haben sich formal diese Grundsätze nicht geändert, jedenfalls in dem Punkt



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht; aber das Geflecht europäischer Normen, was die Unabhängigkeit der BaFin erhöht hat, das hat zugenommen. Da hat es ja sehr - - Also, 2010, als die das erste Mal erlassen worden sind, da sind die ESAs gerade erst gegründet worden. Da sind ja entsprechende Normen dann im europäischen Recht, auch was Unabhängigkeit nationaler Aufseher - - zumindest für Banken verankert worden. Und dann hat es natürlich noch mal einen massiven Schub gegeben mit der Gründung des einheitlichen Aufsichtsmechanismus SSM. Das ist viel, bis hin zu Themen, dass wir Informationen gar nicht mehr bekommen haben. Also, wir haben Fragen gestellt an die BaFin; hat die BaFin gesagt: Dürfen wir euch gar nichts zu sagen, ist EZB-Aufsicht. - Und das hat sich natürlich verstärkt mit Zeitablauf. Das hing aber jetzt nicht am Ministerwechsel oder daran, dass wir das anders betrachtet hätten, sondern dass einfach der rechtliche Rahmen für die Spielräume nationaler Rechts- und Fachaufsicht sich verändert hat durch die europäische Normgebung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das ist ja für uns ganz interessant, weil, ich sage mal, unser Untersuchungszeitraum ab 2014, der umfasst ja vier, mindestens mal vier lange Jahre auch, wo Minister Schäuble die Verantwortung im BMF trug. Und es hätte mich jetzt auch einfach sehr gewundert, wenn durch einen Ministerwechsel die Kultur der Fach- und Dienstaufsicht, Fach- und Rechtsaufsicht sich plötzlich verändert hätte, weil das ist ja - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Es waren nicht ganz vier Jahre. Wir hatten Herrn Altmaier dann noch für sechs Monate dazwischen, aber - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, verkneife ich mir jetzt.

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Hättest den ja
mal fragen können!)

- Ja, stimmt.

(Heiterkeit)

Da müssen wir noch mal genau gucken, was in den sechs Monaten passiert ist. - Nein, das machen wir nicht.

Nein, ich wollte ja nur diesen Punkt machen, dass es vielleicht eine gewagte These ist, sozusagen irgendwie so im März 2018 zu glauben, dass da im BMF dann irgendwie die Art und Weise, wie das gemacht wird - - dass da die Schalter umgelegt wurden. Aber das ist mal der eine - - Aber Herr Altmaier hat sich eben auch sehr viele Gedanken über seine Vorgänger gemacht, und das wollen wir natürlich auch tun.

Sie hatten gesagt, wenn man sich an diesen Freitag, Information über das geplante Leerverkaufsverbot durch die BaFin an das BMF - - Da haben wir ja den Mail-Verkehr. Und das kam sozusagen von einem Micha Cless, das ging dann an Frau Wimmer, von Frau Wimmer an Sie, von Ihnen an Herrn Kukies, teilweise ohne überhaupt irgendeine - - einfach wirklich nur weitergeleitet. Und jetzt hatten Sie eben gesagt, Sie hatten es auch noch an das Ministerbüro weitergeleitet. Wer wäre das gewesen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das war typischerweise* die Leiterin des Ministerbüros, also damals Frau Hermes; aber ich weiß es nicht mehr genau.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Das, glaube ich, war jetzt noch mal - - Der Name war noch mal ein wichtiger Punkt, weil sozusagen dieser Name quasi schon immer auf dieser Mail steht; aber ich glaube, wir hatten alle nicht so auf dem Schirm, welche Funktion Frau Dr. Hermes zu dem Zeitpunkt hatte.

Gut. Aber Sie haben es kommentarlos weitergeleitet bekommen, und Sie haben es auch kommentarlos weitergeleitet. Jetzt so aus meiner Sicht - das haben Sie, glaube ich, ja eben auch schon angedeutet - macht das nicht den Eindruck von gesteigerter sozusagen irgendwo - - dass da die Alarmglocken geschrillt haben, oder dass Sie bei - -

Also, ich sage einfach mal, wie es ist: Die Herrschaften hier wollen gerne von Ihnen hören, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie Herrn Kukies alarmiert haben und er das einfach ignoriert hat und das alles ganz, ganz schlimm ist. Und ich frage Sie deswegen jetzt: Ist es so, wie es aus diesen E-Mails sich hier andeutet: Sie haben die Information gegeben, Sie haben es entsprechend weitergeleitet, weil es kein alltäglicher Vorgang war; aber Sie hatten nicht den Eindruck, dass es ein sofortiges Einschreiten, wie auch immer, erfordert?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, da muss man, glaube ich, jetzt in der Wortwahl ein bisschen differenzieren. Das war schon ein sehr gravierender Vorgang. Also, ich habe jetzt nicht jeden Freitag irgendwie fünf E-Mails an den Staatssekretär und das Ministerbüro geschickt so nach dem Motto: Was wir gerade von der BaFin gehört haben. - Also, das war ganz sicher nicht in dieser Kategorie, sondern das war in der Kategorie von Meldungen, sagen wir mal - - Der vergleichbarste Fall war sonst, dass die BaFin Freitagabend anruft und sagt: Wir müssen über das Wochenende eine Bank schließen, da passiert was. - Also, das war natürlich eine bedeutende und eine gravierende Maßnahme; sonst hätte ich das auch nicht an Kukies und Ministerbüro geschickt. Und ich habe es ja auch nur deshalb in Kopie ans Ministerbüro gesetzt, weil ich auch nicht wusste: „Wann spricht der Kukies das nächste Mal mit dem Minister, oder wann hat der überhaupt Zeit, draufzugucken und sich damit zu beschäftigen?“ und ich auch nicht wusste: „Taucht das irgendwie abends schon in den Medien auf?“ Und dann ist es immer besser, das Ministerbüro hat es schon mal aus dem Haus gehört und findet dann nicht hinterher was aus der Presse heraus, mit dem sich das eigene Haus schon beschäftigt. Also, das war sicherlich ein gravierender Vorgang, und deswegen war es auch wichtig, zu informieren.

Eine andere Frage ist: War das ein Vorgang, wo - mein Eindruck - auf Basis der Zulieferung des zuständigen Referats wir jetzt hätten intervenieren müssen? - Das nicht, sonst hätte ich die sicherlich nicht kommentarlos weitergeleitet, sondern was dazu geschrieben. Das war nicht mein Eindruck, sondern mein Eindruck aus der Schilderung unserer Wertpapierspezialisten war: Das ist eine gravierende Maßnahme; aber Stand jetzt se-

hen wir da keinen Grund für das BMF, einzuschreiten, sondern wir „ermitteln“ da - in Anführungsstrichen - den Sachverhalt erst mal weiter.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): In der Sachverhaltsschilderung ist ja auch - - wird aufgeführt: Die BaFin muss die Maßnahme mit der ESMA und den anderen nationalen Aufsehern abstimmen. - War das sozusagen für Sie auch, sage ich mal, der Hinweis - - und es war Ihnen wahrscheinlich bewusst, dass sozusagen die europäische Ebene da, sage ich mal, ohnehin eingeschaltet ist, was die Prüfung des Vorgangs auch angeht.

Zeuge Dr. Levin Holle: Das war mir nicht bewusst, weil das war ja das erste Mal, dass ich mit so einem Leerverkaufsverbot dieser Art befasst war. Ich kannte das sonst eben nur aus den Diskussionen Euro-Krise. Also, wir haben das ja vorher als Instrument primär gehabt, wenn wir allgemeine Marktunsicherheit hatten und das eben in einzelnen Ländern für alle Finanzinstitute oder so gemacht worden ist. Oder die Italiener hatten das, glaube ich, mal gemacht für eine italienische Bank, die auch einschlägig bekannt ist. Mir war nicht ganz klar: Muss die EMSA jetzt befasst werden? Also, ist das ein notwendiger Vorgang? Diese Einzelheiten kannte ich nicht. Ich kenne jetzt auch den Text der Mail nicht mehr. Wenn da drinstand: „Die BaFin wird das mit der ESMA besprechen“, dann habe ich im Zweifel auch zur Kenntnis genommen und sozusagen registriert: Aha, da wird sich noch mal eine Expertengruppe mit dem Thema beschäftigen, die aus aufsichtlicher Perspektive da draufschaut.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wissen Sie noch, wann Sie den eigentlichen Entwurf des Leerverkaufsverbotes das erste Mal dann zu Gesicht bekommen haben?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Sonntags hat dann Frau Dr. Wimmer mit Frau Roegele telefoniert. Waren Sie da zugeschaltet?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Kennen Sie den Inhalt des Gesprächs? Oder hat Sie Frau Wimmer darüber dann informiert?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das weiß ich nicht mehr. Ich könnte mir vorstellen, dass sie bei unserem nächsten regulären Jour fixe mich dann mündlich in Kenntnis gesetzt hat; aber ich habe jetzt keine Erinnerung, was da an dem Sonntag passiert ist. Und wir hatten nach meiner Erinnerung in der Woche auch noch einen anderen virulenten aufsichtlichen Vorgang laufen, der meine Zeit relativ stark und auch die von Herrn Kukies in Anspruch genommen hat.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das heißt aber auch, dass dann jetzt nicht am Montag auch das sozusagen sofort das Top-1-Thema war, wo sich dann alle draufgestürzt haben?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das war ein wichtiges Thema; aber am Montag war es ja in der Welt. Da war es erlassen. Es ist, glaube ich, morgens in Kraft getreten. Und der nächste Schritt von mir war ja dann, mit Herrn Hufeld zu sprechen. Und natürlich war das in den nächsten Tagen und Wochen weiter ein wichtiges Thema; aber das war nicht das einzige. Wir hatten noch eine Reihe anderer wichtiger auch aufsichtlicher Themen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Minister Scholz hat das dann in der Zeitung, glaube ich, gelesen oder hat Presseberichte dann auch darüber gelesen. Und eines der wenigen Dokumente, die wir von ihm haben, wo es direkt um Wirecard geht, das ist relativ kurz. Da schreibt er an Herrn Kukies: Wissen wir was? Was muss ich wissen? - Daraufhin - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Das klingt authentisch.

(Heiterkeit des Abg. Dr.
Jens Zimmermann (SPD))

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das kann ich mir auch vorstellen. - Daraufhin hat Herr Kukies sich dann an Sie gewandt mit einer Mail. Das war am Dienstag dann.

Ich bräuchte einfach eine kurze Zusammenfassung, die ich ihm schicken kann - er hat darum gebeten, da er Presse gesehen hat. Vorlage kann zusätzlich nächste Woche kommen.

Das ging dienstags von Herrn Kukies an Sie. Was haben Sie dann veranlasst? Waren Sie dann in die Erstellung der Ministervorlage involviert?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, das weiß ich jetzt nicht mehr, was spezifisch diesen Vorgang betrifft. Ich kann mich jetzt auch an diese Mail nicht erinnern. Aber das wäre eine sehr normale Reaktion, dass der Minister nachfragt und sagt: Ich möchte mehr darüber wissen. - Und wenn es schnell geschehen soll, dann eben auch erst mal eine kurze Darstellung und nicht normale Vorlage. Der normale Weg ist: Das geht dann über Frau Wimmer an das Fachreferat, und die werden gebeten, das zusammenzustellen, und dann geht es wieder hoch; wenn es ganz schnell geht, dann manchmal auch direkt vom Fachreferat an den Staatssekretär oder so. Das hängt dann ein bisschen davon ab, wie dringend und eilig es ist und wer auch verfügbar ist.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ich glaube, entlang der Zeichnungskette kann man sehen, dass das schon, glaube ich, den Dienstweg gegangen ist. Und ich meine - - Ist Ihr Kürzel „Ho“?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): So. Ja, dann haben Sie es, glaube ich, auch mitgezeichnet am 19.02., genau. Okay.

Aber das ist ja auch eine sehr schlichte Vorlage im Prinzip mit einer sehr kurzen Zusammenfassung. Aber sozusagen da gab es dann auch keine Nachfragen mehr oder dass dann - - dass Sie vielleicht auch noch mal persönlich den Minister unterrichtet haben oder mit ihm darüber gesprochen haben?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich kann mich nicht daran erinnern, da mit dem Minister drüber gesprochen zu haben; aber ich würde davon ausgehen, dass, wenn er Fragen gehabt hat, er die an



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herrn Kukies adressiert hat. Und ich habe ja in den nächsten Wochen auch verschiedentlich mit Herrn Kukies über das Thema gesprochen. Ich denke, das wird da eingeflossen sein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja. - Was war eigentlich Ihr Eindruck, als Sie das gehört hatten - Sie haben es vorhin selbst erwähnt -, dass die Staatsanwaltschaft München diese Vorwürfe sozusagen hat, diese vermeintliche Erpressung - - Wie haben Sie das damals aufgenommen, diese Information?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, es war natürlich erst mal eine wichtige Information, die ich nach meiner Erinnerung - vielleicht stand das irgendwo in den Unterlagen auch drin; das weiß ich nicht mehr - zum ersten Mal von Herrn Hufeld gehört habe, weil das wiederum auch was Ernstzunehmendes ist. Und ich meine mich zu erinnern, dass das dann eine gewisse Zeit später, aber nicht sehr lange, auch noch mal in der Presse aufgetaucht ist. Weiß* nicht mehr, wo; aber da ist irgendwo die Staatsanwaltschaft zitiert worden, und das haben wir schon so ein bisschen auch als Beleg genommen: Das ist nicht irgendwie eine Erfindung der BaFin oder die bildet sich das ein, sondern die Staatsanwaltschaft ist da wirklich dran. Und staatsanwaltschaftliche Verfahren haben wir immer sehr ernst genommen, und die haben sozusagen auch die Schwelle „Wie stark hinterfragen wir, was die BaFin in einem Bereich macht, wo die Staatsanwaltschaft tätig ist?“ noch mal massiv erhöht. Das muss man schon sagen, weil das - -* verschiedene staatsanwaltschaftliche Verfahren im Kontext mit BaFin-Aktivitäten erlebt, und da waren wir extrem vorsichtig, die Unabhängigkeit der Justiz da nicht zu beeinträchtigen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Als nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Holle. - Zunächst vielen Dank für den Hinweis, dass der Vorgang mit dem Leerverkaufsverbot auch an die Leiterin des Ministerbüros ging, weil

ich will Ihnen mal kurz vorlesen, was das BMF auf eine Frage meines Kollegen Stefan Liebich im Februar 2021 geantwortet hat. Die Frage lautete:

Wurden Finanzminister Olaf Scholz oder Staatssekretäre des Bundesministeriums der Finanzen über das Leerverkaufsverbot bezüglich der Wirecard AG von der BaFin unterrichtet, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?

Und die Antwort war:

Die Frage wird so verstanden, dass nach einer möglichen direkten Unterrichtung des Bundesfinanzministers oder der Staatssekretäre des Bundesfinanzministeriums durch die BaFin vor dem Erlass des Leerverkaufsverbots gefragt wird. Eine solche unmittelbare Unterrichtung des Bundesfinanzministers oder der Staatssekretäre des Bundesfinanzministeriums über das beabsichtigte Leerverkaufsverbot durch die BaFin erfolgte nicht.

Und Herr Schmidt hat das dann später auf Twitter korrigiert, als wir das eh rausgefunden hätten. Er hat gesagt: Ja, Herr Kukies wurde informiert, aber eben nicht direkt, sondern über Sie.

Ja, das ist aber eine Antwortpraxis, die sollte man sich abgewöhnen, wenn man einen Untersuchungsausschuss hat, weil alleine schon der Vorgang, dass Herr Schmidt das korrigieren musste, führte zu einer Berichterstattung des „Handelsblatts“. Und jetzt höre ich hier: Ans Ministerbüro ging es auch. - Also, das wollte ich einfach nur eingangs erwähnt haben. Ich finde das keine gute Antwortpraxis. Und das sollte das BMF einfach noch mal mitnehmen.

So, jetzt aber zu meinen Fragen. Es gibt hier eine Vorlage, MAT A BMF-24.46, Blatt 29, da geht es um Ausarbeitungen der BaFin, Vorschläge zum Bereich Short-Attacken, Registrierungspflicht von Finanzanalysten. Sind Sie mit diesem Vorgang betraut gewesen? Ist ja Ihr Referat eigentlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich mich nicht dran erinnern. Kann ich die mal sehen, die Vorlage?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie gerne sehen, ja.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge blättert und liest in
diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich kann mich an die Vorlage jetzt nicht erinnern. Ich kann auch nicht, weil es ja geschwärzt ist, erkennen, ob die an mich gerichtet war. Das kann sein. Aber okay, ganz klar ist es auch nicht. Aber ich kann mich erinnern, dass ich dem Fachreferat, als ich von dem Zatarra-Bericht in der Presse gelesen habe, Fragen gestellt habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ah ja, okay. Das ist - - Gut. Haben Sie da jemals von der BaFin irgendeine Rückmeldung bekommen, was sie unternommen hätten bezüglich Zatarra?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich muss jetzt noch mal ein bisschen in meinem Gedächtnis kramen, soweit ich das rekonstruieren kann. Ich habe in der Presse über diesen Zatarra-Bericht gelesen, und ich habe dann das Referat gefragt, was es damit auf sich hat, ob wir dazu Erkenntnisse haben. Und ich meine, dann Informationen vom Referat bekommen zu haben, dass die BaFin sich das anschaut, noch keine definitiven Erkenntnisse hat, dass sie, wenn ich das richtig erinnere, sich sowohl das Thema Marktmanipulation wie auch das Thema Bilanz anschaut - das habe ich als Bericht bekommen -, und ich meine - aber auch da bin ich nicht mehr ganz sicher, denn das ist ja jetzt fünf Jahre her -, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist 2016, ja.

Zeuge Dr. Levin Holle: - das Referat dann gebeten zu haben, sicherzustellen, dass die BaFin dem weiter nachgeht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, weil ich habe das später - - Genauso wie Sie: Ich habe das gelesen und hatte den Zatarra-Bericht gelesen, habe

die BaFin gefragt, und die haben mir gesagt, sie seien dem nachgegangen. Und später kam raus, sie haben nicht mal eine Unterlage oder irgendwas dort angefordert von Wirecard.

Mir ging es aber um etwas anderes. Hier sind zwei Unternehmen angesprochen, auf die kürzlich eine Short-Attacke verübt worden sei. Sie wissen nicht, um welches Unternehmen es sich dort gehandelt hat, welches andere außer Wirecard?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Gut, dann würde ich Sie gerne befragen zu E-Mail-Korrespondenzen. Und zwar gibt es hier eine E-Mail-Korrespondenz, das ist MAT AA-3.08c, Blatt 90. Da gibt es einen Austausch zwischen Herrn Jan-Ole Peters, dem Leihbeamten des BMF, der an der dänischen Botschaft war und auch Wirecard-Aktien gekauft hat. Und der tauscht sich aus mit einer Person, die geschwärzt, ist von der Wirecard AG und sagt:

... mit Bezug auf Ihre Mail vom
11. Januar 2019 an Herrn Ley

- also schreibt jetzt Wirecard -

lasse ich Ihnen gerne die Koordinaten eines Gesprächspartners für Herrn Dr. Holle zukommen.

Herr ...

- geschwärzt -

ist als Vizepräsident von China International Finance ... im Bereich Fintech zuständig. Zuvor war Herr ...

- geschwärzt -

bei ...

- geschwärzt -

für strategische Payment Partnerschaften mit the Group und AliPay zuständig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Derzeit ist er Mitglied des Beirats der PBOC

- People's Bank of China -

im Bereich der Blockchain-Technologie.

Können Sie sich an diesen Vorgang oder ein solches Gespräch erinnern?

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich mir das auch noch mal anschauen, dass ich mir die Namen vergegenwärtigen kann?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, dann müssen wir noch mal die Zeit stoppen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen Unter-
lagen)

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich kann ich* erinnern, dass ich im Januar in Peking war. Im Januar 19, da war ja dieser deutsch-chinesische Finanzdialog, da war ich Teil der Delegation. Da gibt es immer ein festes Rahmenprogramm für eine Delegation, was einen Teil des Kalenders füllt. Ich bemühe mich dann normalerweise, bei solchen Terminen noch zusätzliche Termine wahrzunehmen. Da wird dann immer der arme Referent in der zuständigen Botschaft mit beglückt, mit so Anfragen, Gesprächspartner zu organisieren. Und ich war damals sehr interessiert, mal ein Verständnis zu kriegen: Wo stehen die Chinesen mit Blick auf Blockchain? Das wurde ja virulent im Jahr 2019 und relevant. Ich wollte mal verstehen: Wie gucken die darauf? Es gab so Berichte, die People's Bank of China denkt nach, einen digitalen Renminbi einzuführen. Deswegen - so würde ich mir das jetzt erschließen - habe ich die Botschaft gebeten und unseren Finanzreferenten dort, mal geeignete Gesprächspartner zu identifizieren, die zu dem Thema sprachfähig sind. Das ist jetzt aber meine Interpretation hier. Da hat er anscheinend bei Wirecard nachgefragt, ob die Ansprechpartner in China haben, die sich mit der Technologie auskennen. Also, ich kann mich an ein Gespräch mit diesem Herrn - den Namen weiß ich jetzt nicht mehr - - aber ein Herr von SINOIF - -

Das kommt mir bekannt vor, also dass ich mit dem ein Gespräch geführt habe, als ich in Peking war.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Wenn ich nur das - - dann wäre ich auch durch. - Ich frage das in einem Kontext, weil in einer anderen E-Mail, MAT A AA-3.08b, Blatt 31, auch wieder dieser Jan-Ole Peters wieder mit einer geschwärzten Person im Verlauf ist. Und da geht es eben auch um ein Treffen zwischen Deputy Governor so und so, Mr. Balz, Hufeld usw. Und da schreibt er:

Mr. Holle is not interested in a high-level talk but rather in an informal meeting to discuss the state of affairs in China and Germany over lunch.

Und da geht es auch Fintech-Regulierung. - Und ich will einfach nur fragen: Hat bei diesen Gesprächen Wirecard irgendeine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Bei welchem?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Bei diesen „informal talks“, die mit einer Person geführt wurden, die hier nicht offenbart wird, weil hier ziemlich viel geschwärzt ist? Oder hat überhaupt Wirecard eine Rolle gespielt bei Ihnen - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich das auch noch mal eben sehen?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja. - Verzeihung jetzt für die Zeit.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen Unter-
lagen)

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich versuche, das jetzt noch mal zu rekonstruieren, ja? Also, wir sind nach China gefahren. Es gibt ein offizielles Delegationsprogramm. Es gab auch einen Termin - das läuft dann typischerweise über die Bundesbank, weil die da Hauptansprechpartner in China ist für die Zentralbank mit der chinesischen Zentralbank - mit Herrn Balz. An dem habe



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich auch teilgenommen. Wir hatten auch noch andere Termine mit anderen chinesischen Aufsichtsbehörden. Mein Interesse war eben, mehr zu verstehen: „Wo stehen die mit der Blockchain-Technologie und digitalem Renminbi?“; so würde ich das hier interpretieren. Die Mail kommt ja von der - - Ich glaube, PBC steht wahrscheinlich für People's Bank of China.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das war wahrscheinlich ein Austausch zwischen Jan-Ole Peters und der People's Bank of China.

Zeuge Dr. Levin Holle: Typischerweise läuft - - Ich habe denen auch gesagt, ich würde gerne mal jemanden bei Tencent oder Alipay kennenlernen. Und dann kriegt der den Auftrag. Und hier, ich lese das hier - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber das Thema Wirecard, Alipay spielte da keine Rolle oder irgendetwas - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Das spielte keine Rolle; aber wenn ich jetzt die beiden Mails zusammennehme, hat Herr Peters dann wahrscheinlich, weil die PBC ihm gesagt hat: „Wir haben jetzt keinen, der unmittelbar verfügbar ist“, Wirecard gefragt: Kennt ihr irgendeinen Experten? - Und mit einem Herrn von diesem SINOIF habe ich gesprochen - da kann ich mich dran erinnern -, und da war - - Ich weiß nicht, ob sie dann wirklich dabei war, weil der Ort änderte sich dann auch kurzfristig und wurde in ein anderes Restaurant verlegt - - Da sollte auch dabei sein eine Beraterin von Spitzberg, die den irgendwie kannte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Dr. Levin Holle: Da kann ich mich dran erinnern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Den Namen nur noch?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nee, das weiß ich nicht mehr.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Verzeihung für die Zeitüberschreitung.

Zeuge Dr. Levin Holle: Nee, tut mir leid, dass ich es jetzt auch nicht mehr so schnell übereinanderbekommen habe.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. - Dann ist als Nächstes Lisa Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte auch noch Frage zur Rechts- und Fachaufsicht ansprechen. Und Sie meinten ja eben, als das hier schon Thema war: Wenn jemand feststellt, dass die rechtlichen Voraussetzungen für eine Maßnahme nicht gegeben sind, dann müsse man auch eingreifen. Und Sie meinten auch, man muss den Grad der Plausibilität prüfen. Und das hat jetzt schon mehrfach eine Rolle spielt. Und natürlich ist auch klar, dass das BMF jetzt keine eigene Marktanalyse vornehmen muss. Aber ich wollte Sie jetzt noch mal fragen in diesem ganzen Kontext: Inwieweit wussten Sie eigentlich, dass die Bundesbank bei Leerverkaufsverboten eine Stellungnahme abgeben soll?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, da das für mich das erste Mal war, dass ein Leerverkaufsverbot erlassen wurde von der BaFin, kann ich mich nicht dran erinnern, dass dann mir vorher klar war, wie jetzt genau der Prozess abläuft. Abstrakt wird das irgendwo geregelt sein. Ich denke, dass das auch - - Wir haben ja eingeführt nach der Krise so einen Ausschuss für Finanzmarktstabilität, der so ein großes Handbuch geschrieben hat über alle Instrumente und wie sind die Verfahren. Da war das möglicherweise niedergelegt; das weiß ich aber nicht genau. Und die Verfahren zwischen BaFin und Bundesbank sind wegen der großen Bedeutung der beiden Institutionen und dem Wert, den sie auf die jeweilige Zusammenarbeit gelegt haben, auch dann immer festgelegt worden. Aber ich kann mich jetzt nicht erinnern, dass ich das vorher gewusst hätte, dass die zu beteiligen war. Das weiß ich. Weil das war ja für mich kein normaler - - Ein normaler Vorgang wäre so eine bankaufsichtliche Maßnahme gewesen. Da hätte ich relativ schnell gewusst, wie läuft das ab. Aber das war ein Novum. Deswegen glaube ich nicht, dass mir das vorher klar war.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, aber Sie haben ja auch sonst sozusagen damit zu tun. Das ist jetzt nicht völlig unplausibel, dass jetzt irgendwie für die Marktanalyse die Bundesbank einbezogen wird, zumal da Sie ja wissen, dass in der BaFin die Zahl der Ökonomen jetzt ja nicht so super zahlreich ist. Also, Sie hatten jetzt selber nicht noch mal - - Sie hatten nicht die Erwartung, und Sie haben auch nicht nachgefragt irgendwie nach einer entsprechenden - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, Sie haben jetzt so ein paar Dinge da mit reingepackt. Aber wenn ich das richtig weiß, hat die BaFin mehr Ökonomen als Juristen. Ob es genug sind, kann man diskutieren; aber sie hat jetzt keine Knappheit an Ökonomen. Und es kommt jetzt ein bisschen darauf an aus meiner Sicht, was der Schwerpunkt der Frage war. Die Bundesbank hat als Zentralbank, weil sie selber an Marktoperationen teilnimmt, natürlich in der Regel andere Kenntnisse über Marktaktivitäten. Die handelt ja selber mit Staatsanleihen, die setzt Transaktionen für die EZB um. Also sie ist im Markt tätig, und insofern hat sie sozusagen - und das habe ich auch häufig in anderen Fällen genutzt - Markt-Intelligence. Wenn es um Fragen der Finanzmarktstabilität ging - das war auch in den Ausschusssitzungen immer so -, dann hat die Bundesbank dazu vorgebracht. Wenn es eine wertpapieraufsichtliche Frage war, dann war das schon sehr klar bei der BaFin verortet. Also, die Bankenaufsicht war ja aufgeteilt in enger Zusammenarbeit BaFin-Bundesbank. Bei der Wertpapieraufsicht war das schon so, dass jedenfalls nach meiner Erinnerung auch vom Regelwerk her die BaFin da klar im Lead war. Also, es war nicht so eine Co-Aufsicht, wie wir es bei den Banken haben.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe jetzt nicht mehr genau in Erinnerung, wie lange Sie jetzt sozusagen schon in der Position waren. Aber waren Sie noch daran beteiligt? Oder waren Sie schon 2013 - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2013 hat es noch mal diese Klärung gegeben für den gemeinsamen Leitfaden, wo eben dann drinsteht,

das BMF ist einzubeziehen und dann eben auch die Bundesbank. Und das ist auch mit veranlasst worden durch Herrn Franke 2013. Aber es ist Ihnen nicht bekannt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Da habe ich jetzt keine Erinnerung dran. Ich vermute, dass das ordentlich aufgearbeitet worden ist. Und wir hatten eben - - Das war ja eine der Lehren aus der Finanzkrise 2008, dass dieser Ausschuss für Finanzstabilität gegründet worden ist - BMF, BaFin, Bundesbank -, um Informationen schneller und enger auszutauschen für Finanzkrisenfälle und eben auch für Maßnahmen, die da relevant werden können, auch ein Prozedere festzulegen. Und da wir wussten - aber das ist jetzt so ein bisschen mehr sozusagen retrospektive Betrachtung -, dass in der Euro-Krise und in anderen Fällen, in den Bankenkrisen, Leerverkaufsverbote für einen Sektor, nicht für Einzelunternehmen, aber für einen Sektor, eine Rolle gespielt haben, ist das naheliegend, dass das in diesem Aufsichtshandbuch oder in diesem Handbuch dann auch mit geregelt worden ist, damit das Verfahren klar war.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Sie hatten jetzt gesagt, es gibt sehr wohl bei der BaFin auch Ökonomen. Aber ist Ihnen bekannt, dass jetzt in diesem speziellen Referat, was für Leerverkaufsverbote zuständig ist, es keinen gibt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das weiß ich nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es denn im Nachhinein im BMF mal Gespräche dazu, ob die Bundesbank eine Auffassung dazu hatte und welche Meinung die Bundesbank zum Leerverkaufsverbot vertritt? Also in dieser Frage, zu diesem konkreten, meine ich.

Zeuge Dr. Levin Holle: Da kann ich aber nicht - - Zu diesem spezifischen: -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Dr. Levin Holle: - Da kann ich mich nicht dran erinnern. Das kann sein, kann ich nicht ausschließen; aber das weiß ich jetzt nicht mehr.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja schon gesagt, Sie sind ein aufmerksamer Zeitungsleser. Haben Sie denn auch die täglichen Marktberichte der Bundesbank damals erhalten und gelesen? Oder wie sind Sie damit umgegangen? Also, die Frage, die sich natürlich anschließt, ist: Haben Sie da mal selber im Februar 2019 etwas von Unsicherheiten an den Finanzmärkten gelesen, sodass eben eine Short-Attacke bei Wirecard - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich habe die vermutlich bekommen. Ich kann mich aber nicht daran erinnern, dass ich die täglich als E-Mail bekommen habe. Ich vermute, mein Büro hat die bekommen, und ich habe sie sicher nicht täglich gelesen. Also, ich habe häufiger in den Markt reingeschaut selber, wenn es Turbulenzen an den Staatsanleihemärkten gab. Aber das - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber da können Sie sich jetzt nicht dran erinnern, dass das im Februar 2019 so war und dass Sie da irgendwelche Indizien hatten oder es sozusagen Sensibilitäten gab, dass es Ausstrahlungseffekte auf andere DAX-Emittenten gehabt hätte oder haben könnte?

Zeuge Dr. Levin Holle: Da habe ich keine eigene Erinnerung dran, aber kann mich nicht erinnern, dass ich mir das selber angeschaut hätte. Aber ich habe jetzt keine Erinnerung, wie der Markt damals sich im Februar verhalten hat. Das kann ich nicht mehr rekonstruieren.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie ja schon gesagt haben, das war ein bedeutender Vorgang, Sie haben das alles gemeldet, um den Minister vorzubereiten, weil das in der Zeitung steht. Aber dann gehört ja eigentlich diese Frage des Marktumfeldes und der Marktunsicherheit ja schon da mit hier rein.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, aber mein Verständnis war ja auch, dass das Referat sich damit auseinandergesetzt hat, die Fakten auch von der BaFin erbeten hat zu dem Thema. Ich habe mir das nicht selber angeschaut.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Aber diese Sorge hatten Sie jedenfalls nicht, dass das noch zusätzlich berücksichtigt werden muss?

Zeuge Dr. Levin Holle: Was?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Potenzielle Marktunsicherheiten.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, das ist ja ein - - Also, die Frage „Wie ist die Marktsituation, welche Risiken bestehen?“ ist ja eine Tatbestandsvoraussetzung für dieses Leerverkaufsverbot nach meinem Verständnis. Insofern war meine Erwartung schon, dass die zuständige Aufsicht sich damit beschäftigt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Meine Zeit ist erst mal um.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Ja, mich würde natürlich noch interessieren: Hatten Sie zu dem Zeitpunkt eigentlich auch vielleicht zu beurteilen - - Herr Hufeld hatte das hier relativ, ich sage es mal, martialisch ausgeführt: Wenn denn eine fachliche Weisung in welcher Art auch immer an ihn adressiert worden wäre, dann hätte er seinen Rücktritt sozusagen eingereicht. Das fand ich jetzt auch ein bisschen martialisch. Die BaFin hat am 15. Februar - und das würde mich interessieren, ob Ihnen das bekannt war -, also drei Tage vor Erlass des Leerverkaufsverbotes, die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung, DPR, beauftragt, den Abschluss der Wirecard AG zum 30. Juni 2018 zu überprüfen. Aufzufinden ist dieser Prüfauftrag auf MAT A BMF-4.50, Blatt 5 f. Anlass waren demgemäß drei Artikel der „Financial Times“ vom Januar und Februar 2019, aus denen die BaFin ableitete, dass möglicherweise Umsatzerlöse mit gefälschten Unterlagen belegt worden seien; außerdem seien möglicherweise Verkaufsvereinbarungen rückdatiert und daher ausgewiesene Umsätze fehlerhaft gewesen. Wann hatten Sie, wenn nicht schon vielleicht vorher, Kenntnis über diesen an die DPR gerichteten Prüfauftrag der BaFin aufgrund des Verdachts auf Bilanzbetrug bei Wirecard? Wann hatten Sie davon Kenntnis? Oder gar keine



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kenntnis? Irgendwann erst später aus dem Aktenstudium?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich kann mich da jetzt nicht dran erinnern. Ich weiß natürlich, dass dieses Thema Bilanzunregelmäßigkeiten Kernpunkt des „FT“- oder ein Kernpunkt der „FT“-Artikel war. Insofern war meine Erwartung, dass dem auch nachgegangen wird. Aber ich habe jetzt keine konkrete Erinnerung, wann ich davon gehört habe oder ob ich davon gehört habe, was es - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wissen Sie denn noch so im zeitlichen Zusammenhang: dicht am Leerverkaufsverbot oder eher weiter weg?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich kann Ihnen das nicht genau sagen. Mein Verständnis aus den Gesprächen mit Hufeld und auch mit denen, die ich im Ministerium hatte nach Erlass, aber sehr zeitnah dran: dass wirklich alle diese Punkte, also das, was die BaFin sieht, aber auch das, was in den „FT“-Artikeln drinsteht, dass das aufgeklärt wird und dass, wenn da im Schwerpunkt auch Bilanzthemen mit drin sind, dann waren die aus meiner Sicht auch mit zu adressieren und aufzuklären.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, ich frage das auch deshalb, weil ich finde schon, das gehört dann in der Gesamtschau auch für das Finanzministerium dazu, zu sagen: Ist es jetzt so wesentlich - unabhängig noch mal von der Allgemeinverfügung - - Oder ist es eine Allgemeinverfügung? Aber da kann man eben drüber diskutieren. Für mich ist es insoweit wichtig, weil Herr Hufeld hier auch sagte: Mir war ganz wichtig - und das haben wir offensichtlich nicht stark genug getan -, dass dieses Leerverkaufsverbot - und das wiegt ja umso schwerer, weil man eben weiß, bei der DPR ist ein Verfahren eingeleitet worden - - sollte keinen - ja, wie soll man sagen? - Begleitschutz, eine Garantie, eine Parteinahme seitens der BaFin für die Wirecard AG bedeuten. Und das sah im Nachhinein Herr Hufeld schon in der Diskussion hier als zu schwach adressiert an, um zu sagen: Wir haben hier eine sehr bittere Medizin für den Markt, Leerverkauf, verordnet; aber der Beipackzettel dazu, der war so unzureichend, dass der Markt dieses Medikament

komplett falsch interpretiert und falsch gesehen hat. Nun, darf man sagen, ist der Markt mündig genug, wenn es denn ein vollkommener Markt wäre, auch die Medizin des Leerverkaufsverbots - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Davon gibt es wenige.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber das interessiert mich da weniger. Sondern natürlich interessiert mich schon, ob dann die Fach- und Rechtsaufsicht relativ zeitnah im Bilde ist, um dann auch diese Aktion des Leerverkaufsverbots zu beurteilen und dann zumindest so fachlich zu begleiten und zu sagen: Dann macht aber auch bitte klar, liebe BaFin, dass hier kein Schutz, keine Parteinahme oder eine Absolution sozusagen für Wirecard erteilt werden soll. - Deswegen interessiert mich das an der Stelle so. Ist das noch mal diskutiert worden?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, vielleicht zwei Dinge: Erstens. Ich kann Ihre Einschätzung aus heutiger Sicht jedenfalls sehr gut nachvollziehen, dass das in der Wirkung, das Leerverkaufsverbot, eine sehr negative Wirkung gehabt hat, weil es interpretiert worden ist als: Die staatlichen Stellen in Deutschland glauben der „FT“ nicht und machen ein Leerverkaufsverbot. Das Unternehmen: ist alles in Ordnung. Das ist nach meiner Meinung von vielen Leuten so interpretiert worden. Das war natürlich eine fatale Wirkung, insbesondere wenn man intern diskutiert: Wir wissen noch nicht genau, was stimmt. Es kann sein, dass so ein Risiko besteht; deswegen machen wir Leerverkaufsverbot; aber wir wissen noch nicht, ob die Vorwürfe nicht doch stimmen. Deswegen klären wir es auf und machen eine Bilanzprüfung. - Und das kommt nicht an die Öffentlichkeit. Das wirkt dann natürlich nicht balanciert.

Und nach meinem Eindruck - da sage ich auch: nach meinem jetzigen Eindruck, also nach Studium der ganzen parlamentarischen Fragen, der Bücher und so - ist ja der eigentliche Kern des Problems dieser gigantische Bilanzbetrug gewesen. Also, das Leerverkaufsverbot hat die Schadensrisiken für Anleger etc. erhöht. Aber das eigentliche Problem war der Bilanzbetrug, waren



Nur zur dienstlichen Verwendung

die fehlerhaften Testate, wenn man der „FT“ heute glauben darf - ich kenne die Berichte nicht, aber da stellen sich ja entsprechende Fragen -, dass das nicht viel früher und ganz konsequent aufgeklärt worden ist. Insofern ist natürlich die Frage „Mit welchem Nachdruck ist die Bilanzkontrolle vorangetrieben worden und der Wirtschaftsprüfer überprüft worden und vor allen Dingen das Testat überprüft worden?“ der eigentlich entscheidende Hebel. Das Leerverkaufsverbot war ja auch nach zwei Monaten vorbei. Es ist nach meiner Erinnerung nicht gerichtlich - - oder jedenfalls nicht erfolgreich - - * Es hat natürlich eine Folgewirkung. Also, die Wahrnehmung im Markt war da, hatte aus meiner Sicht auch Signalwirkung an kritische Journalisten, die versuchen, hier Missstände - - * also eine sehr negative Wirkung gehabt. Das kann man aus heutiger Sicht jedenfalls sagen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Genau das ist eben der Punkt für mich, dass man sagt: Okay, als Rechts- und Fachaufsicht, da geht die BaFin gegen Journalisten vor. Die BaFin erlässt in zugegebenermaßen - wurde eingeräumt - schlechter Kommunikation das Leerverkaufsverbot. Gleichzeitig asymmetrisch, was die Information angeht, wird die DPR losgetreten und dann noch einige andere Dinge im Hintergrund, bei denen man eben sagt: Okay, da ist so viel zusammengezählt worden. - Das haben mir sogar Fachleute gesagt. Wir haben Vorstände großer deutscher, namhafter Banken, Ex-Vorstände hier gehabt, die alle - ich glaube, das ist ja das Fatale - es eben so interpretiert haben, nicht nur die normalen Marktteilnehmer, sondern ich denke, durchaus gewichtige bis hin zu so gewissen Marketmakern, die auch diese Fähigkeit hätten, die dann auch noch mit dem Schlusspunkt - das ist das i-Tüpfelchen - „EY hat dann auch noch eben uneingeschränkt testiert“ - - Und wenn man sich jetzt in die Außensicht versetzt, dann war es für mich eben zu dem Zeitpunkt schon so wichtig, dass auch das BMF in seiner Gesamtbeurteilung zu dieser Maßnahme vielleicht diese Informationen alle parat hatte. Und deswegen frage ich da so hartnäckig an der Stelle.

Zeuge Dr. Levin Holle: Absolut, das ist ja - - Die Frage „Bilanzbetrug und Bilanzkontrolle“ ist ja

die Schlüsselfrage aus meiner Sicht. Also, ich kann Ihnen nicht genau sagen, wann; aber ich gehe schon davon aus, dass wir darüber auch informiert worden sind, über die Fragen. Was ich nicht weiß, ist, ob die BaFin öffentlich über diesen Auftrag kommunizieren durfte oder die DPR. Das kann nicht richtig - - Also, ob ihr das möglich gewesen wäre, das parallel auch kundzutun, das weiß ich nicht, ob das rechtlich möglich war.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, uns wurde gesagt, eher nicht; aber okay.

Zeuge Dr. Levin Holle: Das kann ich rechtlich nicht - - *

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich bin auch über der Zeit. - Und insoweit ist jetzt der Kollege Michelbach dran für die CDU/CSU.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr Dr. Holle, ich bin dankbar für Ihre Interpretation, die Sie gerade kundgetan haben, über die fatale Wirkung des Leerverkaufsverbots. Und nach meiner Ansicht war es eben doch eine entscheidende Wendung. Es war ein staatliches Gütesiegel und so etwas wie ein Lockvogelangebot für Anleger, für den Markt. Und der Schaden wurde von diesem Zeitpunkt nach eineinhalb Jahre noch mal erheblich erweitert. Und das ist ja unsere Aufgabe: Was hätte man früher tun müssen, was hätte man früher erkennen müssen, um diesen Schaden eben zu vermindern? Da ist ja die Aufklärung sehr weit gediehen. Wir haben ja von der BaFin, vom BMF sehr viele Kollegen hier eivernommen. Mir ergibt sich der Eindruck, dass natürlich durch dieses Leerverkaufsverbot was ganz Besonderes war; deswegen ist natürlich der Vergleich Rechtsaufsicht, Fachaufsicht mit früheren Ministern usw., das ist natürlich eine Nebelkerze. Es geht jetzt um die jetzige Leerverkaufsverbotsverantwortung. Und da hat sich bei uns der Eindruck verfestigt, dass sich bei der BaFin erstens mal eine unkritische Distanz zu Wirecard ergeben hat, teilweise eine ideologische Motivation gegen Shortseller, und dann auch noch so eine Art selbstbewusstes Zeigen der Stärke wollte man aussenden und Verbindung mit einer Be-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gründung, die man gesucht hat. Das ist der Eindruck, den wir haben oder den ich habe. Das sollten Sie mal jetzt sehen.

Und wir müssen natürlich sehen: Was ist beim BMF an Prüfung der Plausibilität in der Fachaufsicht geschehen? Und Sie haben jetzt auch auf den Staatsanwaltschaftsvermerk verwiesen. Wir sehen, dass die BaFin so eine Art Alibisuche gemacht hat. Sie hat die ESMA angezogen, sie hat das BMF bei uns hier angezogen, sie hat die Bundesbank angezogen, und sie hat die Staatsanwaltschaft angezogen. Jetzt frage ich Sie, nachdem Sie auch gesagt haben, Sie haben dieses Argument Staatsanwalt vernommen: Haben Sie diesen Vermerk der Oberstaatsanwältin Bäumler-Hösl jemals gesehen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Da kann ich mich nicht dran erinnern. Und normalerweise hätte ich danach auch nicht gefragt. Das habe ich ja vorhin versucht auszuführen. Also, in dem Moment, wo das Thema Staatsanwaltschaft im Raum steht, war für mich auch klar, da ist die Staatsanwaltschaft Herrin des Verfahrens und da fängt jetzt nicht ein anderes Ministerium an, was kein Justizministerium ist und auch nicht das zuständige, sich mit der Staatsanwaltschaft darüber auseinanderzusetzen, ob das, was die Staatsanwaltschaft da macht oder nicht macht, richtig oder falsch ist. Deshalb war ich da - -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, aber Herr Dr. Holle, ich kenne Sie viele Jahre als wirklich super Juristen. Sie sind ja - und das müssen Sie natürlich immer erst persönlich verarbeiten, denke ich - - bei diesem Vermerk einer Räuberpistole aufgesessen. Wenn Sie den gesehen hätten, diesen Vermerk, wäre Ihnen sofort aufgefallen, dass da weder eine Bewertung der Staatsanwältin stattfindet noch eine eigene Ermittlung, sondern da ist durch den Anwalt von Wirecard eine Interessensvertretung durch ein Telefon durchgegeben worden. Das ist für mich nicht besonders schön, dass die Staatsanwältin das einfach weiterfaxt, ihren Telefonvermerk. Aber dieser Telefonvermerk war die Begründung, Hauptbegründung, für die Frau Roegele und für den Herrn Kimmer bei der BaFin und für den Herrn Hufeld. Und jeder sagt mir: Es gibt ja die

Begründung. Es ist die totale Alibisuche, die wir hier erleben. Staatsanwaltschaft, ESMA. ESMA hat uns erklärt, dass sie also gar nicht forensisch prüfen können und das auch nicht prüfen, sondern nur ein Opinion ausgeben. Die Bundesbank hat gesagt, sie können keine Finanzstabilitäts-situationsfrage sehen und Marktvertrauen auch nicht. Sie geben keine Stellungnahme ab.

Also, Staatsanwaltschaft, Vermerk: Man muss sich schon überlegen: Da hat ein Ministerium eine Rechtsaufsicht und eine Fachaufsicht, und dann wird so eine entscheidende Maßnahme, die es nie gab bisher, einfach erlassen. Da bin ich eigentlich ziemlich sprachlos. Vielleicht können Sie das mal in Ihrer Bewertung noch mal verdeutlichen, weil ich eigentlich bisher auch immer größten Respekt vor Ihrer Arbeit hatte.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, Sie haben ja jetzt ziemlich viele Punkte zusammengereiht. Ich weiß nicht, ob ich auf alle eingehen kann.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Na ja, gut, ich musste das im Zusammenhang mal darstellen, -

Zeuge Dr. Levin Holle: Nee, absolut.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): - damit Sie mal das Bild sehen.

Zeuge Dr. Levin Holle: Nee, absolut. Ich wollte nur sagen: Ich kann jetzt vielleicht nicht auf alles eingehen oder habe auch nicht alles ganz richtig verstanden. Also, um es noch mal zu versuchen zu sortieren aus meiner Wahrnehmung und auch meiner Erinnerung - ich fange jetzt mal von hinten an -: Mit dem Wissen von heute - - Ich habe den Vermerk bis heute nicht gesehen. Ich habe nur in der Presse gelesen, dass der - - Das habe ich nach meiner Erinnerung damals nicht erfahren. Ich habe also, als ich - - Ich habe Hufeld gefragt - das habe ich Ihnen ja berichtet -: „FT“ würde ich extrem ernst nehmen. Wieso kommt ihr dann zu so einer Maßnahme? - Und dann sagt er mir: Ich habe ernsthafte Hinweise der Staatsanwaltschaft, dass da was ist. Er hat es aber nicht mit Details unterlegt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und nachdem ich dann dieses Zitat von der Staatsanwältin da in der Presse gelesen habe, habe ich das dann auch - - habe ich keinen Anlass gesehen, das weiter zu hinterfragen, weil ich gedacht habe: Na, das ist auch eine Oberstaatsanwältin. Wenn die sich in der Presse äußert, die wird schon wissen, wovon die redet. Deswegen habe ich nach den Einzelheiten nicht gefragt. Ich kann Ihre Einschätzung nachvollziehen: Wenn mir damals jemand gesagt hätte: „Die tatsächliche Behauptung kommt ausschließlich von Wirecard und besteht darin, dass Bloomberg erpresst“, dann hätte ich vielleicht mal ein, zwei Leute bei Bloomberg angerufen und gefragt: Könnt ihr euch das jetzt wirklich vorstellen? - Es wäre mir sehr unplausibel erschienen. Das würde ich aus heutiger Sicht schon sagen. Aber die Information, dass das auf - - dass die angebliche Erpressung eine Bloomberg-Erpressung war, da kann ich mich nicht daran erinnern, dass ich das damals erfahren habe. Vielleicht ist das irgendwo in den Berichten ans BMF drin gewesen, aber -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Eine eidesstattliche Erklärung ohne Unterschrift.

Zeuge Dr. Levin Holle: - mir war es nicht präsent. Da kann ich Ihre Einschätzung nachvollziehen. Aber das war mir zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt.

Ich möchte schon noch ergänzen: Ich hatte damals nicht den Eindruck, dass die BaFin jetzt auf der Suche nach einem Alibi war, sondern ich hatte schon den Eindruck, dass die BaFin den Eindruck hatte: Hier ist ein Problem für den Markt, und da gibt es vielleicht tatsächlich eine Marktmanipulation. Und deshalb müssen wir was machen. - Also, ich hatte nicht den Eindruck aus meinem Gespräch mit Herrn Hufeld - ich habe damals nicht mit Frau Roegele gesprochen -, dass er irgendwie nach einem Alibi sucht. Das war nicht mein Eindruck.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Aber diese Marktvertrauensfrage, die Finanzstabilitätsfrage, die hat sich doch nicht gestellt. Die Fachaufsicht hätte doch zumindest mal fragen müssen: Was sagt die Bundesbank dazu?

Was sagt die Handelsüberwachungsstelle dazu? - Fehlanzeige.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich weiß nicht mehr, was das Referat damals gefragt hat. Jetzt ist es immer ein bisschen in der - wie soll man sagen? - Gefahrenabwehr - - Man weiß vorher nicht ganz genau, welches Risiko sich materialisiert. Da ist man hinterher immer schlauer, ob das jetzt eintritt oder nicht eintritt. Was in meiner damaligen Einschätzung schon eine Rolle gespielt hat, ist, dass die ESMA sich das mit angeschaut hat und zumindest nach dem, was ich verstanden habe, gesagt hat: Also, wir haben keinen Grund, jetzt zu einem anderen Ergebnis zu kommen. - Ich weiß nicht, welche Informationen der ESMA damals vorgelegen haben. Aber wir wussten halt: Die ESMA hat sich das angeschaut und hat die Entscheidung unterstützt oder mitgetragen oder jedenfalls nicht widersprochen. Und das ist ja ein Gremium von Marktaufsehern, was sich das anschaut. Ich weiß nicht genau, wie es zusammengesetzt ist. Die hatten auch nicht viel Zeit. Aber das hat schon auch eine Rolle gespielt in unserer Einschätzung: Ist das auch belastbar, was die BaFin da vorträgt?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Leider ist es auch so da gewesen. Der Vertreter der ESMA war hier. Der sagt: Wir machen keine Prüfung. Wir geben unsere Opinion, unser Einverständnis mehr oder minder ohne Prüfung, eigene Prüfung. Wir haben gar nicht die Möglichkeit, eigene Prüfungen zu machen. - Das heißt, hier ist Verschiebebahnhof - entschuldigen Sie, wenn ich das jetzt einem Bahnvorstand sage - einfach durchweg vorgenommen worden. Jeder hat auf den anderen - - Und die Motivation der Frau Roegele war, mal einen großen Fall zu produzieren. Das ist der Eindruck, den wir haben. Und alle haben die Hacken zusammengeschlagen und haben mitgemacht.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich will jetzt nicht über die Motivation von Frau Roegele spekulieren. Dazu kann ich auch nichts sagen. Ich habe auch mit ihr nicht gesprochen. Ich hatte schon den Eindruck aus meinen Gesprächen mit Herrn Hufeld, dass er das ernst nimmt und da nicht nach einem Alibi sucht. Aber es hing in der Tat



Nur zur dienstlichen Verwendung

relativ viel, auch nach meiner Wahrnehmung, an diesem staatsanwaltschaftlichen Punkt, der, wenn man jetzt im Nachhinein die gesamte Geschichte sich anschaut, sich in der Tat fragt: Wieso hat das einen solchen Eindruck hinterlassen?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut, also, die BaFin hat eine Begründung uns hier gesagt: dass ein Anstieg von Nettoleerverkaufspositionen eben stattfindet. Ja, gut, alle Überprüfungen haben gezeigt, dass das nicht der Fall ist. Können Sie uns erläutern, ob und in welchem Umfang es beim BMF eine Prüfung für diese Begründung gab? Es müsste zumindest, wenn ich die Begründung vorgelegt bekomme - - hätte man doch hier zumindest mal prüfen können: Gibt es diese Nettoleerverkaufspositionen, und wie ist man dazu gekommen, und wer hat dazu welche Erkenntnisse?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich weiß jetzt aus meiner eigenen Erinnerung nicht mehr, welche Informationen damals dem BMF vorgelegt worden sind. So wie ich den Sachverhalt aus heutiger Sicht verstehe oder jetzt verstanden habe, soweit man das von heute her weiß, und wenn man die Fakten mit reinnimmt, die man heute kennt, dann hat es ja vorher Volatilität bei der Wirecard-Aktie gegeben. Es hat wohl auch Short-Positionen gegeben. Wie viel und wie relevant, das weiß ich nicht. Ich glaube, die entscheidende Frage jetzt in der Ex-post-Betrachtung ist ja: War die Ansteckungsgefahr tatsächlich da? Und das ist ja auch das, wenn ich Sie richtig verstehe, wo die Bundesbank damals gesagt hat: Die sehen wir nicht. Also, wir sehen in dem Titel ein Risiko, und da ist was passiert. Aber wir sehen nicht, dass das jetzt die Finanzstabilität in toto untergräbt. - Und das ist nach meinem Eindruck das, was sich hinterher anders dargestellt hat oder, mit Rückblick, als die BaFin das damals vermutet hat. Und das wiederum hängt an der Wahrnehmung: Gibt es jetzt hier eine Short-Attacke? Wie nachhaltig ist die? Wie beeinflusst die das Marktvertrauen? Das ist der Punkt, der sich nach meinem Eindruck hinterher anders entwickelt hat, als die BaFin das vorher unterstellt hat. Aber das sage ich jetzt auch aus sozusagen dem rückblickenden Studium der Akten.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja. Leider ist das eine Einschätzung, die Sie natürlich treffen können, aber von der BaFin halt auch nicht untermauert ist.

Wir haben ja eine Frau Geilfus hier gehabt - das ist die zuständige Referentin bei der BaFin -, und die hat uns hier erklärt: Alleine aus den Nettoleerverkaufspositionen lässt sich kein Eingriff oder kein Eingreifen aus Leerverkaufsaufsicht begründen. Daher ist die angedachte Visualisierung schwierig, auch weil in 2019 die Anstiege der Nettoleerverkaufspositionen gerade nicht vor dem Bericht, sondern danach waren.

Also, wenn man das zusammenfasst: Es konnte kein Anstieg vor dem Artikel der „Financial Times“ Anfang Februar beobachtet werden, danach aber schon. Und wie kann man dann auf die Idee kommen, aus dem Anstieg praktisch der Nettoleerverkaufspositionen etwas abzuleiten, dass ein Shortseller-Angriff unmittelbar bevorstehe? Der Anstieg ist doch viel eher auf den kurz zuvor erscheinenden Artikel der „Financial Times“ zurückzuführen. Also, hier ist weder die Plausibilität noch die Kausalität in irgendeiner Form nachvollziehbar. Wir würden da gerne auch einsehen, dass man anders hätte gar nicht handeln können, sozusagen alternativlos. Aber hier hat wirklich etwas stattgefunden, was man auch nachträglich nicht begreifen kann.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich weiß nicht mehr aus eigener Erinnerung, welche Informationen der BaFin damals vorgelegen haben. Die Analysen kenne ich nicht. Ich meine mich zu erinnern, dass es schon auffällige Bewegungen bei Short-Positionen gegeben hat. Aber ich kann Ihnen jetzt nicht sagen - -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Nein, die Frau Geilfus hat das gerade verneint.

Zeuge Dr. Levin Holle: Gut, das weiß ich nicht. Ich habe ja nicht mit ihr gesprochen. Ich weiß nicht, was sie gesagt hat. Ich kann das auch - - Also, da kann ich nichts zu sagen. Da würde ich jetzt spekulieren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. Also, ich denke - - Ich meine, wie ist das jetzt mit der Fachaufsicht? Sie als Jurist - - Der Erlass von leerverkaufsbeschränkenden Maßnahmen ist natürlich eine Ermessensentscheidung. Das ist richtig, ja?

Zeuge Dr. Levin Holle: Davon - - Ja. So würde ich das verstehen, -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Aber liegt - -

Zeuge Dr. Levin Holle: - ohne dass ich jetzt in die Rechtsgrundlage noch mal reingeschaut hätte.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. - Liegt nicht schon ein Ermessensausfall bei der Ausübung des Entschließungsermessens vor, wenn man die Alternative, nicht zu handeln, gar nicht in Erwägung zieht? Und wie sehen Sie die Auswirkungen dieses Ermessensfehlers auf die Rechtmäßigkeit der späteren Verfügung? Also, wenn ich einen Ermessensspielraum habe, muss ich ja auch noch die Alternative haben, oder nicht? Und die Alternative, die wurde nicht aufgezeigt, zumindest nicht Ihnen. Oder wurde sie im BMF nicht behandelt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das habe ich jetzt noch nicht ganz verstanden. Bitte ich um Nachsicht.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Bei der Ermessensentscheidung ist es doch so, dass man, wenn man das ausübt, natürlich auch über alternatives Handeln nachdenken sollte; sonst wäre es ja kein Ermessen. Aber es hat niemand die Alternative gesucht und nicht begründet und nicht bearbeitet.

Zeuge Dr. Levin Holle: Welche Alternative meinen Sie?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Na ja, zum Beispiel, kein Leerverkaufsverbot zu erlassen oder nur, sagen wir mal, die andere Alternative: ein Handelsstopp oder was auch immer. Also, es gibt keine Ermessenssuche. So sehen wir es. Bei der Fachaufsicht müsste ja sofort gesagt werden, die Begründung: „Welche

anderen Ermessensspielräume gibt es? Ist die Begründung sattelfest?“ Da haben wir ja rausgearbeitet, dass die nicht sattelfest war. Und die weitere Möglichkeit der Ermessensregelung, die sehe ich halt auch nicht.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich kann es - - bin kein Experte für Leerverkaufsrecht. Ich stimme Ihnen zu, dass das, die Frage, ob die Behörde ein solches Leerverkaufsverbot erlässt, eine Ermessensentscheidung ist. Da steht ja im Gesetz nicht „sie muss“, sondern „sie kann“. Das heißt, sie kann das tun, und sie muss eine Verhältnismäßigkeitsprüfung durchführen. Das teile ich. Ich habe aber jetzt keine Erinnerung oder Wahrnehmung, dass die BaFin das nicht gemacht hätte. Mein Verständnis ist: Sie hat sich damit auseinandergesetzt, ob sie das erlassen soll. Und sie muss ja auch die Verhältnismäßigkeit begründen. Nach meiner Erinnerung ist das ja auch Teil der ESMA-Stellungnahme gewesen. Also, die ESMA hat ja nach meiner Erinnerung gesagt: Die Maßnahme ist notwendig, angemessen und verhältnismäßig. Insofern wird sie sich das in irgendeiner Form, ohne dass ich jetzt im Detail genau weiß, wie, auch angeschaut haben.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut, leider ohne eigene Prüfung, sondern auf Verlass der BaFin, ne? Das heißt, man hat hier Pingpong gespielt, ohne dass, ich sage mal, die ESMA in irgendeiner Form fachlich ihre eigene Meinung noch mal geprüft hat, sondern man hat sich auf das verlassen, was die BaFin ihr vorgelegt hat. Und die ESMA sagt: Wir können gar nicht das in dieser Form prüfen, wie die BaFin das tut. Das BMF sagt: Wir haben das jetzt nicht geprüft. - Also, da müssen wir natürlich Fehlentwicklungen feststellen, die eigentlich für uns so nicht vorstellbar waren.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich würde schon gern noch mal versuchen, es aus meiner Sicht zu beschreiben.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gerne, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, die originär zuständige Behörde war die BaFin. Die hatte eine Ermessensentscheidung zu treffen. Sie musste das umfassend aufklären und begründen. Die Maßnahme konnte ja auch vor Gericht angegriffen werden. Das ist jedenfalls nicht erfolgreich geschehen. Also, wenn es evident rechtswidrig gewesen wäre - so würde ich mal formulieren -, dann hätte es auch eine gewisse Wahrscheinlichkeit gegeben, dass die Maßnahme erfolgreich vor Gericht angegriffen wird; denn es gab ja Leute, die negativ betroffen waren von dem Leerverkaufsverbot, die das weiterbetreiben wollten. Wenn es evident rechtswidrig gewesen wäre, hätte ich mal unterstellt - aber das ist jetzt Spekulation von meiner Seite -, wären die zum zuständigen Gericht gegangen und hätten gesagt: Das hätten wir gerne aufgehoben. - Das ist nicht passiert. Daraus kann man jetzt nicht ableiten, dass es unter allen Umständen rechtmäßig war. Das weiß man immer nur, wenn man wirklich einen Prozess gehabt hat. Das würde ich schon mal als Indiz dafür werten, dass es eben nicht evident irgendwie rechtswidrig war, sondern dass die BaFin das schon geprüft hat, auch dargelegt hat.

Ich weiß jetzt nicht - ich habe auch mit der ESMA nicht gesprochen -, in welchem Umfang und in welchem Detail die das geprüft hat. Aber wenn sie einen gesetzlichen Auftrag hat, sich eine eigene Meinung da zu bilden - und den hat sie nach der Leerverkaufsverordnung ganz klar - - Und das ist ja schon - darf man jetzt nicht vergessen - eine der wenigen originären Kompetenzen, die die ESMA hat; denn die kann ja selber - - Die hat ja auch eine eigene Befugnis, Leerverkaufsverbote zu erlassen. Das ist, zumindest zum damaligen Zeitpunkt, eine der ganz wenigen eigenen Befugnisse der ESMA gewesen. Und insofern würde mich jetzt - ich weiß nicht, was der ESMA-Vertreter gesagt hat - die Aussage überraschen: Wir haben da gar keine Kompetenz zu. Dann würde ich mich wiederum fragen: Wie bereitet sich die ESMA auf die Ausübung einer solchen Kompetenz vor? Das führt jetzt vielleicht zu weit. Aber insofern finde ich es relativ nahelegend, wenn die ESMA sich das anschaut und eine Aussage trifft: „Das ist notwendig, angemessen und verhältnismäßig“, dass man dann auch

unterstellt: Damit hat sie sich irgendwie auseinandergesetzt.

Natürlich gilt auch hier genau das, was ich vorhin für das BMF - in Anführungsstrichen - „für einen Freitagnachmittag“ in Anspruch genommen habe: Die ESMA hatte vermutlich nur sehr wenig Zeit. Sie wird das irgendwie am Wochenende bekommen haben und sich sehr schnell entschieden haben. Ich weiß nicht, wie viel andere Aufseher aus anderen Ländern, die ja zum Teil mehr Erfahrung mit Leerverkaufsverboten hatten als die deutschen Aufseher, damit befasst waren. Das weiß ich nicht. Aber es war zumindest Indiz dafür, dass noch mal ein anderer Aufseherkreis sich damit beschäftigt hat.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Nur noch abschließend: Das Indiz, das Sie sagen, dass niemand Klage erhoben hat gegen dieses Leerverkaufsverbot: Sie müssen auch mal sehen, dass die Betroffenen ja auch gewusst haben, dass die BaFin Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft macht. Das heißt, die haben alle mehr oder minder auch deshalb nicht unbedingt den Weg der Klage suchen können, weil sie natürlich schon gewusst haben: Es wird ganz schnell vielleicht gegen mich ermittelt. Also, das muss man auch sehen, dass das alles im Zusammenhang „Anzeige bei der Staatsanwaltschaft durch die BaFin, Leerverkaufsverbot ohne, sagen wir mal, fachliche Begründung“ - - Das ist alles eine Gemengelage, die quasi große Schadensverantwortung der handelnden Personen einfach ergibt. Das muss man sehen. Und 22 Milliarden ist sicher kein Besenstiel.

Zeuge Dr. Levin Holle: Der Schaden ist extrem hoch; das sehe ich auch so. Aber ich würde umgekehrt auch sagen: Also, meine Erfahrung aus zehn Jahren Finanzmarktregulierung im BMF ist, dass es eigentlich schon immer eine Reihe von Hedgefonds gibt, die, wenn sie wirtschaftlich wirklich was wollen, in dem Fall zum Beispiel Leerverkäufe, sich auch jetzt nicht abschrecken lassen, auch mal zu klagen, wenn sie irgendeine nationale Maßnahme als evident rechtswidrig ansehen. Also, da sind die - - Und dann gibt es meistens auch welche, die hinreichend rabiat



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich aufstellen, um das auch vor Gericht dann durchzusetzen, wenn sie das so sehen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Dr. Holle.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich würde da noch mal aufsetzen wollen. Herr van Walsum war uns zugeschaltet und - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Wer ist das?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist der Kollege, den Dr. Michelbach von der ESMA ansprach, der uns hier sozusagen Rede und Antwort gestanden hat. - Und was für mich an der ganzen Konstellation erschreckend war - ich will den Maßstab da mal größer machen -, ist im Prinzip, dass ich da immer so den Eindruck mittlerweile gewonnen habe aufgrund unseres Untersuchungsausschusses: Der eine hat sich auf den anderen verlassen, ohne zu wissen, was der überhaupt darf oder kann. Ich nenne das mal „sehr viel Regulierung“. Ich habe das bei der ESMA, auch wenn ich den einen oder anderen damit langweile, verglichen. Und so hat es ja Herr van Walsum auch auf unsere Nachfragen, auch meine Nachfrage, hin deutlich ausgeführt: Hätten Sie denn überhaupt die Möglichkeit gehabt als ESMA, wenn Sie eine Information - und das ist, glaube ich, der Punkt - anzweifeln, die dann kritisch zu hinterfragen und noch mal eine Rückmeldung zu machen? Und da hat Herr van Walsum klar gesagt: Nein. - Sogar auf eine Nachfrage hin von mir: Was ist denn, wenn Sie Mängel bei der BaFin feststellen und die der BaFin reportieren und sagen: „Stellt die ab!“? Wie ist denn das? - Wie meinen Sie das?

Ich sage: Na ja, irgendwann - - Ich kenne das: dann Wiedervorlage, und dann fragt man: Ist der Mangel behoben? - Ja, auch da sind wir eingeschränkt.

Ich sage: Wie darf ich es verstehen? - Wir fragen mal nach drei Jahren nach.

Und ich so: Ja, und wenn die BaFin diesen Missstand dann nicht behoben hat? - Ja, dann können wir nichts machen. Wir dürfen dann nicht an die

zuständige Fachbehörde, also ans Finanzministerium, oder den Minister informieren oder die Regierung. Wir müssen uns da mit der BaFin auseinandersetzen.

Damit konfrontiert, war Frau Dr. Buch, Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank, relativ erstaunt und sagt: Oh, das wusste ich gar nicht. - Ich sage: Das wäre aber schön gewesen, weil ich den Eindruck habe und wir alle: Auch die Bundesbank hat sich in dem Fall ein bisschen weggeduckt. - Denn zum einen steht ja in dieser Leerverkaufsverordnung - - wird einerseits ausgeführt: Bundesbank und BaFin und BMF haben die Auffassung, dass bei einem Erlass von leerverkaufsbezogenen Maßnahmen nach EU-Leerverkaufsverordnung durch die BaFin keine Behemenserstellung notwendig ist. Aber die Möglichkeit zur Stellungnahme soll gegeben werden. Und andererseits haben Sie uns ja eben auch kundgetan: Alle verlassen sich drauf. Na ja, diese Opinion der ESMA, die ist schon superviel wert. - Ist sie eigentlich nicht. Sie ist eigentlich nur - - dass die ESMA dann sagt: „Okay, macht das“ und mehr nicht, weil sie kriegt die Information vorgesetzt und kann die nicht kontrollieren. Und damit ist so eine Entscheidung für mich nur noch zweitklassig, wenn nicht sogar drittklassig.

Ich habe es mit der Eurostat verglichen, Eurostat 2004. Was war? Die Griechen reichen Zahlen ein. Jeder wusste - das haben die Spatzen von den Dächern - - die Presse hat es geschrieben -: Die sind falsch. Und die Eurostat sagt: Na ja, wir dürfen die gar nicht kontrollieren. Wir müssen die anerkennen. Wir müssen die akzeptieren. So steht es in den Verträgen. - Und so haben wir dann mit falschen Angaben Griechenland im Euro gehabt.

Ähnlich verhält sich das an der ganzen Geschichte hier. Die ESMA hätte sonst was vorgelegt bekommen können. Und das ist, glaube ich, das, was auch Kollegen Michelbach aufregt: Es stimmt nicht. Und wenn wir dann noch gehört haben und gesehen haben: Aha, die Deutsche Bundesbank hat die Kovarianzen ausgerechnet. Sie hat genau das dokumentiert, was notwendig gewesen wäre, um eine für mich mathematische und damit reelle Entscheidung zu treffen: Ist das Marktvertrauen - - Ich glaube, es waren 27 DAX-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Werte; für zwei konnte nicht abgegeben werden. Und logischerweise bei einer Kovarianz nimmst du dann Wirecard nicht mit rein. So erklärten sich die 27 Werte bei der Kovarianz. Ich durfte früher auch so was berechnen. War ganz spaßig.

Und dann stellt man fest: In der Reihe aller Geschichten, die uns da aufgetischt worden sind, gab es im Prinzip am Ende des Tages keinen Grund. BMF sagt: Na ja, wir wussten eigentlich nicht so recht: „Was war mit den anderen Maßnahmen?“, die wir eben im Vorgang besprochen haben? Also DPR, ESMA macht nur eine Opinion, Bundesbank duckt sich weg.

Da haben wir hier schon viele Fragezeichen und insbesondere natürlich dann auch, wie das BMF zur Bundesbank steht, wie das BMF in Zukunft vielleicht daraus lernt, die Bundesbank da wieder etwas mutiger zu machen, dass die also da nicht so kauert und sagt: Uh, wir tauchen mal weg oder sind beleidigt, weil wir nicht wissen, was die Staatsanwaltschaft da so sagt. - Auch da gab es Zweifel. Also, da hätte ich von Ihnen schon noch mal eine Stellungnahme, wie Sie den damaligen Zeitpunkt jetzt mit den Informationen wahrnehmen - - Dann haben Sie ja eigentlich eine Entscheidung getroffen, wie Sie hier eben gesagt haben: „Wir mischen uns da nicht ein“, unter kompletter Unsicherheit, wenn nicht sogar Unkenntnis der Sachlage.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich versuche noch mal, auf ein paar Punkte einzugehen, vielleicht nicht zu allen, weil ich das zeitlich auch nicht schaffe. Erstens, was die BMF-Rolle anging: Wir haben die Information von der BaFin bekommen. Wir haben nach den Grundsätzen der Rechts- und Fachaufsicht da draufgeschaut. Wir haben versucht, so gut das möglich war, das in der Kürze der Zeit zu verstehen, worum es geht. Wir hatten nicht den Eindruck: Das ist erkennbar rechtswidrig. Und insofern war nach unseren Grundsätzen auch kein Raum für ein Eingreifen. Dass wir jetzt mit dem Wissen von heute da draufgucken und sagen: „Na ja, ob diese Gefahrenprognose wirklich so gestimmt hat?“, die Fragen kann ich absolut nachvollziehen. Aber das ist bei jeder Gefahrenabwehr so, dass man hinterher

klüger ist als zum Zeitpunkt der Ex-ante-Betrachtung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das stimmt.

Zeuge Dr. Levin Holle: Was extrem wichtig ist, sind vielleicht drei Dinge, die ich ansprechen möchte. Also, das, was Sie angesprochen haben: Was gibt es denn an mathematischen - - an Verfahren, an Analysen? Was passiert denn wirklich im Markt? Also das Marktverständnis in der Aufsicht auszudehnen, statistische Analysen zu machen, Varianzanalysen, ist ein ganz wesentlicher Faktor. Den haben wir häufiger schon mal für die BaFin diskutiert. Das ist aus meiner Sicht ein ganz zentraler Punkt in der Reform, das auch viel stärker datenbasiert zu machen. Das hat auch in anderen Feldern - - hätte das Probleme verhindert oder - - * weiß man hinterher nicht. Aber es ist jedenfalls wichtig, das für die Zukunft zu tun. Das würde ich uneingeschränkt so sehen.

Und wir brauchen auch eine bessere Zusammenarbeit der zuständigen Behörden. Das würde ich als - - * Es ist ja nicht nur in diesem Fall hier so, dass man sich fragt: Sind alle Ergebnisse immer voll geteilt worden? Ich habe in meinen Jahren im BMF nicht den Eindruck gehabt, dass man die Bundesbank zu was ermutigen muss. Die hat schon in der Regel eine klare Auffassung und trägt die dann auch vor. Das war jetzt nicht mein Eindruck. Aber die Kompetenz zu nutzen - - Die BaFin selber war ja nicht selber am Kapitalmarkt tätig. Die Bundesbank ist das, und deswegen hat die in ihren Systemen auch ganz andere Informationsquellen, hat sehr kluge Wissenschaftler. Das zu nutzen und heranzuziehen, ist ganz wesentlich.

Vielleicht noch mal ein Satz zu ESMA: Ich kann das im Einzelnen nicht beurteilen, welche Kapazitäten und Ressourcen die hatten. Aber ich würde schon sagen, dass die ESMA immer die Möglichkeit gehabt hätte, zu sagen: Wir sind nicht überzeugt, und deswegen geben wir keine Opinion ab, dass das notwendig, angemessen, verhältnismäßig - - * Dazu kann sie niemand zwingen. Also, sie können sagen: Ich kann die Informationen nicht nachvollziehen. Aber dann können sie immer sagen: Wenn ich keine



Nur zur dienstlichen Verwendung

dichteren Informationen gebe, dann gebe ich nicht nach draußen eine Stellungnahme ab, die sagt: Das ist notwendig. Also, das ist ja schon eine sehr - -* nicht irgendwie „Man kann das machen“, sondern „notwendig“ heißt - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Na, ich hatte es extra gesagt: Die wussten zum Beispiel, die Bundesbank, nicht von den staatsanwaltschaftlichen - in Anführungszeichen - „Ermittlungen“, die keine waren.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, ja. Deswegen würde ich die ESMA da nicht so rauslassen. Aber ich glaube, ein entscheidender Punkt - und das ist schon aus meiner Sicht auch ein wesentliches Thema nach vorne hinaus -: Bringen wir die Ressourcen für solche Fälle zusammen? Wir haben in Deutschland viele Kompetenzverteilungen zwischen Bund und Ländern auf viele Fälle und auf viele Behörden. Hier haben wir Bundesbank, BaFin. Bei der Bilanzkontrolle haben wir drei Behörden gehabt, wenn Sie die Staatsanwaltschaft dazunehmen, vier, wo der Datenaustausch auch besser werden kann.

Und aus meiner Sicht müssen wir auch noch mal drüber nachdenken: Was brauchen wir, um wirklich schwere Fälle von Finanzbetrug angemessen zu verfolgen? Ich bin kein Kriminalist, aber in England zum Beispiel gibt es ein Serious Fraud Office. Das sind 500 Leute, die sich mit schwerer Wirtschaftskriminalität beschäftigen. Und das ist aus meiner Sicht schon eine Frage, wenn ich wirklich auch einen Verfolgungsdruck brauche, es nicht nur darum geht, die Informationen zusammenzuzählen, sondern forensisch zu ermitteln und die Informationen dann zusammenzuführen, die wir an verschiedenen staatlichen Stellen haben - Bundesbank, Bilanzen, manchmal ja auch im Steuerbereich oder so -, sich da noch mal zu überlegen: Was muss man für wirklich schwerwiegende Fälle tun, um sicherzustellen, dass diese Informationen auch rechtlich einwandfrei zusammengeführt werden können, und da den vollen Druck der staatlichen Aufklärung und Verfolgung dahinterzubringen? Das ist aus meiner Sicht schon ein wesentlicher Punkt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich finde, das sind schöne Ausführungen. Die könnten fast den Schluss des Abends bilden. - Aber ich schaue mal zu Dr. Zimmermann rüber.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Es ist vorhin schon mal dieser Zatarra Report angesprochen worden. Und mich würde noch mal, weil jetzt sozusagen - Sie merken das ja - - Der Fokus ist ja extrem auf diesem Leerverkaufsverbot. Aber unser Untersuchungszeitraum geht ja bis ins Jahr 2014. Zatarra Report - - Da gab es am 3. Mai 2016 von Herrn Dr. Brinckmann ein - - Der Herr Brinckmann hat die BaFin um Überprüfung der Vorwürfe aus dem Zatarra Report gebeten. Und dann hat eben die schon erwähnte Frau Geilfus von der BaFin einen Vermerk für das BMF verfasst. Ist der Ihnen bekannt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich mich nicht dran erinnern. Normalerweise ist der Weg so - also in meiner Erinnerung ist er - -* Ich habe das gelesen, und ich habe gesagt: Sagt mir, was da ist! Klärt das mal auf! - Dann kriege ich normalerweise eine Antwort vom Referat, wo drinsteht: Die BaFin hat uns berichtet. - Manchmal hängt auch das Originaldokument dran. Dann habe ich es aber, ehrlich gesagt, auch nicht immer in allen Fällen gelesen, je nachdem, wie lang es war und was ich sonst zu tun hatte. Ob es jetzt hier dabei war und ich es bekommen habe, das weiß ich nicht mehr. Ich kann mich aber erinnern, dass ich gesagt hatte: Geht dem mal nach! Fragt einen Bericht an! - Da ist auch was zurückgekommen, wo eben drinstand: „Wir gucken uns Marktmanipulation und Bilanzen an“, und ich dann zurückgegeben habe und gesagt habe: „Also, bitte BaFin noch mal zurückgeben, dass sie das aufklärt.“

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gab es ansonsten jenseits des Zatarra-Berichtes in dieser Zeit, also auch in 2014, 15, 16, 17, irgendwo - - War Wirecard da irgendwo mal Thema?

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich mich nicht dran erinnern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Haben Sie im Kontext des Zatarra Reports mal mit Minister Schäuble, mit Staatssekretär Steffen, Staatssekretär Spahn gesprochen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich mich auch nicht dran erinnern.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Hat einer von denen, von den genannten Personen, Sie mal um eine Einschätzung zum Thema Wirecard gebeten? Vielleicht hat ja auch jemand - - Es stand ja in der Zeitung damals auch schon. Hätte ja sein können, dass da, ähnlich wie Scholz: „Muss ich was wissen?“ - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Habe ich keine Erinnerung dran. Aber es war 2016 ja deutlich weniger prominent in der Zeitung als 2019.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Also, können Sie sich nicht dran erinnern, dass es mal da im Haus Thema war. - Dann wäre noch ein weiterer Punkt: In der Vorlage an Minister Scholz wird hier auch aufgeführt - - Da wird einmal über das Leerverkaufsverbot informiert. Es wird aber auch hier in einem Absatz informiert:

Da sich aus dem Artikel der „Financial Times“ konkrete Anhaltspunkte für wesentliche Rechnungslegungsverstöße der Wirecard AG ergeben, hat die BaFin ferner von der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) eine Prüfung des verkürzten Abschlusses der Wirecard AG zum 30. Juni 2018 verlangt. (?)

Waren Sie mit diesem ganzen Thema „DPR, Verlängerungsprüfung“ - - Wann haben Sie davon das erste Mal mitbekommen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Im Kontext Wirecard, meinen Sie?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm. Ah, ja, das, was ich gerade vorgelesen habe, war - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Also - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ach so, ja, ja. Im Kontext Wirecard, ja.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich meine, mich daran zu erinnern, dass - - Also, das erste Mal habe ich ja von dem Thema Kenntnis genommen in der Antwort der BaFin nach meiner Erinnerung zum Zatarra-Bericht, dass die BaFin sagt: Wir werden auch mal mit der DPR Kontakt aufnehmen. - Und 2019 war das natürlich auch ein wesentliches Thema. Und die Vorwürfe waren ja jetzt nicht unbedeutend und auch nicht unsubstanziert in der „Financial Times“ nach meiner Erinnerung. Insofern war auch meine klare Erwartung, dass dem da sehr konsequent nachgegangen wird.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Haben Sie da sich noch mal irgendwie informieren lassen über den weiteren Fortgang dieser DPR-Prüfung, also was aus diesen Anschuldigungen wurde?

Zeuge Dr. Levin Holle: Davon würde ich ausgehen. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wann. Aber ich habe ja halbwegs regelmäßig auch mit Frau Wimmer über das Thema gesprochen, die zuständig dafür war. Insofern vermute ich schon, dass wir da auch noch mal drüber gesprochen haben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber wie war Ihr Eindruck? War Ihr Eindruck, dass die BaFin einseitig für Wirecard Partei ergriffen hat, oder war Ihr Eindruck, dass eben sozusagen in beide Richtungen eigentlich etwas läuft, also sowohl im Sinne „Leerverkaufsverbot Richtung Marktmanipulation“ und dann sozusagen „DPR-Verlangensprüfung in Richtung Rechnungslegungsverstöße“?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, mein Eindruck war schon, dass die BaFin allen Hinweisen nachgeht. Und das war uns auch extrem wichtig. Das habe ich Hufeld gesagt in unserem ersten Gespräch, und das haben wir in den Gesprächen danach auch sehr regelmäßig und deutlich wiederholt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ich glaube, das ist noch mal eine wichtige Feststellung. - Und letzter Punkt: Ist das in dem Zeitraum, in dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie noch im Haus waren - - Gab es dann sozusagen auch nach dem Auslaufen des Leerverkaufsverbotes in irgendeiner Form noch mal, was weiß ich, eine Evaluation? Gab es in irgendeiner Form dann noch mal - - Oder haben Sie vielleicht auch gesagt: „Ich wüsste gerne mal: Was hat das Leerverkaufsverbot jetzt eigentlich gebracht? Wie hat es sich ausgewirkt?“?

Zeuge Dr. Levin Holle: An eine explizite Evaluation kann ich mich nicht erinnern. Also, wir haben uns weiter mit dem Fortgang der Untersuchung da beschäftigt in regelmäßigen Abständen. Und das ist ja dann im Oktober auch auf die nächste Eskalationsstufe gegangen, und dann ist ja auch, aus heutiger Sicht, endlich das, was man schon viel früher hätte haben sollen, wirklich eine forensische Prüfung aufgesetzt worden, die dem Bilanzthema auf den Grund geht. Aber dass wir jetzt isoliert das Leerverkaufsverbot evaluiert hätten, da kann ich mich nicht dran erinnern.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Wobei KPMG uns hier berichtet hat: Es hat gar keine Forensik gebraucht, um - - Aber - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Wenn ich das sagen darf - ich bin kein Forensiker -: Das war auch mein Eindruck, denn die Journalisten waren ja auch nicht forensisch tätig, die einfach Widersprüche aufgedeckt haben. Und die Beobachtung, dass dieser Forderungsaufbau nicht zu den Cash-Positionen passt, das per se braucht ja erst mal keine Forensik. Aber, ich sage mal, Forensik und Verfolgungsdruck kann natürlich schon helfen, schneller zu ermitteln und das Ding schneller aufzuklären und eben nicht zu warten und immer wieder zu warten, bis irgendjemand mal eine Bestätigung einreicht oder nicht einreicht oder eine Testüberweisung klappt oder nicht klappt. Also, das ist ja das Thema, wo es aus meiner Sicht vor allen Dingen gemangelt hat: diese Untersuchung viel früher mit viel mehr Nachdruck durchzuführen. Die Fragen haben sich auch ohne forensische Untersuchung gestellt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ist bei Ihnen mal, sage ich mal, eine „Klage“ - in Anführungszeichen - vonseiten der BaFin - - Ist es mal Ihnen zu

Ohren gekommen, dass die mit diesem zweistufigen Verfahren unglücklich waren, oder gab es da mal irgendwie auch eine Art Fehleranzeige oder so was in der Richtung?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass das mal ein größeres Thema gewesen war. Ich weiß aus meiner Erinnerung, dass die BaFin mit dieser gesetzlichen Struktur Zweistufigkeit nicht besonders happy war. Da kann ich mich dran erinnern. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass wir das mal vertieft diskutiert hätten. Das gab es ja auch schon relativ lange. Das ist ja, glaube ich, 2004 eingeführt worden. Es ist 2017 mal evaluiert worden von der ESMA. In dem öffentlichen Teil ist das nicht groß problematisiert worden. Jetzt hinterher, wenn man Peer Review der ESMA jetzt liest aus dem Jahr 2020, da ist das ja sehr viel deutlicher, insbesondere was die DPR angeht. Das ist aus meiner Sicht auch ein wesentlicher Punkt, um jetzt Schlussfolgerungen zu ziehen. Aber das haben wir davor nicht vertieft diskutiert nach meiner Erinnerung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, ich habe das auch so wahrgenommen auch von der Abteilungsleiterin der BaFin, die sozusagen ja auch irgendwie nicht glücklich damit war und sich auch beklagt hat, jetzt aber auch keinen formellen Prozess mal angestoßen hätte, irgendwie mal schriftliche Beschwerde oder was auch immer. Okay. Das deckt sich aber dann. - So weit erst mal. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Dann hat als Nächstes das Wort Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Herr Holle, wie viele Strafanzeigen gegen Journalisten sind Ihnen denn in Ihrer Zeit im BMF auf den Schreibtisch gekommen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Auf den Schreibtisch ist mir keine gekommen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und zur Kenntnis?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich kann mich jetzt an keinen anderen Fall erinnern als an den. Das schließt aber nicht aus, dass es noch andere gab.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wie wurde denn davon berichtet, dass es diese - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Bitte?

Dr. Florian Toncar (FDP): Wie wurde denn davon berichtet, dass es bei Wirecard diese zwei Strafanzeigen gegen Journalisten gegeben hat?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das kann ich jetzt aus eigener Erinnerung nicht mehr rekonstruieren. Ich weiß natürlich jetzt aus sozusagen der Vorbereitung, dass es das gegeben hat. Aber wann das genau an mich herangetragen worden ist, das weiß ich nicht mehr, oder wie ich davon erfahren habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich finde das als solches erstaunlich, aber auch bezeichnend für diesen Fall übrigens, dass selbstverständlich die Anzeigen gegen die Journalisten sofort in der Öffentlichkeit waren, die DPR-Prüfung und die Marktmanipulationsuntersuchung nicht. Also, es sind auch geheimhaltungsbedürftige Sachen an die Öffentlichkeit gelangt, die wiederum zugunsten von Wirecard ausfielen. Und die Anzeigen gegen Journalisten zählen dazu.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, wenn ich das noch mal sagen kann: Ich habe in der Vorbereitung heute vorhin noch mal gelesen diesen Artikel von dem McCrum, der beschrieben hat, wie er da observiert, analysiert, also mit wirklich massiven Mitteln von Wirecard ja anscheinend beobachtet und da geradezu verfolgt worden ist. Wenn man das liest, da kann einem ja schon sehr anders werden. Und das ist vielleicht auch eine Erklärung dafür, warum erstaunlich viele Dinge, die -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja.

Zeuge Dr. Levin Holle: - zugunsten von Wirecard interpretiert worden sind, zum richtigen Zeitpunkt dann in der Presse oder in der Öffentlichkeit gelandet sind.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, wobei man sich schon fragt: Behörde A, die BaFin, zeigt Journalisten bei Behörde B, der Staatsanwaltschaft, an. Und wenn man mal unterstellt, dass Herr McCrum jetzt nicht derjenige war, der als allererstes mal diese Anzeige nach draußen gegeben hat, -

Zeuge Dr. Levin Holle: Nee, also - - Sorry! Das war überhaupt nicht - -* Nein, das war ein Missverständnis, sondern mein - -

Dr. Florian Toncar (FDP): - dann gibt es ja eigentlich nur so zwei Behörden, die als Quelle dieser Information infrage kommen. Aber das ist jetzt spekulativ. Ich finde es nur - - also das Gesamtbild, weil immer gesagt wird: Och, bei der DPR, da durfte man ja gar nicht drüber reden. Über die Anzeigen gegen Journalisten wurde geredet. Und auch das hätte nicht sein müssen, hat aber das Bild des Leerverkaufsverbots erheblich verstärkt, erheblich verstärkt! Aber da sind Sie nicht dran schuld. Ich wollte es, weil Sie über das Thema gesprochen haben, Informationsasymmetrie, einfach nur mal sagen. Ich glaube, die wurde eher noch verstärkt.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, aber nur um das auch deutlich zu sagen: Ich habe null Indikationen dafür, dass die BaFin da irgendwas zu dem Thema an die Presse weitergegeben hat. Das würde ich auch deutlich sagen wollen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja. Okay. - Lag denn der Rajah & Tann-Bericht dem Ministerium vor?

Zeuge Dr. Levin Holle: Lag der was?

Dr. Florian Toncar (FDP): Der Rajah & Tann-Bericht. Da geht es um Singapur.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich kann mich an den nicht erinnern. Aber ich denke, zu irgendeinem Zeitpunkt wird er auch ins Ministerium gekommen sein. Ich weiß aber nicht, wann und an wen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Waren Sie mal befasst mit dem Besuchstermin von Staatssekretär Kukies am 05.11.19 in Aschheim? Gab es ja auch eine Vorbereitung für.

Zeuge Dr. Levin Holle: Auch das kann ich jetzt aus eigener Erinnerung nicht beantworten. Der normale Weg ist: Wenn der Staatssekretär einen Termin macht, dann fordert er eine Gesprächsvorbereitung an beim zuständigen Referat. Dann sagt sein Büro in der Regel dem Referat, zu welchen Themen was vorzubereiten ist. Dann schreiben die das auf. Wenn hinreichend Zeit ist und alle da sind, geht es den Dienstweg hoch, auch über meinen Schreibtisch. Ob das in dem Fall bei der Vorbereitung war, das weiß ich jetzt nicht. Und gerade bei Gesprächsvorbereitungen habe ich auch häufig meine Vertreter gebeten, das direkt weiterzugeben. Also, das kann sein, dass es über meinen Schreibtisch lief; aber das weiß ich nicht mehr.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm. Okay. - Wenn man in den Oktober 19 geht, wo ja durch den „FT“-Artikel am 15. Oktober der KPMG-Prozess ans Laufen kam, dann ist das ja schon noch mal eine Zäsur, weil die Vorwürfe eine andere Größenordnung und Qualität annehmen als der Februar und gleichzeitig auch niemand mehr irgendwo davon redete, dass die „Financial Times“ jetzt hier mit Shortsellern den Markt manipulierte. Die Short-Positionen waren da nie ein Thema. Ist denn damals, im Oktober, mal auch eine staatliche Reaktion diskutiert worden? Denn der Aufsichtsrat ist ja jetzt nicht gerade hoheitlich unterwegs.

Zeuge Dr. Levin Holle: Was meinen Sie mit „staatlicher Reaktion“?

Dr. Florian Toncar (FDP): Eine Marktmissbrauchsuntersuchung. Zum Beispiel: Wirecard hat ja hart und detailliert sofort auch eine Kapitalmarktinformation rausgegeben, 16.10. - kann ich Ihnen auch gerne vorlesen -, wo auch nicht nur übrigens über Bilanzen gesprochen wurde, sondern auch über die Existenz von Kundenbeziehungen und viele andere Dinge, die gar nichts mit der Bilanz zu tun haben. Da hätte man ja mal untersuchen können. Also, man hat dann

eben gesagt: Gut, lass mal KPMG laufen. Das ist ja eine privatwirtschaftliche Reaktion: Der Aufsichtsrat beauftragt einen Prüfer. Das ist auch gut so. Aber bei Betrug und bei Marktmanipulation, was ja auch bei, ich sage mal, in den Kapitalmarkt verbreiteten Lügen eindeutig vorliegt, gibt es ja staatliche Befugnisse. Und die Oktober-Informationen waren von anderer Qualität als Februar. Deswegen frage ich mich ja nur, ob es nach Ihrer Kenntnis mal eine staatliche Reaktion auf diese Enthüllungen - - ob das diskutiert worden ist.

Zeuge Dr. Levin Holle: Das kann ich jetzt im Einzelnen nicht sagen. Ich meine, mich aber schon zu erinnern, dass wir im Laufe des Jahres 2019 diskutiert haben: Welche Möglichkeiten von staatlicher Seite gibt es, die Bilanzprüfung oder die Bilanzkontrolle zu beschleunigen und zu verstärken? Weil wir natürlich auch gesagt haben: Das sind erhebliche Vorwürfe. Die DPR prüft. Wann kommt denn jetzt das Ergebnis? Das ist ja regelmäßig besprochen worden nach meiner Erinnerung zwischen BaFin und DPR. Aber es gab eben noch keine Ergebnisse.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist, ganz im Gegenteil, besprochen worden, dass die DPR aufhört, zu prüfen, und den KPMG-Bericht abwartet. Das ist im Dezember 2019 zwischen BaFin und DPR besprochen worden und auch umgesetzt worden.

Zeuge Dr. Levin Holle: Gut. Zu Dezember 19 kann ich jetzt nichts mehr sagen. Aber Ihre Frage war ja: Was haben wir im BMF besprochen?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich weiß nicht, was in der BaFin besprochen worden ist. Aber wir haben schon besprochen: Welche Möglichkeiten gibt es, unter Umständen diese Untersuchung zu beschleunigen oder mit mehr Nachdruck zu führen? Das war schon ein wesentliches Thema, weil das ja den Kern der Vorwürfe betraf.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gab es denn, ich sage mal - - Man hat sich ja am Ende entschieden, alleine den Weg über den Aufsichtsrat zu verfolgen



Nur zur dienstlichen Verwendung

und dessen Ergebnisse abzuwarten. Gab es denn mal - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Wen meinen Sie jetzt mit „man“?

Dr. Florian Toncar (FDP): Man.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, wir haben das nicht - -*

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das ist eine berechtigte Frage.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, wir haben das nicht entschieden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Die Aufsicht, letzten Endes die Aufsicht. Aber auch Frau Wimmer hat das ja hier noch mal so vertont. Also auch die Rechtsaufsicht über die Aufsicht.

Zeuge Dr. Levin Holle: Gut, das ist keine Frage der Rechtsaufsicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist geschenkt, Herr Holle. - Das wollte ich jetzt gar nicht - - Ich wollte jetzt eigentlich eh weniger als Verurteilung von irgendwem einführen, sondern noch mal eine Frage stellen, wenn ich darf, ohne gleich eine Wertung daraus zu machen - die mache ich dann außerhalb der Sitzung -: Gab es mal Kontakt zwischen BMF und dem Aufsichtsrat als Auftraggeber dieser KPMG-Untersuchung, dass das BMF oder die BaFin meinetwegen Wahlfeststellungen - - wenigstens, wenn schon keine eigene Prüfung gemacht wird, das Design oder den Verlauf dessen, was der Aufsichtsrat tut, irgendwie mitgestalten kann oder mitprägen kann?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, für das BMF kann ich mich nicht daran erinnern. Das wäre nach unserem Verständnis ja auch Sache der BaFin gewesen, weil die in der zweiten Stufe für die Bilanzkontrolle oder die anderen Untersuchungen, wie* Sie angesprochen haben, zuständig ist. Ob die BaFin solche Kontakte gehabt hat, das weiß ich nicht. Aber ich weiß, dass wir im BMF darüber gesprochen haben: Welche Möglichkeiten

gibt es, die Bilanzkontrolle zu beschleunigen und mit mehr Nachdruck zu versehen?

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. - Danke schön.

Zeuge Dr. Levin Holle: Wenn ich einen Satz noch ergänzen darf: Man muss allerdings auch sich darüber im Klaren sein: Wenn die BaFin selber eine solche Untersuchung - - Also, wenn sie zum Ergebnis gekommen wäre: „Wir können das jetzt rechtlich machen“ - wenn ich es richtig verstanden habe, war die BaFin der Auffassung, solange die DPR ermittelt und das nicht fertig ist, kann sie jetzt nicht selber so eine Untersuchung starten -: Sie hätte wahrscheinlich, alles spekulativ, eine andere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, dann diese Untersuchung zu machen, weil sie selber diese Ermittlungskapazitäten nicht hatte.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist so.

Zeuge Dr. Levin Holle: Und das ist ein Thema, was - jetzt wieder zum Thema „Lehren nach vorne hinaus“ - sich ändern muss. Wir haben das für den Geldwäschebereich ja zum Teil schon geändert. Da haben wir Prüfkapazitäten in der BaFin aufgebaut. Aber sie braucht das auch für diese Bilanzthemen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wir sind sehr gespannt, nachdem wir heute noch mal vertieft haben, wie schwer es der APAS fällt, Wirtschaftsprüfer zu finden. Ob sich das bei der BaFin grundlegend anders gestalten würde, werden wir sehen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann haben wir als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Dr. Holle, die Frau Wimmer hat hier kürzlich ausgeführt, dass sie auch einbezogen war in Diskussionen mit Herrn Kukies, wo es darum ging, auch darüber nachzudenken, die Strafanzeige gegen Dan McCrum zurückzuziehen. Waren Sie denn involviert in diese Diskussionen, und was können Sie uns dazu mitteilen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Levin Holle: Da habe ich keine eigene Erinnerung dran. Ich will das nicht ausschließen, aber ich habe jetzt keine eigene Erinnerung daran.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie waren da nicht dran beteiligt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich weiß es nicht. Also, ich kann es nicht ausschließen. Aber ich habe jetzt keine - -*

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie wissen auch nicht, warum das dann verworfen wurde oder Ähnliches?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Sie haben vorhin erwähnt, dass im Zusammenhang mit dem Treffen, wo der Finanzreferent sagt, dass Sie den Wunsch nach einem informellen Gespräch hätten, auch Spitzberg Partners beteiligt war. Wissen Sie, wie die Beteiligung von Spitzberg Partners zustande kam?

Zeuge Dr. Levin Holle: Na ja, wenn ich das noch mal richtig rekonstruiere - das bezog sich auf die Mail von gerade -, hatte ich dem Finanzreferenten gesagt: Ich möchte gerne mit jemandem in China sprechen über Blockchain-Technologie und digitale Währung, vorzugsweise Zentralbank. - Dann war ja die Antwort der Zentralbank, wenn ich jetzt ihre Mails richtig in Erinnerung habe: Haben wir jetzt nicht so richtig einen für. - Daraufhin hat anscheinend der Finanzreferent sich an Wirecard gewandt, ob die irgendwelche Ansprechpartner kennen. So ist der Kontakt zu diesem chinesischen Fintech-Experten zustande gekommen. Und ich vermute - aber das ist jetzt meine Spekulation -, dass Wirecard dann gesagt hat: Na, dann wäre es ja ganz schön, wenn wenigstens Spitzberg bei dem Gespräch auch dabei sein könnte. Aber das ist jetzt meine Spekulation. Ich weiß es nicht mehr genau.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und war diese Person, die von Spitzberg dabei war, die, die sich Marina Jiang nennt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich weiß ja nicht mal ganz sicher, ob die am Ende dabei war. Ich weiß, dass jemand dabei sein sollte. Ob sie wirklich dabei war, weil das dann sehr konfus an dem Tag war, weiß ich nicht. Das kann sein. Also, ich - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber das war eine Frau, oder?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und die hatte Bezug zur Region, also - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Weiß ich jetzt wirklich nicht mehr. Es tut mir leid.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Weil wir haben uns mit Herrn Guttenberg darüber unterhalten. Es gibt auch asiatischstämmige Mitarbeiterinnen von Spitzberg nach meiner Erinnerung.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, das kann sein, ja. Ich weiß es schlicht nicht mehr.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ich sage Ihnen, warum ich frage: weil ich finde das einen seltsamen Zufall, dass man sagt, man unterhält sich da irgendwie über Blockchain oder sonst was, möchte ein informelles Gespräch mit der People's Bank of China. In demselben Zeitraum ging hier die ganze Zeit Korrespondenz hin und her, weil man vermutete bei den Leihbeamten, dass die People's Bank of China das Hindernis sei für die Übernahme von AllScore. Und dann ist da zufällig wieder Spitzberg dran beteiligt. Das macht mich natürlich stutzig.

Und ich habe hier eine andere E-Mail vorliegen. Da schreibt Herr Jan-Ole Peters an Herrn Burkhard Ley, an eine Frau oder Person jiang@spitzberg-partners und an Jens Ernst Martin Fuhrmann und Birgit Reichenstein: „Request by People's Bank of China regarding licensing“. Und er schreibt:

Dear Mr. Ley, dear Marina,
we received the phone call by
People's Bank of China informing
us that they are still waiting for an



Nur zur dienstlichen Verwendung

announcement by AllScore that they have been taken over and I guess an application to transfer their licenses. Also, they suggested, it would be advisable that this does not come from Wirecard. As this would mean, an additional ministry would have to be involved, instead this announcement should come from AllScore, but with Marina being in a loop. (?)

Und die einzige Person, die hier infrage kommt, einfach von den Adresszeilen, die „Marina“ sein könnte, ist diese Person von Spitzberg Partners, weil alle andere sind Männer. So, und deswegen stelle ich diese Frage, weil: Warum ist überall Marina von Spitzberg Partners mit dieser AllScore-Übernahme mit drin? Und warum ist sie zufällig jetzt wieder bei dem informellen Treffen mit der People's Bank of China dabei, wo es angeblich nicht um Wirecard ging? Das finde ich komisch.

Zeuge Dr. Levin Holle: Darf ich die E-Mail einmal sehen?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, klar.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen Unter-
lagen)

Also, ich will hinzufügen: Ich fände es - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Na ja, also, wenn ich das richtig sehe: Die ist vom November 19 - ne? -, Ende November.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Dr. Levin Holle: Mein Termin in Peking war im Januar 19, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Dr. Levin Holle: - also elf Monate davor.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber überall ist Spitzberg dabei.

Zeuge Dr. Levin Holle: Na, also, wenn ich Ihre anderen Mails richtig verstanden habe, hatte ich ja gebeten um einen Termin mit einem Experten der PBoC.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Dr. Levin Holle: Die PBoC hat gesagt: Wir haben keinen, jedenfalls nicht für so einen informellen Termin. Dann hat anscheinend der Kollege an der Botschaft, weil er vermutlich sonst keinen Kontakt - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das habe ich verstanden, genau. Aber ich frage mich, warum überall immer, wenn es um die chinesische Zentralbank geht - - Also, ich hatte jetzt nicht den Eindruck - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Weil es ging ja dann nicht mehr um die chinesische Zentralbank, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, aber - -

Zeuge Dr. Levin Holle: - sondern der Herr, den ich dann getroffen habe, der hatte mit der chinesischen Zentralbank nichts zu tun, sondern war von dieser SINOIF, wenn ich das richtig verstanden habe. Also, ich habe - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist noch mal eine andere. Wir haben zwei Termine.

Zeuge Dr. Levin Holle: Aber der Termin, über den wir beide jetzt gesprochen haben, nach meiner Erinnerung - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Da soll ein Beirat - - Also auch dieser andere, den Sie jetzt erwähnen, der war ja im Beirat der People's Bank of China. Einziger Zusammenhang, um den es mir hier geht, ist: Immer wieder taucht hier Spitzberg auf bei deutsch-chinesischen Fintech-Fragen. Und ich meine, Herr Guttenberg war jetzt hier. Ich hatte jetzt nicht den Eindruck, dass die da so viel zu bieten haben außer ein bisschen PowerPoint.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich hätte die auch nicht gebraucht bei dem Termin.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Heiterkeit des Zeugen)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Und deswegen würde ich jetzt gerne drum bitten, dass wir im Nachgang vielleicht - also, es gibt ja auch diese zusätzliche schriftliche Befragung - - dass wir einfach noch mal klären, wer von Spitzberg Partners bei diesen Terminen dabei war. Das muss doch irgendwie rekonstruierbar sein, auch mit der Botschaft, mit Herrn Jan-Ole Peters - das fände ich eine wichtige Information -, damit wir aufklären können, wie es zu dieser exponierten Rolle von Spitzberg Partners kam, weil da schrillen bei mir ganz ehrlich alle Alarmglocken.

Zeuge Dr. Levin Holle: Aber vielleicht ist es am einfachsten, wenn Sie dazu Herrn Peters noch mal befragen. Der hat das ja organisiert.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das Problem ist: Die Neigung auch der mehrheitstragenden Fraktionen, noch mal so viele Befragungen durchzuführen, ist nicht so groß.

Zeuge Dr. Levin Holle: Okay.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber schriftlich - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Können Sie besser beurteilen. Aber es tut mir leid, dass ich es jetzt auch nicht besser rekonstruieren kann.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich finde es für den Sachverhalt nur sehr wichtig, weil es wird die ganze Zeit gesagt: Spielte keine Rolle, Wirecard, beim deutsch-chinesischen Finanzdialog oder kaum eine Rolle. - Und überall taucht Spitzberg auf. Das halte ich nach meiner Erfahrung in diesem Untersuchungsausschuss nicht für Zufälle.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich kann ja nur über diesen einen Termin sprechen. Sonst hat es bei mir keine Rolle gespielt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wir können auch Spitzberg noch mal befragen.

(Zuruf des Abg. Dr. Florian
Toncar (FDP))

- Nein, also im Ernst: Ich würde da gerne auch über das Sekretariat weiter nachfassen. Also, wenn ich hier schon bis 2 Uhr sitze und in sechs Stunden wieder im Finanzausschuss sitzen will, dann soll es wenigstens nicht umsonst gewesen sein. Würde ich drum bitten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann haben wir als Nächstes Lisa Paus für Bündnis 90/ Die Grünen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir das eben schon mal hatten. Aber weil jetzt gerade Spitzberg Partners und damit ja irgendwie auch zu Gutenberg noch mal aufgerufen ist, dachte ich, stelle ich die Frage hier noch mal. Es gibt eine MAT A BMF-26.51, Blatt 218. Das ist eine E-Mail von Karl-Theodor zu Gutenberg an Herrn Meister, den damaligen Parlamentarischen Staatssekretär, und da bittet er ihn um einen Termin mit einem CEO einer Bitcoin-Handelsplattform. Und Herr Meister kann da nicht, und dann werden Sie im Anschluss daran um ein Treffen gebeten. Ich glaube, Sie hatten schon gesagt, ob das Treffen stattgefunden hatte oder nicht, oder?

(Der Zeuge schüttelt den
Kopf)

- Hatten Sie noch nicht gesagt. Sie können sich daran erinnern.

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein. Aber wenn ich die E-Mail sehen kann, fällt mir vielleicht was ein dazu.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommt.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, es ist ein übliches Verfahren, wenn die -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, klar.

Zeuge Dr. Levin Holle: - Staatssekretäre angeschrieben werden und nicht können -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Levin Holle: - oder nicht wollen, dann - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber es geht ja hier noch mal um - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, ja, absolut.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen Unter-
lagen)

So, 2014 war das. Mehr kann ich dazu - - Also, ich denke, es wird so gewesen sein, wie es hier steht. Er hat mich angesprochen. Ich habe gesagt: Ich möchte/kann nicht, aber kann das Referat fragen. - Aber mehr kann ich dazu auch nicht sagen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie können sich an den Termin jedenfalls nicht erinnern. Es sei denn - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Nee, also, wenn ich das hier - - Ich habe null Erinnerung daran. Hier steht ja drin, obendrüber, dass ich geschrieben habe an den Referenten von Herrn Meister: Ich selber möchte respektive kann nicht; -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Levin Holle: - ich könnte aber mein Referat fragen, wenn es unbedingt gewünscht ist, um einen Termin zu ermöglichen mit dem BMF.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Können Sie sich an weitere Anfragen zu Treffen mit Vertretern von Wirecard erinnern?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es Anfragen von Herrn zu Guttenberg oder Herrn Gartzke an Sie?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, nicht dass ich mich erinnern kann.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es Anfragen von Herrn zu Guttenberg oder Herrn

Gartzke nicht zu Wirecard, sondern zu anderen Unternehmen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich mich auch nicht, wirklich nicht, dran erinnern. Ich meine, ich habe sehr viele Anfragen zu sehr vielen Terminen in acht Jahren BMF gehabt. Insofern kann ich es nicht völlig ausschließen. Aber ich kann mich jetzt wirklich an nichts erinnern.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Moment, dann habe ich hier sozusagen gerade ein Mail-Problem. Aber ich habe noch ein anderes Thema, wenn ich es wiederfinde. - Da ist sie. Die hatten wir aber schon mal, und zwar die MAT A BMF-24.56, Blatt 19. Das ist noch mal die E-Mail von Ihnen an Herrn Pleyer vom 5. Februar 2019, in der Sie fragen, ob die BaFin mittlerweile Erkenntnisse zu den Geldwäschevorwürfen hat bei Wirecard. Und das war ja eben am 5. Februar 2019. Das war ja nun vor dem Leerverkaufsverbot. Und Sie hatten darauf hier, glaube ich, noch keine Rückmeldung bekommen, richtig?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das weiß ich nicht mehr.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben wir jedenfalls in den Unterlagen nicht gefunden.

Zeuge Dr. Levin Holle: Dann spricht da was dafür.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber das macht ja noch mal deutlich - - Also, Sie hatten das sozusagen im Blick, eben auch den Geldwäscheverdacht gegenüber Wirecard, und sind da eben zwei Wochen später damit konfrontiert worden, dass dann die BaFin eben dieses Leerverkaufsverbot verhängen wollte. Und deswegen einfach noch mal: Ist das da bei Ihnen nicht sozusagen im Kopf zusammengekommen, und hatten Sie keine Bauchschmerzen? Haben Sie daraufhin dann nicht noch mal gedacht, das da zu hinterfragen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Na ja, das war ja genau der Grund, warum ich Herrn Hufeld angesprochen habe dann bei der ersten - - *



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat in diesem Zusammenhang Ihre Anfrage zu dem Geldwäscheverdacht auch eine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Na, ich habe ihn - - Ich kann jetzt nicht mehr genau sagen, was ich gesagt habe in dem Gespräch. Aber ich habe - - Also, für mich war der Hauptpunkt diese sehr detaillierten und aus - - Ich habe die „FT“ immer sehr ernst genommen. Das heißt nicht, dass alles stimmt, was drinsteht. Aber irgendwie, da sind sehr ernstzunehmende Vorwürfe drin, und das ist nicht nur ein Punkt, sondern eben auch mehrere. Deswegen habe ich ihn ja so nachdrücklich darauf angesprochen. Aber ich kann jetzt nicht mehr sagen, ob wir an dem Termin spezifisch über die Geldwäschevorwürfe gesprochen haben. Das weiß ich nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie außer mit Herrn Hufeld noch mit anderen darüber gesprochen?

Zeuge Dr. Levin Holle: In der BaFin?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der BaFin oder aus Ihrem Ministerium.

Zeuge Dr. Levin Holle: Na, ich denke, dass das eine Rolle gespielt hat bei den Besprechungen mit Frau Wimmer und so, also im BMF, wenn wir über den Fall gesprochen haben, oder mit Herrn Pleyer. Dem hatte ich ja auch die Mail zug- - * Also, normalerweise - - Entweder kriege ich dann eine schriftliche Antwort, oder er spricht es mal in einem unserer Jours Fixes an. Aber ich weiß jetzt nicht mehr, wann. In der BaFin habe ich in der Regel direkt mit Herrn Hufeld gesprochen. Also, es schließt nicht aus, dass ich auch mal mit anderen gesprochen habe. Aber da hätte ich jetzt keine Erinnerung dran.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten jetzt eben auch erläutert, dass Sie auch im Nachgang sozusagen noch darüber diskutiert haben dann am Montag, Dienstag, Mittwoch. Könnten Sie das noch mal ein bisschen spezifizieren?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das bezog sich auf die Schilderungen, die ich vorhin gegeben habe, dass

ich Herrn Hufeld angesprochen habe am Montag oder Dienstag nach dem Erlass des Leerverkaufsverbots.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nur mit Herrn Hufeld. Ich dachte, Sie hätten auch im Ministerium noch im Nachgang gesprochen mit - - Das sei im Nachgang noch diskutiert worden.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, das hatte ich vorhin auch versucht zu sagen, dass es zum einen natürlich mehrfach Thema in meinem Jour Fixe mit Herrn Kukies war und dass ich natürlich den Komplex auch mit Frau Wimmer besprochen habe. Ich weiß jetzt nicht mehr genau, ob und wann ich mit Herrn Pleyer gesprochen habe. Vielleicht haben wir es auch in unserem Jour Fixe besprochen. Das kann ich Ihnen jetzt aber nicht mehr genau sagen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch mit Experten außerhalb gesprochen, mit Leuten von der Börse, mit anderen Marktkontakten, zum Beispiel auch zu Behauptungen der BaFin, dass andere DAX-30-Emittenten bedroht sein könnten? Wir hatten ja eben schon das Thema, sozusagen inwieweit da irgendwo eine Marktrelevanz gegeben ist.

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich mich nicht dran erinnern. Nein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind ja intensiver Zeitungsleser der „FT“, was ja nicht alle tun, was wir mitbekommen haben. Aber im Nachgang gab es ja dann auch noch andere - - Also, es ist ja schon diskutiert worden, dieses Leerverkaufsverbot.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat das dann noch mal bei Ihnen zu weit- - Also, wir haben jetzt dazu aber keine weitere E-Mail von Ihnen gefunden, dass Sie noch mal gesagt hätten im Nachgang: „Es sollte noch mal erläutert werden“, sondern - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Levin Holle: Na, die Presse - - Also, ich habe jetzt nicht mehr vor Augen, wie sie damals war. Aber ich habe natürlich jetzt noch mal ein bisschen reingeschaut. Damals gab es sehr kritische Artikel, damals schon. Es gab aber auch Artikel in jetzt nicht völlig ohne Respekt versehenen Zeitungen wie zum Beispiel „Börsen-Zeitung“ oder so nach meiner Erinnerung, die sagten: Das war eine richtige Maßnahme. - Also, das Meinungsbild war gemischt nach meiner Erinnerung in den Monaten unmittelbar nach Erlass.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber trotzdem ist das dann ja doch ein Anlass und könnte ja ein Anlass sein, sich das noch mal vorzunehmen und das noch mal eben zu besprechen, in einer Abteilungsleiterrunde oder wie auch immer. Hat das stattgefunden, mit dem Hinweis, ob es vielleicht doch falsch war und dass man sich das noch mal anschauen muss und dass gegebenenfalls das vielleicht zurückgenommen wird?

Zeuge Dr. Levin Holle: Na ja, es war ja nur für zwei Monate gültig, befristet. Es ist ja auch nicht verlängert worden nach meiner Erinnerung.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich glaube, es wäre intensiver diskutiert worden, wenn es dann noch mal eine Diskussion zu einer Verlängerung gegeben habe. Und nach meiner Erinnerung - das weiß ich aber nicht mehr ganz genau - lag der Auslauf relativ nahe zu dem Termin, wo dann wieder ein uneingeschränktes Testat von Ernst & Young kam zu dem - was war das? - - Ich denke, es wird der 18er-Abschluss gewesen sein. Das haben wir natürlich nach meiner Erinnerung auch noch mal als Signal genommen, da: Die Bilanzierung scheint nicht so problematisch zu sein, wenn der Prüfer trotz dieser detaillierten Vorwürfe jetzt noch mal ein uneingeschränktes Testat abgibt. Ich habe das auch - - vorhin noch mal den „FT“-Artikel angeschaut und auch das, was der Prüfer so in seinem Abschlussvermerk und Testat geschrieben hat. Deswegen kann ich mich jetzt nicht daran erinnern, dass wir dann im Mai oder Juni noch mal retrospektiv ausführlich über das

Leerverkaufsverbot gesprochen haben. Aber in dem Zeitraum Februar, März, April haben wir dann natürlich, wenn wir über den Komplex gesprochen haben, auch über das Leerverkaufsverbot noch mal gesprochen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war da „wir“?

Zeuge Dr. Levin Holle: Na, in der Regel habe ich vor allen Dingen mit Frau Wimmer darüber gesprochen, weil das die zuständige Unterabteilungsleiterin war. Ob es da auch mal einen Termin gab, wo vom Referat jemand dabei war, das kann sein. Das weiß ich aber jetzt nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann schaue ich zu den Kollegen der CDU/CSU. - Matthias Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Holle, Sie haben ja gerade über das Presseecho zu dem Leerverkaufsverbot gesprochen. Da würde ich gerne weiter ansetzen. Sie hatten jetzt die „Börsen-Zeitung“ genannt, exemplarisch. Das war aber jetzt meines Wissens auch, ich sage ja mal, eher eine Ausnahme, was die Berichtsrichtung angeht. Ich hatte der Frau Dr. Wimmer sechs Schlagzeilen vorgelesen. Das will ich jetzt hier nicht wiederholen. Ich will es zusammenfassen: Es ging um „manager magazin“, „Welt“, „Wirtschaftswoche“, „Finance Magazin“, „FAZ“ und „Zeit Online“, alle vom 18.02. Nur eine ist vom 20.02.2019. Und alle gehen in dieselbe Richtung, und zwar in die Richtung - ich fasse das jetzt mal zusammen mit -: Die Maßnahme schützt das Unternehmen. - Es geht jetzt gar nicht so sehr um eine Richtung: Ist das jetzt eine richtige Maßnahme oder eine falsche Maßnahme? Aber das Presseecho verstehe ich schon einhellig so: Das ist eine Schutzmaßnahme für das Unternehmen. Würden Sie das teilen, dass das so in der Presse veröffentlicht wurde?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich habe die jetzt nicht vor Augen. Ich habe mir auch nicht jetzt breit alle Artikel noch mal angeschaut. Dieser



Nur zur dienstlichen Verwendung

eine von der „Börsen-Zeitung“ war mir zufällig in die Hände gekommen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Von wann war der denn? War der auch vom 18.02.?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das weiß ich nicht mehr. Es kann auch sein, dass der später war. Das weiß ich - - Müsste ich jetzt - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Frau Dr. Wimmer hat nämlich auch die „BörsenZeitung“ erwähnt, und der war drei Monate später; deshalb.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich weiß es schlicht nicht mehr. Aber wenn ich es richtig verstanden habe, hatte ja auch Herr Hufeld gesagt, dass die Wahrnehmung des Leerverkaufsverbots im Markt auch aus seiner Sicht sehr unglücklich war. Ich glaube, das hat die BaFin auch jedenfalls jetzt gesehen, dass die Wirkung, die öffentliche Wahrnehmung, dass das, wie wir es vorhin ja auch besprochen hatten, interpretiert wurde als: Die BaFin glaubt der einen Seite und nicht der anderen Seite durch die Asymmetrie in den Veröffentlichungen, dass die nicht glücklich war. So habe ich auch Herrn Hufeld verstanden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie im Zeitraum, also im Untersuchungszeitraum, beim BMF mal darüber diskutiert, welche Fehler das BMF gemacht hat oder ob Fehler gemacht wurden?

Zeuge Dr. Levin Holle: Sie meinen, solange ich beim BMF war?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Zu diesem Thema Leerverkaufsverbot.

Zeuge Dr. Levin Holle: Da kann ich mich nicht dran erinnern. Nein. Also, natürlich haben - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Zum Thema DPR vielleicht?

Zeuge Dr. Levin Holle: Bitte?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Zum Thema DPR-Prüfung?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, Sie wollen jetzt wissen, ob ich - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ob Sie mal darüber nachgedacht haben mit Ihren Kollegen, ob ein Fehler gemacht wurde seitens des BMF in der Wirecard-Thematik. Ich finde es eigentlich nahelegend, da mal drüber zu reden.

Zeuge Dr. Levin Holle: Absolut. Natürlich denke ich auch sehr intensiv darüber nach, was man hätte besser machen können. Ich wollte nur Ihre Frage genau verstehen, ob Sie sich jetzt auf den Zeitraum, als ich noch im BMF war, also auf das Jahr 2019, beziehen oder auf welchen Zeitraum Sie sich beziehen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich wollte wissen, zu dem Zeitraum, als Sie noch im BMF waren, -

Zeuge Dr. Levin Holle: Okay.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - weil danach haben Sie da ja nur selbst drüber nachgedacht und nicht jetzt als BMF oder mit Ihren Kollegen vom BMF. Also, mir geht es natürlich schon darum, auch irgendwie die Fehlerkultur oder das kritische Nachdenken über eigenes Handeln beim BMF festzustellen. Also, das hat stattgefunden? Da hat man auch über Fehler diskutiert, die gegebenenfalls gemacht wurden?

Zeuge Dr. Levin Holle: Wir haben nicht explizit über Fehler diskutiert. Aber wir haben natürlich nach meiner Erinnerung in diesem Zeitraum, den ich jetzt noch beurteilen kann, also über das Jahr 2019 hinweg, und, ich denke, verstärkt mit diesem weiteren „FT“-Bericht, der dann im Oktober 2019 erschien, diskutiert: Geht die Aufklärung schnell genug? Kann man das beschleunigen? Welche Ansätze gibt es? Das haben wir nach meiner Erinnerung schon diskutiert.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber dass da konkret ein Fehler aufgefallen ist, wo Sie sagen: „Da hat das BMF falsch gehandelt“, sehen Sie keinen bei einem dieser Komplexe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, da würde ich jetzt gerne differenzieren: Ich kann mich nicht erinnern, dass wir in meiner Zeit im BMF festgestellt hätten: „Da hat das BMF einen Fehler gemacht“, in einer gemeinsamen Diskussion. Da kann ich mich nicht dran erinnern.

Wenn Sie mich jetzt heute fragen mit all dem, was ich heute gelesen und gesehen habe, frage ich mich selber persönlich: Hätte ich was anders machen sollen? Da würde ich an meine eigene Adresse - da meine ich aber jetzt wirklich nur an mich als Person - sagen: Ich hätte schon energischer nachfragen sollen bei dieser Bilanzprüfung: Kann man da noch mehr Instrumente vielleicht doch irgendwie nutzen und in Ansatz bringen - das war ja auch der Punkt, den wir mit Herrn Toncar vorhin besprochen haben -, also früher eine hoheitliche Prüfung reinbringen? Ich kann es abschließend nicht beurteilen. Aber die Frage stelle ich mir natürlich schon: Welche Möglichkeiten hätte es gegeben, das zu beschleunigen und schneller zusammenzubringen, und auch die Erkenntnisse aus den ganzen Teilbereichen, die ja da waren?

Das ist ja auch ein Phänomen dieses Falles: Also, wir haben den wertpapierrechtlichen Teil; über den haben wir sehr intensiv heute gesprochen. Es gab den Teilaspekt Bankenaufsicht; es gab den Teilaspekt Geldwäscheaufsicht; es gab auch noch andere Punkte. Also, das zusammenzuführen und zu sagen: „Wie können wir“ - in Anführungsstrichen - „den Aufklärungs- und Verfolgungsdruck erhöhen?“, das wäre jetzt, wenn ich rückblickend draufschau, jedenfalls mal ein Punkt, den ich mich schon natürlich intensiv gefragt habe. Und daneben die ganzen Punkte, die jetzt ja auch richtigerweise im Gesetzentwurf adressiert worden sind, dass man Dinge für die Zukunft besser macht und verhindert, dass sich so was noch mal wiederholt. Also, damit habe ich mich schon intensiv auseinandergesetzt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, finde ich erst mal eine gute Grundeinstellung, dass man erst mal feststellt: „Es gibt hier verschiedene Komplexe mit Bilanzkontrolle, Finanzaufsicht, Geldwäscheaufsicht und Leerverkaufsverbot etc.“ und dass man das irgendwie hätte zusammenführen

sollen - - oder zumindest so jetzt darüber nachzudenken, wie das vielleicht gegangen wäre. Finde ich also einen guten Ansatz.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, es ist eine, wenn ich das ergänzen darf, Diskussion, die wir sehr häufig mit der BaFin gehabt haben, wie die Informationen aus den einzelnen Säulen besser zusammengetragen werden können. Wir haben ja auch mehr Befugnisse auf die BaFin übertragen. Und jedenfalls retrospektiv diese Verteilung zu im weitesten Sinne Bilanz-, Wirtschaftsprüfungsthemen auf mindestens drei, wenn man die Staatsanwaltschaft dazunimmt, vier Institutionen - das hatte ich ja vorhin schon gesagt -: Das ist auch nicht das Optimum, um das schnell und konzentriert anzugehen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. - Jetzt komme ich von den eher allgemeinen Themen noch mal zu konkreteren Einzelpunkten, -

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, klar.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - und zwar noch mal zum Leerverkaufsverbot. Und zwar bin ich mal bei dieser ESMA Opinion. Und da stelle ich fest, dass die ESMA in der Opinion schreibt - MAT A BMF-4.04, Blatt 126 -:

Darüber hinaus nimmt die ESMA zur Kenntnis, dass die BaFin ein Ansteckungsrisiko für andere DAX-Aktien meldet.

Also, die ESMA schreibt nicht, sie hat ein Ansteckungsrisiko für andere DAX-Aktien festgestellt, -

Zeuge Dr. Levin Holle: Mhm.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - sondern sie schreibt, sie nimmt zur Kenntnis, dass die BaFin ein Ansteckungsrisiko meldet. Das ist doch ein Unterschied, ne?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich bin kein Experte in der Lektüre von ESMA Opinions. Insofern weiß ich nicht, welches Vokabular die normalerweise verwenden. Aber im politischen Brüsseler Sprachgebrauch macht es einen Unterschied, ob



Nur zur dienstlichen Verwendung

man „take note“ oder was anderes schreibt. Das würde ich so sehen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und dann stelle ich mir eben die Frage nach dem Wert einer solchen ESMA Opinion, wenn dann bei dieser wesentlichen Frage des Ansteckungsrisikos doch nur wiederholt wird oder, besser gesagt, Bezug genommen wird auf die Erkenntnis der BaFin.

Zeuge Dr. Levin Holle: Das verstehe ich. Das war ja auch der Punkt, den wir vorhin besprochen haben: Wie stark verlassen sich einzelne Entscheidungsträgerbehörden auf Aussagen anderer, und wo wird das eigentlich zusammengeführt und gesamthaft betrachtet? Also, die Frage kann ich absolut nachvollziehen. Ich würde aber auch bei der Einschätzung bleiben: Wenn die ESMA sagt: „Das reicht nicht. Ich bin nicht hinreichend überzeugt“, ist es ja eine Sache, zu sagen: Ich nehme Kenntnis. Damit gibt man zum Ausdruck: Ich habe das nicht selber überprüft. Das will man auch transparent machen. Man hat vielleicht auch die Zeit gar nicht gehabt und die Möglichkeit, das an einem Sonntag zu tun, oder wann immer die ESMA damit befasst war. Aber trotzdem wäre es ja der ESMA völlig offen gestanden, zu sagen: Der Vortrag reicht nicht, und deswegen kommen wir nicht zu der Einschätzung: Das ist notwendig. - Also, wenn ich zu der Aussage komme: „Eine Maßnahme ist notwendig“, muss ich mich ja auf irgendeine Entscheidungsgrundlage stützen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist Ihnen eigentlich der Bericht von Autonomous: „Wirecard Unpacking KPMG“ ein Begriff, von Mai 2020, 4. Mai?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann würde ich Ihnen das Dokument gerne mal vorlegen, und zwar ist das MAT A BMF-25.30, Blatt 27. Also, es fängt mit Blatt 26 an, 26 f.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge blättert und liest in
diesen Unterlagen)

Das ist ja zu einem späten Zeitpunkt; das ist mir durchaus bewusst. Sind Ihnen solche Berichte zuvor vorgelegt worden? - Oder gucken Sie es sich erst mal in Ruhe an. Entschuldigung! Ich wollte Sie nicht überfahren.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also erst mal: Ist bestimmt ein interessantes Dokument. Bei Gelegenheit, wenn ich die Chance habe, lese ich es gerne. Aber ich bin ja faktisch im Dezember 19 rausgegangen. Das war fünf Monate vor dem KPMG-Bericht. Insofern habe ich auch keine Analysten-Reports in meiner BMF-Zeit bekommen zum KPMG-Bericht schon, weil es den noch nicht gab.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Okay. - Die Allgemeinverfügungen, die die BaFin erlässt: Welche sind Ihnen da bekannt, jetzt außer einer des Leerverkaufsverbots?

Zeuge Dr. Levin Holle: Sie meinen Einzelmaßnahmen gegen einzelne Institute? Also, sie macht ja - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich meine Allgemeinverfügungen.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich bin jetzt ein bisschen vorsichtig, weil ich bei einzelnen BaFin-Maßnahmen nie genau weiß: Ist das jetzt formalrechtlich eine Allgemeinverfügung oder eine Sammelverfügung oder was anderes? Aber die Dinge, die wir natürlich mit der BaFin diskutiert haben, sind eben zum Beispiel: Anforderungen an Bankinstitute, was Kapitalvorgaben angeht, oder Mindestanforderungen an Risikomanagement oder Beschwerdemanagement einrichten. Das wären so typische Beispiele. Ich kenne aber jetzt nicht sehr viele davon auswendig oder einzeln, weil das in der Regel ja auch Sache der BaFin und der zuständigen Referate war. Aber ich kann, sagen wir mal, ein Beispiel erzählen: Wir hatten mal ein BGH-Urteil zur Anerkennung von Insolvenzsicherheiten. Da hat die BaFin auch eine Allgemeinverfügung zu erlassen. Das wäre so ein Beispiel, was mir präsent wäre.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und haben Sie da, bei diesen Allgemeinverfügungen, denn in irgendeiner Weise eigene Analysen durchgeführt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder wie haben Sie da die rechtlichen Grundlagen geprüft für diese Allgemeinverfügungen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich selber oder das Referat?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das Referat.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, wenn es eine wichtige Rechtsverordnung war der BaFin - wir haben gelegentlich die Konstellation, dass Sie als Bundestag dem BMF eine Verordnungsermächtigung geben, mit der Möglichkeit, dass wir das weiterdelegieren an die BaFin, was wir im BMF häufiger gemacht haben, wenn es um solche wichtigen Rechtsverordnungen ging -, dann hat sich damit nach meiner Wahrnehmung das Referat dann schon jeweils auch intensiver auseinandergesetzt, ob das auch zweckmäßig ist, was die BaFin in der Rechtsverordnung dann erlassen möchte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich hatte ja jetzt nach Allgemeinverfügungen gefragt, und Sie sprechen jetzt von Rechtsverordnungen.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, deswegen frage ich nach, was Sie genau meinen. Wenn Sie eine Einzelaufsichtsmaßnahme meinen, für die manchmal auch in - - Also, das Leerverkaufsverbot, so weit ich das verstanden habe, ist juristisch ja eine Allgemeinverfügung. So habe ich es verstanden. Ich bin mir aber nicht ganz sicher. Aber das ist eine Einzelaufsichtsmaßnahme. Die haben wir anders behandelt als jetzt eine Rechtsverordnung oder eine andere Maßnahme, die vom Charakter her einer Rechtsverordnung gleichkam.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was hat es denn mit der bedeutenden Allgemeinverfügung auf sich? Was ist denn der Unterschied zwischen einer Allgemeinverfügung und einer bedeutenden Allgemeinverfügung?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich interpretiere diesen Absatz so, dass es hier um solche Allgemeinverfügungen geht, welche - und so steht es hier drin -

im Hinblick auf die materiellen Regelungen und Auswirkungen

mit Rechtsverordnungen vergleichbar sind ...

Das heißt, es ergeht zwar nicht in der Form einer Rechtsverordnung, sondern in der rechtlichen Form einer Allgemeinverfügung, aber es ist in der Sache eine wesentliche, also materiell relevante, und mit Rechtsverordnungen vergleichbar. Das ist ja sozusagen die höchste Normenkategorie, die die BaFin erlassen kann, und insofern auch eine abstrakt-generelle Regelung, aber damit eben nicht eine Einzelmaßnahme der Aufsicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und was ist dann so ein Beispiel dafür? Also, was ist dann eine bedeutende Allgemeinverfügung, die keine Rechtsverordnung ist?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, es gibt zum Beispiel - ich habe jetzt im Vorfeld auch mal versucht, mir noch mal Beispiele vor Augen zu führen - Verfügungen der BaFin zur Anforderung an das Beschwerdemanagement oder „Wie muss ein Compliance-Management in Versicherungen ausgestaltet sein?“. Das wären so Beispiele.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und das ist alles abstrakt-generell?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja. Da sagt ja die BaFin: Jede Versicherung in Deutschland soll ihr Compliance- oder ihr Beschwerdesystem wie folgt ausgestalten: muss da eine Stelle vorhalten, muss dafür sorgen, dass die fachkundig sind, was immer dann da so drinsteht. Das ist eine abstrakt-generelle Regelung. Das ist eben nicht der Einzelfall, der sagt: Die Versicherung XY muss das Geschäft genau so betrachten. Das wäre eine Einzelmaßnahme.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Oder kein Marktteilnehmer darf gewisse Short-Positionen aufbauen zu einem konkreten - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Noch mal: Also, wenn die Maßnahme gewesen wäre, generell, wie wir es ja zum Beispiel in einzelnen Ländern in Europa beim Coronaausbruch hatten: „Es gibt jetzt ein Shortselling-Verbot für einen Monat für alle Ti-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tel“, das ist abstrakt-generell. Wenn es um die Titel eines einzelnen Unternehmens geht, ist es eine sehr gravierende, sehr bedeutende, aber Einzelaufsichtsmaßnahme für dieses Unternehmen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Weil es das einzelne Unternehmen schützt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Bitte?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Weil es das einzelne Unternehmen schützt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein, weil es ein einzelnes Unternehmen betrifft. Die entscheidende Frage für uns ist doch immer: Geht es um einen Einzelfall, ein einzelnes Unternehmen, oder ist es eine abstrakt-generelle Regelung?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, aber es hat ja zwei Dimensionen. Das eine ist, dass man keine Aktien von diesem Unternehmen kaufen darf. Und das andere ist, dass die keiner kaufen darf. Also, das hat ja zwei Richtungen.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, aber es betrifft ein einzelnes Unternehmen, genauso wie wenn ich einer Bank sage: „Du musst mehr Kapital vorhalten“ oder einer Versicherung sage: „Deine Zinszusatzreserve - -“ Also, ich nehme jetzt mal das Beispiel Versicherung. Die BaFin macht Anforderungen: Was müssen Lebensversicherungen an Zinszusatzreserven vorhalten, um sich angemessen mit Niedrigzinsen auseinanderzusetzen? Da gibt es entweder eine generelle Regelung, die sagt: Das ist typischerweise x Prozent von ... Das hätten wir mit der BaFin dann schon diskutiert, ob das zu viel oder zu wenig ist. Oder sie kann hingehen und sagen: Das Unternehmen habe ich mir angeschaut. Das hat spezifische Risiken, und deswegen mache ich da einen Aufschlag. Und das wäre eine Einzelmaßnahme.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich möchte noch mal zu dieser Strafanzeige kommen. Sagen Sie noch mal: Wann haben Sie davon Kenntnis erlangt, dass es um eine Strafanzeige geht im Zusammenhang mit dem Leerverkaufsverbot? Hatten Sie das schon an dem Freitag mitbekommen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Was meinen Sie genau mit: „dass es um eine Strafanzeige geht“?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir hatten ja vorhin über eine Strafanzeige aus dem Umfeld von Wirecard gesprochen, die bei der Staatsanwaltschaft München eingegangen ist und die für die BaFin ein sehr starkes Gewicht hatte beim Erlass des Leerverkaufsverbots.

Zeuge Dr. Levin Holle: Nach meiner Erinnerung habe ich das verstanden aus meinem Gespräch mit Herrn Hufeld.

Matthias Hauer (CDU/CSU): An dem 15., an dem Frei-

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein. Ich habe ja mit Herrn Hufeld am Montag oder Dienstag, 18. oder 19., gesprochen, aber definitiv nicht vor Erlass.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hat Sie gar nicht gestört, dass das gar nicht in der Allgemeinverfügung vorkam?

Zeuge Dr. Levin Holle: Was?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Scheinbar das Hauptargument für dieses Leerverkaufsverbot. Also, die BaFin, Frau Roegele - - Für sie war das Maßgebliche, warum sie dieses Leerverkaufsverbot erlassen hat, diese Strafanzeige. So. Gleichzeitig spielt diese Strafanzeige aber überhaupt keine Rolle in der Allgemeinverfügung. Also, in dem Sachverhalt kommt die nicht vor.

Zeuge Dr. Levin Holle: Da habe ich zwei Dinge, zwei Fragen: Also, erstens. Ich bin nicht sicher, ob das schon formal eine Strafanzeige war oder ob das nicht ein Bericht oder ein Hinweis der Staatsanwaltschaft war, dass hier möglicherweise ein Fall von Short-Attacke droht. Ich weiß es schlicht nicht. Ich gebe das nur als Frage zurück, weil Sie von „Strafanzeige“ sprechen. Ich habe jetzt auch den Wortlaut der Begründung der Allgemeinverfügung nicht vor Augen. Deswegen weiß ich nicht mehr genau, was da drinsteht und ob das - - kann deswegen hier das auch „on the spot“ nicht beurteilen, ob das so angemessen wiedergegeben ist oder nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Was ich sagen kann, ist: Als ich Herrn Hufeld auf diesen ganzen Themenkomplex angesprochen habe an dem Montag oder Dienstag, war das für ihn ein ganz wesentlicher Grund, warum er gesagt hat, das Leerverkaufsverbot war aus seiner Sicht die richtige Maßnahme.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also würden Sie davon ausgehen, dass dieser Aspekt auch dann in die Begründung reingehört, wenn das doch der maßgebliche Punkt war, warum man das erlassen hat, das Leerverkaufsverbot?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das weiß ich nicht. Also, in der Begründung müssen Sie ja - ich bin jetzt wirklich kein Ex- -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich kann es vorwegnehmen: Es steht nicht drin.

Zeuge Dr. Levin Holle: Gut, nein, ich habe das auch nicht hier. Ich kann es auch nicht nachgucken. Aber ich bin kein Experte für Leerverkaufs- - * Und normalerweise, würde ich sagen, müssen Sie in die Allgemeinverfügung - - Als Jurist nehmen Sie die Tatbestandsvoraussetzung und müssen dann darlegen, dass die vorliegen. Dass dafür notwendigerweise die Erwähnung eines strafrechtlichen Vorwurfs oder einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft mit erwähnt werden muss, das halte ich nicht für zwingend. Aber ich kann es nicht beurteilen. Also, Sie müssen reinschreiben und sagen: Es hat - - Wenn ich jetzt in die Verordnung noch mal - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wenn ich es auf andere Punkte stützen kann, dann sicherlich nicht. Aber wenn das doch der Hauptpunkt ist, hätte ich erwartet, dass es da drinsteht. Und es steht nicht drin.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also noch mal: Ich bin - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und dann stellt sich für mich eben auch die Frage - und dann sind wieder bei der Rechtsaufsicht -, was man prüfen muss. Wenn man doch weiß: „Die Strafanzeige ist das Maßgebliche gewesen“, sie kommt aber

gar nicht in der Begründung vor und ist scheinbar nach dem formalen Teil irrelevant gewesen, dann muss ich doch irgendwie darüber nachdenken, ob das rechtlich sauber ist, diese Allgemeinverfügung.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich habe keinen Anlass zu der Annahme, dass das rechtlich erforderlich ist, das in die Begründung zu schreiben. In eine Begründung müssen Sie reinschreiben, dass Sie die Tatbestandsvoraussetzungen bejahen. Da gehen Sie dann durch: Ist ein ungünstiges Ereignis eingetreten? Und dann müssen Sie was sagen zu dem Marktverträgen*, und da müssen Sie was zu „erforderlich, angemessen und verhältnismäßig“ sagen. Dazu würde ich Aussagen erwarten. Dass Sie alle Begründungen oder alle Beweismittel oder alle Indizien da mit aufführen, das halte ich jedenfalls nicht für zwingend.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Ich habe Ihre Position verstanden, halte sie zwar nicht für richtig, -

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich kann es rechtlich nicht abschließend bewerten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - weil ich glaube schon, dass die wesentlichen Punkte da reingehen und dass die anderen Punkte, die drinstehen - - Wenn die auch nicht richtig sind teilweise, sollte man aus meiner Sicht zumindest prüfen. -

Zu dem Leerverkaufsverbot, dazu, meine letzte Frage: Das Thema „DPR-Prüfung und Leerverkaufsverbot“ geht ja in eine unterschiedliche Richtung. Inwieweit ist das in Ihrem Hause, also im BMF, berücksichtigt worden?

Zeuge Dr. Levin Holle: Na, uns war immer sehr wichtig, dass in beide oder in alle Richtungen ermittelt wird, dass also auf der einen Seite die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen macht, aber uns war extrem wichtig - und aus meiner Sicht, also heute mehr denn je, ist das ja der Kern des Problems gewesen -, dass dieser Bilanzbetrug so schnell wie möglich aufgeklärt wird.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Jetzt ist die Uhr leider runtergelaufen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Wir haben keine weiteren Fragen mehr. - Wie sieht es bei den Kollegen der SPD-Fraktion aus?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nur ganz kurz: Ich meine, Sie haben ja gemerkt: Der Herr Hauer versucht, verschiedenste europäische Verordnungen usw. so zu drehen, dass das Ergebnis zu seinem gewünschten Ergebnis passt. Wir hatten es eben auch bei der ESMA. Also, sozusagen die ESMA, das ist ein Abnickverein, die nix prüfen und eigentlich auch sonst nix zu sagen haben. Ich glaube, zehn oder elf nationale Aufsichten inklusive der FCA haben aktiv grünes Licht gegeben, als diese Opinion eingeholt wurde. Würden Sie jetzt sagen, dass dann sozusagen so eine Aufsicht wie die FCA - ich glaube, die Franzosen, die Italiener waren auch dabei - - Das heißt, die nicken so was dann einfach mal über ein Wochenende ab oder - - Ich meine, Sie sind europäisch unterwegs gewesen. Wäre das Ihre Vorstellung, dass das so abläuft und dass das ungefähr die Qualität dann einer ESMA Opinion ist?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das waren jetzt auch wieder ziemlich viele Vermutungen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich versuche, zu dem was zu sagen, zu dem ich was sagen kann. Also noch mal: Ich glaube nicht, dass ein ESMA-Gremium gezwungen war, das einfach zu bejahen, auch wenn sie gar keine Vorstellung davon hatten, ob es irgendwie begründet oder fundiert war. Da hätten die ohne Weiteres sagen können: Also, die Informationen reichen nicht. Deswegen können wir jedenfalls nicht sagen: notwendig. - Man muss es ja nicht ablehnen. Man kann ja einfach sagen: Also, tragt bitte mal mehr Informationen bei. Da bin ich fest von überzeugt; diese Möglichkeit hatten sie. Und ich weiß jetzt nicht, welche Behörden da beteiligt waren; aber sagen wir mal, die FCA kenne ich ein bisschen. Ich kenne auch den jetzigen Chef. Der war, glaube ich, damals noch nicht beteiligt. Da hätte ich schon die Erwartung, dass der, wenn er ernsthaft Zweifel hat,

das auch vorträgt in so einem Gremium. - Das ist die eine Seite.

Es gehört natürlich auch dazu: Wir hatten extrem wenig Zeit. Das war am Sonntag. Im Zweifel konnten die nicht selber groß ermitteln, und sie haben sich vermutlich schon relativ stark auf den Vortrag auch verlassen und eben auch - in Ausführungsstrichen - nur eine Plausibilitätsprüfung gemacht, ob das plausibel erscheint, aber eben keine eigenen, vermute ich mal, Erkundigungen eingezogen. Das, glaube ich, gehört auch zum vollen Bild dazu, sodass dieses Problem, was wir vorhin hatten: „Der eine verlässt sich auf den Nächsten“, vielleicht auch eine Rolle gespielt hat.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Alles klar. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Und Dr. Toncar?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich stelle nur mal die Frage in den Raum, ob angesichts der Rumpfbesetzung, in der insbesondere die Koalitionsfraktionen hier gerade sitzen, jetzt Erörterungen stattfinden müssen, die gar nicht mehr direkt auf direktes, persönliches Wahrnehmen des Zeugen abzielen. Ich bleibe bis zum Schluss. Aber ich weiß nicht, ob es jetzt uns entscheidend voranbringt bei dem, was wir uns vorgenommen haben diese Woche.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Frau Paus für Bündnis 90/Die Grünen, noch Fragen?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bleibe auch bis zum Schluss, aber ich habe keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann frage ich zunächst mal den Zeugen, ob er eine Pause wünscht.

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. Gut. - Dann frage ich an die CDU/CSU - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Holle, ja, eine Runde brauchen wir noch. Aber dann sind wir auch, glaube ich, durch. Wir hätten ja auch Zeit gespart, wenn der Kollege der SPD nicht damit beschäftigt wäre, meine Fragen zu interpretieren, und zwar falsch, und dann festzustellen, dass sie falsch sind. Also, das erschließt sich mir nicht so ganz.

Also, kommen wir zum Thema: die Vorbereitung der Reise der Bundeskanzlerin. Da gab es eine Zulieferung des Bundesministeriums der Finanzen an das Bundeskanzleramt in dieser Sache. Inwieweit waren Sie da einbezogen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das kann ich, auf den konkreten Fall bezogen, nicht aus meiner Erinnerung beantworten. Typischerweise lief das so ab, dass das Fachreferat im Bundeskanzleramt, also das Spiegelreferat für meine Abteilung, das zuständige Referat in meiner Abteilung angesprochen hat und um Informationen gebeten hat. Und das ist dann häufig, nicht immer, aber häufig, direkt zwischen den Referaten gegangen. Aber ich weiß nicht, wie es jetzt konkret in diesem Fall war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie sich auch schon mal mit solchen Anfragen beschäftigt, Sie persönlich? Also, ist das mal über Ihren Tisch gewandert?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nicht zum Thema Wirecard. Aber wenn es hochpolitische Vorgänge waren, also, keine Ahnung, Vorgänge, über die gleichzeitig unser Minister verhandelt hat in europäischen Verhandlungskonstellationen, dann ist das auch mal über meinen Schreibtisch gegangen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Uns liegt nämlich hier Korrespondenz vor innerhalb der BaFin - das ist MAT A BMF-4.22, Blatt 4 -, bei der die BaFin-Mitarbeiter erwähnen - konkret ist es hier Frau Ortkemper -, dass sie mit Herrn Cless aus dem BMF sich ausgetauscht habe. Und da ging es darum, ob man dem Kanzleramt mitteilt, dass ein Eilverfahren betreffend die Veröffentlichung von Sanktionen gegen Wirecard wegen Verletzung von Finanzberichterstattungspflichten mitgeteilt

werden soll. Dann hat der Herr Cless aus dem BMF erklärt, dass es hier ausreicht, auf Anfragen hinzuweisen - damit sind öffentliche Anfragen gemeint - und eben nicht diese Informationen mitzuteilen. Also, was sind da Kriterien, was mitgeteilt wird, wenn solche Anfragen kommen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich die E-Mail einmal sehen?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Das müssen wir einmal raussuchen. Das liefern wir gleich nach. Dann frage ich so lange was anderes. - Dann kommen wir noch mal zu dem Treffen von Staatssekretär Kukies mit Herrn Dr. Braun am 05.11.2019. Was ist Ihnen zu diesem Treffen bekannt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich weiß, dass die sich getroffen haben. Zur Fragevorbereitung war, glaube ich, von Herrn Toncar schon eine Frage. Da habe ich eigentlich - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da waren Sie nicht einbezogen. Das habe ich schon zur Kenntnis genommen.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja. Also, aus meiner damaligen Erinnerung weiß ich auch nicht viel mehr. Ich weiß jetzt, was sozusagen in den Antworten der Regierung auf die Fragen steht. Aber das ist nicht meine eigene Erinnerung, wie das da vor - - Also, ich habe keine eigene aktive Erinnerung über das hinaus.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Dann schaue ich mal, ob wir diese Mail einmal vorlegen können.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen Unter-
lagen)

Es geht mir um den Text, der unter „Hintergrund:“ steht.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja. Also, Ihre Frage war ja: Was ist üblich in solchen Fällen? Also, erstens hängt es auch da wieder vom Tempo ab: Was



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind die genauen Gesprächsinhalte? Und es war schon ein Stück weit - - Und vielleicht - aber das ist jetzt Spekulation meinerseits nach Lektüre der E-Mail - spielt es auch eine Rolle: Was ist öffentlich verfügbar? Denn wenn es nicht öffentlich verfügbar war, dann stellt sich auch die Frage: Sind es möglicherweise Insiderinformationen? Und wenn es Insiderinformationen sind, dann kam es schon sehr darauf an, die in einem möglichst kleinen Personenkreis zu halten. Natürlich, wenn es notwendig war, haben wir dem Kanzleramt auch Insiderinformationen zur Verfügung gestellt, aber dann, wenn es im jeweiligen Fall wirklich relevant war. Vielleicht hat das hier auch eine Rolle gespielt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Inwieweit gibt es denn zwischen dem BMF und dem Bundeskanzleramt in solchen Fragestellungen irgendwelche Verschwiegenheitspflichten?

Zeuge Dr. Levin Holle: Na ja, wir als Beamte unterliegen § 9 KWG; wir unterliegen den Insiderregeln. Und nach den Insiderregeln - die gelten ja auch für uns - gilt im Prinzip ein Need-to-know-Prinzip. Das heißt, ich kann nicht einfach das gesamte Kanzleramt über vertrauliche BaFin-Informationen unterrichten, um es jetzt mal - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es geht ja auch nicht um das ganze Kanzleramt, -

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein, aber deswegen haben wir uns ja - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): - sondern es geht um eine punktuelle relevante Auskunft.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, wenn es um Informationen ging - ich weiß nicht, ob das in diesem Fall der Fall war; dafür kann ich es nicht beurteilen; aber ich kann es in anderen Verfahren rekonstruieren - - Wenn es strafbewehrte Vertraulichkeitsnormen gab, die für uns galten und die uns auch daran gehindert haben, jetzt zum Beispiel über den unmittelbar erforderlichen Personenkreis im BMF hinaus zu informieren, dann haben wir schon im Einzelfall abgewogen: Ist das eine Information, die jetzt weitergegeben werden darf oder nicht?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Wir haben keine Fragen. Dann schaue ich noch mal zu den Kollegen der SPD-Fraktion. - Keine weiteren Fragen. - Hier hat sich auch nichts geändert. - Dann schaue ich noch mal ins Rund.

Dann frage ich: Gibt es Bedarf, in eingestufte Sitzung Fragen an den Zeugen zu stellen? - Ist auch nicht der Fall.

Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Ich darf mich jetzt an dieser Stelle zu früher Stunde ganz herzlich bei Ihnen bedanken, wünsche Ihnen dann nachher einen guten Start in den jungen Tag. Und wie ich das allen unseren Zeugen wünsche: Bleiben Sie in dieser schwierigen Zeit gesund! Passen Sie auf sich auf! Ich bedanke mich, dass Sie hier waren. Vielen Dank.

Zeuge Dr. Levin Holle: Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Damit ist die Sitzung geschlossen, und wir sehen uns dann heute wieder um 12.30 Uhr. So haben wir es abgemacht. Ich wünsche allen eine erholsame kurze Nachtruhe, und bis nachher!

(Schluss: 2.55 Uhr)

Anlage 1

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Peter Altmaier



Bundesministerium für Wirtschaft und Energie • 11019 Berlin

Sekretariat PA 30
3. Untersuchungsausschuss
z.Hd. ORRin Dr. Dominique Schimmel
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vorab per E-Mail:
3.untersuchungsausschuss@bundestag.de

Yvonne Schreiber
Ministerialdirigentin
Leiterin der Unterabteilung
Leitung, Koordinierung

TEL

E-MAIL

INTERNET www.bmwi.de

DATUM Berlin, 17. Mai 2021

Sehr geehrte Frau Dr. Schimmel,

ich nehme Bezug auf Ihr Schreiben vom 30. April 2021, mit dem Sie Herrn Bundesminister Peter Altmaier das Protokoll seiner Zeugenvernehmung am 20. April 2020 hatten zukommen lassen. Namens und im Auftrag von Herrn Bundesminister Altmaier übermittle ich Ihnen wie erbeten einige Korrekturen.

Einige wenige Ergänzungen und Erläuterungen finden Sie auf dem beigefügten gesonderten Blatt. Korrekturen von Übertragungsfehlern und Schreibweisen sind im Protokoll vermerkt, dessen entsprechende Seiten ich beifüge.

Mit freundlichen Grüßen

Yvonne Schreiber

Anlagen: 2

BMWi, 17. Mai 2021

Anlage 1 zum Schreiben vom 17. Mai 2021

Ergänzungen und Erläuterungen

zum Protokoll der Zeugenvernehmung von Herrn BM Peter Altmaier
im 3. Untersuchungsausschuss der 19. Wahlperiode am 20. April 2021

- S. 34, rechte Spalte: Bitte „Wochen“ durch „Monate“ ersetzen.

- S. 48, rechte Spalte: Hier wurde versehentlich § 24 der Regelung genannt – es handelt sich um § 23 der Regelung.

- S.59, rechte Spalte: Zur Frage des Vorsitzenden bzgl. eines Telefonats von Herrn St Kukies mit Hr. Michalak (KfW-IPEX) am 23. Juni 2020 möchten wir nochmals erläutern, dass - wie bereits im Ausschuss berichtet - das BMWi im Vorfeld dieses Telefonates durch BMF nicht konsultiert oder informiert worden war. Das BMWi hat von diesem Telefonat aus der Presseberichterstattung über die Sitzungen des Untersuchungsausschusses erfahren. Die nachfolgend auf Bitte des Ministers durchgeführte Prüfung ergab, dass BMWi hierzu auf keiner Ebene von BMF kontaktiert worden war. Die weiteren Ausführungen in der Antwort auf die Frage des Vorsitzenden beziehen sich auf das Verfahren der Kreditvergabe durch die KfW-IPEX als solches, das auch bei der Vergabe des Kredits an Wirecard im September 2018 bzw. dessen Verlängerung im Jahr 2019 zur Anwendung kam.

- S. 70, rechte Spalte, sowie S. 78, linke Spalte: bitte jeweils einfügen „an der Erstellung des Entwurfs des Aktionsplans“. Hintergrund: BMWi war an der Erstellung des Entwurfs des Aktionsplans nicht beteiligt worden, hatte im weiteren Verlauf aber dem dann abgestimmten Aktionsplan der Bundesregierung zugestimmt.

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 19/41



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

in das zu bringen, was ganz offenbar nicht optimal funktioniert hat, und dass wir darüber auch sprechen.

Ich möchte Ihnen sagen, dass wir auch in dem parallel laufenden Verfahren über das FISG versuchen, zu kooperieren, so wie wir uns bemüht haben, Ihre Wünsche nach Akten, soweit es geht, zu erfüllen und auch termin- und fristgerecht zu erfüllen. Wir haben, glaube ich, mit dem FISG nicht unbedingt jetzt hier einen Schwerpunkt der Vernehmung, der Befragung; aber ich wollte nur noch hier auch mitteilen, dass wir vorbereitet sind, in nächster Zeit auch für die APAS die Compliance-Vorschriften anzupassen. Es ist darüber diskutiert worden, ob man das gesetzlich regeln soll oder untergesetzlich. Mein Eindruck ist, dass das Parlament eine gesetzliche Regelung nicht unbedingt mehr für notwendig hält. Wir sind darauf vorbereitet, dann auch schnell und zügig zu handeln. Der Entwurf ist fertig und muss nur noch von mir abgezeichnet werden.

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Untersuchungsgegenstand Wirecard AG einen Finanzdienstleister. Als Bundeswirtschaftsminister interessiere ich mich natürlich und fühle mich für alle Unternehmen in Deutschland - - fühle mich ihnen verpflichtet. Aber weil es ein Finanzdienstleister ist, sah er den Schwerpunkt seiner Interessen vermutlich nicht im Bereich des Bundeswirtschaftsministeriums.

Deshalb möchte ich Ihnen zu Beginn das noch mal wiederholen, was ich auch dem Finanzausschuss bereits gesagt habe: Ich kannte die verantwortlichen Personen der Wirecard AG nicht persönlich. Es waren einige, wie Herr Braun, bei Veranstaltungen mit Dutzenden von Personen anwesend, ohne dass sie mir vorgestellt wurden oder ich mit ihnen irgendwelche Gespräche geführt hätte. Es ist, soweit ich weiß, auch in meiner Ministerzeit keine Unterstützungsbitte der Wirecard an mich persönlich herangetragen worden; das kann ich mit großer Sicherheit sagen. Ich habe auch beispielsweise auf meinen doch recht zahlreichen Auslandsreisen in den Jahren 2018 und 2019, als das noch möglich war, regel-

mäßig auch Wirtschaftsdelegationen und Parlamentarier eingeladen und mitgenommen. Aber es war dort kein Vertreter der Wirecard dabei; auch das haben wir noch einmal überprüft.

Das heißt, ich war - mit einer kleinen Ausnahme; auf die komme ich noch - bis zum 18. Juni 2020 mit dem Thema Wirecard persönlich nicht näher befasst. Das war der Tag, an dem die Wirecard die Veröffentlichung der Jahresbilanz erneut verschoben hatte aufgrund des fehlenden Testats von Ernst & Young. Und ich habe dann mich natürlich sofort auch von meiner zuständigen Fachabteilung umfassend informieren lassen. Das Datum 18. Juni kann ich mir gut merken; das war mein Geburtstag. Und wir haben dann bereits am 19. - - hat die Fachabteilung - das ist die Mittelstandsabteilung bei mir im Haus - die Vorlage vorgelegt, und ich habe mich dann intensiv mit der Frage beschäftigt.

Zuvor hatte ich im Juli 2019 eine Vorlage zur Kenntnis erhalten und auch abgezeichnet. Da ging es um ein Pilotprojekt der KfW zur Ausreichung von sogenannten Globaldarlehen an Fintechs. Da sind auch im Vorfeld von der KfW - aber ohne meine Beteiligung - Gespräche mit diversen potenziellen Partnern im Bank- und Fintech-Bereich geführt worden, auch, aber nicht in erster Linie mit Wirecard. Und mit Wirecard kam dann auch keine Zusammenarbeit zustande, so dass es also keinen Anlass gab, sich damit in irgendeiner Weise näher zu beschäftigen.

Wir hatten dann im Juni einen klaren Hinweis, dass der Vorwurf der Bilanzmanipulationen sich immer mehr herauskristallisierte. Und ich habe mir natürlich den Gesamtkomplex angeschaut, wie das auch meine Verpflichtung als Mitglied der Bundesregierung ist. Es gibt ja mehrere Bereiche: Das eine ist das Thema BaFin, was in besonderer Weise komplex und auch, wie ich fand, interessant war. Das andere ist die Frage des Wirtschaftsprüfungsrechtes; das ist die Zuständigkeit der Kollegin im Bundesministerium der Justiz. Und es gibt die Frage der Wirtschaftsprüferaufsicht. Das ist die APAS; das ist meine Zuständigkeit wiederum. Und wir haben uns dann in umfangreichen Besprechungen im Haus mit diesem Themengebiet beschäftigt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich kann sagen, dass ich im Umgang mit dem Thema Wirecard durch die APAS keine offenkundigen Versäumnisse erkennen kann, immer vorbehaltlich dessen, was Sie im Untersuchungsausschuss noch feststellen werden. Es gab ein Problem mit Compliance; darauf gehe ich gleich noch mal ein. Im Übrigen ist es so, dass die APAS - ich wiederhole auch da, was ich im Finanzausschuss gesagt habe - ja nicht die Unternehmen beaufsichtigt, um die es geht, also nicht die Wirecard, sondern sie beaufsichtigt die Abschlussprüfer, in diesem Fall Ernst & Young, EY, und dann - - und ob die Abschlussprüfer ihre beruflichen Verpflichtungen erfüllen und ihnen nachkommen.

Ich habe also keine Erkenntnis, dass die APAS nicht ausreichend oder zu spät tätig geworden wäre. Sie hat im Oktober 2019 ein Vorermittlungsverfahren gegen Ernst & Young eingeleitet, als sich die Berichterstattung in der Presse über die Unregelmäßigkeiten verdichtet hat. Solche Verfahren werden häufiger eingeleitet. Das ist - - Wir haben derzeit ungefähr 260 laufende Verfahren bei der APAS, und in diesem Fall hat man das Vorermittlungsverfahren eingeleitet.

Wir haben dann nach der Veröffentlichung des Sondergutachtens der KPMG - - hat die APAS das Vorermittlungsverfahren umgehend in ein Berufsaufsichtsverfahren gegen EY - - eingeleitet und auch gegen die verantwortlichen Prüfer. Das war am 6. Mai 2020. Dieses Verfahren läuft noch. Ich habe mich im Vorfeld des Besuchs bei Ihnen auch erkundigt, ob das eine ungewöhnlich lange Dauer ist und in irgendeiner Weise aus dem Rahmen fällt. Mir ist gesagt worden: Nein, es handelt sich nicht nur um eine komplizierte Materie, sondern es handelt sich eben auch darum, dass man den Beteiligten die Möglichkeit geben muss, zu antworten, zu reagieren. Da sind Fristen, die zu beachten sind. Und deshalb ist es noch im Rahmen des Normalen und des Üblichen.

Wir haben in dem - - Im Rahmen der Aufarbeitung des Gesamtkomplexes, um den ich bereits dann Mitte letzten Jahres gebeten hatte, hat sich dann herausgestellt - allerdings später -, dass die APAS im Februar 2019 erstmals mit EY zum Thema Wirecard in Kontakt war. Es gab damals

ein durch EY initiiertes Telefonat mit der APAS, in welchem EY erläuterte, dass man die Presseberichterstattung in der „Financial Times“ zur Kenntnis genommen habe und entsprechende Prüfungsschwerpunkte setzen würde.

Es ist aus meiner Sicht nachvollziehbar, dass es mit dieser Information für die APAS noch kein Grund war, das Vorermittlungsverfahren einzuleiten. Sie hat aber dann wenige ~~Wochen~~ ^{Monate} später sofort und konsequent gehandelt, als sich die Hinweise verdichtet haben. Von diesem Telefonat - deshalb erwähne ich das auch nur - haben wir erst später erfahren, nach meinem Besuch im Finanzausschuss. Deshalb ist das in der Auflistung dort nicht enthalten. Ich fand das ärgerlich. Aber auch die Beteiligten, die dort versuchen, ihre Pflicht zu tun, sind natürlich Menschen. Und deshalb kann es schon mal sein, dass so etwas dann etwas später berichtet wird.

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei den Zuständigkeiten sicherlich Handlungsbedarf in dem Dreieck der Zusammenarbeit zwischen den Behörden der BaFin, der APAS und den Justizbehörden. Gegebenenfalls muss sichergestellt werden, dass es keine Zuständigkeitsüberlappungen oder Zuständigkeitsunklarheiten gibt. Da sind wir auch weitergekommen. Wir haben in dem Entwurf des FISG, das Ihnen vorliegt, dazu auch einige Vorschriften aufgeführt.

Wir haben, was die Compliance-Vorschriften angeht, selbstverständlich bei der APAS von Anfang an Compliance-Vorschriften, die auch eingehalten werden, insbesondere wenn es darum geht, dass Aktienkäufe zu melden sind. Es hat sich dann herausgestellt im Laufe der Untersuchungen - und das war auch - - das war in Ihrem Ausschuss; ich habe es bereits erwähnt -, dass Herr Bose mit seinem Kauf und Verkauf von Wirecard-Aktien im Jahre 2020 zumindest ein großes Fragezeichen gesetzt hat.

Ich will mir kein Urteil anmaßen, ob er gegen Vorschriften verstoßen hat oder nicht, weil das im Rahmen eines derzeit noch laufenden arbeitsgerichtlichen Verfahrens zu klären ist. Das kann ich nicht und will ich nicht präjudizieren. Aber

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 19/41



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

es war für mich nicht hinnehmbar, dass Herr Bose darüber erst in seiner Aussage vor diesem Untersuchungsausschuss informiert hat, und das, obwohl wir die APAS, zuvor ~~von BMJ~~, genau befragt hatten, aufgefordert hatten, uns zu berichten. Dieser Bericht ist auch erstattet worden, aber eben nicht in diesem einzelnen Fall.

Der Streit, ob es eine Lücke gibt in den Compliance-Regeln und im Hinblick auf den Leiter der APAS, das ist das, was ich hier eben nicht beantworten kann, weil es vor Gericht im Augenblick diskutiert wird. Das andere ist eben die Frage gegenüber dem Dienstherrn. Das ist im konkreten Fall das BAFA. Das BAFA hat mit meinem Einverständnis Herrn Bose umgehend freigestellt und inzwischen auch gekündigt. Das Neubesetzungsverfahren läuft; eine Ausschreibung hat stattgefunden.

Ich will ein Wort sagen, weil das oft diskutiert wird und auch manchmal durcheinanderght: Wir haben bei der APAS - - Die APAS ist errichtet aufgrund europäischen Rechts, und dort ist vorgesehen, dass eine unabhängige Wirtschaftsprüfereinrichtung zu schaffen ist. Und das bedeutet, dass das BMWi zwar die Rechtsaufsicht, nicht aber die Fachaufsicht ausüben kann. Das ist die ganz überwiegende Meinung aller bei uns im Haus und auch mit denen wir zu tun haben. Deshalb wurde das bereits bei der Einrichtung der APAS in der letzten Legislaturperiode geprüft, und ich habe darum gebeten, es noch mal zu prüfen, weil mir im Finanzausschuss gesagt worden ist, dass es einige europäische Länder gibt, wo das anders geregelt ist. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir im Rahmen, im rechtlichen Rahmen gehandelt haben. Im Übrigen ist es so, dass wir auch mit den europäischen Behörden über die Organisation und die Einrichtung der APAS mehrfach gesprochen hatten, und es ist auch nicht moniert worden.

Ich will dann etwas ganz Grundsätzliches sagen. Ich habe - - Wo ist der Kollege Zimmermann? Er hat doch heute - - Ja, hallo! Grüße Sie. Sie haben heute, glaube ich, etwas zur Presse gesagt. Das kommt ja auch vor. Das machen ja viele von uns, und insofern bin ich da auch gar nicht irgendwie pikiert oder so. Es ist nur so: Als ich ins Haus

kam, 2018, da war die APAS in ihrer jetzigen Form gerade mal zwei Jahre alt. Die ist in der letzten Wahlperiode geschaffen worden. Und in der letzten Wahlperiode haben wir auch das Recht der Wirtschaftsprüfer durch das BMJV angepasst, und wir haben die APAS geschaffen. Und zuständig waren damals - - Ich war damals Kanzleramtsminister. Ich habe diesen Vorgang aus der Distanz beobachtet und verfolgt, weil er mir wichtig war. Aber zuständig und federführend waren zwei geschätzte Kollegen: Sigmar Gabriel im BMWi und Heiko Maas im BMJV. Und beide haben, soweit ich das beurteilen kann, mit einem hohen Maß an juristischer Expertise und mit sehr klugen Entscheidungen, wie man die europäischen Vorschriften umsetzt, die APAS so, wie sie heute da ist und heute dasteht, geschaffen. Und deshalb glaube ich, dass wir versuchen sollten, das aus dem parteipolitischen Streit herauszuhalten.

Ich habe mir noch einmal berichten lassen, weil ich ja damals - - Wenn Sie als Kanzleramtsminister - - Wenn alles über Ihren Schreibtisch geht oder fast alles, dann ist Ihnen vielleicht manches Detail nachher nicht mehr so präsent. Und ich habe mir das noch mal alles berichten lassen. Es gab durchaus Punkte, die im parlamentarischen Verfahren umstritten waren. Es ist aber in diesem Falle - - In diesem Falle haben die beiden Kollegen wirklich sehr korrekt gehandelt, und deshalb ist es auch eine Frage meiner eigenen Dienstauffassung, dass ich dann nicht so tue, als ob man die APAS irgendwie mit einem despektierlichen Blick betrachten müsste oder ob da alles schlecht ist oder alles chaotisch sei. Es ist eine sehr gut funktionierende Behörde und Einrichtung.

Sie ist angesiedelt beim BAFA. Das BAFA hat einen Präsidenten, Herrn Safarik, der von mir ernannt worden ist, der eine vorzügliche Arbeit macht. Herr Safarik hat im Übrigen dann auch darüber nachgedacht, die Frage, ob man gegebenenfalls eine engere Zusammenarbeit auch in den inhaltlichen Fragen mit der APAS einrichten kann. Das wäre dann auf eine wie auch immer geartete Fachaufsicht hinausgelaufen. Und auch dort haben die Prüfungen ergeben, die wir im letzten Jahr dann noch einmal durchgeführt ha-

H
vom
BMW
aus



Nur zur dienstlichen Verwendung

ausdrücklich nicht an den Zeugen gerichtet ist, diese Aussage.

Ich würde gerne zu dem Aktienhandel bei der APAS noch mal kommen. Und zwar haben wir ja hier herausgearbeitet - das hatten Sie ja geschildert -, dass der Chef der APAS, Herr Bose - das war in unserer Sitzung im Dezember -, zu einem sehr späten Zeitpunkt selbst mit Wirecard-Aktien gehandelt hat; zu einem Zeitpunkt, wo man mit gewissem wirtschaftlichen Verstand es eher nicht getan hätte, muss man fairerweise auch dazu sagen. Das soll jetzt sein Thema da nicht mindern, aber es war jetzt nicht besonders klug, zu dem Zeitpunkt Wirecard-Aktien zu kaufen, als gerade der KPMG-Sonderbericht auch erschienen ist.

Und es ist ja dann sehr schnell agiert worden, und zwar, soweit ich weiß, haben dann irgendwie - am nächsten Tag oder noch am selben Tag; ich weiß es nicht genau - da Gespräche stattgefunden und auch die Freistellung. Vielleicht können Sie diese zeitlichen Abläufe noch einmal darlegen, weil natürlich auch für uns wichtig ist: Wie schnell wird auf Vorwürfe, auch als Ergebnis auf unseren Untersuchungsausschuss, dann reagiert?

Zeuge Peter Altmaier: Ja, sehr gerne. Also, ich will noch mal sagen: Das Vertragsverhältnis mit Herrn Bose ist ja nicht deshalb aufgelöst worden, weil er diese Aktien nicht hätte kaufen dürfen oder weil er Insiderwissen verwendet hat - das alles stand ja und steht ja noch gar nicht fest -, sondern es ist aufgelöst worden, weil er uns davon ~~hat~~ gesagt hat. Wir hatten ausdrücklich die APAS gefragt, inwieweit ihre Mitarbeiter Aktien auch von Wirecard gekauft haben, und das, was er Ihnen im Untersuchungsausschuss unter dem Pendel einer möglichen Vereidigung gesagt hat, das hätte er uns natürlich vorher auch sagen müssen. Und ein Leiter einer APAS muss auch über solche Zweifel zu jedem Zeitpunkt erhaben sein.

Ich kann Ihnen sagen, wie das gelaufen ~~worden~~ ist. Sie hatten Ihre Sitzung, wo das gesagt worden ist; ich glaube, das war spätabends sogar. Als ich morgens ins Ministerium kam, wusste ich das

schon, bevor mir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überhaupt davon berichten konnten, weil es von den anwesenden Journalisten berichtet worden ist, die das wiederum geteilt haben auf Twitter. Wenn ich morgens aufstehe, ist es eine seit vielen Jahren bestehende Gewohnheit, mich etwas auf den neuesten Stand zu bringen, damit man nicht völlig überrascht ist, wenn man am Schreibtisch sitzt, sodass ich dann also auch sofort die entsprechenden Fragen ins Haus eingespeist habe.

Ich habe dann mit dem zuständigen Abteilungsleiter eine Rücksprache organisiert. Wir können Ihnen das Datum gerne sagen. Ich bin mir nicht sicher, Frau Schreiber - ist Frau Schreiber da? -, -

MDgn Yvonne Schreiber (BMW): Ja.

Zeuge Peter Altmaier: - ob wir das Datum haben. Ich glaube, es war ein Freitag, oder?

MDgn Yvonne Schreiber (BMW): Es war an dem Freitag.

Zeuge Peter Altmaier: Es war am Freitag, genau. - Weil Freitag habe ich immer die Abteilungsleiterkonferenzen. Und dann haben wir es am Rande einer Abteilungsleiterbesprechung organisiert. Und dann sind wir die Frage durchgegangen: a) Was ist im Ausschuss besprochen worden dazu? Dazu gab es ja Informationen, waren ja auch Mitarbeiter usw. beteiligt. Der zweite Punkt war: Ist das problematisch oder nicht? Da kamen wir zum Ergebnis: Ja, es ist problematisch. - Dann haben wir die Frage diskutiert: Was ist die richtige Konsequenz?

Und ich glaube, dass man - ich bin ja nicht der Dienstherr, das ist in dem Fall das BAFA; aber ich bin der verantwortliche Minister - dann immer auf der einen Seite vermeiden muss, dass über jemanden ^{oder} Stab gebrochen wird, was man dann nachher bedauert und wieder zurücknehmen muss. Und auf der anderen Seite darf man aber auch nicht zulassen, dass Zweifel die Arbeitsfähigkeit behindern. Und deshalb war die Freistellung das Mittel der Wahl.



Nur zur dienstlichen Verwendung

erstmal die 100 Prozent kennen, dass man fünf Prozent weiß, was das ist?

Da sagte Herr Bose:

Da gibt es keinen Leitfaden dafür.

Ich habe auch Frau Hepperle gefragt am 10. Dezember:

Wie berechnet man denn sein Vermögen so, dass man hinterher die fünf Prozent ausrechnen kann? Das muss man auch wissen, wenn man so eine Regelung macht.

Frau Hepperle antwortete:

Es tut mir leid. Ich kann dazu gerade wirklich nichts sagen.

Ich fragte weiter:

Wie kann man die Rechtsaufsicht in Bezug auf so eine Regel in der Geschäftsordnung ausüben, wenn eigentlich gar nicht klar ist, was deren Inhalt ist?

Antwort Dr. Hepperle:

Ich habe gesagt, dass es mir leid tut. Ich habe gerade wirklich keine Erinnerung mehr daran, wie das damals zustande gekommen ist.

Ich frage Sie jetzt mal als Inhaber der Rechtsaufsicht: Hier gibt es eine Regel mit den 5 Prozent, wo Ihre eigenen Leute nicht erklären können, wie sie auszulegen ist? Ist denn das aus der Perspektive der Rechtsaufsicht - - wo ich mich gerne mit Ihnen sozusagen drauf einlasse, dass Sie nur die Rechtsaufsicht machen. Aber ist denn das gut gelaufen, -

Zeuge Peter Altmaier: Nein, deshalb wollen wir das ja - -

Dr. Florian Toncar (FDP): - oder ist das eine ausdrücklich richtige Ausübung der Rechtsaufsicht?

Zeuge Peter Altmaier: Nein, also erst einmal ist es ja so, dass übrigens jeder Bürger verpflichtet ist, die Gesetze einzuhalten, ohne dass es eine Stelle gibt, die ihm sagt, wie die auszulegen sind, sondern das wird ihm erklärt, wenn er sie übertreten hat. Und dazu gibt es, wenn Sie -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich frage Herrn - -

Zeuge Peter Altmaier: - den Schönke/Schröder oder den Dreher/Tröndle anschauen, oftmals dann auch unterschiedlichste Meinungen, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber das ist die Geschäftsordnung der APAS und nicht ein Gesetz. Deswegen - -

Zeuge Peter Altmaier: - was erlaubt ist und was nicht. - Lassen Sie mich doch bitte mal - - Herr Toncar, ich habe ja Ihnen auch zugehört.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber Sie - - Gut.

Zeuge Peter Altmaier: Es ist ja Ihnen gesagt worden, dass es solche Regeln nicht gegeben hat. Das heißt, es war dann wohl Sache der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das einzuschätzen.

Also, ich hätte keine Schwierigkeiten, mein Vermögen einzuschätzen und auszurechnen, weil ich keine Aktien und Anteile und sonst was besitze, sondern das eine ist auf dem Konto und auf dem Sparbuch und das andere in einer bescheidenen Immobilie. Ich glaube, die Lösung, die wir jetzt vorgesehen haben in dem § 24 [sic!] Absatz 3 Ziffer 1, ist, dass wir gesagt haben: Die Wesentlichkeit ist vom Wert des Anteils oder anderer finanzieller Interessen abhängig - also nicht vom eigenen Vermögen, sondern vom Wert des Anteils - und liegt ab einem Wert in Höhe von 5 000 Euro vor.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das habe ich wahrgenommen. Danke.

Zeuge Peter Altmaier: So, das vermeidet nämlich - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich hatte ja nach der Rechtsaufsicht gefragt, Herr Minister.

Korrektur:
§ 23



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit der Frage beschäftigt hatte und dem Finanzausschuss auch stundenlang darüber vorgetragen hatte.

Es war so, dass es diese Presseberichte gab, ausgehend von der „Financial Times“. Diese Presseberichte waren auch mehrfach Gegenstand von Bemühungen der BaFin; dazu brauche ich mich jetzt nicht auszusprechen. Es gab auch einige Informationen, die ~~Has~~/BaFin hatte, die aber der APAS nicht bekannt waren. Und die APAS hat dann dieses Gespräch im Februar 2019, wo ich gesagt habe: „Es war sehr ärgerlich, dass ich davon nicht früher erfahren habe“, geführt. Und aus meinen Unterlagen - es gibt ja keinen Tonbandmitschnitt dazu; es gibt die Aussagen der Beteiligten - geht hervor - Sie haben hier auch schon einiges geschildert -, dass EY erläuterte, dass man die Presseberichterstattung in der „Financial Times“ zur Kenntnis genommen habe und entsprechende Prüfungsschwerpunkte setzen würde. So. Und da sagen die: Das war für uns noch kein Hinweis darauf, dass es etwas gibt, was nicht in Ordnung ist. Und deshalb haben wir zu diesem Zeitpunkt noch keine Vorermittlungen eingeleitet. - Das kann ich auch nicht als absolut unplausibel ansehen. Wenn Sie sagen, nach jedem Pressebericht oder nach jeder Anschuldigung müssen Sie irgendwie ein Verfahren einleiten, dann haben Sie wahrscheinlich keine 260, sondern ein Vielfaches davon.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm, ja. Ich würde Ihnen da bei vielen anderen Behörden durchaus recht geben, aber wir haben eben hier sehr viel darüber diskutiert, ob das jetzt rechtens war, dass der Chef der APAS mit den Wirecard-Aktien gezockt hat. Und ein Thema hat uns heute den Tag über schon sehr beschäftigt: Das ist die Frage der kritischen Grundhaltung. Und ich sage mal: Dem Chef der APAS hat es offenbar an kritischer Grundhaltung gefehlt in Sachen Wirecard.

Und es ist ja nicht so, dass es nur diese Zeitungsverwürfe gab, sondern aus irgendeinem Grund haben sich - - Ich sage es noch mal: Der Chef von EY Deutschland hat sich veranlasst gesehen, persönlich beim Chef der APAS anzurufen und ihm zu versichern: Ja, ja, so das mit den Vorwürfen, das ist alles nicht so dramatisch. Wir prüfen das

dann beim nächsten Mal mit. - Und das Problem ist aber: Die APAS ist nicht die Aufsicht über Wirecard. Die APAS ist die Aufsicht über EY. So. Und jetzt lasse ich mich als APAS sozusagen damit zufriedenstellen, dass mir das Aufsichtssubjekt sagt: Wir machen das schon. - Das ist mein Punkt.

Zeuge Peter Altmaier: Na ja. Zum einen, was die kritische Grundhaltung bei Herrn Bose angeht: Soweit ich weiß, haben wir uns von dem getrennt, nach reiflicher Überlegung und in einem relativ raschen Verfahren. Es ist auch, soweit ich das überblicken kann, bislang von niemandem kritisiert worden, dass wir dabei übers Ziel hinausgeschossen wären oder zu lange gewartet hätten.

Zweitens. Ich war bei dem Telefonat nicht dabei. Deshalb kann ich - noch einmal - den Verlauf nicht zuverlässig rekonstruieren. Ich hätte zum Beispiel, wenn mich jemand angerufen hätte und gesagt hätte: „Wir haben hier Presseberichte“ - die waren ja allgemein bekannt, die Presseberichte; die waren ja nicht irgendwie geheim; Presse ist ja öffentlich -, „und wir machen jetzt Prüfungsschwerpunkte - - und dann hätte ich vielleicht gefragt: „Haben Sie schon eine Einschätzung, ob was dran ist?“ Ich habe ja auch in meinem Geschäftsbereich ähnliche Vorgänge.

Ob das geschehen ist oder nicht, müssen Sie mit Herrn Bose diskutieren. Das kann ich nicht wissen und muss ich nicht wissen. Aber die kritische Grundhaltung setze ich eigentlich bei dem Leiter einer APAS voraus; denn er ist ja eine Aufsicht, und Aufsicht muss immer eine kritische Grundhaltung haben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Peter Altmaier: Und das war der Grund oder war einer der Gründe, warum wir das Vertragsverhältnis dann so zu Ende gebracht haben, wie es geschehen ist.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Da haben wir auch überhaupt keinen Dissens, aber - also, wie soll ich sagen? - dass Sie heute hier sind sozusagen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

nen Ansprechpartner eher im Finanzministerium. - Und deshalb kann ich Ihre Frage eindeutig mit Nein beantworten.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi. - Und es geht weiter mit Lisa Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Begrüßt hatten wir uns ja schon. - Als Erstes will ich noch mal erinnern an diesen 18. Juni. Da im Juni wurden Sie ja zitiert mit der Aussage, Sie hätten sich das überall vorstellen können, dass so was passiert, aber nicht in Deutschland.

Und jetzt kenne ich Sie auch als guten Europäer. Jetzt würde ich sagen, Sie sagen jetzt nicht sozusagen: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen. - Aber da spricht ja schon eine gewisse Überheblichkeit auch raus. Und jetzt nach diesen ganzen Monaten und so hat man ja schon den Eindruck, dass genau sozusagen diese Vorstellung ja auch mit dazu beigetragen hat, zu dieser zumindest breiten Nachlässigkeit. Wir haben ja an vielen Stellen hier schon festgestellt, dass ja wir es nicht nur mit Nachlässigkeit zu tun hatten, sondern eben auch durchaus mit Fahrlässigkeit, wenn nicht gar noch mehr. Und deswegen wollte ich Sie jetzt heute noch mal dazu befragen, wie Sie inzwischen Ihre Äußerung von damals sehen.

Zeuge Peter Altmaier: Also, ich glaube, dass ich vermutlich zu den Letzten gehören würde, die jemals den Gedanken „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ nach außen propagieren würden.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatte ich ja bereits - -

Zeuge Peter Altmaier: Ich habe in meiner ganzen politischen Tätigkeit sehr viel mit europarechtlichen, internationalen Zusammenarbeiten zu tun gehabt. Ich glaube nicht, dass ich jemals gegenüber anderen Ländern belehrend in Erscheinung getreten bin. Das, was ich damals gesagt habe: „Ich hätte es mir überall vorstellen können“, oder ich hätte vielleicht präziser sagen können: „Ich

hätte es mir mancherorts vorstellen können, aber nicht in Deutschland“, das war im Grunde genommen eine gewisse Sorge darüber, dass das, was wir mit dem Brand Deutschland verbinden, dass wir nämlich nicht nur ein Rechtsstaat sind, sondern dass wir auch über funktionierende Systeme der Kontrolle verfügen, die solche Vorgänge nicht unmöglich machen - die kann man nicht mit hundertprozentiger Sicherheit ausschließen - unwahrscheinlich machen. Das habe ich ^{H, aber} damit zum Ausdruck gebracht, und damit war überhaupt kein Hochmut gegenüber irgendeinem anderen Land verbunden. Es war die Sorge darüber, dass wir möglicherweise irgendwo Handlungsbedarf haben, den wir in der Vergangenheit nicht gesehen haben. Und der Handlungsbedarf ist ja jetzt auch in bestimmten Bereichen identifiziert. Beim Thema der BaFin, wenn ich es richtig sehe, war es ein bisschen mehr, und bei uns, bei der APAS sind es die Punkte, die wir den ganzen Abend diskutieren.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Jetzt sind Sie seit 2018 Leiter sozusagen des Wirtschaftsministeriums, Wirtschaftsminister. Aber es ist ja schon eine gewisse Tradition dieses Hauses, die Sie, glaube ich, wie Sie auch mehrfach in Reden betont haben, fortführen wollen, dass es eben nicht so sehr um Kontrolle und Aufsicht geht, sondern eher um Stärkung, um Selbstverpflichtung, um gutes Miteinander, Korporatismus und so. Das spielt ja in diesem Zusammenhang schon durchaus eine Rolle sozusagen, dass man sich darauf verlässt, dass man es eben nicht sozusagen staatlich irgendwie kontrollieren und beaufsichtigen muss. Von daher: Sozusagen zu dieser Frage der Kultur und des Selbstverständnisses, da trägt ja auch das Wirtschaftsministerium bei, weil es ja auch das sozusagen mit propagiert. Sehen Sie jetzt da vielleicht doch einen Korrekturbedarf?

Zeuge Peter Altmaier: Also, es ist richtig, dass wir im Bundeswirtschaftsministerium grundsätzlich der Auffassung sind, dass man nicht alles nur durch gesetzliche Vorschriften und Kontrollen regeln muss. Um Ihnen ein Beispiel zu geben, wo ich mit meinem Koalitionspartner lange Diskussionen habe: Da geht es zum Beispiel um die sehr einfache Regelung zum Mindestlohn, die ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

inhaltlich mitgetragen habe, voll und ganz, und auch immer noch mittrage, wo wir aber eine Fülle von Dokumentationspflichten haben, wo ich mir die Frage stelle, ob man bei einem Missbrauchspotenzial von wenigen Prozent dann 100 Prozent der Menschen einer solchen Dokumentationspflicht unterwerfen muss. Ich habe beispielsweise als Abgeordneter - ich weiß gar nicht, wie viele - Listen unterschrieben, wo meine Mitarbeiter mir ihre Stunden aufgeschrieben haben, ohne dass ich die Möglichkeit gehabt hätte, zu wissen, ob sie mehr oder weniger oder genauso viel gearbeitet haben. Aber es war halt eben so geregelt, und ich gehöre zu denen, die sagen, dass man überflüssige Bürokratie vermeiden soll.

Aber hier ist es ja so, dass die Regelungen, um die es geht, nämlich insbesondere die europäische Regelung, die wir umgesetzt haben mit der Errichtung der APAS, ja schon da waren, als ich ins Haus kam. Diese Regelungen hat der Kollege Sigmar Gabriel damals verantwortet. Und ich habe in diesen ganzen drei Jahren, auch bevor Wirecard ein Thema war, keine einzige Initiative unternommen, um diese Regelung abzuschwächen oder zu verändern in Richtung auf weniger Kontrolle, ganz im Gegenteil. Ich gehe als Minister davon aus, dass die Regelungen, die wir haben, auch eingehalten werden und gelebt werden.

Man kann darüber diskutieren, ob eine bestimmte Regelung im Einzelfall sinnvoll ist oder nicht. Aber wenn sie existiert, dann muss sie auch angewendet werden. Da war meine Haltung immer ganz eindeutig und klar. Und das ist sie auch in Zukunft.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hatten Sie ja gesagt, dass Sie zu den Reformen oder zu den Änderungen, wo Sie gesagt haben, Sie wollen akzeptieren, dass der Untersuchungsausschuss erst mal arbeitet usw. - - Das ist ja auch durchaus eine plausible Argumentation. Aber genauso plausibel ist natürlich, dass eben aufgrund der bestehenden Traditionen des Wirtschaftsministeriums Sie eben auch - und Sie sind ja jetzt nicht mit eigenen großen Reformvorschlägen in Erscheinung getreten - an der Grundausrichtung

nicht wirklich etwas ändern wollen. Oder ist das ein falscher Eindruck?

Zeuge Peter Altmaier: Moment. Also, bei den Reformvorschlägen, da kann ich Ihnen sagen: Da gibt es ja unterschiedliche Bereiche. Das eine ist der Bereich, der uns betrifft. Das ist die APAS. Da sind wir aktiv geworden, und da haben wir uns eingebracht. Das ist auch unsere Aufgabe.

Das andere ist, dass der Kollege Finanzminister zuständig ist für den ganzen Bereich der BaFin und dass die Kollegin Lambrecht zuständig ist für den Bereich des Wirtschaftsprüfungsrechts. Da geht es auch um die Fragen der Rotation. Und da habe ich als Bundeswirtschaftsminister in der Ressortabstimmung eine Grundsatzentscheidung getroffen, und diese Grundsatzentscheidung war, dass wir nicht in einem Klein-Klein den Kolleginnen und Kollegen sagen, was aus unserer Sicht richtig oder falsch ist, sondern dass wir versuchen, diesen Gesetzentwurf möglichst schnell durch das Kabinett zu beschließen, damit er dann im parlamentarischen Verfahren noch vor der Bundestagswahl verabschiedet werden kann und in Kraft treten kann. H. crags

Das ändert nichts daran, dass im parlamentarischen Verfahren, wo wir derzeit sind, sich die Fraktionen diese Gesetze anschauen. Kein Gesetz verlässt das Parlament so, wie es hereingekommen ist: Das ist das erste Struck'sche Gesetz. - So ist es mir immer erzählt worden. Ich habe Herrn Struck noch persönlich gekannt und sehr geschätzt.

Und darüber wird gesprochen, und selbstverständlich kommen dann auch Fraktionen des Deutschen Bundestages manchmal mit Fragen oder mit Rückfragen auf uns zu, und wir versuchen dann, auch dazu eine Einschätzung zu geben. Aber ich habe wirklich, glaube ich - - In der Ressortabstimmung haben wir wirklich auch deutlich gemacht, dass wir dem Kollegen Scholz und der Kollegin Lambrecht einen weiten Spielraum einräumen, was die Ausformulierung der notwendigen Maßnahmen angeht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben nichts verhindert, aber waren jetzt auch nicht proaktiv. Aber meine Zeit ist um.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, aber ich meine, ich erwarte auch nicht, dass der Kollege Scholz sich proaktiv in meine Zuständigkeiten einmischt und mir sagt, was ich tun oder lassen soll, oder die Kollegin Lambrecht. Und dieses Ressortprinzip ist eines der fundamentalen Prinzipien, ohne die eine kollegiale Bundesregierung nicht funktionieren kann, und deshalb habe ich das von meiner Seite aus immer versucht zu respektieren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Aber das andere ist ja dann auch die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin, die im Notfall ja mal auch davon Gebrauch machen kann. Aber ansonsten - wenn Sie sagen: es gibt Gesetze -: Es gibt das Gossen'sche Gesetz, und ich glaube, das kann man sogar auf Verwaltung und überbordende Bürokratie anwenden, und für jeden sei das mal empfohlen, das Gossen'sche Gesetz sich da anzuschauen; ist ganz praktisch.

Ich würde von dem Streitpunkt wegkommen, weil ich denke, so Rechts- und Fachaufsicht, da sollten generell vielleicht die Regierung, die Koalition oder nachfolgende Regierungsparteien mal in sich gehen, weil ich finde schon: Eine Rechtsaufsicht, die kann sehr klar und deutlich sein. Das hätte es ja auch im Falle der BaFin und auch hier - Kollege Toncar und - - ich hatte es ja auch vorher angesprochen mit der Frau Hepperle. Ich denke, das sollte ein Thema sein; aber es sollte eben auch - das glaube ich auch - handhabbar bleiben.

Ich will deswegen auf einen anderen Themenkomplex, der mich da auch noch interessiert. Wenn Sie schon sagen: kollegial; man geht miteinander um. - Es gibt eine E-Mail von Staatssekretär Kukies zur Rettung der Wirecard AG mittels KfW-Kredit. Warum sage ich das? Korrigieren Sie mich, wenn meine Hintergrundinformationen da falsch sind. Sie sind stellvertretender Vorsitzender des KfW-Verwaltungsrates. Das ist richtig?

Zeuge Peter Altmaier: Mhm.

Vorsitzender Kay Gottschalk: BMWi-Staatssekretär Dr. Ulrich Nußbaum ist Mitglied des Aufsichtsrates der KfW IPEX-Bank. Auch das ist nach wie vor richtig, also, es sei denn, es müsste sich jetzt in den letzten 48 Stunden - - dann wäre das an mir vorbeigegangen. Deswegen frage ich lieber noch mal: Das ist korrekt?

Zeuge Peter Altmaier: Das ist korrekt, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ vom 16. März 21 gab es am 23. Juni 2020 ein Telefonat zwischen BMF-Staatssekretär Dr. Kukies und dem Vorsitzenden der KfW IPEX-Bank, Klaus Michalak. Herr Michalak hat dem Bericht zufolge hierüber auch den KfW-Vorstand informiert. Demgemäß schlug Staatssekretär Dr. Kukies am 23. Juni 2020, also wenige Tage vor der Insolvenz der Wirecard AG, vor, dass BMF und dass BMWi über eine deutsche Lösung für Wirecard AG nachdenken sollten. Hierzu sollten über die KfW IPEX-Bank der Wirecard AG weitere Kredite bereitgestellt werden.

Was können Sie uns - deswegen hatte ich das eingangs noch mal gefragt - zu diesem Vorgang berichten? Denn ich denke mal, in der Abstimmung und Ressortabstimmung könnte das ja Gesprächsgegenstand gewesen sein, ja auch zwischen den Staatssekretären, oder auch dann ist es Ihnen zugetragen worden, oder Herr Scholz hat mit Ihnen drüber gesprochen, dass Herr Kukies - -

Zeuge Peter Altmaier: Nein. - Also, meine Mitarbeiter haben diesen IPEX-Vermerk vielleicht im Doppel. Ich habe mir das noch mal angeschaut, weil mir das damals - - Es gab Berichte darüber, über diesen Vorgang, und ich habe damals auch von mir aus darum gebeten, dass man dem nachgeht, weil ich verwundert war, dass das BMWi in die Rettung von Wirecard eingebunden gewesen sein sollte und der Minister davon nichts erfahren hätte. Das wäre nicht das, was ich unter „Information der Leitungsebene“ verstanden hätte.

Und deshalb kann ich Ihnen sagen, dass die Kreditentscheidungen der IPEX-Bank entsprechend



Nur zur dienstlichen Verwendung

der internen Kompetenzordnungen ohne Beteiligung des Aufsichtsrates, wo der Staatssekretär Nußbaum drinsitzt, getroffen worden sind, dass auch der KfW-Verwaltungsrat, dem ich angehöre, damit nicht befasst worden ist, dass ich keine Informationen erhalten habe über drohende Verluste und - das haben meine Mitarbeiter nach der Prüfung, die ich in Auftrag gegeben hatte, mir dann aufgeschrieben - dass das BMWi, dass ich als Bundesminister nicht an irgendeiner Diskussion über eine mögliche Rettungsaktion der Bundesregierung beteiligt war. Das heißt, der Kollege Scholz hat mich weder angerufen, noch hat er mich angesprochen.

Normalerweise ist das so: Wenn Unternehmen gerettet werden sollen, dann bilden wir einen Staatssekretärsausschuss. Diesem Staatssekretärsausschuss gehören die Staatssekretäre, die beamteten Staatssekretäre, der jeweiligen beteiligten Ressorts an, außer dem des Bundeskanzleramts. So war das beispielsweise, als wir eine Air-Berlin-Bürgschaft gemacht hatten, um die Touristen zurückzuholen, als die Insolvenz drohte. So war das beim Thema Lufthansa. So war das beim Thema TUI. So war das beim Thema Germanwings - - nicht „Germanwings“ - Entschuldigung! -, bei der Condor. So. Und das alles war hier nicht der Fall.

Und wir haben dann auch im Haus noch - - Also ich persönlich habe davon überhaupt nichts erfahren. Und die Nachfrage im Haus, was das Ministerium angeht, hat ergeben, dass das BMWi vom BMF hierzu nicht konsultiert oder informiert worden ist - eine ganz klare Aussage.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Das heißt - das ist ja das Interessante -, einen Tag vor dem Gespräch zwischen Michalak und Dr. Kukies hat der Vorstand der Wirecard AG ja, am 22. Juni, mittels Ad-hoc-Mitteilung Ihnen bekannt gegeben, dass diese 1,9 Milliarden Euro Bankguthaben - Zitat - „mit überwiegender Wahrscheinlichkeit nicht bestehen“ - Zitat Ende. Kurz darauf musste Wirecard - das haben Sie ja auch eben angemerkt - Insolvenz anmelden.

Zu dem angedachten Kredit der KfW IPEX und zur Rettung der Wirecard ist es ja dann nicht gekommen. Können Sie uns dazu was erläutern? Ist im Nachgang noch mal drüber gesprochen worden, wohlgermerkt: jetzt im Untersuchungszeitraum, oder ist das dann einfach ein Nichtthema gewesen?

Zeuge Peter Altmaier: Nein. - Also, ich muss sagen: Ich war ja persönlich zu keinem Zeitpunkt mit dieser IPEX-Frage beschäftigt und befasst. ~~Selbst wenn ich~~ - Es ist ja so, dass der Vorsitz im Verwaltungsrat immer rotiert zwischen BMF und BMWi. Das hat dazu geführt, dass ich in meinem Leben ein Jahr am Stück, vermutlich als einziger Minister, Vorsitzender war, nämlich zunächst als geschäftsführender Finanzminister ein halbes Jahr und dann als Wirtschaftsminister ein halbes Jahr. In dieser Zeit ist weder an mich etwas herangetragen worden noch in der Zeit danach, und das kann ich mit Sicherheit sagen.

Dann habe ich jetzt einen Aspekt der Frage übersehen? - ~~Nein~~ Ich glaube, das war das, was Sie wissen wollten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das war super, und das war eine Punktlandung, zwei Sekunden im Minus. - Dann geht es weiter mit Dr. Michelbach für die CDU/CSU-Fraktion.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Bundesminister, wir sind ja in der Schlussphase dieses Untersuchungsausschusses, und wir haben die Tatsache, dass bei dieser Aufklärungsarbeit im Untersuchungsausschuss deutliche Versäumnisse bei Prüfern und bei Aufsichtsbehörden festgestellt wurden. Das ist ziemlich klar und ist ein Fakt.

Aber ich denke, wir sollten zunächst einmal noch das Ganze betrachten. Und zwar haben wir ja die Situation, dass gegen Wirecard wegen bandenmäßigem Betrug, Bilanzbetrug, Marktmanipulation und Geldwäschebetrug ermittelt wird, und das ist natürlich für den Wirtschaftsstandort sicher nicht schön. Und ein Bundeswirtschaftsminister sollte natürlich sich dazu auch mal vielleicht - und das möchte ich bei der Gelegenheit

2 91

1 91



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Gläubigern und den Anlegern zu vermindern? Weil die letzten zwei Jahre ist das ja noch mal durch die Decke geschossen, und man hat mehr oder minder durch ein Leerverkaufsverbot so eine Art Lockvogelangebot für Anleger gemacht, weil da ja auch dementsprechend so eine Art Gütesiegel stattgefunden hat.

Das heißt also, im Grunde genommen müssen wir bei den Aufsichtsbehörden etwas tun, und da kommt es mir jetzt noch mal darauf an, dass man den Unterschied zwischen Rechtsaufsicht und Fachaufsicht bewertet, weil das, glaube ich, hier ein bisschen durcheinanderkommt. Und das, glaube ich, ist unser Anspruch, dass wir im Untersuchungsausschuss fachlich so klar die Dinge rausarbeiten, dass dieser Unterschied „Rechtsaufsicht und Fachaufsicht“ - was das BMF bei der BaFin hat, und bei der APAS ist die Rechtsaufsicht beim BMWi - noch mal verdeutlicht wird, Herr Minister.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, selbstverständlich. Das ist ein kategorieller und auch ein qualitativer Unterschied. Die Rechtsaufsicht ist von ihrer ganzen Natur her eine sehr begrenzte Aufsicht. Die Rechts- und Fachaufsicht eröffnet Möglichkeiten auch der inhaltlichen Einflussnahme, die es bei der Rechtsaufsicht in dieser Form nicht gibt.

Ich kann mich ja jetzt nicht an die Stelle des Ausschusses setzen bei der Bewertung dessen, was vorgegangen ist. Aber ich sage das ohne Bezug auf irgendeinen bestimmten Akteur: Was mir aufgefallen ist in der Vorbereitung im Juni schon, als ich zum ersten Mal dann informiert wurde, und in der Chronologie, ist halt eben, dass die Berichte in der „Financial Times“ ja offenbar nicht nur einmal, sondern mehrfach erschienen sind und dass man eben dann natürlich die Sorge hatte, dass hier versucht wird - möglicherweise -, ein erfolgreiches deutsches Unternehmen zu Unrecht zu verdächtigen.

Auf der anderen Seite ist es so, dass solche Zeitungen ja doch auch Zeitungen sind mit einem gewissen Anspruch auf Seriosität, und das nehme ich auch für die Zeitungen, die in Deutschland erscheinen, in Anspruch. Und des-

halb müssen wir, glaube ich, auch solche Hinweise ernst nehmen. Inwieweit da Fehler gemacht worden sind, kann ich allerdings nicht beurteilen; das ist dann Sache des Ausschusses.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. - Jetzt würde ich noch mal gerne zur APAS, zur Rechtsaufsicht durch das BMWi kommen. Die APAS beaufsichtigt ja nicht Wirecard, sondern sie beaufsichtigt in dem Fall die Wirtschaftsprüfer von EY.

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Wir haben heute während des Tages eine Beratungssitzung mit den Gutachtern von Rödl & Partner mit dem sogenannten Wambach-Report gehabt zur Arbeit der Wirtschaftsprüfer von EY, ohne dass wir hier aus geheimer Sitzung etwas sagen dürfen. Und die Gutachter haben ja in sehr kurzer Zeit sehr viel herausgefunden, und ich hoffe, dass das auch veröffentlicht werden darf, weil das gerade für die Arbeit der APAS und auch der Rechtsaufsicht des BMWi, glaube ich, eine ganz wichtige Erkennung und Erklärung für die Zukunft wäre. Wir hatten bereits nach der Befragung der Vertreter von EY den Eindruck, dass dort große Fehler gemacht wurden. Das heißt, das wurde jetzt natürlich so weit bestätigt. Das Gutachten bestätigt unseren Verdacht und listet eine ganze Reihe von Versäumnissen und Verstößen gegen die Prüfregeln auf.

Und jetzt ist für mich schon einfach noch mal die Frage: Warum geht, sagen wir mal, die APAS bei ihrer Prüftätigkeit gegenüber den Wirtschaftsprüfern nicht stärker forensisch vor? Das heißt also, man hat eigentlich nicht diese kritische Distanz - - diese Forensik durchgeführt, die man eigentlich braucht, um frühzeitig - - Man kann es sich nicht vorstellen; nachher ist man klüger. Aber es ist einfach nicht hinnehmbar von unserer Seite, dass da mehr oder minder solche schockierenden Dinge stattgefunden haben.

Zeuge Peter Altmaier: Da stimmen wir beide natürlich überein. Ich meine, der Umstand, dass 260 berufsaufsichtliche Verfahren laufen, zeigt ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

entsprechend seinem Vorgesetzten oder dem Leiter der APAS mitzuteilen und dann Konsequenzen zu ziehen. Aber noch einmal: Ich habe darüber keine Informationen. Wenn Sie welche haben, bin ich gerne bereit, mich darum zu kümmern.

H
unab
Deshalb ist auch die Frage der Abhängigkeitsmatrix aus meiner Sicht - - Die hört sich schön an. Aber wenn es insinuiert soll, dass etwas rechtlich nicht in Ordnung ist, dann, finde ich, muss es auch belegt werden, oder es muss zumindest Indizien geben, denen man nachgehen kann. Und Sie werden bei mir da offene Ohren und Augen finden, wenn es darum geht, dann auch entsprechend zu handeln und nachzuschauen. Im Augenblick liegen mir solche Dinge nicht vor.

Dass es Telefonate gibt, ist natürlich nicht zu verhindern. Ich meine, natürlich hat die APAS eine Telefonnummer. Da kann man anrufen; das ist bekannt. Sie glauben gar nicht, wie viele Leute bei mir anrufen. Mir hat mal, wenn ich das sagen darf - - Es ist mal der Account eines Bundestagskollegen gehackt worden, -

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Minister.

Zeuge Peter Altmaier: - wo meine persönliche Handynummer dabei war, und dann bekam ich mitten in der Nacht einen Anruf, wo mich jemand gefragt hat, was bei meiner Weight-Watchers-Diät im Augenblick nicht funktionieren würde und solche Dinge.

(Heiterkeit)

Und es kommt dann immer auf den Angerufenen an, wie er damit umgeht und ob er von sich aus jeden Verdacht oder jeden Anhaltspunkt vermeidet, dass irgendetwas nicht mit rechten Dingen zugeht.

Was die Aktiengeschäfte der APAS angeht, haben Sie gesagt, Sie haben da noch nie eine Übersicht gesehen oder sonst etwas; das prüfen wir. Wir schauen uns an - - Sie sind ja gemeldet worden - und darüber haben Sie ja auch diskutiert -, und wir schauen uns an, was wir ohne die Verletzung

von geschützten Interessen der Beteiligten dem Ausschuss auch mitteilen können dazu.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, wenn das dann auch zeitgemäß kommt, weil wir ja im Mai auch fertig sein wollen mit dem Bericht.

Zeuge Peter Altmaier: Ach so, und was den Aktionsplan angeht, da kann ich Ihnen sagen: Das war eine Entscheidung der Kollegen Olaf Scholz und Frau Lambrecht aus freien Stücken, dass sie den zu zweit erarbeitet haben; daran habe ich keine Kritik zu üben. Manchmal ist es ja auch der Wunsch, etwas, was man für besonders gelungen hält - - auch die Früchte zu ernten. Auch das ist legitim.

Ich kann jedenfalls sagen, dass ich dann später, als wir das Gesetz, also den Gesetzentwurf, gemacht haben, genauso gehandelt habe, wie ich es gesagt habe. Trotzdem finden natürlich auch Ressortabstimmungen statt, und in diesen Ressortabstimmungen setzen sich Ressorts auseinander. Ich kann Ihnen sagen, wie oft mir schon meine Vorschläge kleingeschmiegelt worden sind von anderen Ressorts. Was habe ich alles schon zur Bürokratieentlastung vorgeschlagen, von Aufbewahrungsfristen und Berichtsfristen, -

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Altmaier.

Zeuge Peter Altmaier: - und am Ende, sage ich Ihnen, war das richtig geschmiegelt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Altmaier, unsere Zeit ist ja immer begrenzt.

Zeuge Peter Altmaier: Entschuldigung, ja. Entschuldigung! - Nein, aber ich meine, es gibt - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Sonst: Wir können uns auch mal irgendwann zum Bier treffen.

Zeuge Peter Altmaier: Wenn man sich vorher nicht erkundigt, gibt es natürlich auch kein Recht, dass alles eins zu eins so umgesetzt wird.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich habe noch weitere Fragen. - Genau das war mein Kritikpunkt. Ich hätte mir da ein bisschen mehr Aktivismus von



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Hier war die Abteilungsleiterin ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Peter Altmaier: Ja, klar; aber das ist ihr gutes Recht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Absolut.

Zeuge Peter Altmaier: Das ist ihr gutes Recht, von dem sie Gebrauch macht. Und weil das so ist und ich diesen Dienstweg auf jeden Fall auch respektiere, bin ich trotzdem -- Ich bin ja jetzt schon sozusagen im vierten Haus mit ministerieller Verantwortung. Das war für mich immer so, dass die Chefs oder die Leiter der Geschäftsbereichsbehörden auch den unmittelbaren Zugang zum Minister haben, wenn sie von einer bestimmten Sache überzeugt sind, und dann lasse ich mir auch darüber vortragen. Aber es gibt sozusagen kein Recht, dass ein Vorschlag, den man auf dem Dienstweg nach oben schickt, dann auch am Ende von allen, die dort zuständig sind, gebilligt wird.

Dr. Florian Toncar (FDP): Es war eher eine Situationsbeschreibung, so wie sich das liest, als ein Vorschlag. - Ich würde aber gerne - die Uhr tickt unerbittlich hier - noch mal was anderes anfragen. Ist Ihnen bekannt, dass es im August 2020, als über den Aktionsplan diskutiert wurde, einen Konflikt gegeben hat zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesfinanzministerium über die Einschätzung der Arbeit der APAS und den Reformbedarf, also dass das BMF diesen anders beurteilt hat als Ihr Haus?

Zeuge Peter Altmaier: Also, was mir bekannt ist, ist, dass ich mit dem Kollegen Scholz darüber mal am Rande gesprochen habe und Herr Scholz der Auffassung war, dass man jetzt nicht nur über die BaFin, sondern auch vermehrt über die APAS reden müsse. Ich habe dann gesagt, dass mir aufgrund meiner Bemühungen - das habe ich auch vorhin übrigens vorgetragen in meiner Einleitung - keine offensichtlichen Fehler der APAS bekannt sind, was den Umgang mit dem Wirecard-Skandal angeht, durch die Beaufsichtigung von EY. Dass Herr Bose Dinge gemacht hat, die nicht akzeptabel waren, steht auf einem anderen Blatt. So.

Dr. Florian Toncar (FDP): Die Frage war nach dem Konflikt mit Herrn Scholz.

Zeuge Peter Altmaier: Ja, „mit Herrn Scholz“. Ich sage doch: Ich habe mit Herrn Scholz darüber geredet, und Herr Scholz hat seine Auffassung vertreten und ich meine.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und das Ergebnis war? Wie ist das im Aktionsplan dann ausgegangen?

Zeuge Peter Altmaier: Na, der Aktionsplan ist erarbeitet worden, ohne dass das BMWi beteiligt war; habe ich doch vorhin gesagt. Das waren die beiden Ressorts Justiz und Finanzen; das BMWi war an ~~dem~~ Aktionsplan nicht beteiligt. Und das halte ich aber nicht für etwas, was zu kritisieren ist, sondern wenn ein Ressort eine Initiative ergreift, ist es seine Sache, zu überlegen, welche anderen Ressorts es anspricht und mit ins Boot nimmt, es sei denn, es geht um unmittelbare Zuständigkeiten anderer Ministerien. Wenn zum Beispiel eine Wasserstoffstrategie erarbeitet wird, dann ist auch die Frage: Welche Ressorts machen mit? Welche Ressorts werden angesprochen? Aber ich habe das nie beklagt und nie kritisiert.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles gut. Der Irrtum war auch ein bisschen auf meiner Seite. - Ich bin fertig, Herr Vorsitzender.

Nur um das aufzuklären: Es ging um eine Kleine Anfrage, wo das BMWi federführend war und das BMF trotzdem bei der APAS reingegrätscht ist, und darüber gab es gewisse Eskalationen - also nicht der Aktionsplan.

Zeuge Peter Altmaier: Aber das müsste Ihnen eigentlich vorliegen, weil ich weiß aus früheren Untersuchungsausschüssen, dass Sie ja nicht nur die Antwort auf eine Kleine Anfrage bekommen, sondern die ganze Genese -

Dr. Florian Toncar (FDP): Wunderbar, großartig.

Zeuge Peter Altmaier: - mit dem E-Mail-Verkehr zwischen allen Ministerien und manchen seitlichen Bemerkungen, die dazu noch angefertigt werden. Also, da müssten Sie bestens informiert sein.

H der Ausarbeitung des Entwurfs des



Nur zur dienstlichen Verwendung

was ich Ihnen vorgetragen habe, nicht schon ein paar Tage oder Wochen später wieder korrigieren musste und dass wir den Finanzausschuss umfassend und transparent informieren. Und deshalb: Das, was ich da vorgetragen habe, habe ich mir zu eigen gemacht, und da habe ich, glaube ich, diese Organisationsgeschichte auch nicht erwähnt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau; das haben Sie nicht erwähnt. Und mir ging es nur darum, dass ja hier, ich sage mal, von dem Herrn Safarik ein Vorschlag für diese Sprachregelung gemacht wurde. Gut, die ist dann nachher nicht eingeflossen; aber trotzdem ist sie ja unzutreffend.

Zeuge Peter Altmaier: Da ich mich mit der E-Mail nicht beschäftigt habe und auch mit Herrn Safarik nicht gesprochen habe und mit Frau Heppeler über diesen Punkt auch nicht gesprochen habe, auch mit sonst niemand, kann ich jetzt den genauen Ablauf nicht rekonstruieren. Aber noch einmal: Ich schätze Herrn Safarik als guten Mitarbeiter. Was die Motive waren, das müssten Sie dann vielleicht mit ihm diskutieren.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vorhin ist ja der Aktionsplan erwähnt worden, der seitens des BMF und des BMJV erarbeitet und vorgestellt wurde. Wann ist Ihnen denn dieser Aktionsplan zur Kenntnis gelangt?

Zeuge Peter Altmaier: Ja, als er fertig war. Und dann ist er - - also, nicht an demselben Tag, wo er zur Presse ging, sondern wir haben davon, weiß nicht, ein paar Tage früher erfahren. Das kann man noch mal nachreichen, wann das genau war. Damals gab es dann bei uns im Haus auf der Arbeitsebene Diskussionen, ob das okay ist, dass wir ~~da~~ nicht einbezogen waren. Ich habe das dann aber verteidigt, weil ich der Auffassung war, dass gerade, wenn es sich um Aktionspläne handelt, jedes Ministerium entscheiden soll, mit welchen anderen Ministerien es die gemeinsam vorschlägt, dass es aber sich dann bitte auch auf Vorschläge konzentrieren soll, die seinen eigenen Geschäftsbereich betreffen und nicht die Geschäftsbereiche von nicht beteiligten Ministerien. Und dann haben wir uns ja damit auseinandergesetzt, und am Ende sind wir zum Gesetzentwurf

gekommen. Und ich glaube, dass es insgesamt auf der Regierungsebene ordentlich gelaufen ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, die Regierungen oder die Regierung agiert ja jetzt eher selten durch Aktionspläne und eher durch Gesetzentwürfe oder irgendwelche Eckpunktepapiere, so wie ich das jetzt hier in meinen sieben Jahren bisher erleben durfte.

Zeuge Peter Altmaier: Also, Aktionspläne haben meistens eine kommunikative Funktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Den Eindruck hatte ich nämlich auch. Denn zufällig war das ja genau in dem Zusammenhang - also, es wird sicherlich ein Zufall gewesen sein, weil anders kann es ja nicht gewesen sein -, als Herr Scholz vor dem Finanzausschuss erscheinen musste zum Thema Wirecard, und da kann ich natürlich verstehen, dass man lieber über Aktionspläne redet als über Versäumnisse im Zusammenhang mit diesem Skandal. Aber deshalb teile ich Ihre Einschätzung, dass es ein kommunikatives Thema eher war als jetzt ein inhaltliches Thema.

Inwieweit waren denn in dem Aktionsplan auch Punkte enthalten, die Ihr Ministerium betrafen?

Zeuge Peter Altmaier: Ich kann das jetzt nicht mehr aus dem Kopf beantworten, weil ich den Aktionsplan nicht nachgelesen habe. Aber es war natürlich insgesamt so: Ich kann mich sehr daran erinnern, wie ich mit meinen Mitarbeitern darüber gesprochen hatte. Und ich habe auch deshalb das Recht des Finanzministers verteidigt, das gemeinsam mit der Justizministerin zu machen, weil er es möglicherweise ja auch gemacht hat, weil wir nicht bereit waren, einen pauschalen Handlungsbedarf für die APAS zu unterstellen, ohne dass man Fehlverhalten und Versäumnisse dann auch spezifiziert und runtergebrochen hat.

Und es gibt ja zum Beispiel - - Es gibt ja Dinge, die nicht in Ordnung waren. Das eine war dieses Telefonat am 13. Februar, das wir, glaube ich, zum damaligen Zeitpunkt noch gar nicht kannten und das wir aber auch durch gesetzliche Maßnahmen nicht hätten verhindern können, wenn

H an der Ausarbeitung des Entwurfs des Aktionsplans

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 19/41



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Peter Altmaier: Es kommt doch nicht darauf an, ob ich sie ausreichend finde, sondern diese Regeln haben wir seit vielen Jahren und unter unterschiedlichen Ministern. Die kann ich Ihnen gerne zur Kenntnis bringen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die kenne ich. Das ist schon okay.

Zeuge Peter Altmaier: Das ist ja kein Geheimnis.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wäre dann damit durch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Frau Paus. - Dann frage ich trotzdem noch mal - ich bin ja immer dafür, dass der Zeuge die volle Konzentration hat -: Das klappt mit uns noch?

Zeuge Peter Altmaier: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Dann geht es weiter mit den Kollegen der CDU/CSU. - Keine Fragen mehr. Bei mir hat sich der Status da auch nicht geändert, keine Fragen mehr. - Dann schaue ich zu den Kollegen der SPD-Fraktion. - Frau Kiziltepe, bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, ich habe noch Fragen. Wir waren ja an einer sehr wichtigen Stelle geblieben, und ich möchte gerne dazu noch meine Fragen stellen. Und zwar lautete ja meine Frage, ob sich das Institut der deutschen Wirtschaftsprüfer jetzt in den letzten Monaten zum FISG bei Ihnen gemeldet hat, vorstellig wurde, ob es eine Videokonferenz dazu gab, Vorschläge, was an dem Gesetzentwurf gar nicht geht.

Zeuge Peter Altmaier: Das haben wir aber schon erzählt. Es gab ein Schreiben an das Ministerium mit Vorschlägen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wissen Sie, was da drin stand? Können Sie sich noch daran erinnern?

Zeuge Peter Altmaier: Ich weiß es nicht. Ich weiß nicht, ob wir das übermittelt haben - in den Unterlagen.

(Der Zeuge wendet sich an MDgn Yvonne Schreiber (BMWi) und MR Dr. Jürgen Schiemann (BMWi) - MR Dr. Jürgen Schiemann (BMWi): ~~Sie~~ haben es an ~~7~~ geschickt!)

H wir
H Abteilung VII

- Bitte?

(MR Dr. Jürgen Schiemann (BMWi): ~~Sie~~ haben es an ~~7~~ geschickt!)

H wir
H Abteilung VII

- Aber nicht zum Untersuchungsausschuss?

(MR Dr. Jürgen Schiemann (BMWi): Das ist meines Wissens nach der Zeit gewesen!)

- Ach so, das fällt nicht zum Untersuchungsgegenstand.

(MR Dr. Jürgen Schiemann (BMWi): Nicht in die Untersuchungszeit!)

- Aha. Gut.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay, aber es gab - -

Zeuge Peter Altmaier: Also, es fällt nicht in die Untersuchungszeit, aber ich biete Ihnen an, dass wir das Institut der deutschen Wirtschaftsprüfer fragen, ob sie etwas gegen die Übermittlung einzuwenden hätten, und zwar ohne Anerkennung einer Rechtspflicht, ja? Normalerweise unterhalten wir uns hier über Dinge, wo Sie einen Anspruch haben; aber das ist jetzt eine Frage, da bin ich persönlich ganz entspannt, aber ich kann es natürlich nicht zusagen, ohne dass ich den Absender vorher dazu frage.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, uns liegen auch diverse Schreiben vor, auch ohne Namen, sondern einfach als Blankopapier mit den entsprechenden Hinweisen, wo man manchmal eben nicht weiß, aus welcher Richtung es kommt. Man kann sich das denken, aber wir können das ja mal vergleichen. Wäre nett, wenn Sie uns das zuschicken würden.

Anlage 2

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Dr. Levin Holle



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 41. Sitzung
- vorläufige Fassung* -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 20. April 2021, 14.00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

Einziger Punkt der Tagesordnung	Seite
<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	
Dorothee Bär (Beweisbeschluss Z-54)	9
Peter Altmaier (Beweisbeschluss Z-13)	32
Dr. Levin Holle (Beweisbeschluss-124)	101

* Hinweis:

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann dem endgültigen Protokoll beigelegt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Meinung bin, es hätte davor geschehen müssen. Aber ich möchte das mal ganz bewusst außen vor lassen, weil das verkompliziert nur. Vielleicht einfach: Wie haben Sie diese Tage wahrgenommen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Soweit ich mich erinnern kann, habe ich das zur Kenntnis bekommen am Freitag, dem 15. Februar. Aber ich sage auch ganz offen, ich habe auch die Antwort der Bundesregierung auf die entsprechende Frage gelesen. Also, das deckt sich mit meinen Erinnerungen, aber ich kann jetzt nicht genau sagen aus eigener Erinnerung, zu welcher Uhrzeit. Ich habe die Informationen bekommen vom zuständigen Referat. Ich habe die dann unmittelbar weitergeleitet an den Staatssekretär -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also Staatssekretär - ein Name ist für uns immer wichtig - Kukies dann?

Zeuge Dr. Levin Holle: - ja, der jetzt fachlich zuständiger Staatssekretär, genau -, aber ohne weiteren Kommentar. Das war nicht völlig ungewöhnlich, wenn ich das sagen darf - jetzt nicht mit Bezug auf Wirecard -, dass Freitagabend es Informationen von der BaFin gab. Wir haben irgendwo eine Aufsichtsmaßnahme, die ansteht, da passiert übers Wochenende was, es kommt eine Info rein. Also, da konnte man nicht die Uhr nach stellen, das war auch keinesfalls an jedem Wochenende der Fall, aber das war nicht völlig ungewöhnlich, dass da eine kurze Info ankam: Achtung, da kommt was; kann es auch Pressediskussionen zu geben. BMF sollte Bescheid wissen.

Das ist alles, was ich nach meiner Erinnerung sagen kann zu dem Hergang bis zum Erlass. Es wird - - Das kennen Sie ja, denke ich, auch aus den Antworten der Regierung: Es hat vermutlich intensive Diskussionen gegeben zwischen dem Fachreferat und der BaFin. An denen war ich aber nicht beteiligt. Also, meine nächste Interaktion war dann nach dem Erlass, also in der Woche darauf. Da habe ich natürlich dann auch mit meinen Kollegen drüber gesprochen.

Ich möchte vielleicht noch eine Anmerkung machen, auch wenn ich da nicht über die vollständige rechtliche Expertise verfüge. Sie hatten gesagt, das sei eine bedeutende Allgemeinverfügung gewesen, und nach Ihrem Verständnis hätte das einer vorherigen Zustimmung des BMFs bedurft. So habe ich Ihre Frage verstanden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm.

Zeuge Dr. Levin Holle: Das war nicht mein Verständnis, wäre auch nicht mein Verständnis heute. Also, ich würde die Grundsätze der Rechts- und Fachaufsicht so verstehen, dass dieser Erlaubnisvorbehalt für solche Maßnahmen gilt, die wie Rechtsverordnungen wirken; so ist es formuliert.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm.

Zeuge Dr. Levin Holle: Das entspricht auch der Philosophie der Rechts- und Fachaufsicht, so wie wir sie praktiziert haben nach meiner Erinnerung, dass wir gesagt haben: Bei den Maßnahmen, wo es um Rechtsverordnungen oder allgemeine Maßnahmen geht, also neue Anforderungen der BaFin, allgemeine Verwaltungspraxis, Rundschreiben, also Anforderungen an mehrere Institute, das fällt in diese Kategorie, und bei besonders schwerwiegenden gibt es eben da so ein festgelegtes Verfahren.

Das hier war nach meinem Verständnis eine sehr gravierende - also, das will ich - - in dem Sinne auch bedeutend; das würde ich in keiner Weise  sicherlich eine sehr gravierende Maßnahme, aber es war eine Maßnahme der Einzelaufsicht, die also nicht unter diesen Viererkatalog fiel, sondern eben eine Maßnahme der Einzelaufsicht war. Das heißt, da war unsere Erwartung, da werden wir informiert bei so wichtigen Themen; aber da war unsere Erwartung, unsere generelle Erwartung nicht, dass wir da vorher zu beteiligen sind.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist richtig. Laut einem Bericht des „Handelsblatt“ vom 7. März 2021 wurden Sie von der damaligen Unterabteilungsleiterin Frau Dr. Wimmer, die wir

Kommentarzusammenfassung für Microsoft Word - E_3UA_41_2021-20-04.docx

Seite: 4

 Nummer: 1
kleinreden

Verfasser: LevinHolle

Thema: Notiz

Datum: 27.05.2021 11:44:01



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und was wäre dann die Motivation des Fachreferats gewesen, sich dann damit auseinanderzusetzen? Das irgendwie zu prüfen? Oder was machen die?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, was die normaler- - Also, ich kann Ihnen jetzt nicht genau sagen, was Herr Franke normalerweise macht. Der arbeitet extrem viel und extrem hart. Es ist einer der Mitarbeiter, die, wenn ich abends um neun oder zehn noch durchs Ministerium gegangen bin - - meistens noch an seinem Schreibtisch saß und Themen bearbeitet hat. Also, er hat gründlich und sorgfältig gearbeitet nach meiner Erinnerung. Zuallererst mal würde ich davon ausgehen - aber da bin ich jetzt wirklich spekulativ; das ist mir noch mal wichtig, dass hier kein falscher Eindruck - Ich weiß nicht, was er an dem Freitag gemacht hat, sondern ich vermute jetzt - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mir geht es jetzt auch nicht um die Frage - - Natürlich wissen Sie das nicht, weil Sie nicht danebenstanden.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber die Frage ist: Was ist da Ihre Erwartungshaltung oder was ist Aufgabe des BMF, wenn diese Information reinkommt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, wenn eine Information über eine derartige beabsichtigte gravierende Aufsichtsmaßnahme reinkommt, ist die erste Aufgabe, erst mal zu verstehen: „Was hat die BaFin vor? Warum glaubt sie das? Was sind die Grundlagen? Können wir das nachvollziehen?“, damit das Referat erst mal sprachfähig ist. Wenn Fragen auftauchen - typischerweise tauchen solche Themen ja dann auch relativ schnell in der Presse auf -, dann muss das Referat sprachfähig sein, aber es versucht zunächst mal, die Maßnahme zu verstehen: „Warum sagt die BaFin das? Was sind die Grundlagen? Wie ist das einzuordnen?“ und solche Fragen. Das wäre die erste Aufgabe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und dann, wenn sie es verstanden haben?

Zeuge Dr. Levin Holle: Wenn das Referat das verstanden hat, dann - - Also, typischerweise, wenn es ein gravierendes Thema ist, wird eine Informationsvorlage vorbereitet, oder es wird die Leitung informiert. Wenn sich Fragen aus Sicht des Referates stellen, dann werden die Fragen an die BaFin gestellt, und das Ziel ist, den Sachverhalt dann bestmöglich aufzuklären.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Und mit welchem Ziel? Die machen das ja nicht zum Selbstzweck. Also nur die Information der Führung, oder gibt es noch einen anderen Zweck, warum man das aufklärt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das Referat übt ja die Fach- und Rechtsaufsicht über die BaFin aus und möchte und soll deshalb verstehen, was die BaFin dort macht - jedenfalls bei so einer gravierenden Maßnahme.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, sehe ich genauso, dass das eben notwendig ist, dass man natürlich erst mal verstanden hat, worum es geht. Aber mir geht es halt darum: Was ist dann genau die Ausübung der Rechts- und Fachaufsicht? Also, wenn die dann feststellen: „Da ist etwas nicht so sinnvoll aus unserer Sicht, was da jetzt geplant wird“ - konkretes Beispiel: zum Beispiel eine Leerverkaufsverfügung, Leerverkaufsverbot -, und man sagt vielleicht: „Da ist eine andere Maßnahme sinnvoller“ - eine weniger einschneidende zum Beispiel -, wie würde man dann im Rahmen der Aufsicht vorgehen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, erst mal setzt das voraus, dass man den Sachverhalt wirklich nachvollzogen und verstanden hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm.

Zeuge Dr. Levin Holle: Das ist in der Kürze der Zeit, wenn man nicht nah dran ist, eine große Herausforderung.

Zweitens - das hatte ich vorhin schon versucht zu erklären - haben wir in unserer Rechts- und Fachaufsicht grundsätzlich differenziert: Geht es um Rechtsverordnung, allgemeine Regelungen? - Da sind die Referate sehr viel intensiver in die



Nur zur dienstlichen Verwendung

durchaus erhebliche Volatilität zumindest im Kurs der Wirecard AG gegeben -, dann steigen Sie da nicht tiefer ein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, aber es könnte natürlich auch sein - und so war es ja dann auch -, dass das maßgeblich damit zu tun hatte, dass es da eine schlechte Presse gab zu Wirecard, wie wir alle wissen, ja auch zu Recht. Das müssen ja nicht böse Shortseller oder eine Short-Attacke sein.

Was ist eigentlich der Unterschied zwischen einer Short-Attacke und dem Aufbau von Leerverkaufspositionen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich bin kein wertpapierrechtlicher Spezialist. So wie ich das jetzt verstanden habe auch in meiner Vorbereitung - - Und um eins erst mal ganz deutlich zu sagen: Shortselling ist eine per se normale, sinnvolle Tätigkeit, die zur Preisbildung an Märkten beiträgt. Also, das würde ich jedenfalls so sehen. Wir haben in den letzten Jahren, zumindest in der Zeit, in der ich im BMF war, Diskussionen gehabt über sogenanntes „naked shortselling“. Das ist im Zuge der Euro-Krise diskutiert worden, dann auch verboten worden. Aber Leerverkäufe per se, solange sie gedeckt sind, sind ein normales Instrument, mit dem Sie am Kapitalmarkt sich betätigen können. Und dieser und nach meiner Wahrnehmung auch andere Vorgänge zeigen ja, dass das durchaus eine sehr wertvolle und relevante Kursinformation sein kann, die einen wertvollen Beitrag zur Preisbildung leisten kann.

Short-Attacke, wenn ich das richtig verstanden habe - aber ich gebe jetzt, wie gesagt, mein laienhaftes Verständnis wieder -, ist ein Angriff auf ein Unternehmen, wo Sie Shortselling-Positionen aufbauen, parallel negative Presseinformationen, also negative Informationen über das Unternehmen in den Markt geben. Das per se ist auch nach meinem Verständnis nicht problematisch. Der problematische Fall ist dann, wenn Sie das nicht transparent machen, wenn Sie also nicht deutlich machen, dass Sie, der Sie negative Informationen in den Markt geben, gleichzeitig eine Position genommen haben, wo Sie profitieren würden,

wenn der Markt sich so bewegt, wie diese Information das nahelegt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dem BMF liegen ja jetzt, ich sage mal, eigenständig zum Aufbau von Nettoleerverkaufspositionen keine eigenen Daten vor, sondern man müsste sich ja anderweitig bedienen, Stichwort Bundesbank oder BaFin.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wäre es bei einer solchen Übersendung eines Entwurfs und dem Ansinnen, so ein Leerverkaufsverbot zu erlassen, dem BMF rechtlich möglich gewesen, bei der BaFin nachzufragen: „Welche Leerverkaufspositionen werden da aufgebaut?“, oder auch bei der Bundesbank oder bei beiden?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich denke schon, dass das rechtlich möglich gewesen wäre, das zu fragen. Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Auch mit dem Hintergrund, also den zugrunde liegenden Sachverhalt einfach zu ergründen und plausibel zu machen oder auch nicht plausibel zu machen.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm, okay. - Gut, das ist ja schon mal eine sehr interessante Aussage dahin gehend, welche Möglichkeiten da zum ja auch Hinterfragen dieser Maßnahme bestanden hätten. - Gab es denn auf die Weiterleitung an Herrn Kukies eine Rückmeldung von ihm?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich kann mich an keine Rückmeldung an dem Freitag erinnern. Wir waren da auch sehr intensiv mit anderen Themen beschäftigt. Insofern hatte ich das auch nicht erwartet. Wir haben natürlich dann in der folgenden Woche und auch danach immer wieder - ich kann Ihnen jetzt aus meiner Erinnerung nicht genau sagen, wann - darüber gesprochen. Wir haben da mehrfach bei Jours fixes drüber gesprochen. Ich habe ja den BaFin-Präsidenten dann relativ zeitnah nach dem Wochenende auf das Thema angesprochen. Herr Kukies hat das nach





Nur zur dienstlichen Verwendung

also ich gebe jetzt die ESMA wieder, „zu dem Eindruck, dass keine hinreichende operative Unabhängigkeit der BaFin besteht, und das betrachten wir als Verstoß gegen unsere europäische Leitlinie bezüglich der Unabhängigkeit, der operativen Unabhängigkeit der BaFin.“ Und deswegen haben wir schon versucht, das sehr ernst zu nehmen. Das war auch nicht nur die ESMA. Jedes Mal, wenn der IWF gekommen ist - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, Herr Dr. Holle, jetzt habe ich Sie schon ganz viel beantworten lassen von dem, was ich nicht gefragt hatte. Also, zur ESMA kommen wir gleich auch noch, keine Sorge.

Ich wollte wissen, was mit den Zweifeln passiert. Ist Ihnen das schon mal untergekommen, dass das BMF deutliche Zweifel geäußert hat an einer Maßnahme, an einer fachlich, also aus Ihrer Sicht fachlich falschen Maßnahme der BaFin? Ist Ihnen das schon mal vorgekommen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich kann mich gut an Diskussionen zum Beispiel mit dem BaFin-Präsidenten, also die ich bilateral mit ihm geführt habe zu einzelnen Punkten - - wo ich ihm gesagt habe: Auf Basis der Informationen, die mir vorliegen, käme ich nicht zwingend zu demselben Ergebnis. Ich verstehe das nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Er hat es ja dann trotzdem so gemacht, wie er das für richtig hielt.

Zeuge Dr. Levin Holle: Wenn er seine - - Er hat dann seine Gründe dargelegt, und ich habe ihm auch immer gesagt: Am Ende ist es eure und deine Entscheidung. - Wie gesagt, die Aufsicht  Und ihr habt auch die Rückendeckung in beide Richtungen, das zu machen. Ihr seid dafür zuständig. - Wir haben ja auch - das dürfen Sie auch nicht vergessen - - Also, zumindest in meiner Funktion bekommen Sie auch relativ häufig Anrufe zu so Einzelmaßnahmen, wo dann irgendein Vorstand eines Instituts sagt: Die BaFin hat hier was vor. Könnt ihr nicht, das BMF, bitte mal da anrufen und sagen: „Macht das doch mal nicht“? Und wenn Sie einmal auf diesem Pfad sind, die BaFin mal angerufen zu haben und zu sagen: „Das machen, das nicht machen“, ja, da kommen

Sie nicht mehr raus. Deswegen war das für uns wirklich ein sehr wichtiges Grundprinzip.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und was hätte das BMF gemacht, wenn sie die Maßnahme für rechtswidrig gehalten hätte? Das war ja jetzt gerade das Thema „fachlich falsch“. Und jetzt ist das Thema „rechtswidrig“. Wie schreiten Sie dann ein?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, wenn die aus unserer Sicht klar erkennbar rechtswidrig gewesen wäre zum damaligen Zeitpunkt, dann wäre ich davon ausgegangen, dass wir dann versucht hätten, das zu unterbinden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Jetzt ist leider die Zeit erst mal rum.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann geht es weiter mit Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank, Herr Holle. - Was ich als Unstimmigkeit empfinde, ist einerseits die Betonung, dass das operative Aufsichtsgeschäft sei, und andererseits die Eskalation dieses Leerverkaufsverbot bis ins Ministerbüro. Das zeigt ja, da nun sicherlich nicht jeder Aufsichtsakt in Deutschland, ich hoffe jedenfalls, im Ministerbüro landet, dass Sie sich im Ministerium der Einzigartigkeit oder jedenfalls der Besonderheit und Nicht-Alltäglichkeit dieses Leerverkaufsverbots sehr bewusst gewesen sind. Und das liegt auch auf der Hand: Die Maßnahme ist ihrer Natur nach ein schwerer Eingriff in den Markt. Also, insofern ja doch auch nicht business as usual, sondern - -

(Der Zeuge nickt)

- Da nicken Sie; ja genau. Das rechtfertigt ja aber dann vielleicht auch eine andere Prüfungsichte als bei aufsichtlichem Standardhandeln, oder nicht?

Zeuge Dr. Levin Holle: Absolut. Also, erstens. Das war eine sehr gravierende Maßnahme. Das hat es vorher in der Form in Deutschland nicht gegeben. Und bei so gravierenden Maßnahmen - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben ja auch andere dieser Art gehabt, wir haben Anrufe der BaFin gehabt am Freitagabend, dass sie eine Bank schließen möchte oder dass irgendwo eine Insolvenz droht oder so. Auch das haben wir natürlich dem Ministerbüro zur Kenntnis gebracht. Und natürlich hat man sich dann in den nächsten Tagen deutlich intensiver damit auseinandergesetzt als mit normalen Routinevorgängen, die in aller Regel das zuständige Fachreferat nicht verlassen haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gab es irgendwie eine Rückresonanz aus dem Ministerbüro? Haben Sie irgendein Feedback gehört oder Nachfragen bekommen oder Ähnliches?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich unmittelbar nicht; aber in der Regel lief das so ab - und nach meiner Vermutung in dem Fall auch -, dass dann Herr Kukies sich mit dem Minister ausgetauscht hat zu dem Thema. Ich kann Ihnen aber jetzt nicht sagen, wann. Und wenn der Minister Fragen hat, dann sind die über Herrn Kukies bei uns angekommen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, korrekt. Der normale Weg wäre, dass Herr Kukies das Ministerbüro informiert und dass die Rückfragen auch direkt und ohne Einschaltung weiterer Hierarchieebenen auf der Ebene dann geklärt werden.

Können Sie uns vielleicht in allgemeiner Form beschreiben, wie oft Herr Kukies den Minister mündlich brieft über aktuelle Vorkommnisse aus dem Geschäftsbereich?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das kann ich nicht sagen, weil sie - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Gibt es da einen Jour fixe vielleicht? Also, Sie müssten Herrn Kukies ja dann auch vorbereiten auf so was. Also, insofern hätte ich jetzt eine gewisse Kenntnis unterstellt. Gibt es da einen Jour fixe oder einen gewissen Turnus? Oder ist das ein ungeplanter, manchmal auch spontan ablaufender Prozess?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, es hat auch regelmäßige Termine im Ministerium gegeben nach meiner Erinnerung. Ich muss jetzt ein bisschen in

meiner Erinnerung kramen und auch aufpassen, dass ich da nicht die unterschiedlichen Legislaturperioden und Praktiken der jeweiligen Minister durcheinanderwerfe. Aber nach meiner Erinnerung hat es in der Regel jedenfalls einen formalen Jour fixe gegeben, wo der Minister sich mit der Leitungsebene insgesamt, also allen Staatssekretären und Leitungsstab, zusammengesetzt hat. Daneben gab es natürlich ganz viele bilaterale Interaktionen, die je nach Dringlichkeit oder Wichtigkeit dichter oder weniger dicht getaktet waren, oder SMS oder E-Mail oder wie auch immer. Wie das im Einzelnen abgelaufen ist, das kann ich Ihnen aber nicht sagen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber die Jours fixes, in welchem Turnus finden die statt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das war aber der große Jour fixe, der Gesamt- -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, der große, ja.

Zeuge Dr. Levin Holle: Der Minister, alle vier Staatssekretäre, Leiter Leitungsstab. Das war nach meiner Erinnerung mindestens einmal in der Woche. Aber das - 

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Wird so was protokolliert?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das weiß ich nicht, da ich daran nicht teilgenommen habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie schon mal ein Protokoll von so einer Veranstaltung in den Händen gehalten oder auf einem Bildschirm gesehen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich mich nicht dran erinnern. Aber ich hätte in diesem Fall vermutet, wenn ich das noch sagen darf, dass das eher bilateral besprochen worden ist; denn es waren ja jedenfalls in bestimmten Teilen kurserhebliche Insiderinformationen, und da war uns immer extrem wichtig, dass die so eng wie möglich gehalten werden. Deswegen auch wirklich nur auf der Kette unmittelbar zum Minister und nicht irgendwie breit in einen gesamten Leitungsbereich rein oder so. Insofern wäre meine Vermutung, das ist

 Nummer: 1 Verfasser: LevinHolle Thema: Notiz Datum: 27.05.2021 17:19:32
weiß ich nicht genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht; aber das Geflecht europäischer Normen, was die Unabhängigkeit der BaFin erhöht hat, das hat zugenommen. Da hat es ja sehr - - Also, 2010, als die das erste Mal erlassen worden sind, da sind die ESAs gerade erst gegründet worden. Da sind ja entsprechende Normen dann im europäischen Recht, auch was Unabhängigkeit nationaler Aufseher - - zumindest für Banken verankert worden. Und dann hat es natürlich noch mal einen massiven Schub gegeben mit der Gründung des einheitlichen Aufsichtsmechanismus SSM. Das ist viel, bis hin zu Themen, dass wir Informationen gar nicht mehr bekommen haben. Also, wir haben Fragen gestellt an die BaFin; hat die BaFin gesagt: Dürfen wir euch gar nichts zu sagen, ist EZB-Aufsicht. - Und das hat sich natürlich verstärkt mit Zeitablauf. Das hing aber jetzt nicht am Ministerwechsel oder daran, dass wir das anders betrachtet hätten, sondern dass einfach der rechtliche Rahmen für die Spielräume nationaler Rechts- und Fachaufsicht sich verändert hat durch die europäische Normgebung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das ist ja für uns ganz interessant, weil, ich sage mal, unser Untersuchungszeitraum ab 2014, der umfasst ja vier, mindestens mal vier lange Jahre auch, wo Minister Schäuble die Verantwortung im BMF trug. Und es hätte mich jetzt auch einfach sehr gewundert, wenn durch einen Ministerwechsel die Kultur der Fach- und Dienstaufsicht, Fach- und Rechtsaufsicht sich plötzlich verändert hätte, weil das ist ja - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Es waren nicht ganz vier Jahre. Wir hatten Herrn Altmaier dann noch für sechs Monate dazwischen, aber - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, verkneife ich mir jetzt.

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Hättest den ja
mal fragen können!)

- Ja, stimmt.

(Heiterkeit)

Da müssen wir noch mal genau gucken, was in den sechs Monaten passiert ist. - Nein, das machen wir nicht.

Nein, ich wollte ja nur diesen Punkt machen, dass es vielleicht eine gewagte These ist, sozusagen irgendwie so im März 2018 zu glauben, dass da im BMF dann irgendwie die Art und Weise, wie das gemacht wird - - dass da die Schalter umgelegt wurden. Aber das ist mal der eine - - Aber Herr Altmaier hat sich eben auch sehr viele Gedanken über seine Vorgänger gemacht, und das wollen wir natürlich auch tun.

Sie hatten gesagt, wenn man sich an diesen Freitag, Information über das geplante Leerverkaufsverbot durch die BaFin an das BMF - - Da haben wir ja den Mail-Verkehr. Und das kam sozusagen von einem Micha Cless, das ging dann an Frau Wimmer, von Frau Wimmer an Sie, von Ihnen an Herrn Kukies, teilweise ohne überhaupt irgendeine - - einfach wirklich nur weitergeleitet. Und jetzt hatten Sie eben gesagt, Sie hatten es auch noch an das Ministerbüro weitergeleitet. Wer wäre das gewesen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das war ~~typischerweise~~ die Leiterin des Ministerbüros, also damals Frau Hermes; aber ich weiß es nicht mehr genau.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Das, glaube ich, war jetzt noch mal - - Der Name war noch mal ein wichtiger Punkt, weil sozusagen dieser Name quasi schon immer auf dieser Mail steht; aber ich glaube, wir hatten alle nicht so auf dem Schirm, welche Funktion Frau Dr. Hermes zu dem Zeitpunkt hatte.

Gut. Aber Sie haben es kommentarlos weitergeleitet bekommen, und Sie haben es auch kommentarlos weitergeleitet. Jetzt so aus meiner Sicht - das haben Sie, glaube ich, ja eben auch schon angedeutet - macht das nicht den Eindruck von gesteigerter sozusagen irgendwo - - dass da die Alarmglocken geschrillt haben, oder dass Sie bei - -

Also, ich sage einfach mal, wie es ist: Die Herrschaften hier wollen gerne von Ihnen hören, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herrn Kukies adressiert hat. Und ich habe ja in den nächsten Wochen auch verschiedentlich mit Herrn Kukies über das Thema gesprochen. Ich denke, das wird da eingeflossen sein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja. - Was war eigentlich Ihr Eindruck, als Sie das gehört hatten - Sie haben es vorhin selbst erwähnt -, dass die Staatsanwaltschaft München diese Vorwürfe sozusagen hat, diese vermeintliche Erpressung - - Wie haben Sie das damals aufgenommen, diese Information?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, es war natürlich erst mal eine wichtige Information, die ich nach meiner Erinnerung - vielleicht stand das irgendwo in den Unterlagen auch drin; das weiß ich nicht mehr - zum ersten Mal von Herrn Hufeld gehört habe, weil das wiederum auch was Ernstzunehmendes ist. Und ich meine mich zu erinnern, dass das dann eine gewisse Zeit später, aber nicht sehr lange, auch noch mal in der Presse aufgetaucht ist. Ich weiß nicht mehr, wo; aber da ist irgendwo die Staatsanwaltschaft zitiert worden, und das haben wir schon so ein bisschen auch als Beleg genommen: Das ist nicht irgendwie eine Erfindung der BaFin oder die bildet sich das ein, sondern die Staatsanwaltschaft ist da wirklich dran. Und staatsanwaltschaftliche Verfahren haben wir immer sehr ernst genommen, und die haben sozusagen auch die Schwelle „Wie stark hinterfragen wir, was die BaFin in einem Bereich macht, wo die Staatsanwaltschaft tätig ist?“ noch mal massiv erhöht. Das muss man schon sagen, weil das - verschiedene staatsanwaltschaftliche Verfahren im Kontext mit BaFin-Aktivitäten erlebt, und da waren wir extrem vorsichtig, die Unabhängigkeit der Justiz da nicht zu beeinträchtigen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Als nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Holle. - Zunächst vielen Dank für den Hinweis, dass der Vorgang mit dem Leerverkaufsverbot auch an die Leiterin des Ministerbüros ging, weil

ich will Ihnen mal kurz vorlesen, was das BMF auf eine Frage meines Kollegen Stefan Liebich im Februar 2021 geantwortet hat. Die Frage lautete:

Wurden Finanzminister Olaf Scholz oder Staatssekretäre des Bundesministeriums der Finanzen über das Leerverkaufsverbot bezüglich der Wirecard AG von der BaFin unterrichtet, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?

Und die Antwort war:

Die Frage wird so verstanden, dass nach einer möglichen direkten Unterrichtung des Bundesfinanzministers oder der Staatssekretäre des Bundesfinanzministeriums durch die BaFin vor dem Erlass des Leerverkaufsverbots gefragt wird. Eine solche unmittelbare Unterrichtung des Bundesfinanzministers oder der Staatssekretäre des Bundesfinanzministeriums über das beabsichtigte Leerverkaufsverbot durch die BaFin erfolgte nicht.

Und Herr Schmidt hat das dann später auf Twitter korrigiert, als wir das eh rausgefunden hätten. Er hat gesagt: Ja, Herr Kukies wurde informiert, aber eben nicht direkt, sondern über Sie.

Ja, das ist aber eine Antwortpraxis, die sollte man sich abgewöhnen, wenn man einen Untersuchungsausschuss hat, weil alleine schon der Vorgang, dass Herr Schmidt das korrigieren musste, führte zu einer Berichterstattung des „Handelsblatts“. Und jetzt höre ich hier: Ans Ministerbüro ging es auch. - Also, das wollte ich einfach nur eingangs erwähnt haben. Ich finde das keine gute Antwortpraxis. Und das sollte das BMF einfach noch mal mitnehmen.

So, jetzt aber zu meinen Fragen. Es gibt hier eine Vorlage, MAT A BMF-24.46, Blatt 29, da geht es um Ausarbeitungen der BaFin, Vorschläge zum Bereich Short-Attacken, Registrierungspflicht von Finanzanalysten. Sind Sie mit diesem Vorgang betraut gewesen? Ist ja Ihr Referat eigentlich.

Seite: 18

 Nummer: 1 Verfasser: LevinHolle Thema: Notiz Datum: 27.05.2021 11:49:49
Ich

 Nummer: 2 Verfasser: LevinHolle Thema: Eingefügter Text Datum: 27.05.2021 11:51:01
und ich habe



Nur zur dienstlichen Verwendung

Derzeit ist er Mitglied des Beirats der PBOC

- People's Bank of China -

im Bereich der Blockchain-Technologie.

Können Sie sich an diesen Vorgang oder ein solches Gespräch erinnern?

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich mir das auch noch mal anschauen, dass ich mir die Namen vergegenwärtigen kann?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, dann müssen wir noch mal die Zeit stoppen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen Unter-
lagen)

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich kann ~~ich~~ ^{ich} erinnern, dass ich im Januar in Peking war. Im Januar 19, da war ja dieser deutsch-chinesische Finanzdialog, da war ich Teil der Delegation. Da gibt es immer ein festes Rahmenprogramm für eine Delegation, was einen Teil des Kalenders füllt. Ich bemühe mich dann normalerweise, bei solchen Terminen noch zusätzliche Termine wahrzunehmen. Da wird dann immer der arme Referent in der zuständigen Botschaft mit beglückt, mit so Anfragen, Gesprächspartner zu organisieren. Und ich war damals sehr interessiert, mal ein Verständnis zu kriegen: Wo stehen die Chinesen mit Blick auf Blockchain? Das wurde ja virulent im Jahr 2019 und relevant. Ich wollte mal verstehen: Wie gucken die darauf? Es gab so Berichte, die People's Bank of China denkt nach, einen digitalen Renminbi einzuführen. Deswegen - so würde ich mir das jetzt erschließen - habe ich die Botschaft gebeten und unseren Finanzreferenten dort, mal geeignete Gesprächspartner zu identifizieren, die zu dem Thema sprachfähig sind. Das ist jetzt aber meine Interpretation hier. Da hat er anscheinend bei Wirecard nachgefragt, ob die Ansprechpartner in China haben, die sich mit der Technologie auskennen. Also, ich kann mich an ein Gespräch mit diesem Herrn - den Namen weiß ich jetzt nicht mehr - - aber ein Herr von SINOIF - -

Das kommt mir bekannt vor, also dass ich mit dem ein Gespräch geführt habe, als ich in Peking war.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Wenn ich nur das - - dann wäre ich auch durch. - Ich frage das in einem Kontext, weil in einer anderen E-Mail, MAT A AA-3.08b, Blatt 31, auch wieder dieser Jan-Ole Peters wieder mit einer geschwärzten Person im Verlauf ist. Und da geht es eben auch um ein Treffen zwischen Deputy Governor so und so, Mr. Balz, Hufeld usw. Und da schreibt er:

Mr. Holle is not interested in a high-level talk but rather in an informal meeting to discuss the state of affairs in China and Germany over lunch.

Und da geht es auch Fintech-Regulierung. - Und ich will einfach nur fragen: Hat bei diesen Gesprächen Wirecard irgendeine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Bei welchem?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Bei diesen „informal talks“, die mit einer Person geführt wurden, die hier nicht offenbart wird, weil hier ziemlich viel geschwärzt ist? Oder hat überhaupt Wirecard eine Rolle gespielt bei Ihnen - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich das auch noch mal eben sehen?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja. - Verzeihung jetzt für die Zeit.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen Unter-
lagen)

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich versuche, das jetzt noch mal zu rekonstruieren, ja? Also, wir sind nach China gefahren. Es gibt ein offizielles Delegationsprogramm. Es gab auch einen Termin - das läuft dann typischerweise über die Bundesbank, weil die da Hauptansprechpartner in China ist für die Zentralbank mit der chinesischen Zentralbank - mit Herrn Balz. An dem habe



Nur zur dienstlichen Verwendung

die fehlerhaften Testate, wenn man der „FT“ heute glauben darf - ich kenne die Berichte nicht, aber da stellen sich ja entsprechende Fragen -, dass das nicht viel früher und ganz konsequent aufgeklärt worden ist. Insofern ist natürlich die Frage „Mit welchem Nachdruck ist die Bilanzkontrolle vorangetrieben worden und der Wirtschaftsprüfer überprüft worden und vor allen Dingen das Testat überprüft worden?“ der eigentlich entscheidende Hebel. Das Leerverkaufsverbot war ja auch nach zwei Monaten vorbei. Es ist nach meiner Erinnerung nicht gerichtlich - - oder jedenfalls nicht erfolgreich - 17 hat natürlich eine Folgewirkung. Also, die Wahrnehmung im Markt war da, hatte aus meiner Sicht auch Signalwirkung an kritische Journalisten, die versuchen, hier Missstände - 3 so eine sehr negative Wirkung gehabt. Das kann man aus heutiger Sicht jedenfalls sagen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Genau das ist eben der Punkt für mich, dass man sagt: Okay, als Rechts- und Fachaufsicht, da geht die BaFin gegen Journalisten vor. Die BaFin erlässt in zugegebenermaßen - wurde eingeräumt - schlechter Kommunikation das Leerverkaufsverbot. Gleichzeitig asymmetrisch, was die Information angeht, wird die DPR losgetreten und dann noch einige andere Dinge im Hintergrund, bei denen man eben sagt: Okay, da ist so viel zusammengezählt worden. - Das haben mir sogar Fachleute gesagt. Wir haben Vorstände großer deutscher, namhafter Banken, Ex-Vorstände hier gehabt, die alle - ich glaube, das ist ja das Fatale - es eben so interpretiert haben, nicht nur die normalen Marktteilnehmer, sondern ich denke, durchaus gewichtige bis hin zu so gewissen Marketmakern, die auch diese Fähigkeit hätten, die dann auch noch mit dem Schlusspunkt - das ist das i-Tüpfelchen - „EY hat dann auch noch eben uneingeschränkt testiert“ - - Und wenn man sich jetzt in die Außensicht versetzt, dann war es für mich eben zu dem Zeitpunkt schon so wichtig, dass auch das BMF in seiner Gesamtbeurteilung zu dieser Maßnahme vielleicht diese Informationen alle parat hatte. Und deswegen frage ich da so hartnäckig an der Stelle.

Zeuge Dr. Levin Holle: Absolut, das ist ja - - Die Frage „Bilanzbetrug und Bilanzkontrolle“ ist ja

die Schlüsselfrage aus meiner Sicht. Also, ich kann Ihnen nicht genau sagen, wann; aber ich gehe schon davon aus, dass wir darüber auch informiert worden sind, über die Fragen. Was ich nicht weiß, ist, ob die BaFin öffentlich über diesen Auftrag kommunizieren durfte oder die DPR. Das kann nicht richtig - - Also, ob ihr das möglich gewesen wäre, das parallel auch kundzutun, das weiß ich nicht, ob das rechtlich möglich war.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, uns wurde gesagt, eher nicht; aber okay.

Zeuge Dr. Levin Holle: Das kann ich rechtlich nicht - 2

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich bin auch über der Zeit. - Und insoweit ist jetzt der Kollege Michelbach dran für die CDU/CSU.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr Dr. Holle, ich bin dankbar für Ihre Interpretation, die Sie gerade kundgetan haben, über die fatale Wirkung des Leerverkaufsverbots. Und nach meiner Ansicht war es eben doch eine entscheidende Wendung. Es war ein staatliches Gütesiegel und so etwas wie ein Lockvogelangebot für Anleger, für den Markt. Und der Schaden wurde von diesem Zeitpunkt nach eineinhalb Jahre noch mal erheblich erweitert. Und das ist ja unsere Aufgabe: Was hätte man früher tun müssen, was hätte man früher erkennen müssen, um diesen Schaden eben zu vermindern? Da ist ja die Aufklärung sehr weit gediehen. Wir haben ja von der BaFin, vom BMF sehr viele Kollegen hier einvernommen. Mir ergibt sich der Eindruck, dass natürlich durch dieses Leerverkaufsverbot was ganz Besonderes war; deswegen ist natürlich der Vergleich Rechtsaufsicht, Fachaufsicht mit früheren Ministern usw., das ist natürlich eine Nebelkerze. Es geht jetzt um die jetzige Leerverkaufsverbotsverantwortung. Und da hat sich bei uns der Eindruck verfestigt, dass sich bei der BaFin erstens mal eine unkritische Distanz zu Wirecard ergeben hat, teilweise eine ideologische Motivation gegen Shortseller, und dann auch noch so eine Art selbstbewusstes Zeigen der Stärke wollte man aussenden und Verbindung mit einer Be-

Seite: 25

 Nummer: 1	Verfasser: LevinHolle	Thema: Eingefügter Text	Datum: 27.05.2021 12:16:53
<hr/>			
 Nummer: 2	Verfasser: LevinHolle	Thema: Eingefügter Text	Datum: 27.05.2021 12:22:14
<hr/>			
 Nummer: 3	Verfasser: LevinHolle	Thema: Eingefügter Text	Datum: 27.05.2021 12:17:15
<hr/>			

vor Gericht angegriffen worden

beurteilen

aufzuklären



Nur zur dienstlichen Verwendung

Werte; für zwei konnte nicht abgegeben werden. Und logischerweise bei einer Kovarianz nimmst du dann Wirecard nicht mit rein. So erklärten sich die 27 Werte bei der Kovarianz. Ich durfte früher auch so was berechnen. War ganz spaßig.

Und dann stellt man fest: In der Reihe aller Geschichten, die uns da aufgetischt worden sind, gab es im Prinzip am Ende des Tages keinen Grund. BMF sagt: Na ja, wir wussten eigentlich nicht so recht: „Was war mit den anderen Maßnahmen?“, die wir eben im Vorgang besprochen haben? Also DPR, ESMA macht nur eine Opinion, Bundesbank duckt sich weg.

Da haben wir hier schon viele Fragezeichen und insbesondere natürlich dann auch, wie das BMF zur Bundesbank steht, wie das BMF in Zukunft vielleicht daraus lernt, die Bundesbank da wieder etwas mutiger zu machen, dass die also da nicht so kauert und sagt: Uh, wir tauchen mal weg oder sind beleidigt, weil wir nicht wissen, was die Staatsanwaltschaft da so sagt. - Auch da gab es Zweifel. Also, da hätte ich von Ihnen schon noch mal eine Stellungnahme, wie Sie den damaligen Zeitpunkt jetzt mit den Informationen wahrnehmen - - Dann haben Sie ja eigentlich eine Entscheidung getroffen, wie Sie hier eben gesagt haben: „Wir mischen uns da nicht ein“, unter kompletter Unsicherheit, wenn nicht sogar Unkenntnis der Sachlage.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich versuche noch mal, auf ein paar Punkte einzugehen, vielleicht nicht zu allen, weil ich das zeitlich auch nicht schaffe. Erstens, was die BMF-Rolle anging: Wir haben die Information von der BaFin bekommen. Wir haben nach den Grundsätzen der Rechts- und Fachaufsicht da draufgeschaut. Wir haben versucht, so gut das möglich war, das in der Kürze der Zeit zu verstehen, worum es geht. Wir hatten nicht den Eindruck: Das ist erkennbar rechtswidrig. Und insofern war nach unseren Grundsätzen auch kein Raum für ein Eingreifen. Dass wir jetzt mit dem Wissen von heute da draufgucken und sagen: „Na ja, ob diese Gefahrenprognose wirklich so gestimmt hat?“, die Fragen kann ich absolut nachvollziehen. Aber das ist bei jeder Gefahrenabwehr so, dass man hinterher

klüger ist als zum Zeitpunkt der Ex-ante-Betrachtung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das stimmt.

Zeuge Dr. Levin Holle: Was extrem wichtig ist, sind vielleicht drei Dinge, die ich ansprechen möchte. Also, das, was Sie angesprochen haben: Was gibt es denn an mathematischen - - an Verfahren, an Analysen? Was passiert denn wirklich im Markt? Also das Marktverständnis in der Aufsicht auszudehnen, statistische Analysen zu machen, Varianzanalysen, ist ein ganz wesentlicher Faktor. Den haben wir häufiger schon mal für die BaFin diskutiert. Das ist aus meiner Sicht ein ganz zentraler Punkt in der Reform, das auch viel stärker datenbasiert zu machen. Das hat auch in anderen Feldern - - hätte das Probleme verhindert oder - weiß man hinterher nicht. Aber es ist jedenfalls wichtig, das für die Zukunft zu tun. Das würde ich uneingeschränkt so sehen.

Und wir brauchen auch eine bessere Zusammenarbeit der zuständigen Behörden. Das würde ich als - weiß ist ja nicht nur in diesem Fall hier so, dass man sich fragt: Sind alle Ergebnisse immer voll geteilt worden? Ich habe in meinen Jahren im BMF nicht den Eindruck gehabt, dass man die Bundesbank zu was ermutigen muss. Die hat schon in der Regel eine klare Auffassung und trägt die dann auch vor. Das war jetzt nicht mein Eindruck. Aber die Kompetenz zu nutzen - - Die BaFin selber war ja nicht selber am Kapitalmarkt tätig. Die Bundesbank ist das, und deswegen hat die in ihren Systemen auch ganz andere Informationsquellen, hat sehr kluge Wissenschaftler. Das zu nutzen und heranzuziehen, ist ganz wesentlich.

Vielleicht noch mal ein Satz zu ESMA: Ich kann das im Einzelnen nicht beurteilen, welche Kapazitäten und Ressourcen die hatten. Aber ich würde schon sagen, dass die ESMA immer die Möglichkeit gehabt hätte, zu sagen: Wir sind nicht überzeugt, und deswegen geben wir keine Opinion ab, dass das notwendig, angemessen, verhältnismäßig - dazu kann sie niemand zwingen. Also, sie können sagen: Ich kann die Informationen nicht nachvollziehen. Aber dann können sie immer sagen: Wenn ich keine dichteren

Seite: 32

 Nummer: 1	Verfasser: LevinHolle	Thema: Eingefügter Text	Datum: 27.05.2021 12:23:28
<hr/>			
 Nummer: 2	Verfasser: LevinHolle	Thema: Eingefügter Text	Datum: 27.05.2021 12:24:10
<hr/>			
 Nummer: 3	Verfasser: LevinHolle	Thema: Eingefügter Text	Datum: 27.05.2021 12:24:31
<hr/>			

reduziert, das

zweiten Punkt nennen.

usw.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Informationen gebe, dann gebe ich nicht nach draußen eine Stellungnahme ab, die sagt: Das ist notwendig. Also, das ist ja schon eine sehr - [1] nicht irgendwie „Man kann das machen“, sondern „notwendig“ heißt - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Na, ich hatte es extra gesagt: Die wussten zum Beispiel, die Bundesbank, nicht von den staatsanwaltschaftlichen - in Anführungszeichen - „Ermittlungen“, die keine waren.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, ja. Deswegen würde ich die ESMA da nicht so rauslassen. Aber ich glaube, ein entscheidender Punkt - und das ist schon aus meiner Sicht auch ein wesentliches Thema nach vorne hinaus -: Bringen wir die Ressourcen für solche Fälle zusammen? Wir haben in Deutschland viele Kompetenzverteilungen zwischen Bund und Ländern auf viele Fälle und auf viele Behörden. Hier haben wir Bundesbank, BaFin. Bei der Bilanzkontrolle haben wir drei Behörden gehabt, wenn Sie die Staatsanwaltschaft dazunehmen, vier, wo der Datenaustausch auch besser werden kann.

Und aus meiner Sicht müssen wir auch noch mal drüber nachdenken: Was brauchen wir, um wirklich schwere Fälle von Finanzbetrug angemessen zu verfolgen? Ich bin kein Kriminalist, aber in England zum Beispiel gibt es ein Serious Fraud Office. Das sind 500 Leute, die sich mit schwerer Wirtschaftskriminalität beschäftigen. Und das ist aus meiner Sicht schon eine Frage, wenn ich wirklich auch einen Verfolgungsdruck brauche, es nicht nur darum geht, die Informationen zusammenzuzählen, sondern forensisch zu ermitteln und die Informationen dann zusammenzuführen, die wir an verschiedenen staatlichen Stellen haben - Bundesbank, Bilanzen, manchmal ja auch im Steuerbereich oder so -, sich da noch mal zu überlegen: Was muss man für wirklich schwerwiegende Fälle tun, um sicherzustellen, dass diese Informationen auch rechtlich einwandfrei zusammengeführt werden können, und da den vollen Druck der staatlichen Aufklärung und Verfolgung dahinterzubringen? Das ist aus meiner Sicht schon ein wesentlicher Punkt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich finde, das sind schöne Ausführungen. Die könnten fast den Schluss des Abends bilden. - Aber ich schaue mal zu Dr. Zimmermann rüber.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Es ist vorhin schon mal dieser Zatarra Report angesprochen worden. Und mich würde noch mal, weil jetzt sozusagen - Sie merken das ja - - Der Fokus ist ja extrem auf diesem Leerverkaufsverbot. Aber unser Untersuchungszeitraum geht ja bis ins Jahr 2014. Zatarra Report - - Da gab es am 3. Mai 2016 von Herrn Dr. Brinckmann ein - - Der Herr Brinckmann hat die BaFin um Überprüfung der Vorwürfe aus dem Zatarra Report gebeten. Und dann hat eben die schon erwähnte Frau Geilfus von der BaFin einen Vermerk für das BMF verfasst. Ist der Ihnen bekannt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich mich nicht dran erinnern. Normalerweise ist der Weg so - also in meiner Erinnerung ist er - [2] habe das gelesen, und ich habe gesagt: Sagt mir, was da ist! Klärt das mal auf! - Dann kriege ich normalerweise eine Antwort vom Referat, wo drinsteht: Die BaFin hat uns berichtet. - Manchmal hängt auch das Originaldokument dran. Dann habe ich es aber, ehrlich gesagt, auch nicht immer in allen Fällen gelesen, je nachdem, wie lang es war und was ich sonst zu tun hatte. Ob es jetzt hier dabei war und ich es bekommen habe, das weiß ich nicht mehr. Ich kann mich aber erinnern, dass ich gesagt hatte: Geht dem mal nach! Fragt einen Bericht an! - Da ist auch was zurückgekommen, wo eben drinstand: „Wir gucken uns Marktmanipulation und Bilanzen an“, und ich dann zurückgegeben habe und gesagt habe: „Also, bitte BaFin noch mal zurückgeben, dass sie das aufklärt.“

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gab es ansonsten jenseits des Zatarra-Berichtes in dieser Zeit, also auch in 2014, 15, 16, 17, irgendwo - - War Wirecard da irgendwo mal Thema?

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich mich nicht dran erinnern.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Haben Sie im Kontext des Zatarra Reports mal mit Minister

Seite: 33

☒ Nummer: 1	Verfasser: LevinHolle	Thema: Eingefügter Text	Datum: 27.05.2021 12:24:53
-------------	-----------------------	-------------------------	----------------------------

klare Aussage

☒ Nummer: 2	Verfasser: LevinHolle	Thema: Eingefügter Text	Datum: 27.05.2021 12:25:14
-------------	-----------------------	-------------------------	----------------------------

in der Regel so



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Levin Holle: Bitte?

Dr. Florian Toncar (FDP): Wie wurde denn davon berichtet, dass es bei Wirecard diese zwei Strafanzeigen gegen Journalisten gegeben hat?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das kann ich jetzt aus eigener Erinnerung nicht mehr rekonstruieren. Ich weiß natürlich jetzt aus sozusagen der Vorbereitung, dass es das gegeben hat. Aber wann das genau an mich herangetragen worden ist, das weiß ich nicht mehr, oder wie ich davon erfahren habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich finde das als solches erstaunlich, aber auch bezeichnend für diesen Fall übrigens, dass selbstverständlich die Anzeigen gegen die Journalisten sofort in der Öffentlichkeit waren, die DPR-Prüfung und die Marktmanipulationsuntersuchung nicht. Also, es sind auch geheimhaltungsbedürftige Sachen an die Öffentlichkeit gelangt, die wiederum zugunsten von Wirecard ausfielen. Und die Anzeigen gegen Journalisten zählen dazu.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, wenn ich das noch mal sagen kann: Ich habe in der Vorbereitung heute vorhin noch mal gelesen diesen Artikel von dem McCrum, der beschrieben hat, wie er da observiert, analysiert, also mit wirklich massiven Mitteln von Wirecard ja anscheinend beobachtet und da geradezu verfolgt worden ist. Wenn man das liest, da kann einem ja schon sehr anders werden. Und das ist vielleicht auch eine Erklärung dafür, warum erstaunlich viele Dinge, die -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja.

Zeuge Dr. Levin Holle: - zugunsten von Wirecard interpretiert worden sind, zum richtigen Zeitpunkt dann in der Presse oder in der Öffentlichkeit gelandet sind.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, wobei man sich schon fragt: Behörde A, die BaFin, zeigt Journalisten bei Behörde B, der Staatsanwaltschaft, an. Und wenn man mal unterstellt, dass Herr McCrum jetzt nicht derjenige war, der als Allererstes mal diese Anzeige nach draußen gegeben hat, -

Zeuge Dr. Levin Holle: Nee, also - - Sorry! Das war überhaupt nicht - [?]ein, das war ein Missverständnis, sondern mein - -

Dr. Florian Toncar (FDP): - dann gibt es ja eigentlich nur so zwei Behörden, die als Quelle dieser Information infrage kommen. Aber das ist jetzt spekulativ. Ich finde es nur - - also das Gesamtbild, weil immer gesagt wird: Och, bei der DPR, da durfte man ja gar nicht drüber reden. Über die Anzeigen gegen Journalisten wurde geredet. Und auch das hätte nicht sein müssen, hat aber das Bild des Leerverkaufsverbots erheblich verstärkt, erheblich verstärkt! Aber da sind Sie nicht dran schuld. Ich wollte es, weil Sie über das Thema gesprochen haben, Informationsasymmetrie, einfach nur mal sagen. Ich glaube, die wurde eher noch verstärkt.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, aber nur um das auch deutlich zu sagen: Ich habe null Indikationen dafür, dass die BaFin da irgendwas zu dem Thema an die Presse weitergegeben hat. Das würde ich auch deutlich sagen wollen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja. Okay. - Lag denn der Rajah & Tann-Bericht dem Ministerium vor?

Zeuge Dr. Levin Holle: Lag der was?

Dr. Florian Toncar (FDP): Der Rajah & Tann-Bericht. Da geht es um Singapur.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich kann mich an den nicht erinnern. Aber ich denke, zu irgendeinem Zeitpunkt wird er auch ins Ministerium gekommen sein. Ich weiß aber nicht, wann und an wen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Waren Sie mal befasst mit dem Besuchstermin von Staatssekretär Kukies am 05.11.19 in Aschheim? Gab es ja auch eine Vorbereitung für.

Zeuge Dr. Levin Holle: Auch das kann ich jetzt aus eigener Erinnerung nicht beantworten. Der normale Weg ist: Wenn der Staatssekretär einen Termin macht, dann fordert er eine Gesprächsvorbereitung an beim zuständigen Referat. Dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

sagt sein Büro in der Regel dem Referat, zu welchen Themen was vorzubereiten ist. Dann schreiben die das auf. Wenn hinreichend Zeit ist und alle da sind, geht es den Dienstweg hoch, auch über meinen Schreibtisch. Ob das in dem Fall bei der Vorbereitung war, das weiß ich jetzt nicht. Und gerade bei Gesprächsvorbereitungen habe ich auch häufig meine Vertreter gebeten, das direkt weiterzugeben. Also, das kann sein, dass es über meinen Schreibtisch lief; aber das weiß ich nicht mehr.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm. Okay. - Wenn man in den Oktober 19 geht, wo ja durch den „FT“-Artikel am 15. Oktober der KPMG-Prozess ans Laufen kam, dann ist das ja schon noch mal eine Zäsur, weil die Vorwürfe eine andere Größenordnung und Qualität annehmen als der Februar und gleichzeitig auch niemand mehr irgendwo davon redete, dass die „Financial Times“ jetzt hier mit Shortsellern den Markt manipulierte. Die Short-Positionen waren da nie ein Thema. Ist denn damals, im Oktober, mal auch eine staatliche Reaktion diskutiert worden? Denn der Aufsichtsrat ist ja jetzt nicht gerade hoheitlich unterwegs.

Zeuge Dr. Levin Holle: Was meinen Sie mit „staatlicher Reaktion“?

Dr. Florian Toncar (FDP): Eine Marktmissbrauchsuntersuchung. Zum Beispiel: Wirecard hat ja hart und detailliert sofort auch eine Kapitalmarktinformation rausgegeben, 16.10. - kann ich Ihnen auch gerne vorlesen -, wo auch nicht nur übrigens über Bilanzen gesprochen wurde, sondern auch über die Existenz von Kundenbeziehungen und viele andere Dinge, die gar nichts mit der Bilanz zu tun haben. Da hätte man ja mal untersuchen können. Also, man hat dann eben gesagt: Gut, lass mal KPMG laufen. Das ist ja eine privatwirtschaftliche Reaktion: Der Aufsichtsrat beauftragt einen Prüfer. Das ist auch gut so. Aber bei Betrug und bei Marktmanipulation, was ja auch bei, ich sage mal, in den Kapitalmarkt verbreiteten Lügen eindeutig vorliegt, gibt es ja staatliche Befugnisse. Und die Oktober-Informationen waren von anderer Qualität als Februar. Deswegen frage ich mich ja nur, ob es nach Ihrer Kenntnis mal eine staatliche Reaktion auf

diese Enthüllungen - - ob das diskutiert worden ist.

Zeuge Dr. Levin Holle: Das kann ich jetzt im Einzelnen nicht sagen. Ich meine, mich aber schon zu erinnern, dass wir im Laufe des Jahres 2019 diskutiert haben: Welche Möglichkeiten von staatlicher Seite gibt es, die Bilanzprüfung oder die Bilanzkontrolle zu beschleunigen und zu verstärken? Weil wir natürlich auch gesagt haben: Das sind erhebliche Vorwürfe. Die DPR prüft. Wann kommt denn jetzt das Ergebnis? Das ist ja regelmäßig besprochen worden nach meiner Erinnerung zwischen BaFin und DPR. Aber es gab eben noch keine Ergebnisse.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist, ganz im Gegenteil, besprochen worden, dass die DPR aufhört, zu prüfen, und den KPMG-Bericht abwartet. Das ist im Dezember 2019 zwischen BaFin und DPR besprochen worden und auch umgesetzt worden.

Zeuge Dr. Levin Holle: Gut. Zu Dezember 19 kann ich jetzt nichts mehr sagen. Aber Ihre Frage war ja: Was haben wir im BMF besprochen?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich weiß nicht, was in der BaFin besprochen worden ist. Aber wir haben schon besprochen: Welche Möglichkeiten gibt es, unter Umständen diese Untersuchung zu beschleunigen oder mit mehr Nachdruck zu führen? Das war schon ein wesentliches Thema, weil das ja den Kern der Vorwürfe betraf.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gab es denn, ich sage mal - - Man hat sich ja am Ende entschieden, alleine den Weg über den Aufsichtsrat zu verfolgen und dessen Ergebnisse abzuwarten. Gab es denn mal - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Wen meinen Sie jetzt mit „man“?

Dr. Florian Toncar (FDP): Man.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, wir haben das nicht - [1](#)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das ist eine berechtigte Frage.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, wir haben das nicht entschieden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Die Aufsicht, letzten Endes die Aufsicht. Aber auch Frau Wimmer hat das ja hier noch mal so vertont. Also auch die Rechtsaufsicht über die Aufsicht.

Zeuge Dr. Levin Holle: Gut, das ist keine Frage der Rechtsaufsicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist geschenkt, Herr Holle. - Das wollte ich jetzt gar nicht - - Ich wollte jetzt eigentlich eh weniger als Verurteilung von irgendwem einführen, sondern noch mal eine Frage stellen, wenn ich darf, ohne gleich eine Wertung daraus zu machen - die mache ich dann außerhalb der Sitzung -: Gab es mal Kontakt zwischen BMF und dem Aufsichtsrat als Auftraggeber dieser KPMG-Untersuchung, dass das BMF oder die BaFin meinetwegen Wahlfeststellungen - - wenigstens, wenn schon keine eigene Prüfung gemacht wird, das Design oder den Verlauf dessen, was der Aufsichtsrat tut, irgendwie mitgestalten kann oder mitprägen kann?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, für das BMF kann ich mich nicht daran erinnern. Das wäre nach unserem Verständnis ja auch Sache der BaFin gewesen, weil die in der zweiten Stufe für die Bilanzkontrolle oder die anderen Untersuchungen, ¹die Sie angesprochen haben, zuständig ist. Ob die BaFin solche Kontakte gehabt hat, das weiß ich nicht. Aber ich weiß, dass wir im BMF darüber gesprochen haben: Welche Möglichkeiten gibt es, die Bilanzkontrolle zu beschleunigen und mit mehr Nachdruck zu versehen?

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. - Danke schön.

Zeuge Dr. Levin Holle: Wenn ich einen Satz noch ergänzen darf: Man muss allerdings auch sich darüber im Klaren sein: Wenn die BaFin selber eine solche Untersuchung - - Also, wenn sie zum Ergebnis gekommen wäre: „Wir können das jetzt

rechtlich machen“ - wenn ich es richtig verstanden habe, war die BaFin der Auffassung, solange die DPR ermittelt und das nicht fertig ist, kann sie jetzt nicht selber so eine Untersuchung starten -: Sie hätte wahrscheinlich, alles spekulativ, eine andere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, dann diese Untersuchung zu machen, weil sie selber diese Ermittlungskapazitäten nicht hatte.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist so.

Zeuge Dr. Levin Holle: Und das ist ein Thema, was - jetzt wieder zum Thema „Lehren nach vorne hinaus“ - sich ändern muss. Wir haben das für den Geldwäschebereich ja zum Teil schon geändert. Da haben wir Prüfkapazitäten in der BaFin aufgebaut. Aber sie braucht das auch für diese Bilanzthemen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wir sind sehr gespannt, nachdem wir heute noch mal vertieft haben, wie schwer es der APAS fällt, Wirtschaftsprüfer zu finden. Ob sich das bei der BaFin grundlegend anders gestalten würde, werden wir sehen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann haben wir als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Dr. Holle, die Frau Wimmer hat hier kürzlich ausgeführt, dass sie auch einbezogen war in Diskussionen mit Herrn Kukies, wo es darum ging, auch darüber nachzudenken, die Strafanzeige gegen Dan McCrum zurückzuziehen. Waren Sie denn involviert in diese Diskussionen, und was können Sie uns dazu mitteilen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Da habe ich keine eigene Erinnerung dran. Ich will das nicht ausschließen, aber ich habe jetzt keine eigene Erinnerung daran.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie waren da nicht dran beteiligt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich weiß es nicht. Also, ich kann es nicht ausschließen. Aber ich habe jetzt keine - [1](#)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie wissen auch nicht, warum das dann verworfen wurde oder Ähnliches?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Sie haben vorhin erwähnt, dass im Zusammenhang mit dem Treffen, wo der Finanzreferent sagt, dass Sie den Wunsch nach einem informellen Gespräch hätten, auch Spitzberg Partners beteiligt war. Wissen Sie, wie die Beteiligung von Spitzberg Partners zustande kam?

Zeuge Dr. Levin Holle: Na ja, wenn ich das noch mal richtig rekonstruiere - das bezog sich auf die Mail von gerade -, hatte ich dem Finanzreferenten gesagt: Ich möchte gerne mit jemandem in China sprechen über Blockchain-Technologie und digitale Währung, vorzugsweise Zentralbank. - Dann war ja die Antwort der Zentralbank, wenn ich jetzt ihre Mails richtig in Erinnerung habe: Haben wir jetzt nicht so richtig einen für. - Daraufhin hat anscheinend der Finanzreferent sich an Wirecard gewandt, ob die irgendwelche Ansprechpartner kennen. So ist der Kontakt zu diesem chinesischen Fintech-Experten zustande gekommen. Und ich vermute - aber das ist jetzt meine Spekulation -, dass Wirecard dann gesagt hat: Na, dann wäre es ja ganz schön, wenn wenigstens Spitzberg bei dem Gespräch auch dabei sein könnte. Aber das ist jetzt meine Spekulation. Ich weiß es nicht mehr genau.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und war diese Person, die von Spitzberg dabei war, die, die sich Marina Jiang nennt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich weiß ja nicht mal ganz sicher, ob die am Ende dabei war. Ich weiß, dass jemand dabei sein sollte. Ob sie wirklich dabei war, weil das dann sehr konfus an dem Tag war, weiß ich nicht. Das kann sein. Also, ich - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber das war eine Frau, oder?

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und die hatte Bezug zur Region, also - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Weiß ich jetzt wirklich nicht mehr. Es tut mir leid.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Weil wir haben uns mit Herrn Guttenberg darüber unterhalten. Es gibt auch asiastämmige Mitarbeiterinnen von Spitzberg nach meiner Erinnerung.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, das kann sein, ja. Ich weiß es schlicht nicht mehr.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ich sage Ihnen, warum ich frage: weil ich finde das einen seltsamen Zufall, dass man sagt, man unterhält sich da irgendwie über Blockchain oder sonst was, möchte ein informelles Gespräch mit der People's Bank of China. In demselben Zeitraum ging hier die ganze Zeit Korrespondenz hin und her, weil man vermutete bei den Leihbeamten, dass die People's Bank of China das Hindernis sei für die Übernahme von AllScore. Und dann ist da zufällig wieder Spitzberg dran beteiligt. Das macht mich natürlich stutzig.

Und ich habe hier eine andere E-Mail vorliegen. Da schreibt Herr Jan-Ole Peters an Herrn Burkhard Ley, an eine Frau oder Person jiang@spitzberg-partners und an Jens Ernst Martin Fuhrmann und Birgit Reichenstein: „Request by People's Bank of China regarding licensing“. Und er schreibt:

Dear Mr. Ley, dear Marina,
we received the phone call by People's Bank of China informing us that they are still waiting for an announcement by AllScore that they have been taken over and I guess an application to transfer their licenses. Also, they suggested, it would be advisable that this does not come from Wirecard. As this would mean, an additional ministry would have to be involved, instead this announcement should come from AllScore,



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen Unter-
lagen)

So, 2014 war das. Mehr kann ich dazu - - Also, ich denke, es wird so gewesen sein, wie es hier steht. Er hat mich angesprochen. Ich habe gesagt: Ich möchte/kann nicht, aber kann das Referat fragen. - Aber mehr kann ich dazu auch nicht sagen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie können sich an den Termin jedenfalls nicht erinnern. Es sei denn - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Nee, also, wenn ich das hier - - Ich habe null Erinnerung daran. Hier steht ja drin, obendrüber, dass ich geschrieben habe an den Referenten von Herrn Meister: Ich selber möchte respektive kann nicht; -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Levin Holle: - ich könnte aber mein Referat fragen, wenn es unbedingt gewünscht ist, um einen Termin zu ermöglichen mit dem BMF.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Können Sie sich an weitere Anfragen zu Treffen mit Vertretern von Wirecard erinnern?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es Anfragen von Herrn zu Guttenberg oder Herrn Gartzke an Sie?

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, nicht dass ich mich erinnern kann.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es Anfragen von Herrn zu Guttenberg oder Herrn Gartzke nicht zu Wirecard, sondern zu anderen Unternehmen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich mich auch nicht, wirklich nicht, dran erinnern. Ich meine, ich habe sehr viele Anfragen zu sehr vielen Terminen in acht Jahren BMF gehabt. Insofern kann

ich es nicht völlig ausschließen. Aber ich kann mich jetzt wirklich an nichts erinnern.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Moment, dann habe ich hier sozusagen gerade ein Mail-Problem. Aber ich habe noch ein anderes Thema, wenn ich es wiederfinde. - Da ist sie. Die hatten wir aber schon mal, und zwar die MAT A BMF-24.56, Blatt 19. Das ist noch mal die E-Mail von Ihnen an Herrn Pleyer vom 5. Februar 2019, in der Sie fragen, ob die BaFin mittlerweile Erkenntnisse zu den Geldwäschevorwürfen hat bei Wirecard. Und das war ja eben am 5. Februar 2019. Das war ja nun vor dem Leerverkaufsverbot. Und Sie hatten darauf hier, glaube ich, noch keine Rückmeldung bekommen, richtig?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das weiß ich nicht mehr.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben wir jedenfalls in den Unterlagen nicht gefunden.

Zeuge Dr. Levin Holle: Dann spricht da was dafür.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber das macht ja noch mal deutlich - - Also, Sie hatten das sozusagen im Blick, eben auch den Geldwäscheverdacht gegenüber Wirecard, und sind da eben zwei Wochen später damit konfrontiert worden, dass dann die BaFin eben dieses Leerverkaufsverbot verhängen wollte. Und deswegen einfach noch mal: Ist das da bei Ihnen nicht sozusagen im Kopf zusammengekommen, und hatten Sie keine Bauchschmerzen? Haben Sie daraufhin dann nicht noch mal gedacht, das da zu hinterfragen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Na ja, das war ja genau der Grund, warum ich Herrn Hufeld angesprochen habe dann bei der ersten - 11

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat in diesem Zusammenhang Ihre Anfrage zu dem Geldwäscheverdacht auch eine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Na, ich habe ihn - - Ich kann jetzt nicht mehr genau sagen, was ich gesagt habe in dem Gespräch. Aber ich habe - - Also, für mich war der Hauptpunkt diese sehr detaillierten



Nur zur dienstlichen Verwendung

und aus - - Ich habe die „FT“ immer sehr ernst genommen. Das heißt nicht, dass alles stimmt, was drinsteht. Aber irgendwie, da sind sehr ernstzunehmende Vorwürfe drin, und das ist nicht nur ein Punkt, sondern eben auch mehrere. Deswegen habe ich ihn ja so nachdrücklich darauf angesprochen. Aber ich kann jetzt nicht mehr sagen, ob wir an dem Termin spezifisch über die Geldwäschevorwürfe gesprochen haben. Das weiß ich nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie außer mit Herrn Hufeld noch mit anderen darüber gesprochen?

Zeuge Dr. Levin Holle: In der BaFin?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der BaFin oder aus Ihrem Ministerium.

Zeuge Dr. Levin Holle: Na, ich denke, dass das eine Rolle gespielt hat bei den Besprechungen mit Frau Wimmer und so, also im BMF, wenn wir über den Fall gesprochen haben, oder mit Herrn Pleyer. Dem hatte ich ja auch die Mail zugeworfen, normalerweise - - Entweder kriege ich dann eine schriftliche Antwort, oder er spricht es mal in einem unserer Jours Fixes an. Aber ich weiß jetzt nicht mehr, wann. In der BaFin habe ich in der Regel direkt mit Herrn Hufeld gesprochen. Also, es schließt nicht aus, dass ich auch mal mit anderen gesprochen habe. Aber da hätte ich jetzt keine Erinnerung dran.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten jetzt eben auch erläutert, dass Sie auch im Nachgang sozusagen noch darüber diskutiert haben dann am Montag, Dienstag, Mittwoch. Können Sie das noch mal ein bisschen spezifizieren?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das bezog sich auf die Schilderungen, die ich vorhin gegeben habe, dass ich Herrn Hufeld angesprochen habe am Montag oder Dienstag nach dem Erlass des Leerverkaufsverbots.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nur mit Herrn Hufeld. Ich dachte, Sie hätten auch im Ministerium noch im Nachgang gesprochen

mit - - Das sei im Nachgang noch diskutiert worden.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, das hatte ich vorhin auch versucht zu sagen, dass es zum einen natürlich mehrfach Thema in meinem Jour Fixe mit Herrn Kukies war und dass ich natürlich den Komplex auch mit Frau Wimmer besprochen habe. Ich weiß jetzt nicht mehr genau, ob und wann ich mit Herrn Pleyer gesprochen habe. Vielleicht haben wir es auch in unserem Jour Fixe besprochen. Das kann ich Ihnen jetzt aber nicht mehr genau sagen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch mit Experten außerhalb gesprochen, mit Leuten von der Börse, mit anderen Marktkontakten, zum Beispiel auch zu Behauptungen der BaFin, dass andere DAX-30-Emittenten bedroht sein könnten? Wir hatten ja eben schon das Thema, sozusagen inwieweit da irgendwo eine Marktrelevanz gegeben ist.

Zeuge Dr. Levin Holle: Kann ich mich nicht dran erinnern. Nein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind ja intensiver Zeitungsleser der „FT“, was ja nicht alle tun, was wir mitbekommen haben. Aber im Nachgang gab es ja dann auch noch andere - - Also, es ist ja schon diskutiert worden, dieses Leerverkaufsverbot.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat das dann noch mal bei Ihnen zu weit - - Also, wir haben jetzt dazu aber keine weitere E-Mail von Ihnen gefunden, dass Sie noch mal gesagt hätten im Nachgang: „Es sollte noch mal erläutert werden“, sondern - -

Zeuge Dr. Levin Holle: Na, die Presse - - Also, ich habe jetzt nicht mehr vor Augen, wie sie damals war. Aber ich habe natürlich jetzt noch mal ein bisschen reingeschaut. Damals gab es sehr kritische Artikel, damals schon. Es gab aber auch Artikel in jetzt nicht völlig ohne Respekt versehenen Zeitungen wie zum Beispiel „Börsen-Zei-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Levin Holle: Bitte?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Weil es das einzelne Unternehmen schützt?

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein, weil es ein einzelnes Unternehmen betrifft. Die entscheidende Frage für uns ist doch immer: Geht es um einen Einzelfall, ein einzelnes Unternehmen, oder ist es eine abstrakt-generelle Regelung?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, aber es hat ja zwei Dimensionen. Das eine ist, dass man keine Aktien von diesem Unternehmen kaufen darf. Und das andere ist, dass die keiner kaufen darf. Also, das hat ja zwei Richtungen.

Zeuge Dr. Levin Holle: Ja, aber es betrifft ein einzelnes Unternehmen, genauso wie wenn ich einer Bank sage: „Du musst mehr Kapital vorhalten“ oder einer Versicherung sage: „Deine Zinszusatzreserve - ¹Also, ich nehme jetzt mal das Beispiel Versicherung. Die BaFin macht Anforderungen: Was müssen Lebensversicherungen an Zinszusatzreserven vorhalten, um sich angemessen mit Niedrigzinsen auseinanderzusetzen? Da gibt es entweder eine generelle Regelung, die sagt: Das ist typischerweise x Prozent von ... Das hätten wir mit der BaFin dann schon diskutiert, ob das zu viel oder zu wenig ist. Oder sie kann hingehen und sagen: Das Unternehmen habe ich mir angeschaut. Das hat spezifische Risiken, und deswegen mache ich da einen Aufschlag. Und das wäre eine Einzelmaßnahme.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich möchte noch mal zu dieser Strafanzeige kommen. Sagen Sie noch mal: Wann haben Sie davon Kenntnis erlangt, dass es um eine Strafanzeige geht im Zusammenhang mit dem Leerverkaufsverbot? Hatten Sie das schon an dem Freitag mitbekommen?

Zeuge Dr. Levin Holle: Was meinen Sie genau mit: „dass es um eine Strafanzeige geht“?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir hatten ja vorhin über eine Strafanzeige aus dem Umfeld von Wirecard gesprochen, die bei der Staatsanwaltschaft München eingegangen ist und die für die BaFin

ein sehr starkes Gewicht hatte beim Erlass des Leerverkaufsverbots.

Zeuge Dr. Levin Holle: Nach meiner Erinnerung habe ich das verstanden aus meinem Gespräch mit Herrn Hufeld.

Matthias Hauer (CDU/CSU): An dem 15., an dem Frei-

Zeuge Dr. Levin Holle: Nein. Ich habe ja mit Herrn Hufeld am Montag oder Dienstag, 18. oder 19., gesprochen, aber definitiv nicht vor Erlass.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hat Sie gar nicht gestört, dass das gar nicht in der Allgemeinverfügung vorkam?

Zeuge Dr. Levin Holle: Was?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Scheinbar das Hauptargument für dieses Leerverkaufsverbot. Also, die BaFin, Frau Roegele - - Für sie war das Maßgebliche, warum sie dieses Leerverkaufsverbot erlassen hat, diese Strafanzeige. So. Gleichzeitig spielt diese Strafanzeige aber überhaupt keine Rolle in der Allgemeinverfügung. Also, in dem Sachverhalt kommt die nicht vor.

Zeuge Dr. Levin Holle: Da habe ich zwei Dinge, zwei Fragen: Also, erstens. Ich bin nicht sicher, ob das schon formal eine Strafanzeige war oder ob das nicht ein Bericht oder ein Hinweis der Staatsanwaltschaft war, dass hier möglicherweise ein Fall von Short-Attacke droht. Ich weiß es schlecht nicht. Ich gebe das nur als Frage zurück, weil Sie von „Strafanzeige“ sprechen. Ich habe jetzt auch den Wortlaut der Begründung der Allgemeinverfügung nicht vor Augen. Deswegen weiß ich nicht mehr genau, was da drinsteht und ob das - - kann deswegen hier das auch „on the spot“ nicht beurteilen, ob das so angemessen wiedergegeben ist oder nicht.

Was ich sagen kann, ist: Als ich Herrn Hufeld auf diesen ganzen Themenkomplex angesprochen habe an dem Montag oder Dienstag, war das für ihn ein ganz wesentlicher Grund, warum er gesagt hat, das Leerverkaufsverbot war aus seiner Sicht die richtige Maßnahme.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also würden Sie davon ausgehen, dass dieser Aspekt auch dann in die Begründung reingehört, wenn das doch der maßgebliche Punkt war, warum man das erlassen hat, das Leerverkaufsverbot?

Zeuge Dr. Levin Holle: Das weiß ich nicht. Also, in der Begründung müssen Sie ja - ich bin jetzt wirklich kein Ex -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich kann es vorwegnehmen: Es steht nicht drin.

Zeuge Dr. Levin Holle: Gut, nein, ich habe das auch nicht hier. Ich kann es auch nicht nachgucken. Aber ich bin kein Experte für Leerverkaufs-² Und normalerweise, würde ich sagen, müssen Sie in die Allgemeinverfügung - - Als Jurist nehmen Sie die Tatbestandsvoraussetzung und müssen dann darlegen, dass die vorliegen. Dass dafür notwendigerweise die Erwähnung eines strafrechtlichen Vorwurfs oder einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft mit erwähnt werden muss, das halte ich nicht für zwingend. Aber ich kann es nicht beurteilen. Also, Sie müssen reinschreiben und sagen: Es hat - - Wenn ich jetzt in die Verordnung noch mal - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wenn ich es auf andere Punkte stützen kann, dann sicherlich nicht. Aber wenn das doch der Hauptpunkt ist, hätte ich erwartet, dass es da drinsteht. Und es steht nicht drin.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also noch mal: Ich bin - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und dann stellt sich für mich eben auch die Frage - und dann sind wieder bei der Rechtsaufsicht -, was man prüfen muss. Wenn man doch weiß: „Die Strafanzeige ist das Maßgebliche gewesen“, sie kommt aber gar nicht in der Begründung vor und ist scheinbar nach dem formalen Teil irrelevant gewesen, dann muss ich doch irgendwie darüber nachdenken, ob das rechtlich sauber ist, diese Allgemeinverfügung.

Zeuge Dr. Levin Holle: Also, ich habe keinen Anlass zu der Annahme, dass das rechtlich erforderlich ist, das in die Begründung zu schreiben. In

eine Begründung müssen Sie reinschreiben, dass Sie die Tatbestandsvoraussetzungen bejahen. Da gehen Sie dann durch: Ist ein ungünstiges Ereignis eingetreten? Und dann müssen Sie was sagen zu dem Markt ~~ertragen~~, und da müssen Sie was zu „erforderlich, angemessen und verhältnismäßig“ sagen. Dazu würde ich Aussagen erwarten. Dass Sie alle Begründungen oder alle Beweismittel oder alle Indizien da mit aufführen, das halte ich jedenfalls nicht für zwingend.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Ich habe Ihre Position verstanden, halte sie zwar nicht für richtig, -

Zeuge Dr. Levin Holle: Ich kann es rechtlich nicht abschließend bewerten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - weil ich glaube schon, dass die wesentlichen Punkte da reingehören und dass die anderen Punkte, die drinstehen - - Wenn die auch nicht richtig sind teilweise, sollte man aus meiner Sicht zumindest prüfen. -

Zu dem Leerverkaufsverbot, dazu, meine letzte Frage: Das Thema „DPR-Prüfung und Leerverkaufsverbot“ geht ja in eine unterschiedliche Richtung. Inwieweit ist das in Ihrem Hause, also im BMF, berücksichtigt worden?

Zeuge Dr. Levin Holle: Na, uns war immer sehr wichtig, dass in beide oder in alle Richtungen ermittelt wird, dass also auf der einen Seite die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen macht, aber uns war extrem wichtig - und aus meiner Sicht, also heute mehr denn je, ist das ja der Kern des Problems gewesen -, dass dieser Bilanzbetrug so schnell wie möglich aufgeklärt wird.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Jetzt ist die Uhr leider runtergelaufen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Wir haben keine weiteren Fragen mehr. - Wie sieht es bei den Kollegen der SPD-Fraktion aus?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nur ganz kurz: Ich meine, Sie haben ja gemerkt: Der Herr Hauer versucht, verschiedenste europäische Verordnungen

Seite: 50

 Nummer: 1	Verfasser: LevinHolle	Thema: Durchstreichen	Datum: 27.05.2021 12:31:17
--	-----------------------	-----------------------	----------------------------

 Nummer: 2	Verfasser: LevinHolle	Thema: Eingefügter Text	Datum: 27.05.2021 12:30:37
--	-----------------------	-------------------------	----------------------------
